



BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



Schwerpunkt:

„LEADER“

Themen:

Nachhaltige Ernährung
in der Praxis –
neue landesweite
Bildungsangebote

Öffentlich Private
Partnerschaften –
Ernüchterung oder
neue Konstellation?

Nachrichten:

40 Jahre Landkreise
nach der Kreisreform

Sozialpraktika in
Pflegeeinrichtungen
als „Türöffner“
zum Pflegeberuf

Landkreis Sigmaringen
zeigt großes Engagement
auf der Gartenschau

Personalien:

Landrat Dr. Brötel
wiedergewählt



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

HERAUSGEBER:

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 0711 / 22 46 20
Telefax 0711 / 2 24 62-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

REDAKTION:

Hauptgeschäftsführer
Prof. Eberhard Trumpp
Jan-Ole Langemack

STÄNDIGE MITARBEIT:

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

EMPFÄNGER:

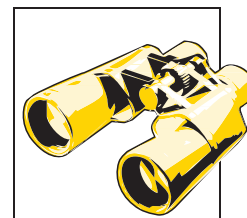
Die Mitglieder der Kreistage,
des Landtags und des Bundestags,
Landes- und Kommunalbehörden,
Verbände und kommunalpolitisch
interessierte Persönlichkeiten.
Artikel, die mit dem Namen des Verfas-
sers gekennzeichnet sind, geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Zustimmung der Redaktion.

SATZ UND DRUCK:

Offizin Scheufele
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

BILDNACHWEIS:

Titel: Landratsämter; S. 202, 205: Landkreistag;
S. 207–210: LRA Heidenheim; S. 211–214, 289, 291: LRA
Lörrach; S. 215–217: LEADER Geschäftsstelle Mittl.
Schwarzwald; S. 219–220, 277: LRA Main-Tauber-Kreis;
S. 222–223: LEADER Geschäftsstelle Limesregion; S. 225,
226, 228: LEADER Aktionsgruppe Südschwarzwald; S. 227:
Stadt Triberg; S. 230, 231: Karin Wogta; S. 234 o.: Annette
Sammet-Völzer, S. 234 u.: Ilse Hille; S. 235: Monika Radke;
S. 237: Uwe Dahms; S. 239–240: Richard-Ziegler-Stiftung
Stadt Calw, mit freundlicher Genehmigung von Cornelia
Ziegler; S. 244: LGL, S. 245, 247, 260: LRA Böblingen, S. 248,
249: LRA Enzkreis; S. 250, 264, 274, 282 u., 283: LRA Boden-
seekreis; S. 251, 263, 275, 286, 288: LRA Sigmaringen; S. 252,
253: Archäopark Vogelherd; S. 259: LRA Neckar-Odenwald-
Kreis; S. 262, 273: LRA Schwarzwald-Baar-Kreis; 265, 285 o.:
LRA Biberach; S. 265, 276, 287: LRA Alb-Donau-Kreis; S. 268,
280, 284: LRA Hohenlohekreis; S. 269: LRA Ortenaukreis;
S. 270, 282 o.: LRA Göppingen; S. 279, 285 u., 290: LRA
Rastatt; Rückseite: LRA Main-Tauber-Kreis



INHALT

THEMEN

- Editorial
Von Hauptgeschäftsführer Prof. Eberhard Trumpp Seite 205
- Elf Jahre LEADER im Landkreis Heidenheim
Von Anja Halbauer, Heidenheim Seite 207
- Aktive Strukturpolitik – zentrale Herausforderung und Zukunftsaufgabe für den Landkreis Lörrach
Von Walter Holderried, Lörrach Seite 211
- Leben und Erleben im Mittleren Schwarzwald – Zukunft gemeinsam gestalten
Von Julia Kiefer M.A. und Mark Prielipp M.A., Schiltach Seite 215
- LEADER im Main-Tauber-Kreis
Von Jochen Müssig, Tauberbischofsheim Seite 218
- Sieben Jahre LEADER-Limesregion – Regionalentwicklung schafft Zukunft
Von Andrea Schilp, Schwäbisch Hall Seite 221
- LEADER im Südschwarzwald – Vorläufige Bilanz der Förderperiode 2007–2013
Von Reinhard Metsch, Waldshut-Tiengen Seite 225
- Weil immer was geht ...
Von Hartmut Kleinikel, Stuttgart Seite 230
- Nachhaltige Ernährung in der Praxis – neue landesweite Bildungsangebote
Von Monika Radke, Stuttgart Seite 232
- Öffentlich Private Partnerschaften – Ernüchterung oder neue Konstellation?
Von Dipl.-Ing. Renigard Baron, Stuttgart Seite 236
- Richard Ziegler: Die Berliner Jahre
Von Dr. Jürgen Glocker, Waldshut-Tiengen Seite 239

NACHRICHTEN

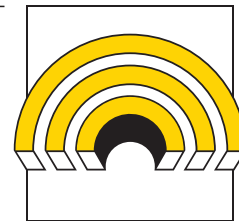
- 40 Jahre Landkreise nach der Kreisreform Seite 241
- 85 Vermessungstechniker/innen der „neuen Generation“ starten in den Beruf Seite 244
- Bauliche Eingriffe in der Landschaft: Neue Wege zum verträglichen Naturlausgleich auf landwirtschaftlich genutzten Flächen Seite 244
- Landwirtschaftliches Zirkeltraining im Landkreis Böblingen Seite 246
- Sozialpraktika in Pflegeeinrichtungen als „Türöffner“ zum Pflegeberuf Seite 247
- Enzkreis-Delegation bei der zweiten Konferenz des EU-Projekts „EmploYouth“ in Lettland: Firmengründungen und Jugendförderung auf der Agenda Seite 248
- Energiepolitik im Fokus: Kreisräte des Bodenseekreises auf Informationsfahrt in Vorarlberg Seite 250
- Landkreis Sigmaringen zeigt großes Engagement auf der Gartenschau Seite 251

- Zeitreise zur Eiszeitkunst der Mammutjäger – Der neue Archäopark Vogelherd im Lonetal bei Niederstotzingen Seite 252
- Deutscher Landkreistag fordert neuen Anlauf zur Reform der Kommunal Finanzen – Ursachen bekämpfen statt Symptome behandeln Seite 253
- Ausschuss der Regionen verabschiedet Stellungnahme zur kommunalen Selbstverwaltung in der Europäischen Union Seite 254
- Eingliederung der Lebensmittelüberwachung in die unteren Verwaltungsbehörden im Rahmen der Verwaltungsreform ist ein Erfolg – Nach wie vor fehlt aber Personal – Land in der Pflicht Seite 256
- Asylbewerberunterbringung – Landkreistag fordert Land auf, seiner Pflicht, Aufwände kostendeckend abzugelten, nachzukommen – Finanzierung aus kommunalen Mittel wird entschieden abgelehnt Seite 257
- Inklusion – Land muss sich zur Finanzierungsverantwortung bekennen! Präsident Joachim Walter fordert angemessene Ausstattung der Schulen ohne Mehrbelastung der Kommunen – Wohl der Betroffenen steht im Mittelpunkt! Seite 258
- Unterbringung von Asylbewerbern: Länder dürfen Landkreise nicht mit Kosten alleine lassen – Asylverfahren müssen beschleunigt werden – Missbrauch vorbeugen Seite 259

PERSONALIEN Seite 261

SPEKTRUM Seite 262

BÜCHERMARKT Seite 295



EDITORIAL

Asylbewerber und Flüchtlinge – wer trägt die Kosten?

Sowohl in der Bundes- wie auch Landespolitik ist das Thema der Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber und Flüchtlinge derzeit wieder ganz oben auf der politischen Agenda. In Baden-Württemberg wird derzeit das Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) novelliert und befindet sich in der Anhörung und parlamentarischen Beratung. Zu diesem Gesetzentwurf hat auch der Landkreistag Baden-Württemberg eine umfangreiche Stellungnahme vorgelegt und u.a. kritisiert, dass das Land die geplanten Verbesserungen bei der Asylbewerberunterbringung nur unzureichend aus der eigenen Kasse, sondern in sehr starkem Umfang mit kommunalen Mitteln finanzieren will. Der Landkreistag Baden-Württemberg begrüßt selbstverständlich die Absicht des Landes, seinen Verpflichtungen aus dem grundgesetzlich zugesicherten Asylrecht nachzukommen und vor dem aktuellen Hintergrund auch weitere Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Die Aufnahme der Flüchtlinge und Asylbewerber und die Verbesserungen der Unterbringung sind wichtig für die notwendige humanitäre Versorgung dieses Personenkreises, für den auch die Landratsämter in ihrer Funktion als untere staatliche Verwaltungsbehörde ihren Beitrag leisten werden. Gerade weil es also eine staatliche Aufgabe ist, dürfen auch die Forderungen des Landkreistags, die Verfahren für Asylsuchende zu beschleunigen und die bei den Landratsämtern entstehenden hohen Kosten auch entsprechend zu fi-



nanzieren, beim Land nicht weiter auf taube Ohren stoßen.

Der Landkreistag hat deshalb in diesem Zusammenhang klargestellt, dass die Landkreise in Baden-Württemberg mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge vom Land kraft Gesetzes eine staatliche Aufgabe übertragen bekamen und dieses somit die Pflicht des vollständigen Kostenausgleichs hat. Er muss die Landesregierung daher ausdrücklich auffordern, ihrer Verantwortung zur vollständigen Kostenerstattung an die Landkreise nachzukommen und die vorgesehenen, berechtigten humanitären Verbesserungen für die Flüchtlinge vollumfänglich zu finanzieren. Ein Festhalten an der vom Land gemeinsam mit den kommunalen Landes-

verbänden auf der Grundlage anderer Rahmenbedingungen entwickelte pauschale Ausgabenerstattung aus dem Jahr 2004 ist heute nicht mehr auskömmlich. Eine Fortschreibung dieser Pauschale auf der Grundlage nicht mehr zutreffender Annahmen und Prognosen lehnt der Landkreistag ab und fordert das Land deshalb auf, die Spitzabrechnung der entstehenden Kosten, wie sie bis 2004 praktiziert wurde, wieder zuzulassen.

Ein weiteres großes (Kosten-)Problem wird von den Landkreisen auch darin gesehen, dass der Mangel an geeigneten Unterkünften für die Unterbringung der Flüchtlinge zunimmt. Sie fordern deshalb das Land auf, die bereits in früherer Zeit eingerichteten Bezirksstellen für Asyl wieder aufleben zu lassen. Dies ist notwendig, um die staatlichen Unterbringungskapazitäten zu erhöhen und somit die kommunale Unterbringung zu entlasten. Viele Landkreise sind bereits gezwungen, Unterbringungsmöglichkeiten in Containerstandorten und Turnhallen vorzubereiten, weil der eigentliche Wohnungsmarkt bereits leergefegt ist. Auch die relativ lange Dauer der Asylverfahren ist zu kritisieren. Um Asylverfahren vor allem dort deutlich zu beschleunigen, wo kein ausreichender Asylgrund vorhanden ist, regt der Landkreistag außerdem an zu prüfen, ob wieder zusätzliche Asylkammern bei den Verwaltungsgerichten eingerichtet werden können. Die Landkreise werden auch durch die vom Land geplante Umsetzung der Erhö-

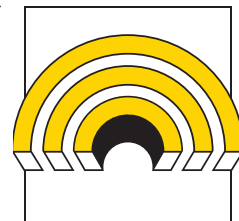
hung der Wohn- und Schlaflfläche von bisher 4,5 m² pro Flüchtling auf 7 m² und die noch dezentralere Unterbringung vor besondere Herausforderungen gestellt. Die Landkreise brauchen hier die Unterstützung des Landes. Wegen des schon seit längerem angespannten Wohnungsmarkts in Baden-Württemberg wird es große Schwierigkeiten bereiten, die neuen Anforderungen kurzfristig zu erfüllen. Deshalb ist eine Umsetzung mit

Augenmaß und Zug um Zug – auch im Hinblick auf den sich zu verstärkenden Zustrom von Flüchtlingen – vorzusehen. Dabei sind auch Liegenschaften des Landes und des Bundes mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Erste Gespräche des Präsidenten des Landkreistags mit Vertretern der Landesregierung geben der Hoffnung Anlass, dass die bisherigen Fallkostenpauschalen überprüft werden. Wir erwarten

deshalb, dass das Land die Stadt- und Landkreise in dieser auch wichtigen sozialpolitischen Fragestellung nicht alleine lässt und willens ist, einvernehmliche und für beide Seiten tragfähige Lösungen zu finden.

Prof. Eberhard Trumpp,
Hauptgeschäftsführer,
Landkreistag Baden-Württemberg



THEMEN

Elf Jahre LEADER im Landkreis Heidenheim

Fast 200 Projekte zur Stärkung des ländlichen Raums wurden seit 2002 bewilligt

Von Anja Halbauer, Heidenheim

Der Landkreis Heidenheim zählt bereits zum zweiten Mal zu den LEADER-Aktionsgebieten in Baden-Württemberg. Insgesamt konnten so seit 2002 fast 200 innovative Projekte durch die Förderung der EU und des Landes Baden-Württemberg bewilligt werden. Damit leistet die Leader-Aktionsgruppe einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums.

Nach der erfolgreichen LEADER+-Förderperiode von 2002 bis 2007 wurde der Landkreis Heidenheim mit dem Teilraum „Brenzregion“ im Dezember 2007 erneut in das EU-Förderprogramm LEADER aufgenommen. Große Teile des Landkreises Heidenheim, des Ostalbkreises und des Alb-Donau-Kreises bilden seitdem zusammen die LEADER-Kulisse Brenzregion. Das übergeordnete Motto lautet „Landschaft erhalten, Lebensraum gestalten, Kulturgeschichte erleben“. Die Geschäftsstelle der kreisübergreifenden LEADER-Aktionsgruppe Brenzregion ist beim Landratsamt Heidenheim angesiedelt. Verantwortlich für die Umsetzung von LEADER in der Brenzregion ist die LEADER-Aktionsgruppe (LAG) mit 24 Mitgliedern, eine Partnerschaft aus Vertretern der Kommunen sowie des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, Vorsitzender ist Landrat Thomas Reinhardt. Die Brenzregion ist eine von aktuell acht LEADER-Aktionsgebieten in Baden-Württemberg.

„Die Projekte, die wir im Rahmen des Leader-Aktionsprogramms durchführen, dienen der Verbesserung der Lebensqualität für die örtliche Bevölkerung, sowie der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und einer Verbesserung der regionalen Identität“, betont Josefine Bauer, Geschäftsführerin der LEADER-Aktionsgruppe Brenzregion. Beleg hierfür seien sowohl die 99 bewilligten Projekte in der ersten Förderphase LEADER+ mit Gesamtkosten von rund zehn Millionen Euro (Förderung: 4,6 Millionen Euro) als auch die rund 100 förderfähigen Projekte der aktuellen Phase mit Gesamt-

kosten von rund 17 Millionen Euro (Förderung: 7,8 Millionen Euro). „Durch die erfolgreiche LEADER-Arbeit fließen hohe Zuschüsse in unsere Brenzregion, so können wir den ländlichen Raum durch ganz konkrete Projekte und Maßnahmen gezielt stärken“, so LAG-Vorsitzender Reinhardt.

Eine der bereits realisierten Maßnahmen der aktuellen Förderphase ist das transnationale Kooperationsprojekt der LEADER-Aktionsgruppen Brenzregion und Müllerthal (Luxemburg). Gemeinsame Maßnahmen waren unter anderem die Vorstellung der geologischen Besonder-



Die naturnahe Freizeitanlage am Stettberg in Burgberg wurde durch die Stadt Giengen mit Hilfe von LEADER-Mitteln und mit großem Arbeitseinsatz der Burgberger Vereine errichtet.

heiten in der Brenzregion und im Mül-
lerthal in einer dreisprachig aufgelegten
Broschüre unter dem Titel „Von der Küste
bis zum Meer“ sowie einer Wanderaus-
stellung zum Projektabschluss. Darüber
hinaus wurden gemeinsame Aktionen
auch regional umgesetzt. Dazu zählten
etwa ein Fotowettbewerb für Kinder
und Jugendliche zum Thema Geologie in
meiner Region sowie die Gestaltung
einer Broschüre für Kinder mit einer Frei-
zeitkarte zu kindgerechten geologischen
Ausflugszielen. Zusätzlich entwickelt die
Aktionsgruppe Brenzregion geologische
Koffer für die Geopark-Infostellen, die
für den Unterricht und bei Exkursionen
eingesetzt werden sollen. „In der LEADER-
Aktionsgruppe Brenzregion ist die
Geologie ein wichtiges Thema, die Erd-
geschichte der Brenzregion beginnt vor 200
Millionen Jahren“, betont Josefine Bauer
die Bedeutung dieses Projekts und er-
gänzt: „Auch der Erhalt des natürlichen
Erbes zählt zu den Schwerpunkten un-
serer Aktionsgruppe. Dabei haben wir
viel zu bieten: Große Teile der LEADER-
Region liegen im UNESCO Geopark
Schwäbische Alb. Der Geopark Schwä-
bische Alb bietet mit einmaligen Fossilien-
ausgrabungen, fossilen Meeresriffen aus
dem Jurameer, Vulkankratern und
Meteoreinschlägen, Höhlen, Karstquel-
len und charakteristischen Landschafts-
formen spannende Einblicke in die Erd-
geschichte.“

Die Gesamtkosten des transnationalen
Projekts sind mit 43750 Euro beantragt,
wobei 20000 Euro auf die Brenzregion
entfallen. Die LEADER-Förderung beträgt
für die Brenzregion 9240 Euro (55 % der
Nettokosten).

Mit einem weiteren Projekt der ak-
tuellen LEADER-Förderperiode wurde
im Landkreis Heidenheim ein zusätz-
liches „attraktives regionales Ziel für
Touristen und die heimische Bevölke-
rung geschaffen“, so Josefine Bauer.
Zur Aufwertung des Ortes Burgberg,
ein 1920 Einwohner starker Teilort
der Großen Kreisstadt Giengen an der
Brenz im Landkreis Heidenheim, hat

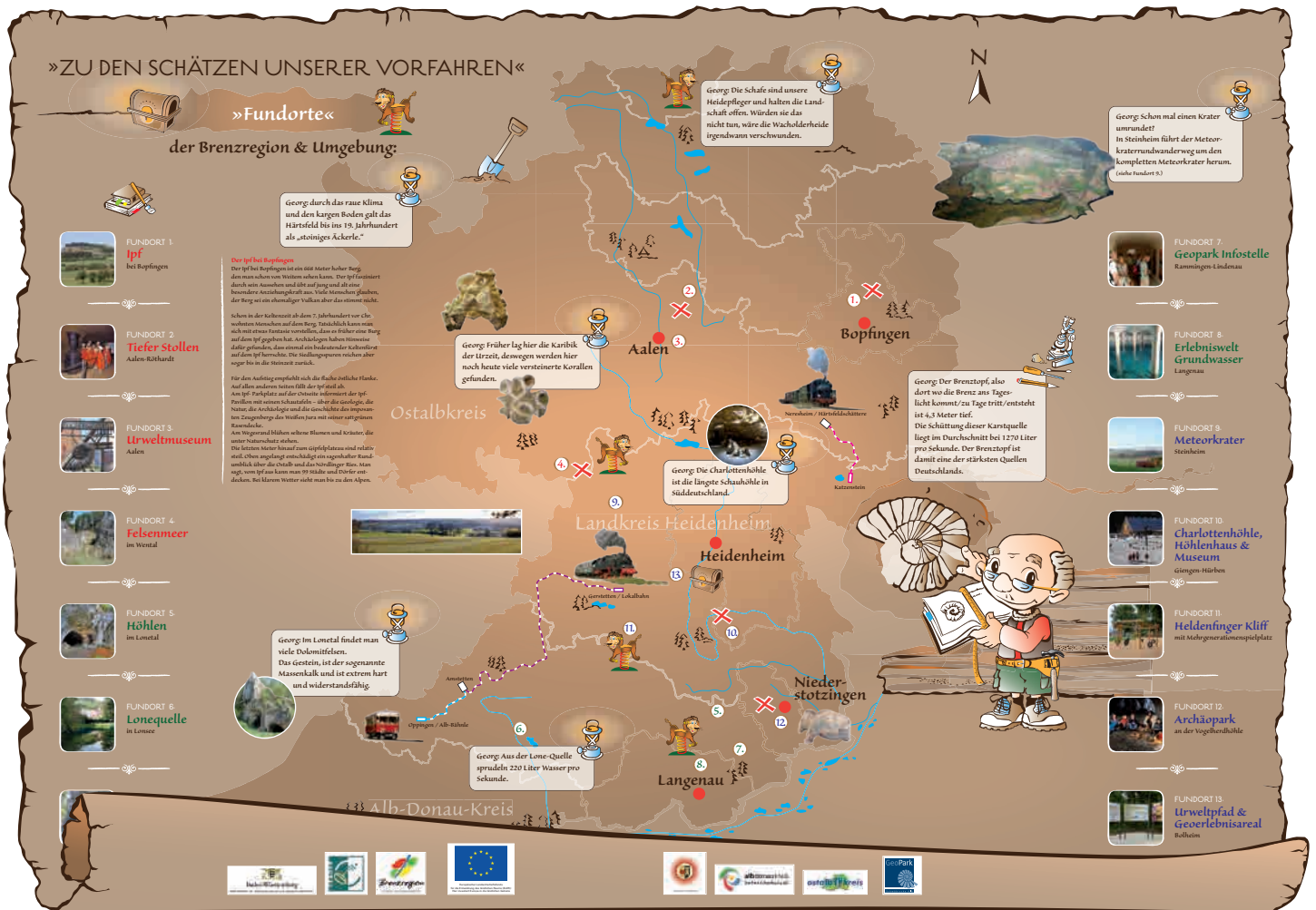


Gebietskulisse LEADER-Brenzregion 2007 bis 2013

die Stadt Giengen in enger Zusammen-
arbeit mit dem Schwäbischen Albverein
Ortsgruppe Burgberg e.V. im Land-
schaftsschutzgebiet eine naturnahe
Naherholungs- und Freizeitanlage er-
richtet. „In diesem Projekt wurden die
Aspekte Tourismus, Naherholung und
Gesundheit mit der Sensibilisierung für
die Natur beziehungsweise den Natur-
schutz miteinander verknüpft“, erklärt
die Geschäftsführerin der Aktionsgruppe
Brenzregion. Eine Natur-Kneipp-Bach-
landschaft soll die Gesundheit der Besu-
cher auf natürliche Weise fördern.
Für Kinder entstand eine Vielzahl an
Spielmöglichkeiten wie eine Spielwiese,
eine Wasserrutsche und ein Spielbrun-

nen, und für Radfahrer und Wanderer
bietet sich hier die Möglichkeit zum Ra-
sten und Verweilen. Neben der Erho-
lungsfunktion werden die Besucher auf
dem Areal auch für das natürliche Erbe
der Region sensibilisiert. „Durch ver-
schiedene Tier- und Pflanzenschutzmaß-
nahmen soll insbesondere Kindern und
Jugendlichen, aber auch interessierten
Erwachsenen das Thema Natur bezie-
hungsweise Naturschutz nähergebracht
werden“, so Josefine Bauer.

Der Finanzierungsanteil der EU bei
diesem kommunalen Projekt beträgt 55
Prozent der Nettokosten, das entspricht
16225 Euro der Netto-Gesamtkosten von
rund 29587 Euro.



Im Zuge des transnationalen Projektes im Bereich Geologie mit dem Müllerthal in Luxemburg wurde in der Brenzregion eine Kinderfreizeitkarte, die den Weg zu vielen familienfreundlichen LEADER-Projekten zeigt, erstellt.

Mit Unterstützung von LEADER konnten in der Gemeinde Gerstetten im Landkreis Heidenheim bereits mehrere Projekte zur Stärkung des Tourismus und der Verbesserung der Lebensqualität verwirklicht werden. Mit dem Projekt Kulturelle Alb Partie sollen zum Beispiel Touristen, insbesondere Familien, in die Brenzregion gelockt werden, die am vielseitigen Leben, Gestalten und Musizieren auf der Heidenheimer Alb aktiv teilnehmen können. Und im Gerstetter Ortsteil Heldenfingen entstand am Heldenfinger Kliff ein Mehrgenerationen-Spielplatz als Treffpunkt für Jung und Alt. Zuletzt hat die Gemeinde mit der Sanierung und Reaktivierung des historischen Backhauses und der Schaffung eines Begegnungsplatzes eine Angebotslücke im Ortsteil Heuchstetten geschlossen.



Im neu restaurierten Backhaus in Gerstetten-Heuchstetten wird Brot gebacken.

Dabei ist diese Maßnahme eng mit dem LEADER+-Projekt Lokalbahn Amstetten – Gerstetten verbunden. Der Bahnhof Gerstetten liegt nur fünf Kilometer vom Backhaus entfernt und die Besucher können bequem zu Fuß oder mit dem Fahrrad beide Attraktionen aufsuchen. In Gerstetten selbst können der mit Hilfe von LEADER erbaute Lokschuppen und der Museumsdampfzug (auch der Triebwagen wurde durch LEADER gefördert) besichtigt werden.

Durch die Reaktivierung des Backhauses, die Neugestaltung des Gebäudeumfeldes sowie die Verbesserung der örtlichen Infrastruktur und der Anlage eines Treffpunktes mit Informationsmöglichkeit für Besucher, erhielt Heuchstetten einen neuen Anziehungspunkt für Tagestouristen und einen gemeinsamen Treffpunkt zur Pflege der Dorfgemeinschaft. Das Projekt wurde überwiegend von der Dorfgemeinschaft Heuchstetten e.V. in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Gerstetten initiiert und geplant „und entspricht somit in beispielhafter vorbildlicher Weise dem Prinzip des Bottom-up-Ansatzes“, so Josefine Bauer. Der Finanzierungsanteil der EU bei diesem kommunalen Projekt beträgt 55 Prozent der Nettokosten, das entspricht 62 810 Euro der Netto-Gesamtkosten von rund 114 200 Euro.

„Das Regionalentwicklungsprogramm LEADER ermöglicht einen starken Entwicklungsschub für die Region“, so LAG-Vorsitzender Reinhardt, der betont: „An die erfolgreiche Entwicklung der Brenzregion, die in LEADER+ angefangen hat, konnten wir jetzt in der LEADER-Phase erfolgreich anknüpfen.“ Die Projekte, die mit Hilfe von EU- und Landeszuschüssen



Mit Hilfe von LEADER-Fördermitteln und mit großem bürgerlichen Engagement restaurierte die Gemeinde Gerstetten das Backhaus in Gerstetten-Heuchstetten.

umgesetzt wurden, liegen hauptsächlich in den Bereichen Tourismus, innerörtliche Entwicklung und Landschaftspflege. „Wir freuen uns sehr über den erfolgreichen Verlauf und befinden uns schon mitten in der Neu-Bewerbung für LEADER ab 2014“, erklärt Reinhardt.

Info:

Mit 42 Städten und Gemeinden erstreckt sich das aktuelle LEADER-Gebiet Brenzregion über die Landkreise Heidenheim, Ostalbkreis und Alb-Donau-Kreis. Hier leben insgesamt rund 174 000 Einwohner auf einer Fläche von 1554 Quadratkilometern. Die Brenzregion ist ein ländlich geprägter Raum mit einer Bevölkerungsdichte von 112 Einwohnern pro Quadratkilometer, befindet sich in einer Randlage in Baden-Württemberg und grenzt im Osten an Bayern. Ein großer Anteil an Freiflächen, darunter große Waldflächen, und eine besonders abwechslungsreiche Landschaft verhelfen der Region zu einem hohen Freizeitwert. Wirtschaftlich

ist die Region durch einen sehr hohen Anteil des produzierenden Gewerbes gekennzeichnet. Bei den Betriebsgrößen dominieren kleine und mittlere Unternehmen. Wichtigste Verkehrsachsen der Brenzregion sind die Bundesautobahnen 7 und 8 sowie die Bahnstrecke Ellwangen – Aalen – Heidenheim – Ulm, die sogenannte „Brenzalbahn“. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.brenzregion.de.

Ansprechpartnerin:
Josefine Bauer
Leiterin der Geschäftsstelle der LEADER-Aktionsgruppe Brenzregion
Landratsamt Heidenheim
Felsenstraße 36
89518 Heidenheim
Telefon: 07321/321-2464
j.bauer@landkreis-heidenheim.de

Anja Halbauer ist in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Landratsamt Heidenheim tätig

Aktive Strukturpolitik – zentrale Herausforderung und Zukunftsaufgabe für den Landkreis Lörrach

Von Walter Holderried, Lörrach

Nicht erst der Blick in die Medien zeigt, dass die Landkreise in Baden-Württemberg im Bereich der Strukturpolitik gewaltigen Herausforderungen gegenüberstehen. Vielfältige Erfahrungen im kommunalen Miteinander des Landkreises mit den Städten und Gemeinden machen dies deutlich und bestätigen den Handlungsbedarf. Dabei ist für den Landkreis Lörrach eine aktive bzw. konkretisierte Strukturpolitik ein wichtiger Baustein für seine Zukunftsfähigkeit. Bei einem fünfzigprozentigen Flächenanteil im ländlichen Raum und der unmittelbaren Lage an der Grenze zu Frankreich und der Schweiz liegt dies auf der Hand.

Die Herausforderungen für den Landkreis im Bereich der Strukturpolitik sind das Ergebnis unterschiedlicher Entwicklungen. Diese finden sich in fast allen Lebensbereichen – im sozialen Sektor (Pflege, Kinderbetreuung u.a.), in der Bildung (Schulentwicklung), im Zugang zu modernen Medien (Breitbandversorgung) oder in allen Bereichen klassischer Förderinstrumente für eine nachhaltige strukturelle Entwicklung des ländlichen Raumes (ELR, LEADER, usw.). Sie ist insbesondere ablesbar in der Demographientwicklung, die in ihrer Bedeutung und Auswirkung alle Prozesse und Entwicklungen der Gesellschaft beeinflusst.

Neben der Demographie, die eine heute schon spürbare Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung zur Folge hat, ist es auch die Veränderung der Wirtschaftsstruktur. In der Vergangenheit starke Wirtschaftszweige (u.a. Textilindustrie) in der Region wurden von neuen Industrien abgelöst. Gerade in der Dreiländ-

region herrscht ein globaler Wettbewerb um Standorte, Unternehmen und vor allem um Fachkräfte. Dies ist in unmittelbarer Nähe zum Industrie- und Hochtechnologiezentrum Basel besonders spürbar. Es beeinflusst dies aber auch die strukturellen Herausforderungen im Landkreis im Bezug zwischen den Städten und dem ländlichen Raum. Verstärkend wirkt hier die übrigens bundesweit zu beobachtende Situation, in der die Kommunen, vor allem auch kleinere Städte und Gemeinden, zunehmend finanziell in Bedrängnis geraten.

Der Landkreis Lörrach zeichnet sich dadurch aus, dass hier Verdichtungsräume an Hoch- und Oberrhein den ländlich geprägten im Wiesental und seinen Seitentälern oder dem Dinkelberg bzw. der Vorbergzone gegenüberstehen. Strukturpolitik i. w. S. ist damit eine kreisweite Aufgabe, die nicht nur aufgrund unterschiedlicher topographischer Ver-

hältnisse (vom Rhein bis zum Feldberg) ein bereichs- und ortsübergreifendes Gesamtkonzept erforderlich macht. Dabei sind insbesondere soziale, kulturelle, umweltpolitische, vor allem aber infrastrukturelle Faktoren zu berücksichtigen.

Trotz aller merklichen Veränderungen bleibt festzuhalten, dass die Landkreise nach Aufgabe und Zuständigkeit als Gebietskörperschaft bzw. als untere staatliche Verwaltungsbehörde nur über eingeschränkte Möglichkeiten verfügen, diese Entwicklungen nachhaltig zu beeinflussen oder durch konkrete Einflussnahme zu steuern. Dennoch verbleiben dem Landkreis vielfältige Ansatzpunkte, um auch im Bereich der Strukturpolitik aktiv mitwirken zu können.

Der Landkreis Lörrach ist in dieser Hinsicht in zahlreichen Bereichen vielfältig aktiv. Bei allen Bemühungen und Aktivitäten in den einzelnen Handlungsfeldern muss zukünftig aber verstärkt eine Ge-



Gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum – Dreiländereck Basel – Weil am Rhein – Lörrach



Landschaftlich reizvolle Tal- und Hochlagen mit strukturellen Problemen im südlichen Schwarzwald

samtschau und Zusammenführung in einer Gesamtstrategie erfolgen.

Ein zentrales Themenfeld ist im Landkreis die Wirtschaftsförderung, die in den Landkreisen Lörrach und Waldshut gemeinsam von der Wirtschaftsregion Südwest GmbH wahrgenommen wird. Sie ist unverzichtbarer Baustein für wirtschaftliche Entwicklung und Struktur. Sie beschäftigt sich v. a. mit einer zukunftsfähigen Entwicklung der Region hin zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Dies tut sie u. a. als Anlaufstelle für Neuansiedlungen, als auch durch die Beratung und Betreuung ansässiger Unternehmen. Aktuelles Leuchtturmprojekt ist das neu eingerichtete Fachkräfteportal SW+, welches unter <http://www.sw-plus.de/> erreichbar ist, und Fachkräfte nicht nur bei der Arbeitssuche unterstützt, sondern sie darüber hinaus mit Tipps aus dem Bereich Leben und Erleben versorgt. Daneben sind alle Themen der Standortentwicklung sowie diverse Pilotprojekte im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Lokales Bündnis für Familien – ein generationenfreundlicher Landkreis, Frauen in Unternehmen etc.) wichtige Aktionsfelder.

Für den Landkreis bzw. seine Städte und Gemeinden erarbeitet und entwickelt der Landkreis gemeinsam mit lokalen und regionalen Akteuren in diversen Politikbereichen zukunftsweisende Strategiekonzepte. Zu nennen ist hier beispielsweise die aktuelle Sozialstrategie

des Landkreises, die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken ausweist und auf dieser Grundlage Ziele und Maßnahmen definiert. Sie ist wichtige Grundlage für die Schaffung zukunftsfähiger Strukturen.

Ein weiterer zentraler Punkt für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ist die Generationenfreundlichkeit. Aus diesem Grund wurde im Landkreis Lörrach ein Bündnis für Familien gegründet, welches vor allem lokal und in Projektform wirkt. Im Internet ist es unter <http://www.familien-plus.de> zu finden. Es ist eine zentrale Aufgabe der Strukturpolitik des Landkreises die ein-

zelnen Politikbereiche zu einer Gesamtstrategie zusammenzuführen.

Im Bereich der Energiepolitik ist die Energieagentur zu nennen. Die Energieagentur Landkreis Lörrach ist ein vom Landkreis und von Gemeinden gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft getragenes Unternehmen. Die Agentur wird als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für alle Fragen rund um die Energiewende und die damit verbundenen Themen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz aufgebaut.

Maßgebend für ein strukturpolitisches Engagement ist die spezielle Situation des Landkreises. Prägend ist hier die Grenzlage zu Frankreich und zur Schweiz. Die Intensivierung, Fortentwicklung und weitere Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist für den Landkreis Lörrach zwingend. Eine koordinierte Entwicklung der Raumschaft auf deutscher Seite in der Dreiländerregion ist ohne Abstimmung und Koordination mit den Entwicklungen auf französischer und Schweizer Seite kaum denkbar. Die bisherigen Beziehungen bzw. Verflechtungen der drei Staaten auf den verschiedensten Bereichen des täglichen Lebens (u. a. Arbeits-, Wirtschafts-,



Pflegestützpunkt und ipunkt der Fritz-Berger-Stiftung 2013



Alpenpanorama im Wiesental

Gesundheits-, Kultur-, Freizeit- und Erholungsbereich) veranschaulichen eindrucksvoll, in welchen Bereichen bereits eine erfolgreiche Zusammenarbeit praktiziert wird bzw. wo noch Optimierungspotentiale liegen.

Die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist seit Jahren in diversen Gremien und Organisationen (u.a. Trinationaler Eurodistrict Basel, Hochrheinkonferenz, Infobest Palmrain, Agglomerationsprogramm Basel, u.v.a.m.) institutionalisiert. Dies ermöglicht es, dass sich der Landkreis in diversen Verfahren und Projekten (z. B. Verkehr & Mobilität, Gesundheit, Berufspendler usw.) in eine koordinierte übergeordnete Politik einbringen kann.

Prägendes Merkmal des Landkreises Lörrach ist seine touristische Attraktivität. Der Tourismus ist einer der zentralen Wirtschaftsfaktoren bzw. die oft einzige Entwicklungsperspektive im ländlichen Raum. Der Landkreis betreibt daher eine sehr aktive Tourismusarbeit und bietet den Kommunen hierzu intensive Beratung und Betreuung. Der Landkreis ist Scharnier zu überregionalen Organisationen, insbesondere der Schwarzwald Tourismus GmbH. In diesem Zusammenhang ist auch die aktive Rolle des Landkreises in der Arbeit und den Projekten

des Naturparks Südschwarzwald sowie bei den aktuellen Bemühungen um die Einrichtung eines Biosphärengebietes zu nennen.

Wenn man von Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes spricht, gilt das zentrale Augenmerk dem Thema Breitbandversorgung. Sie ist das Rückgrat für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, wichtiger Standortfaktor und unverzichtbar für Bildung und bürgernahe Verwaltung.

Die Förderung zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur ist dem Landkreis ein zentrales Anliegen. Dabei stellt sich die Versorgungssituation im Landkreis immer noch unterschiedlich dar. Gerade im ländlichen Raum mit einer oft schwierigen Topographie ist dies eine besondere Herausforderung. Die Gemeinden müssen sich besonderen logistischen und finanziellen Herausforderungen stellen.

Ziel der EU ist eine möglichst rasche Verwirklichung des Digitalen Binnenmarktes in Europa mit modernen Hochgeschwindigkeitsnetzen. Deshalb spielt die kommunale Breitbandversorgung auch eine zentrale Rolle bei der Neuausrichtung der EU-Kohäsionspolitik ab 2014. Nicht ohne Grund engagiert sich der Landkreis seit Jahren im Bereich der

Verbesserung der Breitbandversorgung (Breitbandinitiative 2008). In 2009 engagierte sich Lörrach federführend mit den Landkreisen Heidenheim, Rottweil im Modellprojekt BELIB, welches eine modellhafte Entwicklung von Lösungsansätzen für die Breitbandversorgung des ländlichen Raums in Baden-Württemberg zum Inhalt hatte. Als Ergebnis des Projektes wurden erste Konzeptionsvorschläge für alle Kommunen entwickelt und zur Verfügung gestellt.

Eine wichtige Erkenntnis ist gerade für den Landkreis Lörrach die Tatsache, dass kabelgebundene Lösungen technisch oder wirtschaftlich nicht überall realisierbar sind. Deshalb sind regelmäßig Funklösungen in Betracht zu ziehen. Diese bieten auch Möglichkeiten für die Nutzung von mobilem Internet. Allerdings stoßen auch sie aufgrund der topographischen Verhältnisse in bestimmten Gebieten auch an Grenzen. Als ein Beispiel kann man hier die Gemeinde Hägehirsberg im Angenbachtal nennen. Die Gemeinde nahm auf Initiative und mit Unterstützung des Landkreises an einem Modellprojekt zur Satellitentechnik teil. Anfang 2013 trat der Landkreis Lörrach in eine weitere Phase seiner Breitbandstrategie ein. Er schafft nunmehr die Voraussetzungen für die Planung eines kreisweiten NGA (Next-Generation-Access)-Backbones und eines kreisweiten Masterplans. Ziel ist es dabei mindestens zwei Übergabepunkte je Gemeinde zu schaffen, von denen ausgehend die betroffenen Kommunen eine FTTB (Fiber-to-the-Building)-Planung anschließen können. Das Ergebnis wird dem Landkreis nach den derzeitigen Planungen Mitte 2014 vorliegen. Daneben wird der Zusammenschluss der Kommunen bzw. des Landkreises ggf. in einem Zweckverband geprüft, um auf diese Weise z. B. in Verhandlungen und Verträgen mit der Anbieterseite eine entsprechende Marktposition einnehmen zu können.

Eine weiterer wichtiger Baustein für die strukturelle Entwicklung sind die För-

derprogramme der EU, des Bundes und des Landes. Neben dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) nimmt im Landkreis Lörrach insbesondere die LEADER-Förderung eine besondere Rolle ein. Sie kann zu Recht als Motor mit Erfolgsgeschichte bezeichnet werden.

Zukunftsfähig zu bleiben, ohne Identität aufzugeben – das ist nicht nur europaweit das Top-Thema der ländlichen Räume, sondern gerade auch im Landkreis Lörrach. Die Kulturlandschaft trotz Rückgang der Landwirtschaft zu bewahren, die Infrastruktur im Zeichen des demografischen Wandels zu erhalten und ggf. auszubauen, neue Ideen für den Tourismus zu entwickeln, das sind nur einige der Herausforderungen, vor denen der ländliche Raum im Landkreis Lörrach außerhalb der großen Städte steht. Gerade im Zeichen des demographischen Wandels ist dies für eine dünn besiedelte Mittelgebirgsregion wie dem Südschwarzwald eine nicht zu unterschätzende Herausforderung.

Der Landkreis hat diese strukturellen Probleme frühzeitig erkannt und sich den Herausforderungen erfolgreich angenommen. Seit 1991 bietet die EU ländlichen Gebieten die Teilnahme am Förderprogramm LEADER an. Dieses unterstützt in speziell ausgewiesenen Regionen Projekte, die zur Weiterentwicklung der jeweiligen Region beitragen. Seit Beginn von LEADER ist der Landkreis Lörrach dort aktiv mit dabei, seit 1994 in der LEADER-Kulisse Südschwarzwald und seit 2007 Teil einer von acht baden-württembergischen LEADER-Regionen. Hiervon profitieren die Gemeinden und Unternehmen im Landkreis Lörrach in nicht unerheblichem Umfang.

In den Landkreis flossen mit dem erfolgreichen Abschluss vieler Projekte und Maßnahmen erhebliche Fördersummen, welche durch ein maßgebliches finanzielles Engagement des Landkreises in sechsstelliger Höhe ergänzt wurden. Beispielhaft für zahlreiche erfolgreiche Projekte sind die Erfassung von innerörtlichen Baulücken mit Vorschlägen zu

deren Schließung oder die rekonstruierte Barockschanze in Gersbach als touristisches bzw. kulturhistorisches Leuchtturmprojekt zu nennen – wichtige Projekte zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes.

Das Interesse an LEADER als wichtiges Förderinstrument im ländlichen Raum ist aufgrund seines Erfolges deutlich gestiegen. Das Ergebnis der Programmperiode 2007–2013 in der Region Südschwarzwald wird momentan im Rahmen eines Evaluationsprozesses analysiert sowie die Schwächen und Stärken herausgearbeitet. Diese Arbeiten dienen als Grundlage für das aktuell in Erarbeitung befindliche Regionale Entwicklungskonzept bzw. den neu zu erstellenden Regionalentwicklungsplan–Basis für die neue Förderperiode 2014–2020. So wurde im Mai 2013 die Interessensbekundung zur Teilnahme an der neuen Förderperiode 2014–2020 abgegeben.

Als Konsequenz des bisherigen erfolgreichen Handelns zur Strukturverbesserung im Sinne eines auch zukünftig aktiven und zielgerichteten strukturellen Engagements des Landkreises Lörrach steht die Erkenntnis einer notwendigen Bündelung von Erkenntnissen und daraus folgenden Aktivitäten. Angesichts der großen Herausforderungen macht es gerade aus der übergeordneten Sicht des Landkreises Sinn, die Eckpunkte der Kreispolitik an die Beantwortung grundlegender Fragen und die Erwartungen der Kreiskommunen zu knüpfen. Beispiele sind u.a. Fragen zu den Auswirkungen der Entwicklung der Bevölkerung auf die Mobilitätsanforderungen oder die Tragfähigkeit und Finanzierbarkeit vorhandener privater und öffentlicher Infrastruktur, die Gewährleistung einer wohnortnahen Betreuung von älteren Menschen, oder die Frage von ausreichender individueller Mobilität als Voraussetzung für eine ausreichende Versorgung im allgemeinen bzw. im medizinischen Bereich.

Die diesbezüglichen Aktivitäten des Landkreises, aber auch der Städte und

Gemeinden, belegen zudem eindrucksvoll, dass das bisherige Engagement zwar wichtig und Schritte in die richtige Richtung sind, dass sie aber für eine wirkungsvolle Steuerung gebündelt und in manchen Bereichen auch neu ausgerichtet werden müssen. Dies kann nur anhand gemeinsam definierter Ziele erfolgen.

Ein breit angelegter Prozess mit den Kreiskommunen, basierend auf der Darstellung der Ist-Situation u.a. in den Bereichen Bevölkerung und Bevölkerungsveränderung, Wirtschaft und Beschäftigte, Grenzgänger, Bildung und Soziales, medizinische Versorgung und Nahversorgungsangebote, Freizeit und Kultur, Tourismus und Mobilität soll nun im Landkreis Lörrach Grundlage sein, um gemeinsam mit den Städten und Gemeinden sowie der Kreispolitik den Dialog für einen Weg zur Erarbeitung einer übergeordneten Zukunftsstrategie einzuschlagen.

Eine zentrale Überlegung wird es dabei sein, welche Formen der Kooperation, welche Mechanismen der Planung und projektorientierten Zusammenarbeit auf lokal-regionaler Ebene sind sinnvoll bzw. notwendig, um den genannten Herausforderung wirkungsvoll begegnen zu können? Der Landkreis Lörrach hat auf Grundlage seines vielfältigen strukturellen Engagements nun einen Prozess gestartet, in welchem ein koordinierter Diskussionsprozess mit den Städten und Gemeinden, aber auch der Kreispolitik in Gang kommt. Ziel ist die gemeinsame Erarbeitung einer Zukunftsstrategie in den zentralen Themenfeldern für den gesamten Landkreis, die mit konkreten Handlungsansätzen unterlegt sein muss.

Walter Holderried ist Erster Landesbeamter beim Landratsamt Lörrach

Leben und Erleben im Mittleren Schwarzwald – Zukunft gemeinsam gestalten

Mit dem EU-Förderprogramm LEADER in eine zukunftsfähige Region investieren

Von Julia Kiefer M.A. und Mark Prielipp M.A., Schiltach

Der ländliche Raum in der Europäischen Union ist vielfältig. Doch die Probleme, mit denen sich die ländlichen Regionen Europas konfrontiert sehen, sind ähnlich: Häufig mangelt es an beruflichen Perspektiven, und vor allem junge Menschen verlassen deshalb die Region. Der mit den sinkenden Einwohnerzahlen einhergehende sukzessive Abbau der Infrastruktur führt häufig zu weniger Lebensqualität.

Um sich diesen Herausforderungen stellen, um lebenswerte und zukunftsträchtige Perspektiven bieten zu können, bedarf es einer auf die jeweiligen Besonderheiten zugeschnittenen Strategie. Mit dem Strukturförderprogramm LEADER stellt die Europäische Union dem ländlichen Raum daher seit 1991 ein erfolgreiches Instrument zur Regionalentwicklung zur Seite. LEADER steht für „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“ (Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) und ist seit 2007 ein eigener Förder-schwerpunkt im Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER).

Das LEADER-Aktionsgebiet Mittlerer Schwarzwald

Für die Förderperiode 2007–2013 erhielten in Baden-Württemberg am 14. Dezember 2007 acht LEADER-Aktionsgebiete ihre Ernennungsurkunde. Zu den erfolgreichen Bewerbern um die Aufnahme in das Strukturförderprogramm LEADER zählte auch die Aktionsgruppe Mittlerer Schwarzwald. Die Region liegt

im Südwesten Baden-Württembergs, im nördlichen Teil des Regierungsbezirks Freiburg. Mit seinen 38 Gemeinden und rund 144.000 Einwohnern (Stand 2013) erstreckt sich das Gebiet über die Landkreise Rottweil und Ortenaukreis. In einem intensiven Beteiligungsprozess mit zahlreichen regionalen Akteuren hatte die LEADER-Aktionsgruppe (LAG) im Rahmen des Bewerbungsverfahrens die Stärken und Schwächen der Region

analysiert und eine Strategie für den ländlichen Raum in einem Regionalen Entwicklungskonzept (REK) formuliert. Die Strategie umfasst sechs Handlungsfelder: Bildung und Soziales, Infrastruktur und Grundversorgung, Natur und Kultur, Regenerative Energien und nachwachsende Rohstoffe, Landwirtschaft und landwirtschaftliche Vermarktung sowie Ländlicher Tourismus, in denen Projekte gefördert werden.



Fördervoraussetzungen

Über die Projekte, die initiiert und finanziell unterstützt werden sollen, entscheiden die 24 Mitglieder der LEADER- Aktionsgruppe. Im Sinne des „Bottom-up-Prinzips“ sind 13 Mitglieder dem Bereich Wirtschaft und Soziales zuzuordnen, elf Mitglieder kommen aus der öffentlichen Verwaltung. Den Vorsitz hat der Rottweiler Landrat, Dr. Wolf-Rüdiger Michel, inne.

Entscheidend für die Förderung von Projekten ist, dass sie in der LEADER-Gebietskulisse Mittlerer Schwarzwald liegen und den Entwicklungszielen des REK entsprechen. Antragsteller können Kommunen, Privatleute (Bereich Wohnen) und Gewerbetreibende sein. Je nach Projekttyp variieren die Förderungen zwischen 20 % und 75 % der Nettokosten. Die LAG-Mitglieder entscheiden über die Projekte auf den mehrmals im Jahr stattfindenden Sitzungen.

Projektbeispiele im Mittleren Schwarzwald

Seit Aufnahme ihrer Tätigkeit im Jahr 2008 hat die LEADER-Aktionsgruppe rund 86 kommunale und privat-gewerbliche Projekte beschlossen.

Da der Schwarzwald als eine der beliebtesten und größten Ferienregionen Deutschlands vor allem von den jährlich rund 7,4 Millionen Touristen (Stand 2012) lebt, liegt der LEADER-Schwerpunkt auf der Initiierung und Umsetzung von Projekten zur Förderung des Fremdenverkehrs, der Inwertsetzung des natürlichen und kulturellen Erbes sowie der Schaffung und Sicherung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

Die Hirschgrund-Zipline Area Schwarzwald

In den letzten Jahren ist ein verstärkter Trend hin zu einem aktiven Urlaub zu verzeichnen.



Das abwechslungsreiche Freizeitangebot im Schwarzwald wurde daher kontinuierlich um moderne Aktivitäten wie Trekking, Mountainbike, Nordic Walking, Geocaching oder dem System der Schwarzwaldguides usw. ergänzt. Obwohl es auch im mittleren Schwarzwald dahingehend bereits Angebote gibt, ist die Auswahl an tagestouristischen, natursportlichen Einrichtungen eher gering.

Die Firma Syntura von Georg Stefanovic betreibt in und um Schramberg bereits einen Hochseilgarten und einen Teamabenteuerparcours. Allerdings sind dies Angebote für Gruppen, wie Vereine, Unternehmen, Schulklassen. Einzelpersonen können diese nicht buchen.

Um diese Lücke zu schließen, hat Georg Stefanovic eine neue, innovative Erlebnisanlage im Heubachtal zwischen Schenkenzell und Schiltach aufgebaut und im März 2012 eröffnet. Der Parcours mit sieben Seilbahnen verspricht Nervenkitzel und Adrenalin pur.

Auf den Seilbahnen mit Längen zwischen 17 und 570 Metern und Höhen zwischen 9 und 83 Metern fliegt man mit bis zu 60 Stundenkilometern über Täler und Bäche, über Steilhänge und Waldpfade.

Mit dieser natursportlichen Attraktion entstanden mehrere Saisonarbeitsplätze und die Gegend um Schenkenzell, Schiltach und Wolfach erhielt einen neuen touristischen Impuls.

Rad- und Wanderherberge Am Schlossberg in Welschensteinach

Die Umsetzung touristischer Maßnahmen kann neben der Schaffung von neuen, verbesserten Einkommensquellen und Beschäftigungsangeboten für die ländliche Bevölkerung auch ein weiteres Ziel des REK erreichen: die Reaktivierung vorhandener Bausubstanz und die Nutzung von Baulücken.

Ein erfolgreiches Beispiel hierfür ist die Rad- und Wanderherberge „Am Schlossberg“ von Annemarie Bühner in Welschensteinach. Um der Familie neben der Ferienwohnung ein weiteres wirtschaftliches Standbein zu schaffen, wurde die lange ungenutzte Scheune des Bauernhauses zu einer barrierefreien Rad- und Wanderherberge ausgebaut. Damit wird eine Lücke im touristischen Übernachtungsangebot in der Region geschlossen:



eine einfache, gemütliche Unterkunft für Kurzaufenthalte von Radlern und Wanderern.

Ein Teil der Zimmer und Duschen ist behindertengerecht ausgestattet und schafft so auch ein touristisches Angebot für mobilitätseingeschränkte Menschen. Somit fügt sich das Angebot auch in das LEADER-Leitprojekt „Schwarzwald barrierefrei erleben“ ein. Im Außenbereich entstanden kleine „Ruheoasen“ und eine Terrasse, wo die Gäste Erholung und Entspannung nach ihren Wandertouren finden können.

Baschishof Hardt

Der Baschishof ist ein denkmalgeschützter Schwarzwaldhof samt Backhaus und Kapelle auf Gemarkung der Kurgemeinde Hardt. Der Hofeigentümer unterhält als Haupterwerbslandwirt Forst- sowie Landwirtschaft mit Milchviehhaltung und Bullenmast.

Die zentrale Problematik bestand in der Weiterführung des landwirtschaftlichen Betriebs mit seinen verschiedenen Erwerbszweigen, da zum einen die alleinige Bewirtschaftung zunehmend schwierig wurde und es zum anderen keinen Hofnachfolger in der Familie gab. Durch die Initiative des Landwirts konnte einer jungen Familie mit drei Kindern der Einstieg in den landwirtschaftlichen Betrieb ermöglicht werden: Mit LEADER-Mitteln wurde im bestehenden Hofgebäude, unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes, zeitgemäßer Wohnraum für eine fünfköpfige Familie im Dachgeschoss geschaffen. Die ehemals als Bergeraum landwirtschaftlich genutzte Fläche wurde zu einer Wohnung mit 99 qm ausgebaut. Durch die Integration in das bestehende Gebäude wurde keine zusätzliche Fläche verbraucht.

Leitprojekt Schwarzwald barrierefrei erleben

Die Zukunftsthemen demografischer Wandel und Barrierefreiheit spielen auch

im mittleren Schwarzwald eine große Rolle. Mit über 6,7 Millionen registrierten schwer behinderten Menschen existiert eine große Zielgruppe, deren Reisemotive „wie entspannen“, „gesundes Klima“ und „Natur erleben“ im Schwarzwald zu verwirklichen sind.

Um die Urlaubsregion Schwarzwald für alle erlebbar zu machen, haben die LEADER-Aktionsgruppen Mittlerer Schwarzwald und Nordschwarzwald das Kooperationsprojekt „Schwarzwald barrierefrei erleben“ initiiert. In 30 Gemeinden hat die Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle e.V. (NatKo) daher in den Jahren 2009/2010 eine Bestandsaufnahme entlang der touristischen Servicekette durchgeführt. Im Ergebnis wurden die zielgruppenspezifischen Zugänglichkeiten der diversen Einrichtungen (sowohl kommunal als auch privat-gewerblich) erhoben, beschrieben, aufbereitet und in einer Broschüre sowie auf einer barrierefreien Internetseite (www.schwarzwald-barrierefrei-erleben.de) den Touristen, einheimischen Bürgern und Gastgebern präsentiert. Ebenso umfasste das Projekt die Erarbeitung umfangreicher Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Barrierefreiheit der einzelnen Einrichtungen und der mit der Umsetzung der Empfehlungen verbundenen Ausweitung des barrierefreien Angebots. Zahlreiche beteiligte Kommunen haben in der Folgezeit investive Projekte, z.T. als LEADER-Folgeprojekte, realisiert. Damit kommt das Projekt seinem Ziel, den Schwarzwald langfristig als barrierefreies Urlaubsziel auf dem Tourismusmarkt zu etablieren und die Bevölkerung zum Thema „Demografischer Wandel und Barrierefreiheit“ zu informieren und zu sensibilisieren, einen großen Schritt näher.

Ein großer Erfolg auf Bundesebene war 2011 der dritte Platz beim Wettbewerb „Gemeinsam stark sein“ der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (dvs).

Leitprojekt Energieregion Mittlerer Schwarzwald – ERNEUERBAR KOMM!

Mit dem LEADER-Pilotprojekt Energieregion Mittlerer Schwarzwald wird beispielhaft für den Mittleren Schwarzwald eine innovative Energiestrategie ausgearbeitet. 32 Gemeinden haben sich hierfür zusammengeschlossen. Ziel ist es, durch interkommunale Zusammenarbeit und die Einbindung der Bürger eine umweltbewusste und zukunftsfähige Energiewirtschaft im ländlichen Raum aufzubauen. Dabei wird besonders auf die verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien in der Region geachtet, deren Potentiale im Rahmen des Projektes durch verschiedene Analysen ermittelt werden.

Im Jahr 2009 ging zunächst das Solarkataster „SUN AREA“ online. Es zeigt das Potential aller Dachflächen für die Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie in den 32 beteiligten Gemeinden. 2011 folgte dann die Veröffentlichung der Potentialanalyse für alle Erneuerbaren Energieformen nach ERNEUERBAR KOMM! Jeder Bürger, Entscheidungsträger oder Gemeinderat kann das Ergebnis für seine Gemeinde online unter www.leader-mittlerer-schwarzwald.de sehen und im Internet seinen gewünschten regenerativen Energiemix selbst am Online-Rechner zusammenstellen, der Bestandteil des Projekts ist und als Moderationstool zu einer verbesserten Aufklärung der Öffentlichkeit beitragen soll. Die interaktive Schaltfläche zeigt sofort an, wie viel Strom bei der jeweiligen Einstellung erzeugt und welcher Anteil des Strombedarfs aller privaten Haushalte damit gedeckt werden kann. Mittlerweile hat auch das Land einen Potentialatlas für Erneuerbare Energien online gestellt, mit dem sich die Potentiale von Wind, Sonne und Wasser recherchieren lassen.

Julia Kiefer M.A. und Mark Prielipp M.A. sind in der LEADER-Geschäftsstelle Mittlerer Schwarzwald in Schiltach tätig

LEADER im Main-Tauber-Kreis

Erfahrungen und Beispielsprojekte oder: LEADER – Gelungene Kür im Main-Tauber-Kreis

Von Jochen Müssig, Tauberbischofsheim

Der ländliche Raum in Baden-Württemberg soll weiter gestärkt werden. Dieses Ziel stand bei der früheren und steht auch bei der gegenwärtigen Landesregierung auf der Agenda. Unterstützung findet das Land Baden-Württemberg hierbei auch bei der Europäischen Union. Aus diesem Grunde wurde das Förderprogramm LEADER geschaffen. Der Main-Tauber-Kreis gehörte im Zeitraum 2007 bis 2013 der LEADER-Kulisse Neckar-Odenwald-Tauber an und kann nun zum Abschluss ein durchaus positives Fazit ziehen.

Grundsätze von LEADER sind der gebietsbezogene Entwicklungsansatz durch gezielte Förderung strukturverbessernder und innovativer Projekte innerhalb eines abgegrenzten Fördergebiets. Dieses Fördergebiet wird Aktionsgebiet genannt. Zum Auftakt der LEADER-Förderperiode 2007 bis 2013 war es deshalb notwendig, eine landkreisübergreifende Gebietskulisse zu finden. Dies gelang erfolgreich im Zusammenspiel zwischen Neckar-Odenwald-Kreis, Rhein-Neckar-Kreis und Main-Tauber-Kreis. Der Kulisse gehören 25 Städte und Gemeinden mit insgesamt 148 000 Einwohnern an. Aus dem Main-Tauber-Kreis waren 13 Gemeinden eingebunden, die alle im badischen Landesteil des Landkreises liegen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen Projekte, um der demografischen Entwicklung zu begegnen. Über dieses Ziel waren sich vom Start weg die federführenden Landräte dieses Aktionsgebietes, Reinhard Frank (Main-Tauber-Kreis), Dr. Achim Brötel (Neckar-Odenwald-Kreis) und der zum Auftakt des Förderprogramms noch amtierende Landrat Dr. Jürgen Schütz (Rhein-Neckar-Kreis), später Landrat Stefan Dallinger, einig.

Handlungsschwerpunkte

Aufgrund dieser Vorgabe war es für alle beteiligten Akteure zunächst wichtig, ein Handlungskonzept zu erarbeiten. An dieser Stelle darf der eingesetzten Geschäftsstelle im Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis in Mosbach, in den Anfangsjahren unter Federführung von Thomas Schultes und in den Folgejahren von Annette Fitz, herzlich gedankt werden. Die Geschäftsstelle betreute die LEADER-Aktionsgruppe (LAG), die letztendlich über die Entwicklungsstrategien und die zur Bewilligung vorzuschlagenden Projekte vorberatend zu entscheiden hatte. Die Geschäftsstelle setzte zudem alle administrativen Erfordernisse um. Dies war beachtlich, denn der Verwaltungsaufwand in LEADER-Verfahren darf nicht unterschätzt werden. Über den Bottom-up-Ansatz der LAG wurde vereinbart, die Förderkulisse

mit dem Titel „Zukunftsfähige ländliche Entwicklung im Aktionsgebiet Neckar-Odenwald-Tauber mit dem EU-Förderprogramm LEADER“ zu überschreiben. Die im Regionalen Entwicklungskonzept festgelegten Handlungsfelder lauten:

Zukunftsfähiges Aktionsgebiet

Neckar-Odenwald-Tauber

- Die demografische Entwicklung aktiv gestalten.

Wettbewerbsfähiges Aktionsgebiet

Neckar-Odenwald-Tauber

- Verbesserung der Wirtschaftskraft und der Wettbewerbsfähigkeit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bewältigung des Strukturwandels.

Nachhaltiges Aktionsgebiet

Neckar-Odenwald-Tauber

- Natur und Umwelt schützen, Kulturlandschaft bewahren, naturräumliche und kulturelle Potenziale nutzen.

Gebietsübergreifende und transnationale Zusammenarbeit

Über diese Handlungsfelder waren Privatpersonen, die Wirtschaft und der kommunale Bereich aufgerufen, Projekte und Vorhaben zu entwickeln, um den vorgegebenen Zielen gerecht zu werden. Durch die Handlungsfelder war eine breite Basis für vielfältige Möglichkeiten geschaffen.

So waren beispielsweise im Handlungsfeld 1 „Zukunftsfähiges Aktionsgebiet Neckar-Odenwald-Kreis“ – „Die demografische Entwicklung aktiv gestalten“ Maßnahmen gewünscht, die

- innerörtliches Wohnraumpotenzial aktivieren und so die Ortskerne stärken oder
- leerstehende und funktionslose landwirtschaftliche bzw. historische Bausubstanz einer neuen Nutzung zuführen.

Einher gingen auch Maßnahmen zur Sicherung der Grund- und Nahversorgung bzw. zur Steigerung der Lebensqualität. Gerade im Handlungsfeld „Zukunftsfähiges Aktionsgebiet“ konnten zahlreiche Projekte verwirklicht werden. So ist es in den besonders ländlichen Gemeinden des Main-Tauber-Kreises gelungen, ehemalige und nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Anwesen Wohnzwecken zuzuführen. Bei Umnutzung wurden die Vorgaben von LEADER, die historische Bausubstanz in ihrem Bestand und in ihrem Ausdruck zu erhalten, stets berücksichtigt. Ebenso wurden die Forderungen nach energetischen Bauweisen und modernen Heiztechniken – u.a. auch aus regenerativen Energiequellen – stets in die Planungen einbezogen. So war es der lokalen Aktionsgruppe stets ein Leichtes, gerade diesen, die Dörfer stärkenden Maßnahmen, zuzustimmen.

Das Ziel, die Grund- und Nahversorgung sowie die Lebensqualität zu steigern, erfüllten besonders die Projekte zur Erarbeitung einer Einzelhandelskonzeptionen für die Stadt Lauda-Königshofen sowie die Modernisierung eines Frischemarktes mit regionalen Produkten für die Nahversorgung der Gemeinde Wittighausen.

Durch Unterstützung mit LEADER-Mitteln konnte sich gerade der Einzelhandelsmarkt in Wittighausen zu einer modernen Einkaufserlebniswelt wandeln und auf den kommenden Wettbewerb ausrichten. Bürgermeister Bernhard Henneberger bestätigte, dass die zur Verfügung gestellten LEADER-Mittel sowohl die Existenz des Edeka-Markt-Betreibers sicherten als auch das Kommunikationszentrum der Gemeinde schlechthin am Leben erhalten wurde. Im Handlungsfeld 2 „Wettbewerbsfähiges Aktionsgebiet Neckar-Odenwald-Tauber“ – „Verbesserung der Wirtschaftskraft und der Wettbewerbsfähigkeit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bewältigung des Strukturwandels“ wurden im Main-Tauber-Kreis ebenfalls gelungene Projekte auf den Weg gebracht.

So stärken beispielsweise die Vorhaben

- Weinherberge „Rebgut“ in Lauda-Königshofen,
- „Reiter- und Ferienhof“ und

- Erweiterung des Landgasthauses „Badischer Hof“, beide in Großrinderfeld,
 - neues Gästehaus in Werbach,
 - Kulturpfad Buscher und Einrichtung des Museums Buscher in Werbach-Gamburg
 - sowie Bildstock- und Kapellenwanderweg in Wittighausen
- das touristische Angebot.

Die Weinherberge „Rebgut“ schafft nicht nur ein neues anspruchsvolles Übernachtungsangebot, sondern spricht auch, der Landschaft des Main-Tauber-Kreises und der Ferienlandschaft „Liebliches Taubertal“ angepasst, die Zielgruppe der Kultur und Wein-/Genussinteressierten an. Unmittelbar an die Rebhänge Oberlaudas angrenzend, wurde das ehemalige Staatliche Rebgut für diese neue Ausrichtung durch einen Privatinvestor wiederbelebt.

Der Rohbau eines im Jahr 1997 errichteten, aber dann jahrelang nicht fertig gestellten Gebäudes in Werbach wurde zu einem Gästehaus belebt. Neben der Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten wurde ein Wellness- und Saunabereich errichtet.

Ergänzt wurden die touristisch ausgerichteten Investitionen durch Radweglückenschlüsse in Grünsfeld, Großrinderfeld und Wittighausen. Diese Infrastruktur stärkt das Profil der Rad-

wanderdestination „Liebliches Taubertal“.

Als weiteres herausragendes Projekt im Handlungsfeld „Wettbewerbsfähiges Aktionsgebiet Neckar-Odenwald-Tauber“ sei Sun-Area erwähnt. Dieses durch das Ingenieurbüro Klärle entwickelte Konzept zeigt, welche Dachflächen für die Nutzung von Photovoltaikanlagen und thermische Solaranlagen optimal geeignet sind. Das Solardach-Katastar gibt es zwischenzeitlich deutschlandweit bei rund 200 Kommunen.

Im Handlungsfeld 3 – „Nachhaltiges Aktionsgebiet Neckar-Odenwald-Tauber“ – „Natur und Umwelt schützen, Kulturlandschaft bewahren, naturräumliche und kulturelle Potenziale nutzen“ waren ein weiteres Mal privaten und öffentlich-rechtlichen Akteuren Chancen an die Hand gegeben, vielfältige Ideen einzubringen und Projekte zu verwirklichen. Es war ob des breiten Spektrums jeweils eine Freude, im Rahmen der lokalen Aktionsgruppe über die Projekte innerhalb des Gesamtgebietes zu beraten. Dass die LAG mit ihrem zustimmenden Votum richtig lag, bestätigten durch die Bewilligung auch die Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der Ländlichen Räume (LEL) bzw. das Ministerium.

Im Main-Tauber-Kreis wurden in diesem Handlungsfeld u.a. folgende Projekte auf den Weg gebracht:

- der Aufbau einer Bildhauer- und Steinmetzwerkstatt nach historischem Vorbild in Grünsfeld
- der Pfeifer-Geschichts-/Kulturweg in Werbach-Niklashausen
- die Ertüchtigung des Museums für Ländliches Kulturgut in Bronnbach
- die Einrichtung eines pädagogischen Weinlehrpfades
- die Biotopgestaltung und der Grunderwerb zu Naturschutzzwecken in Freudenberg
- die Errichtung eines Amphibientümpels in Wittighausen sowie ein
- Neubau eines Schafsstalls mit Berge-raum



Umgebauter und modernisierter Frischemarkt mit Neugestaltung einzelner Verkaufsabteilungen



Eröffnung des Geschichts-/Kulturweges „Der Pfeifer“ in Werbach-Niklashausen

Bei einigen der Projekte waren die Grenzen zwischen Erhalt des kulturellen Erbes und „Förderung des ländlichen Tourismus als Markt der Zukunft“ fließend. Schwieriger als ursprünglich angenommen gestaltete sich die im Handlungsfeld 4 vorgesehene *gebietsübergreifende und transnationale Zusammenarbeit*. Zumindest in Ansätzen ist es gelungen, über bestehende Landkreispartnerschaften einen Dialog zu LEADER-Fragen und jeweils gegebenen Lebensverhältnissen voranzubringen. So konnte die LEADER-Geschäftsstelle gemeinsam mit dem Landratsamt Main-Tauber-Kreis den pol-

nischen Landkreis Zabkowice (Partnerlandkreis des Main-Tauber-Kreises) zur Zusammenarbeit gewinnen. Zabkowice, ehemals Frankenstein, liegt unweit des ehemaligen schlesischen Teils des Riesengebirges. Im Rahmen dieser transnationalen Zusammenarbeit geht es vor allem um den kulturellen und touristischen Austausch. Der Mehrwert dieses Miteinanders liegt neben der Völkerverständigung vor allem in der gegenseitigen Vorstellung der touristischen und kulturellen Angebote. Vorgesehen ist hierzu, Print-Aussagen zweisprachig in polnisch und deutsch zu erstellen. So sol-

len Reisen und der kulturelle Austausch zwischen den Landkreisen Zabkowice und Main-Tauber bzw. den jeweiligen LEADER-Kulissen zu einer vertrauensvollen Selbstverständlichkeit reifen.

Ein Wort zu den Zahlen

In der Gebietskulisse Neckar-Odenwald-Tauber wurden aus den Städten und Gemeinden *im Main-Tauber-Kreis* insgesamt

58 Projekte
(Stand 4. September 2013)
mit Gesamtkosten
von 12,06 Mio. Euro
beschlossen.

Hiervon sind zurzeit
46 Projekte mit Zuschüssen
in Höhe von 2,47 Mio. Euro
bewilligt.

Vereinfacht berechnet ergibt sich eine durchschnittliche Bezuschussung aller Projekte von 26,1 Prozent.

Alle ergriffenen Maßnahmen gehören nicht zu den Pflichtaufgaben von Städten und Gemeinden und erzielten eine spürbare Verbesserung der Lebensqualität im Main-Tauber-Kreis. Ohne LEADER wäre dies nicht erreicht worden. LEADER hat deshalb durch das Handlungskonzept die Basis und den Rahmen geschaffen, sich mit Ideen und kreativen Gedanken in diese Förderkulisse einzubringen. Das Fazit lautet: Insgesamt ist das Ergebnis eine gelungene Kür. Diese Aussage erfolgt trotz des nochmaligen Hinweises, dass LEADER einen hohen administrativen Aufwand erfordert. Das Positive überwiegt dennoch, und der Main-Tauber-Kreis wird sich deshalb auch um die Aufnahme in die Förderkulisse der kommenden LEADER-Förderperiode 2014 bis 2020 bewerben.

Jochen Müssig ist Dezernent für Kreisentwicklung, Kultur und Bildung im Landratsamt Main-Tauber-Kreis



Bildhauer- und Steinmetzwerkstatt in Grünsfeld

Sieben Jahre LEADER-Limesregion – Regionalentwicklung schafft Zukunft

Von Andrea Schilp, Schwäbisch Hall

LEADER hat sich in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Instrument der Regionalentwicklung im ländlichen Raum entwickelt. In der LEADER-Limesregion wurde die Chance genutzt, Impulse für die künftige Entwicklung zu setzen. So lautet eine erste Bilanz des Vorsitzenden, Landrat Johannes Fuchs, zu sieben Jahren LEADER-Limesregion. Im Rahmen des innovativen, partizipationsorientierten Bottom-up-Ansatzes der LEADER-Förderung entstanden in der Limesregion 107 spannende und innovative Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande.

Das LEADER-Aktionsgebiet Limesregion verbindet 174.669 Einwohner in 39 Gemeinden der vier Landkreise Heilbronn, Hohenlohekreis, Rems-Murr-Kreis und Schwäbisch Hall auf einer Fläche von 1418 km².

Das UNESCO-Welterbe Limes auf dem Weg zur Marke

„Das Selbstverständnis und das regionale Image müssen sich im kommunizierten Markenkern widerspiegeln. Und Marken müssen gelebt werden, um diese dauerhaft im Bewusstsein der Akteure und Gäste zu verankern. In der Limesregion liegt es deshalb nahe, das Welterbe Limes zur Marke zu entwickeln“, erklärt der LAG-Vorsitzende.

UNESCO-Welterbe „Obergermanisch-Raetischer Limes“ in der Region und für die Region

Schon bei der Planung der LEADER-Limesregion war klar, dass die Ernennung des

Limes zum UNESCO-Welterbe (2005) großes Wertschöpfungspotential besitzt. In einem ersten Schritt wurde deshalb der Limes zum Namensgeber der neuen Förderkulisse erhoben. „Natürlich wollten wir uns auf dem Wege der Identifikation mit dem gemeinsamen kulturellen Erbe von den Mitbewerbern abheben und gleichzeitig die regionale Identität stärken“, erinnert sich der Vorsitzende der Limesregion an deren Anfänge.

Leitprojekt „Virtuelle Limeswelten“ als Entwicklungsmotor

Die allgegenwärtige Frage, „wie mache ich das fast zweitausend Jahre alte Kulturgut für die Menschen von heute sichtbar und begreifbar?“ wurde kreativ und mit den technischen Möglichkeiten der Moderne gelöst. Mit den Virtuellen Limeswelten entstand eine einmalige, interaktive, dreidimensionale Computeranimation, die auf den Ergebnissen einer wissenschaftlichen Befliegung und Dokumentation mittels Laser-Scanner beruht. Besucher begeben sich mit Hilfe der Virtuellen Limeswelten auf eine spannende Zeitreise, die sie selbst interaktiv gestalten können. Aus dem reinen Betrachter des Soldatendaseins am Rande des römischen Imperiums wird im Rahmen der didaktischen Spiele rasch ein Mitwirkender, der eine Signalkette in Gang setzt oder sich in der römischen Landvermessung übt. Für die elf Kooperationsgemeinden unter Federführung des Rems-Murr-Kreises hat sich die Investition in das 200.000 Euro-Projekt der Konzeption und Softwareentwicklung längst gelohnt. Mit Hilfe der LEADER-Mittel in Höhe von rd. 126.000 € wurde eine touristische Attraktion geschaffen, die Museen und andere Einrichtungen am Limes aufwertet und enormes Potential

für weitere Entwicklungsmaßnahmen besitzt.

Tatsächlich entwickelte sich das Start- und Leitprojekt „Virtuelle Limeswelten“ zur Initialzündung für Regionale Wertschöpfung und Bewusstseinsbildung am Limes.

Das Ziel, den Welterbetitel zum Motor der Regionalentwicklung zu machen, ist im Regionalen Entwicklungskonzept (REK) festgeschrieben und wurde aus heutiger Sicht mehr als erreicht – es wurde eine positive Entwicklung angestoßen, die noch lange nicht abgeschlossen ist. Interkommunale Zusammenarbeit und Vernetzung werden in der Limesregion gelebt und praktiziert, wie die folgenden Projektbeispiele zeigen.

Das Welterbe ist als wertvolles Marketinginstrument in den Köpfen angekommen:

Die Landesgartenschau 2016 in Öhringen steht mit dem Motto „Der Limes blüht auf“ ganz im Zeichen des großartigen kulturellen Erbes der Region. Ein Highlight der Veranstaltung werden sicherlich die drei als LEADER-Leitprojekt mit 75 % geförderten Aussichtsplattformen sein. Sie ermöglichen erstmals eine Blickachse auf 11,5 km schnurgeraden Limesverlauf zwischen dem Pfahldöbel bei Zweiflingen, über das Öhringer Becken hinweg bis zur Hangkante bei Pfedelbach-Gleichen, wo sich die Grundmauern des einzigartigen, sechseckigen Wachturms befinden. Rd. 488.000 € investieren die drei Kommunen in das touristische Projekt und werden mit 307.000 € aus LEADER-Mitteln unterstützt. Die künftige Wertschöpfung basiert auf einem gemeinsamen, LEADER-geförderten Konzept der drei Kooperationskommunen.

„Limesstadt“ nennt sich Welzheim und setzt das historische Erbe kreativ zur lokalen Wertschöpfung ein: Im neuge-

stalteten, modernen Museum ist den Virtuellen Limeswelten ein eigener Raum gewidmet, der beste Bedingungen für eine ausgiebige virtuelle Zeitreise bietet. Am Ostkastell bietet ein neu geschaffener Pavillon den notwendigen Schutz, um die Virtuellen Limeswelten künftig am Ort des Geschehens zu zeigen und die virtuelle Historie mit der heutigen Realität zu verknüpfen. Ein römisch gestalteter Spielplatz am Stadtwald entwickelte sich in kurzer Zeit zum Besuchermagneten. Private Investoren, z.B. das Café Westkastell, werben inzwischen mit dem Welterbe.

Auch die Gemeinde Mainhardt setzt mit dem Slogan „Luftkurort am Limes“ auf die alten Römer. Im Römermuseum gibt es die Virtuellen Limeswelten zu sehen. Die eindrucksvolle, LEADER-geförderte Rekonstruktion einer antiken Grenzanlage mit Palisade, Wall und Graben begrüßt an der B 14 Gäste und Passanten. Rd. 30 000 € investierten die Limes-Anrainer-Gemeinden Zweiflingen, Pfedelbach, Öhringen, Schöntal, Forchtenberg, Mainhardt und Jagsthausen in ein kreatives Projekt, um für sich und die Region zu werben: 18 Limesbänke in sieben Anrainer-Gemeinden dienen Wanderern und Bikern zur Erholung und Information. Mit 13 300 € wurde die Idee aus dem LEADER-Topf unterstützt.

In einem weiteren Projekt werden die Virtuellen Limeswelten nun mobilfunk- und GPS-fähig gemacht, damit Interessierte bei einem Besuch der archäologischen Stätten die Virtuellen Limeswelten abrufen können.

Regionale Vermarktung – Strukturförderung mit Biss

Kulinarische Köstlichkeiten wie Limesbrot oder Limes-Wurst wurden im Rahmen des Kooperationsprojekts Limes+ kreiert, alles unter dem Motto: „Kurze Wege vom Erzeuger in die Küche“.

Und ein eigens aufgelegtes Limesbuch für Kinder bringt den Kids die Vergangenheit auf unterhaltsame Weise näher.



5,9 Mio. € LEADER-Mittel unterstützen 107 Projekte – Erfolge zum Anfassen

Auf vielfältige Weise haben die rd. 5,9 Mio € LEADER-Fördermittel, welche in die Limesregion geflossen sind, neue Entwicklungen angestoßen. Insgesamt 107 Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum mit einem Investitionsvolumen von rd. 19,6 Mio. € wurden in den vergangenen 7 Jahren in der Limesregion entwickelt und durch LEADER gefördert. Weitere Erfolgsfaktoren sind Netzworke, Kooperationen und interkommunale Zusammenarbeit, z.B. beim Mobilitätsprojekt „flinc“ (Fährst du noch oder flincst du schon?) oder „Haller Landhege“. Durch regionale Kooperationen wird die regionale Wertschöpfung gefördert. LEADER hilft den ländlichen Regionen, ihre Wettbewerbsfähigkeit als attraktiver Wirtschafts- und Lebensraum zu behalten und auszubauen.

Regionales Entwicklungskonzept (REK) der LEADER-Limesregion 2007–2013

Das REK Limesregion trägt den Auftrag – Zukunftslosungen für Dorf-, Tourismus- und Kulturlandschaftsentwicklung –

im Titel. Nach erfolgreicher Bewerbung entstand unter Mitwirkung der lokalen Partner ein umfangreicher Aktionsplan, der – nach Analyse des Entwicklungsbedarfs – Ziele und Strategie in Form von vier Handlungsfeldern für die Umsetzung von LEADER 2007–2013 in der Limesregion festlegt.

Das Handlungsfeld 1 „Dorfattraktivität und Stärkung der Wirtschaft“ zielt auf die Entwicklung neuer, zukunftsfähiger Strategien zur Grundversorgung und zur Innenentwicklung der Dörfer, sowie auf die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft. Das Zusammenspiel von Globalisierung und demografischem Wandel birgt gerade für Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Regionen die Gefahr, in Zukunft keine umfassende Daseinsvorsorge mehr gewährleisten zu können. Wenn Läden, Arztpraxen, Schulen durch den Bevölkerungsschwund nicht mehr existenzfähig sind, ist die ländliche Gesellschaft nicht mehr lebensfähig. Erst fällt die Nahversorgung, dann das Dorf. Hier setzt beispielsweise das interkommunale und transnationale Projekt *Lebensqualität durch Nähe (LQN)* an:

Die Teilnehmer aus der Limesregion (Fichtenberg, sechs Teilorte der Stadt Öhringen) erarbeiteten gemeinsam mit den Teilnehmern der lokalen Aktionsgruppen Nordschwarzwald, Südschwarz-



wald und Mittlerer Schwarzwald, sowie den österreichischen Partnerregionen lokale Lösungsansätze in den Bereichen der Grund- und Nahversorgung sowie in Bezug auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Beispielsweise:

- Gründung von „ZeitBank55+“-Vereinen zur Stärkung der Nachbarschaftshilfe
- „Dorfatelier im Alten Rathaus Öhringen-Schwöllbronn“
Investition 135 700 €, LEADER 42 600 €
- Mittagstisch für Senioren
- Buchspende-Aktion zur Neueröffnung einer Kinderbücherei
- Die LQN-Projektgruppe „Streuobstwiesen“ sorgte dafür, dass mehr als 800 kg Äpfel der Ohrnberger Streuobstwiesen zu Saft verarbeitet wurden und kümmert sich um den Rückschnitt der Streuobstbäume.

Ein weiteres gelungenes Beispiel für flexible, kreative Lösungen zur Sicherung der dörflichen Grundversorgung ist die *Errichtung eines Bäckereipavillons zur Grundversorgung* in Zweiflingen. Mit einer Investition in Höhe von 59 500 € und einer LEADER-Förderung in

Höhe von 12 500 € wurde im Zentrum Zweiflingens in unmittelbarer Nähe von Bushaltestelle, Schule und Rathaus eine Verkaufsstelle für Backwaren errichtet. Das Projekt zeichnet sich durch relativ niedrige Kosten und maximale Flexibilität aus, denn der Pavillon kann bei verändertem Bedarf versetzt und an anderer Stelle betrieben werden.

Den demografischen Wandel im Fokus hat die LEADER-Maßnahme *Maßnahmenpaket Barrierefreiheit* der Gemeinde Sulzbach-Laufen. Mit einer Investition in Höhe von 133 838 € wurde u.a. die örtliche Veranstaltungs- und Sporthalle mit barrierefreiem Zugang und behindertengerechter Toilette sowie Babywickeltisch ausgestattet. LEADER steuerte 84 300 € zum Projekt bei. Erwähnenswert sind auch der Generationenpark in Großlerlach und der Generationenpfad Juedenstein in Dörzbach. Beides Einrichtungen, die dem Miteinander und der Gesunderhaltung der Generationen dienen – und sehr gut angenommen werden.

Das Handlungsfeld 2 „Landschaftstourismus, Naherholung und Kultur“ setzt auf Wertschöpfungspotenziale in den

Bereichen Naherholung, Tourismus und Kultur. Angestrebt ist die Verbesserung der touristischen Infrastruktur.

Zum Leuchtturmprojekt wurde das LEADER-Maßnahmenbündel und „Barrierefreier Schwäbischer Wald“ mit dem „Pilotprojekt Waldsee“ in Murrhardt:

Das LEADER-Projekt „Barrierefreier Waldsee“ ist ein Musterbeispiel mit überregionaler Strahlkraft für gute Zusammenarbeit und kreative Umsetzung barrierefreier Angebote. Ziel ist, den See für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und Mobilitätsbeeinträchtigungen zugänglich zu machen und ihnen vielfältige gemeinsame Freizeitaktivitäten zu ermöglichen – ein deutliches Plus an Lebensqualität. Jedes einzelne Modul soll integrierend wirken und von Behinderten wie Nichtbehinderten genutzt werden können. Insgesamt wurde die Investition in Höhe von rd. 611 000 € mit 314 067 € aus LEADER-Mitteln gefördert: Waldsee mit Kunst- und Sinnespark (142 752 €), Info-Terminal (42 515 €), drei behindertengerechte Parkmöglichkeiten und eine behindertengerechte Bushaltestelle (69 300 €). Hinzu kommt der Ausbau des Freizeit- und Schulungsheims Mettelberg (59 500 €)

Dank LEADER stehen den Gästen der Limesregion künftig drei *Wohnmobilstellplätze* in Mainhardt und 16 neue Reisemobilstellplätze in Widdern zur Verfügung. Im Städtchen Widdern wird das touristische Konzept durch Restaurierung und Umnutzung des Bahnhofs Widdern zu einem *Jagsttal-Bahnhofsmuseum* ergänzt. Dazu passen die Anstrengungen der Gemeinde Dörzbach, mit Hilfe der LEADER-Förderung das dortige ehemalige Bahnhofsareal gemeinsam mit dem Verein „Jagsttalbahnfreunde e.V.“ für die Dampfzug-Nostalgie zu neuem Leben zu erwecken und für den Tourismus zu erschließen. Vernetzung schafft auch hier Mehrwert für alle.

Ein touristisches Highlight ganz besonderer Art wurde an der Laufmühle in Welzheim geschaffen. Das innovative

Leitprojekt „Zukunftsbau Weidenkathedrale“ steht für sanften Tourismus, ländliche Entwicklung in der Limesregion – und soll an die Opfer des Amoklaufs in Winnenden erinnern. Mit dem Zukunftsbau ist ein einzigartiges architektonisches Bauwerk aus lebendigen Weidenruten entstanden, das seiner Form nach an eine Kathedrale erinnert. Durch die Vernetzung mit anderen touristischen Angeboten – etwa der Schwäbischen Waldbahn, dem Naturpark oder dem UNESCO-Welterbe Limes – sind touristische Synergieeffekte angestrebt, die der Region insgesamt zu Gute kommen.

Das Handlungsfeld 3 „Verstärkte Nutzung regionaler Ressourcen und interkommunale Zusammenarbeit“ strebt eine Inwertsetzung regenerativer Energien sowie die Entwicklung regionaler Produkte und Dienstleistungen an. Im Fokus des LEADER-Projekts „Direktvermarktungskonzeption“ steht das „Networking“ – die Vernetzung von Direktvermarktern mit Gastronomie, Tourismus, Einzelhandel, um den Bekanntheitsgrad und das Markenbewusstsein für heimische Köstlichkeiten zu schärfen. Innerhalb weniger Monate ist es gelungen, unter dem Label „Limes + – Schwäbischer Waldgenuss“ eine ganze Palette heimischer Spezialitäten zu vereinen und die kulinarische Vielfalt des ländlichen Raums in neuer und besonderer Weise hervorzuheben. 35343 € wurden in das Konzept investiert, LEADER steuert 16335 € bei.

Handlungsfeld 4 „Landnutzung, Erhalt und Weiterentwicklung der Kulturlandschaft“ – Die Limesregion verfügt ins-

besondere im Naturpark „Schwäbisch-Fränkischer Wald“ über eine besondere Dichte an umweltsensiblen Bereichen, die es zu erhalten, zu pflegen und weiter zu entwickeln gilt.

Es wurden Maßnahmen durchgeführt, wie beispielsweise die „Ökologische Optimierung des Starkholzbacher Sees und seines Umfeldes“ oder das Optimierungskonzept „Gewässersystem Bibers, Goldbach und Neumühlsee“, die Erholungsuchenden und der Natur gleichermaßen zu Gute kommen. Mit Besucherlenkung, Gewässersanierungsmaßnahmen und Renaturierung wurden Rückzugsbiotope geschaffen, die eine Aufwertung der Naherholungsanlagen für Mensch, Tier- und Pflanzenwelt bewirken.

Die Organisationsstruktur der Limesregion

Im Februar 2008 wurde beim Landratsamt Schwäbisch Hall eine LEADER-Geschäftsstelle mit zwei Personalstellen eingerichtet, mit dem Auftrag, die Umsetzungsschritte und Antragsverfahren zu begleiten sowie die Projektentwicklung voranzubringen. Darüber hinaus ist sie für Monitoring, Selbstevaluierung und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

Im Februar 2008 wurde eine LEADER-Aktionsgruppe als zentrales Steuerungs- und Koordinierungsinstrument eingerichtet. In der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Limesregion engagieren sich Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen. Von den

41 stimmberechtigten Mitgliedern sind 13 der Verwaltungsebene und 28 den Wirtschafts- und Sozialpartnern (WiSo-Partner) zuzuordnen. Der hohe Anteil von 28 engagierten Aktiven aus dem Bereich der WiSo-Partner erleichterte die Beschlussfassung in der LAG, da die Beschlussfähigkeit (mindestens 50 % stimmberechtigte WiSo-Partner) nie gefährdet war.

Für den LAG-Vorsitz stellten sich die Landräte der beteiligten Landkreise zur Verfügung. Zunächst wechselte der Vorsitz in zweijährigem Turnus, 2011 erklärte sich Landrat Johannes Fuchs (Rems-Murr-Kreis) bereit, den Vorsitz für die restliche Förderperiode zu übernehmen.

Ausblick auf LEADER 2014 – 2020

„Die bisher nicht nur in der Limesregion entwickelte sehr gute Zusammenarbeit zwischen den Nachbarlandkreisen soll 2014–2020 in neuer Konstellation fortgesetzt werden, denn die heutige Limesregion ist mit rund 175 000 Einwohner zu groß für eine erneute Bewerbung. Die Förderthemen und Projektideen für die künftige Förderung sollen unter noch intensiverer Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen und nachhaltiger Bürger einbindung entwickelt werden. Ziel ist es, die künftige Leader-Aktionsgruppe durch eine gelebte Diskussions- und Entwicklungskultur zu prägen.“

Andrea Schilp ist Leiterin der LEADER Geschäftsstelle Limesregion

LEADER im Südschwarzwald – Vorläufige Bilanz der Förderperiode 2007–2013

Von Reinhard Metsch, Waldshut-Tiengen

Der Südschwarzwald ist eine der derzeit acht LEADER-Regionen im Land. Nachdem bereits im Mai dieses Jahres die letzten Fördermittel der zu Ende gehenden Förderphase verteilt wurden, kann jetzt eine vorläufige Bilanz gezogen werden.

Zwischen 2008 und Frühjahr 2013 (das Jahr 2007 war ohne Förderung) konnten im Südschwarzwald genau 99 LEADER-Projekte in die Bewilligung gehen. Darunter waren 65 kommunale Projekte und 34 private oder privat-gewerbliche. Die Projekte stehen für ein Investitionsvolumen von 19,3 Mio. €. Doch die Projektförderung ist nur ein Aspekt im LEADER-Prozess. Ebenso wichtig ist die Stimulierung „weicher“ Wirkungen wie die Verbesserung der übergreifenden Zusammenarbeit, Initiierung von regionalen Wertschöpfungsketten, Bürgerbeteiligung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für wichtige regionale Schlüsselthemen.

Das LEADER-Gebiet Südschwarzwald umfasst Gebietsanteile von fünf Land-

kreisen im Regierungsbezirk Freiburg – Emmendingen, Schwarzwald-Baar-Kreis, Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach und Waldshut. Obwohl eine der wichtigsten touristischen Regionen im Land, weist der Südschwarzwald auch typische Probleme einer dünn besiedelten, ländlichen Region auf. Bereits ein flüchtiger Blick verdeutlicht die Situation: die 55 Gemeinden der LEADER-Region bringen es auf derzeit knapp 145 000 Einwohner bei einer Gesamtfläche von etwa 2000 km². Die resultierende Einwohnerdichte ist etwa so niedrig wie diejenige von Mecklenburg-Vorpommern, dem Schlusslicht aller deutschen Bundesländer.

Eine Entwicklungsstrategie der Region für die Region

LEADER ist ein bottom-up-Ansatz. Deutlich wird dies bereits im Regionalen Entwicklungskonzept (REK), das jede Region unter möglichst weitgehender Beteiligung der regionalen Akteure im Vorfeld erstellt und das zum Handlungsleitfaden für die gesamte Förderperiode wird. Hier werden die spezifischen Problemlagen und Potentiale analysiert und daraus resultierende Handlungsfelder beschrieben. Ein erfolgreicher LEADER-Projektantrag muss nicht nur in das Raster der entsprechenden Förderrichtlinie passen (in Baden-Württemberg derzeit insbesondere das ELR), sondern auch den im

REK formulierten Zielsetzungen entsprechen. Im Südschwarzwald wurde in der endenden Förderphase schwerpunktmäßig an den Handlungsfeldern

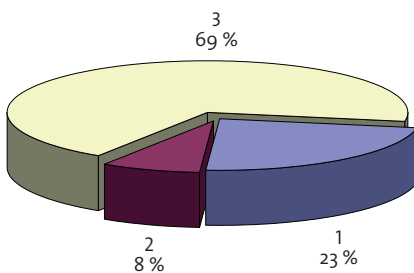
- demographischer Wandel,
- Tourismusentwicklung,
- Kulturlandschaftsentwicklung und
- Stärkung der regionalen Wirtschaft gearbeitet.

Die LEADER-Aktionsgruppe Südschwarzwald ist das Gremium, das die LEADER-Aktivitäten in der Region verantwortet und über Projektanträge entscheidet. Ihr Vorsitzender ist der Waldshuter Landrat Tilman Bollacher. Die derzeit 33 Mitglieder der Aktionsgruppe repräsentieren die wichtigen Akteure der Region, darunter Vertreter der Zivilgesellschaft, Verbände, Vereine sowie der Gemeinden und Landkreise.

Lebenswerter Südschwarzwald: Die Demographie prägt die Entwicklung

Die Bevölkerungsdichte im Südschwarzwald ist traditionell niedrig, verstärkend hinzu kommt seit einigen Jahren der demographische Wandel. In den meisten Gemeinden nimmt die Bevölkerung ab oder stagniert bestenfalls. Gleichzeitig ist die Bevölkerung im Landesvergleich überdurchschnittlich alt. Diese Entwicklung kann sich negativ auf viele Bereiche auswirken – auf die Attraktivität der

**Zusammensetzung
der Projektinvestitionen**



1 – EU-Mittel (4,5 Mio €)
2 – Landesmittel (1,6 Mio €)
3 – Eigenanteile einschl. Umsatzsteuer (13,2 Mio €)

Strukturdaten Bevölkerung

	Bevölkerungs- dichte Ew/qkm, 2011	Bevölkerungs- entwicklung 2002–2012	über 65-Jährige 2004
Südschwarzwald	71	– 4,6 %	18,9 %
Baden-Württemberg	295	– 0,9 %	17,6 %



Die Einbindung der regionalen Akteure bietet die Gewähr für eine breite Akzeptanz der Projekte.

Tourismusregion ebenso wie auf die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft, die Grund- und Nahversorgung oder die weitere Entwicklung der Infrastruktur.

An der Existenz des demographischen Wandels lässt sich nicht rütteln – wohl aber kann man an seinen Auswirkungen arbeiten. Genau dies tut die LEADER-Aktionsgruppe Südschwarzwald. Ein großer Anteil der durchgeführten Projekte befasst sich mit verschiedenen Facetten des demographischen Wandels. Darunter finden sich öffentliche Fachtagungen zur Sensibilisierung der Akteure ebenso wie strategische Projekte, die die Sicherung der Lebensqualität in den Gemeinden zum Inhalt haben oder konkrete Förderungen von Grundversorgungseinrichtungen. Auch die Bemühungen, attraktive und lebenswerte Dorfzentren zu erhalten, spielen eine wichtige Rolle. Ländliche Kulturhäuser gehören dazu sowie (Re-)Aktivierungen von Leerständen oder ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden für Wohnzwecke.

Insgesamt geht es der LEADER-Aktionsgruppe Südschwarzwald darum, den demographischen Wandel nicht als Damoklesschwert zu begreifen, sondern als Herausforderung – und den Mut aufzubringen, auch einmal etwas Neues zu wagen. Die Projektförderung kann hierbei eine wertvolle Unterstützung sein.

Beispielhafte Projekte zum demographischen Wandel

Schwarzwaldort – Lebensort

In mehreren Pilotgemeinden Initiierung innerörtlicher Planungsprozesse mit Bürgerbeteiligung zur Fortentwicklung der Ortszentren. Strukturierte Erhebung von Potentialflächen (Teil-/Leerstände, Baulücken) mit aktivierender Ansprache der Eigentümer. Sensibilisierung der Öffentlichkeit bezüglich des Flächenverbrauchs und des Vorrangs der Innenentwicklung.

Veranstaltungsreihe zum demographischen Wandel

Durchführung mehrerer öffentlicher Veranstaltungen und Exkursionen zu Teilaspekten des demographischen Wandels: „Zum Kuckuck – der Schwarzwald wird alt“, „Dörfer ohne Menschen im Südschwarzwald? – Siedlungsentwicklung im demographischen Wandel“, „Was ist Haus und Hof noch wert?“



Neue, moderne Arbeitsplätze im umgenutzten Ökonomieteil

Förderung von Bürgergenossenschaften

Bürgerschaftliche Initiativen, oft als Genossenschaften organisiert, können weggebrochene Einrichtungen der Grund- und Nahversorgung neu errichten, auch wenn private Anbieter dies nicht mehr wirtschaftlich darstellen können. Gefördert wurden ein Dorfladen sowie ein Dorfgasthaus, die wiederum als Vorbilder für weitere ähnliche Projekte (nicht LEADER-gefördert) dienen.

Ländliche Kulturzentren

Ohne Treffpunkte und kulturelle Angebote kein soziales Leben, Dörfer degenerieren dann zu Schlaforten oder Standorten von Zweitwohnsitzen. In mehreren Gemeinden und Ortsteilen wurde die Einrichtung von Kulturtreffpunkten (oft durch Aktivierung von Leerständen und Brachflächen) gefördert.

Attraktiver Südschwarzwald: Schlüsselsektor Tourismus

Der Tourismus spielt traditionell eine überragende Rolle im Südschwarzwald. Nichts wäre jedoch fataler, als sich auf den eigenen Lorbeeren auszuruhen – nur durch permanente Anstrengung können auf Dauer die Gäste für die Region begeistert werden. Eine Vielzahl von Projekten hat diese Notwendigkeit aufgegriffen. Zu nennen wären etwa die Bemühungen, mittels verschiedener Einzelmaßnahmen einen Impuls für ein Profil als barrierefreie Region zu setzen. Ein seit Jahren verfolgtes weiteres strategisches Ziel ist die Durchsetzung hoher, verbindlicher Qualitätsstandards für wissens- und erlebnisvermittelnde Angebote wie Museen, Besucherzentren oder Lehr-

pfade, das im Rahmen weiterer Projekte verfolgt wurde.

Nicht zuletzt konnten manche Besonderheiten der Region besser für die Gäste erschlossen werden – in dieser Förderperiode stand hier die Tradition des Südschwarzwalds als Pionierregion des Gebirgs-Eisenbahnverkehrs im Mittelpunkt: In Triberg konnte die weltberühmte Schwarzwaldbahn mit zwei hochwertigen Wandererlebniswegen einem breiten Freizeitpublikum erstmals in angemessener Weise erschlossen werden. In Schluchsee-Seebrugg ist ein in Deutschland einzigartiger Museumsbahnhof im Entstehen, der die Basis für einen regelmäßigen Betrieb mit historischen Zügen im Hochschwarzwald sein wird.

Doch auch viele Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe konnten Investi-

tionen dank eines LEADER-Zuschusses angehen und dadurch sowohl ihr eigenes Profil wie auch das der Ferienregion Südschwarzwald an gestiegene Erwartungen anpassen.

Beispielhafte Tourismusprojekte

Mobilitätsführer Belchenland

Erschließung und Aufbereitung von Möglichkeiten der Fortbewegung ohne Auto für Besucher der Ferienregion Belchenland.

Einführung der HochschwarzwaldCard

Die HochschwarzwaldCard ist eine Karte, die von den teilnehmenden Beherbergungsbetrieben ausgegeben wird und ohne weitere Zusatzkosten den kostenfreien Besuch einer Vielzahl von Attraktionen und Angeboten in den Hochschwarzwaldgemeinden ermöglicht.

Schwarzwälder Hüttenwinkel

Förderung einer Konzeption und deren Umsetzung zur Etablierung eines umfassenden Wanderwegangebots mit Einkehrhütten im Zweitälerland (Elztal, Simonswäldertal).

Wettbewerbsfähiger und vitaler Südschwarzwald: Handel, Gewerbe und Landwirtschaft

Flankiert wurden die Aktivitäten in den beiden Schlüsselthemen Demographie und Tourismus durch die Unterstützung der regionalen Wirtschaft im nichttouristischen Bereich. Dabei kann und will LEADER kein klassisches Wirtschaftsförderprogramm sein, sondern sich auf kleinere Maßnahmen beschränken, die idealerweise Synergien mit den anderen Themenbereichen erzeugen.

Schließlich ist der Kulturlandschaftserhalt ein wichtiges Anliegen der LEADER-Aktionsgruppe. Zielgruppe hierfür sind insbesondere die Landwirte, die unver-



Eine neue Attraktion: die Schwarzwaldbahn-Erlebnispfade



Mit LEADER-Förderung neu gestalteter Verkaufsraum einer Dorfbäckerei – Zukunftssicherung der letzten Einkaufsmöglichkeit vor Ort

zichtbar für die Pflege der Kulturlandschaft sind. Es ist gelungen, einige wichtige strategische Projekte in diesem Bereich umzusetzen, beispielsweise mehrere kommunale Landschaftspflegeställe als Form kommunal-privater Partnerschaft zwischen Gemeinden als Bauherr und Landwirten als Nutzer. Dadurch konnte die Bewirtschaftung mehrerer hundert Hektar ökologisch wertvoller Weiden im einzigartigen Allmendgebiet des Südschwarzwalds langfristig gesichert werden.

Projektbeispiele Handel und Gewerbe

*Förderung von Betriebserweiterungen im ländlichen Handwerk
Verbesserung von Einrichtungen der Grund- und Nahversorgung*

Projektbeispiele Landschaftspflege

*Management von Sukzessionsflächen
Durchführung einer Studie mit Potentialabschätzung und Wirtschaftlichkeitsberechnung zur thermischen Verwertung von Landschaftspflegeholz.*

Einzelbetriebliche Investitionen, die der Landschaftspflege (Offenhaltung) dienen

Licht und Schatten der LEADER-Förderung

Der Erfolg von LEADER im Südschwarzwald lässt sich nicht nur an den eingangs genannten Zahlen ablesen. Die indirekten, „weichen“ Wirkungen sind nicht minder wichtig und wertvoll. So hat sich beispielsweise die Zusammenarbeit über Fach- und Verwaltungsgrenzen hinweg laufend intensiviert und der klassische Kirchturmblick hat sich vielerorts geweitet. Sicherlich konnten die räumliche Größe des Gebiets und die

Vielzahl der involvierten Akteure dazu beitragen, dass einzelne Partikularinteressen nahezu zwangsläufig hinter den übergeordneten Zielen und Bedürfnissen der Region zurückstehen mussten. Eine wichtige integrative Rolle spielt auch der Naturpark Südschwarzwald, in dem das LEADER-Gebiet komplett liegt und in dem eine große Anzahl der auch für LEADER relevanten Akteure ebenfalls gut und vertrauensvoll zusammenarbeitet.

In Analogie ist es der LEADER-Aktionsgruppe wichtig, dass auch die einzelnen Projekte möglichst übergreifend wirken, sei es thematisch oder räumlich. Gerade vernetzte, synergetisch wirkende Projekte können auch bei kleinen oder mittleren Einzelinvestitionen überproportionale Wirkungen hervorrufen. Aus diesem Grund strebt die Aktionsgruppe bewusst nicht an, die Fördermittel gleichmäßig-inselhaft im Gebiet zu verteilen (was ohnehin schwierig wäre, da sie selbst nur beschränkt Projekte stimulieren kann), sondern achtet vor allem auf den funktionellen Zusammenhang. Viele Projekte erzeugen Wirkungen, die Nachfolgeprojekte (auch ungeforderte) generieren können. Dadurch kann es zu einzelnen Projektclustern kommen, auch weit über den unmittelbaren LEADER-Zusammenhang hinaus – ein sehr erwünschter Effekt.



Eine gepflegte Kulturlandschaft sichert die Attraktivität der Region für Einheimische und Besucher.

Besonders in einem am bottom-up-Prinzip ausgerichteten Programm ist eine ausgewogene Balance zwischen Beteiligungs- und Diskussionsprozessen einerseits und konkreten Umsetzungen andererseits unabdingbar. Wird zu starkes Augenmerk auf die Prozesse gelegt, ohne dass Perspektiven für Umsetzungen und fühlbare Wirkungen vor Ort bestehen, verlieren viele Beteiligte schnell das Interesse. Dann verbreitet sich Demotivation und die Diskussionen kommen wieder zum Erliegen. Projektrealisierungen hingegen, die im Vorfeld nicht ausreichend eingebettet und kommuniziert werden, können unter Desinteresse oder mangelnder Akzeptanz leiden. Im Südschwarzwald ist es insgesamt gelungen, diese Balance zu wahren und auch Projekten, die nicht unmittelbar investiven Charakter hatten, ausreichend Raum zu geben. Wünschenswert wäre allerdings, dass den Aktionsgruppen künftig noch mehr Spielraum für die Bewertung der Förderanträge eingeräumt wird. Die endende LEADER-Phase ist die erste, in der LEADER in den ELER integriert war. Zuvor konnte es als EU-Gemeinschaftsinitiative seine spezifischen Stärken gut ausspielen. Von der ELER-Integration seit 2007 versprach man sich eine Aufwertung des LEADER-Ansatzes. Im Interesse eines vollständigen Bildes muss jedoch auch gesagt werden, dass die bürokratischen Auswirkungen einschließlich des Prüf- und Kontrollaufwands seither deutlich zugenommen haben. Einerseits erhalten die Akteure die Legitimität, über ihre Entwicklungsstrategie und daraus resultierende Aktionen zu entscheiden, diese zu verantworten und Mittel hierfür

zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig werden sie vom System strengen Kontrollen unterworfen, die mit nicht unerheblichem Aufwand verbunden sind. Letztlich kann dadurch der originäre LEADER-Mehrwert, der gerade seitens der obersten Prüfbehörde, dem EU-Rechnungshof, immer wieder eingefordert wird, nicht in vollem Ausmaß erzielt werden. Bedauerlicherweise wurde die ELER-Anbindung auch in der nächsten Phase nicht aufgegeben. Durch eine Anbindung von LEADER an den EFRE statt an den ELER hätte LEADER von den dortigen Bemühungen zur Bürokratiereduzierung profitieren können.

Wie geht es weiter?

Trotz der genannten Kritikpunkte konnte LEADER in den vergangenen Jahren einen signifikanten Beitrag zur Entwicklung des Südschwarzwalds leisten. Verschiedenste Initiativen, einschließlich solcher aus der Bürgerschaft, erhielten die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und die Option, diese umzusetzen. Auch künftig bleibt LEADER bei der Aktivierung der regional vorhandenen Potentiale ein wertvolles Instrument. Dabei werden die Akteure im Land zukünftig von der Tatsache profitieren, dass die bislang oftmals einengende Bindung an das ELR teilweise gelöst und der Handlungsspielraum der LEADER-Aktionsgruppen vergrößert wird. Es wäre wünschenswert, dass damit auch mehr institutioneller Mut einhergeht. Die Behörden taten sich meist leichter mit der Bewilligung von unkomplizierten und bekannten Sachlagen, während es inno-

vative oder ungewöhnliche Projekte deutlich schwerer hatten. Daraus ergab sich bislang eine strukturelle Bevorzugung von Projekten des Mainstreams. Zukünftig sollte LEADER wieder eine größere Bedeutung als Experimentierküche für den ländlichen Raum erhalten. Dies stünde auch im Einklang mit der Absicht der Landesregierung, in Baden-Württemberg dem bottom-up-Charakter von LEADER noch mehr Bedeutung zu verschaffen. Als weiteren Lichtblick können die Bestrebungen gelten, das Förderantragsverfahren schlanker und einfacher zu gestalten.

Wünschenswert wäre, dass die Kontrolldichte, die spätestens mit der Bewilligung von Förderanträgen ihre volle Wirkung entfaltet, in Zukunft gelockert wird. Wer den Kontrollaufwand einkalkuliert und allen Akteuren kommuniziert, so dass allzu hochfliegende Erwartungen gerade aus dem Bereich der Zivilgesellschaft rechtzeitig gedämpft werden, wird auch zukünftig mit LEADER ein gutes Instrument zur umfassenden Regionalentwicklung vorfinden. Daher bewirbt sich auch der Südschwarzwald mit großem Einsatz wieder für eine Aufnahme in LEADER 2014 – 20. „LEADER hat in den vergangenen Jahren viel bewegt“, so Landrat Tilman Bollacher. „Es bleibt zu hoffen, dass auch in der nächsten Phase viele Projekte im Südschwarzwald gefördert werden können“.

Reinhard Metsch ist Geschäftsführer der Geschäftsstelle der LAG Südschwarzwald

Weil immer was geht ...

Von Hartmut Kleinikel, Stuttgart

Unter diesem Motto fand am 10.7.2013 eine bundesweit ausgeschriebene Fachveranstaltung des Projektverbunds Donna vivente statt, von der hier berichtet wird.

1. Das Projekt Donna vivente – von der Idee zur Umsetzung

Wir, die Verbundpartner aus dem Kreis Heidenheim, Hohenlohekreis, Ostalbkreis und aus dem Kreis Göppingen hatten uns im Jahr 2011 auf eine ESF-Ausschreibung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung beworben.

Ausgeschrieben waren innovative Projekte für arbeitsuchende Frauen aus dem Rechtskreis des SGB III und arbeitslose Frauen aus dem Rechtskreis des SGB II, um deren Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erreichen und gleichzeitig einen Beitrag zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote zu leisten.

Es sollten neue Konzepte entworfen und ausprobiert werden.

Die Geschäftsführungen Karin Woyta, SAB gGmbH – Göppingen; Karin Schwenk, a.l.s.o. e.V. – Schwäbisch Gmünd; Wolfgang Lutz, AWO e.V. – Kreis Heidenheim und Martin Wopper, AIH gGmbH – Künzelsau und der Seniorberater Hartmut Kleinikel von GSI-consult GmbH – Stuttgart setzten sich zusammen und entwarfen eine Projektidee.

Die Ausschreibung des Ministeriums war eine Herausforderung.

Gab diese uns doch die Möglichkeit, über den relativ langen Zeitraum von drei Jahren mit einer interessanten Zielgruppenmischung aus SGB III- und SGB II-Frauen einen experimentellen Ansatz zu fahren, mit dem wir – aus unserer langjährigen Erfahrung in der Arbeit mit dem Personenkreis – drei Dinge beweisen wollten:

1. Das Leistungspotential des Personenkreises ist größer als allgemein angenommen.
2. Mit einer konzeptionellen Mischung aus Praxis und Theorie unter Einbezug des Ideen-Fundus der Frauen lässt sich eine stabile, lang anhaltende Motivation aufbauen, die in der Regel zu veränderten Haltungen und Einstellungen und besonders wichtig, zur Selbstbefähigung führt.
3. Der, im Vergleich, lange Projektzeitraum lässt sich zum Ausbau von stabilen sozialen Netzwerken und für die kollegiale Beratung der Frauen untereinander nutzen und ist ein probates Mittel für die Frauen, um aus der teilweise lähmenden Isolation herauszukommen.

Auf dem Hintergrund dieser Vorgaben entstand das Projekt Donna vivente.

Laufzeit: 2012 bis 2014.

Bis zu 96 Frauen sollen das Projekt durchlaufen.

30 % sollen ein Unternehmen – möglichst als Gruppeninitiative – gründen. Unser Projektansatz Donna vivente orientiert sich an der Konzeption der Frauenkooperativen.

Wir verfolgen neben den vorgegebenen Zielen der Ausschreibung zwei Ziele:

1. Das Projekt soll den Frauen eine nachhaltige und langfristige Integration bei auskömmlicher Bezahlung ermöglichen.
2. Die Frauen sollen nicht in der prekären Beschäftigung landen.

Methodisch verbinden wir – aufbauend auf Wunsch- und Wahlfreiheit – praktisches Erleben mit theoretischer Schulung.

Die Ablaufschritte sind wie folgt gegliedert:

- Aufnahme und Annahme in der Institution (Beschäftigungsunternehmen)
- Einbindung in eine Gruppe





- Systematisches Ausprobieren verschiedener Arbeitsfelder (Geschäftsfelder der jeweiligen Firma)
- Übernahme von Verantwortung für eine Kleingruppe, einen kleinen Geschäftsbereich unter Anleitung
- Übernahme von Verantwortung ohne Anleitung aber mit Begleitung
- Weiterentwicklung einer Gründungs-idee – Test auf Standfestigkeit
- Gründung – wenn möglich – in der Gruppe

Parallel finden an zentralen Orten regional übergreifend Schulungen zu allen gründungsrelevanten Themen statt. Auf der Tagung „Weil immer was geht“ haben wir einem breiten Publikum u.a. erste Ergebnisse des Projekts präsentiert, ähnliche Projekt aus anderen Regionen

vorgestellt und das „Sozialgenossen-schaftsmodell“ näher beleuchtet.

2. Ergebnisse der Tagung „Weil immer was geht ...“

- Das Konzept entfaltet seine Wirkung wie angenommen. Die Frauen probieren sich im geschützten Raum aus, erfahren gegenseitige Stützung in der Gruppe und nehmen gerne die Schulungsprogramme, aber auch die kolle-giale Beratung an.
- Die im Foyer aufgebaute Ausstellung über das Projekt, die authentischen Berichte aus den Projekten – einige Projektfrauen berichteten erstmals vor Publikum über schon erfolgte Gründungen und ihre Gründungsvor-

haben – werden vom Publikum sehr positiv aufgenommen und begeistert beklatscht.

- Das Projekt zeigt, es ist möglich, auch die „Stille Reserve“ der arbeitsuchenden Frauen zu erschließen. Die Projekte müssen aber konzeptionell anspruchsvoll, eine längere Laufzeit haben und an den Bedürfnissen der Frauen ansetzen. Das Potential der aktivierbaren Frauen ist vermutlich viel größer als gedacht.
- Viele Frauen – auch aus dem Rechtskreis SGB II – wollen und können gründen, weil sie z.B. in der männerdominierten „Technikwelt“ nicht nur abhängig die minderwertigen, schlecht bezahlen Jobs, machen wollen.
- Das Projekt hat schon einige administrative Hürden genommen. Der ungewöhnliche Zuschnitt und die Konzeption waren schwer in die Abläufe der Jobcenter einzubauen, da die Hilfesysteme der Jobcenter auf die schnelle Vermittlung zielen und längerfristige Maßnahmen eher die Ausnahme sind.

Die Zusammenarbeit mit den Jobcentern entwickelt sich aber sehr gut.

Mehr Infos unter: www.sab-gp.de

Hartmut Kleinikl ist bei GSI-consult gGmbH Stuttgart tätig

Nachhaltige Ernährung in der Praxis – neue landesweite Bildungsangebote

Von Monika Radke, Stuttgart

Nachhaltigkeit ist der zentrale Leitgedanke der Landesregierung. Auch nachhaltige Ernährung gehört dazu, denn die Ernährung ist für etwa 20 Prozent der Klimabelastung verantwortlich. Sie zählt damit neben der Energievergeudung, der Luftverschmutzung und der Belastung durch den Autoverkehr zu den vier großen Verursachern der Klimabelastung. Auf diesem Gebiet kann jeder zu Verbesserungen beitragen, sei es im privaten Bereich oder als Dienstaufgabe, z. B. bei der Gestaltung von Ausschreibungen für Kantinen und für das Catering von Veranstaltungen. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR), die Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der Ländlichen Räume (LEL), Schwäbisch Gmünd und die Ernährungszentren haben deshalb attraktive Bildungsangebote für die Landratsämter und die Volkshochschulen entwickelt und Leitfäden mit Checklisten für die Verpflegung bei Veranstaltungen erarbeitet.

Nachhaltigkeit ist heute in aller Munde, leider oft nicht im tatsächlichen Sinn des Wortes. Denn der Begriff „Nachhaltige Ernährung“ ist abstrakt und viele Menschen können damit wenig anfangen. Wie facettenreich und nah am Alltag dieser Bereich ist, wird anschaulich, wenn man Assoziationen dazu sammelt: Wertschätzung und Bevorzugung von Produkten aus der Region, Essen in Einklang mit den Angeboten der Jahreszeit, Genuss und Gesundheit, Bioprodukte, frisches Obst und Gemüse, Lebensmittelreste weiterverarbeiten und nicht wegwerfen, weniger Fleisch, Vorratshaltung, Fair Trade unterstützen ... Vieles davon lässt sich in jedem Haushalt umsetzen und auch im öffentlichen Bereich berücksichtigen. Die Bedeutung für den Klimaschutz wird oft unterschätzt, aber „Ein bisschen nachhaltig kann jeder“.

Ernährungsfachkompetenz im Landwirtschaftsamt nutzen

Die ernährungs- und hauswirtschaftlichen Fachkräfte der Landratsämter sind Experten für diese Themen. „Nachhaltigkeit ist in unseren Veranstaltungen immer schon unser Thema und wir bauen diesen Aspekt derzeit aus“, so der

Tenor bei einer Umfrage des Ministeriums nach Aktivitäten in diesem Bereich. Diese große Kompetenz für nachhaltige Ernährung wird jetzt mit landesweit verfügbaren Bildungsangeboten ganz deutlich nach außen getragen. Auch der Volkshochschulverband Baden-Württemberg wird sich daran maßgeblich beteiligen, denn Nachhaltigkeit ist auch dort derzeit das große Thema, das viele Volkshochschulen vor Ort in ihrem Programm umsetzen.

Entwickelt wurden die Konzepte dafür von einer Arbeitsgruppe des Referats Ernährung im MLR, der LEL Schwäbisch Gmünd und der vier Ernährungszentren. Anregungen der Fachkräfte aus den Landwirtschaftsämtern flossen darin ebenso ein wie Erfahrungen der Ernährungszentren. Das gemeinsame Merkmal der Bildungsangebote: Alle führen den Begriff nachhaltige Ernährung nicht im Titel und wollen kein schlechtes Gewissen machen! Denn nachhaltige Ernährung ist zwar aktuell, aber (noch) nicht „sexy“.

Veränderungen im Alltag werden nur dann umgesetzt, wenn sie einfach zu verstehen und praktikabel sind, möglichst nichts zusätzlich kosten und mit kleinen Schritten zu verwirklichen sind.

Beim Essen und Trinken bedeutet dies, dass es ohne Verzicht und große Mühe gehen und in jeder Familie unabhängig vom Einkommen machbar sein muss. Vor allem aber muss es schmecken. Entscheidend für die Umsetzung ist die Kombination von Theorie und Praxis. Wer erfahren hat, wie gut Gerichte ohne Fleisch schmecken, wie einfach man etwas Leckeres aus Resten machen kann und wie viel besser das Aroma der Erdbeeren der Saison im Vergleich zu den Winterimporten ist, wird das auch zuhause umsetzen.

Bildungsangebote im Bereich nachhaltige Ernährung müssen deshalb Theorie und Praxis gleichermaßen mit einbeziehen. Dies wurde bei der Erarbeitung der neuen Bildungsangebote durch die Zusammenarbeit der ernährungs- und hauswirtschaftlichen Fachkräfte erreicht. Besonders die technischen Lehrerinnen der Ernährungszentren brachten ihre Erfahrung aus den praktischen Kursen ein. Die technischen Lehrerinnen und Beraterinnen an den Ernährungszentren und Landwirtschaftsämtern zeichnen sich durch eine besonders qualifizierte praktische Ausbildung aus. Dank ihrer zusätzlichen pädagogischen Qualifikation sind sie für den Praxisunterricht im hauswirtschaftlichen und Ernährungsbereich prädestiniert und vermitteln den Teilnehmenden Kompetenzen und Fertigkeiten für ihren Alltag. Für die Umsetzung der neuen Bildungsangebote zur Nachhaltigkeit stehen in jedem Landkreis speziell qualifizierte freiberufliche Ernährungsfachkräfte bereit. Sie bringen Verbrauchern und Verbraucherinnen nachhaltige Ernährung ganz anschaulich nahe – im Bildungsprogramm der Landratsämter, aber auch bei den Volkshochschulen oder anderen Erwachsenenbildungsein-

richtungen. Die Ernährungsfachkräfte stammen aus dem Pool von ca. 500 Multiplikatorinnen, die in ganz Baden-Württemberg für das Ministerium für Ländlichen Raum tätig sind. Ihre Arbeit wird von Mitarbeiterinnen der Landwirtschaftsämter koordiniert. Ihre Qualifikation und Fortbildung gewährleisten das MLR und die LEL.

Landesweite Bildungsangebote

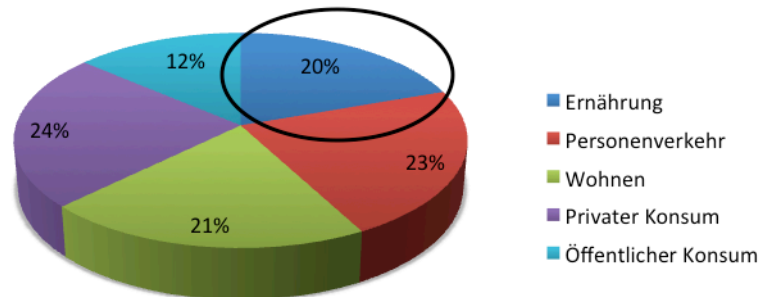
In Absprache mit dem Volkshochschulverband Baden-Württemberg e.V. wurden drei Schwerpunkte festgelegt: eine allgemeine Einführung in die Thematik Essen und Klimaschutz mit praktischen Beispielen für kleine Schritte im Haushalt, ein genussorientierter Kurs mit Erzeugern oder Direktvermarktern, der die Produkte der Region erlebbar macht, und ein kreativer Workshop, der das Kochen mit frischen Produkten und gleichzeitig kulinarische Resteverwertung zeigt. In ganz Baden-Württemberg werden diese Angebote unter demselben Titel angeboten, nur die regionalen Bezüge wechseln und berücksichtigen die Spezifika des Landkreises.

CO₂-Diät – Essen für das Klima

Als Überblick über das große Thema Klimaschutz beim Essen gibt es den Vortrag „CO₂-Diät – Essen für das Klima“. Er ist modular aufgebaut und kann als Einzelveranstaltung, aber auch als Einstieg bei einer ganzen Veranstaltungsreihe genutzt werden. Statt Kalorien zählt bei dieser Diät das Kohlendioxid, das bei Erzeugung und Transport der Lebensmittel in die Luft geblasen wird. Es geht darum, den Zusammenhang zwischen Ernährung und Klima darzustellen und den Verbrauchern Möglichkeiten aufzuzeigen, im Alltag beim Essen und Einkaufen das Klima zu schonen.

Anschaulich erklärt der Vortrag die Auswirkungen des globalen Klimawandels, den Anstieg der Durchschnittstemperatur, den Ausstoß der verschiedenen Treib-

Ernährung als klimabeeinflussender Faktor – Übersicht aller Bereiche



Anteile des Treibhausgas-Ausstoßes nach Bereichen in Deutschland (nach Umweltbundesamt, 2007)

Essen und Trinken sind für 20 % der Klimabelastung verantwortlich.

hausgase und den CO₂-Fußabdruck. Praktische Vorschläge zum klimafreundlichen Essen lassen sich in jedem Haushalt umsetzen und zeigen, dass man mit seinem Ernährungsstil genießen, etwas für seine Gesundheit tun und gleichzeitig zum Klimaschutz beitragen kann. So erfahren die Zuhörer zum Beispiel, dass ihr Einfluss auf die Klimabilanz vor allem beim Einkauf riesig ist. Die CO₂-Emissionen durch eine Einkaufsfahrt mit dem Auto können höher sein als diejenigen durch landwirtschaftliche Produktion, Transport und Verteilung im Handel zusammen! Das Kilogramm Bio-Äpfel, für das man etliche Kilometer extra fährt, erscheint dadurch in einem ganz anderen Licht.

Den Landkreis genießen

Wer einen praktischen Ernährungskurs in seiner Freizeit besucht, will etwas Neues kennen lernen, Lebensmittel und Speisen genießen und gemeinsam mit Anderen einen entspannten Abend/Nachmittag erleben. Diese Erwartung erfüllt der neue Workshop rund um frische Lebensmittel aus der Region „Den Landkreis [Name] genießen“. Jeder Kreis in

Baden-Württemberg hat Spezialitäten, die in den Mittelpunkt des Workshops gestellt werden können, seien es die Streuobstwiesen, der Wein, Spargel, besonders hochwertiges Fleisch, eine Forellenzucht oder eine Käserei. Angesprochen wird damit die wachsende Bevölkerungsgruppe, die Wert auf Qualität legt und sich Wissen und Fertigkeiten aneignen will.

Ernährungsbildung kämpft oft mit dem (Vor)Urteil der Genussfeindlichkeit. Gesunde Ernährung klingt nicht nach genießen. Dieser Workshop beweist das Gegenteil. Er stellt die kulinarischen Schätze der Region ganz bewusst in den Mittelpunkt. Als Besonderheit berichtet außerdem ein Erzeuger oder Direktvermarkter über seine Produkte, Qualitätssicherung und Verarbeitungsmöglichkeiten. Dadurch genießen die Besucher/-innen nicht nur die leckeren Speisen, sondern erlangen Einblick in die arbeitsreiche Herstellung von Lebensmitteln, ihre Zusammensetzung und Verwendung in der Küche. All dies ist Grundlage für die Wertschätzung von Lebensmitteln, nachhaltiges Konsumieren und ein Beitrag gegen die „Geiz ist geil-Mentalität“.



Selbst kochen mit frischem Gemüse aus Baden-Württemberg

Für diese und viele andere Ernährungsangebote ist eine Lehrküche am Landratsamt und die Arbeit der technischen Lehrerinnen ein großer Vorteil. Denn Selbermachen unter fachkundiger Anleitung und Probieren ist etwas ganz Anderes als nur Zuhören. Die Kochshow im Fernsehen ist meist nur Unterhaltung, ein Kurs zum Mitmachen kann das Verhalten der ganzen Familie verändern.

AWARULI – Alles WAS RUmLliegt

Nachhaltige Ernährung ist auch der rote Faden des dreiteiligen Praxiskurses rund um Genuss und Wertschätzung von Lebensmitteln. Er wurde von einem Team der technischen Lehrerinnen aus allen vier Ernährungszentren ausgearbeitet. „Kreatives Kochen mit frischen Lebensmitteln und Resten“ vermittelt mit den Themen Einkauf, Speiseplanung und Vorratshaltung die Grundlagen der Haushaltsführung, legt aber auch einen Schwerpunkt auf Resteverwertung, regionale und saisonale Lebensmittel. AWARULI nimmt ganz bewusst Anleihen bei beliebten Fernsehsendungen: In der

Küche stehen frische Lebensmittel und Reste zu Verfügung – ganz ohne Rezept. Die Teilnehmer/innen zaubern daraus leckere Gerichte und beweisen ihre Kreativität und ihr Know-how.

Das AWARULI-Konzept lässt sich für viele Zielgruppen passgenau ausrichten: für Ungeübte und Singles genauso wie für Männer, Senioren oder junge Familien. Das mehrteilige Konzept war ein besonderer Wunsch des Volkshochschulverbands Baden-Württemberg e.V. Er hat seinen Mitgliedern die neuen nachhaltigen Blickpunkt Ernährung-Konzepte bereits angekündigt. Die Volkshochschulen werden auf die Koordinatorinnen in den Landratsämtern zukommen und nach geeigneten Referentinnen fragen. Die Koordinatorinnen sind auch die Ansprechpartnerinnen für alle anderen Bildungsangebote.

Leitfäden für Ausschreibungen und Catering

Verbraucherinnen und Verbraucher achten inzwischen zunehmend auf die Auswahl von Speisen und Getränken, auch in der Außer-Haus-Verpflegung und bei öffentlichen Veranstaltungen. Shrimpscocktails und Wein aus Übersee bei einer Tagung irgendwo in Baden-Württemberg fallen ebenso negativ auf wie unnö-



Fast wie im TV: Wie mache ich aus diesen Lebensmitteln etwas Leckereres?



Fairen Kaffee gibt es überall – ein Einstieg in die Nachhaltigkeit.

tige Verpackungen und große Mengen an Resten.

Als Hilfestellung für die praxisnahe Umsetzung nachhaltiger Ernährung hat das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz deshalb Leitfäden für verschiedene Einsatzbereiche erarbeitet. Bei Bildungsmaßnahmen, Verpflegungsausschreibungen für größere Veranstaltungen und sogar Besprechungen helfen die Checklisten. Die Empfehlungen reichen von der bewussten Bevorzugung heimischer Lebensmittel der Saison, der Verwendung von fair gehandeltem Kaffee und dem

Angebot von Trinkwasser in Karaffen bis zum Einsatz von mindestens 25 % Bio-Lebensmitteln heimischer Herkunft. Schrittweise bei einzelnen Menükomponenten eingeführt, ist es in sehr vielen Fällen möglich, etwa 25 % der Lebensmittel, gemessen am Umsatzanteil, aus biologischem Anbau zu verwenden. Ministerialdirektor Wolfgang Reimer vom MLR hat dies in seinem Brief an die Landratsämter bei der Versendung der Leitfäden ausdrücklich angeregt. Der Einsatz von Kartoffeln und Gemüse hat sich als kostenneutraler Einstieg in der Praxis bewährt und findet auch bei den Tisch-

gästen große Akzeptanz. Die Kosten lassen sich auch durch die Anpassung der Rezepturen mit geringeren Fleischanteilen im Rahmen halten. Damit wird gleichzeitig die Empfehlung, täglich ein vegetarisches Gericht als Alternative in den Kantinen anzubieten, realisiert. In den Leitfäden für Workshops werden auch die Auswahl der Rezepte und Lebensmittel, der Einkauf, das Kochen und Essen behandelt. Damit wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Veranstaltungen Nachhaltigkeit ganz praktisch, fühl- und schmeckbar nahe gebracht.

Es gilt, die Beispielwirkung in öffentlichen Einrichtungen und das wachsende Bewusstsein zu nutzen und die Verpflegung nach den Prinzipien nachhaltiger Ernährung und gleichzeitig genussvoll zu gestalten. Jede Entwicklung beginnt mit kleinen Schritten! Nachhaltigkeitsaspekte werden auch in der Außendarstellung zunehmend wichtiger und ihre Berücksichtigung verbessert das Image. Die Leitfäden stehen zum Download zur Verfügung im Infodienst Ernährung der Landwirtschaftsverwaltung in der Rubrik Nachhaltigkeit (www.ernaehrung-bw.info).

Monika Radke arbeitet im Referat Ernährung im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Öffentlich Private Partnerschaften – Ernüchterung oder neue Konstellation?

Von Dipl.-Ing. Renigard Baron, Stuttgart

Die öffentliche Infrastruktur gehört zu den wichtigsten Standortfaktoren und Wachstumstreibern einer Volkswirtschaft. Trotz dieser Erkenntnis haben zu geringe Investitionen weltweit zum Ungleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot von Infrastrukturprojekten geführt.

Öffentliche Infrastrukturprojekte sind aber nicht nur bedeutende Faktoren der Beschäftigung und Wertschöpfung, sie prägen von jeher auch die Städte und Landschaften und sind Teil unserer Baukultur.

Öffentliche Infrastruktur

Wie mehrere Studien übereinstimmend feststellen, geht auch in Deutschland die Schere zwischen Bedarf und Angebot im Infrastrukturbereich weit auseinander.

Einerseits beträgt der Bedarf an Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen, für den Zeitraum von 2006 bis 2020, etwa 75 Mrd. Euro pro Jahr, andererseits sind für den öffentlichen Bau im Jahr 2011 nur 45,22 Mrd. Euro, also etwa 60,30 Prozent des Bedarfs investiert worden.

Dadurch können in Deutschland Infrastrukturvorhaben nicht mehr im erforderlichen Umfang realisiert werden. Besonders hoch ist der Investitionsstau bei den Kommunen, der in dem Zeitraum 2006–2020 auf etwa 450 Mrd. Euro steigen und der sich vorwiegend bei den Schulen, Sportstätten, Krankenhäusern, Verkehrsprojekten und beim ÖPNV auswirken wird¹.

Um die benötigten Projekte dennoch zu verwirklichen, wird neben dem öffentlichen Eigenbau die Beschaffungsvariante „Öffentlich Private Partnerschaft“ (ÖPP) eingesetzt.

Staaten wie England, Frankreich oder Australien und Kanada führen seit Jahren einen Teil ihrer Infrastrukturprojekte in Kooperation mit der Privatwirtschaft durch.

Öffentlicher Eigenbau

Der seit Jahrzehnten bewährte öffentliche Eigenbau zeichnet sich dadurch aus, dass einzelne Lebenszykluselemente eines Projektes wie Planen, Bauen, Finanzieren, Betreiben und Verwerten jeweils eigenständig organisiert und getrennt vergeben werden können.

Den Vorteilen, wie die Sicherung des Planungsprozesses sowie der städtebaulichen und architektonischen Qualität durch Planungswettbewerbe stehen Nachteile gegenüber, die vor allem aus ungenügender wirtschaftlicher Optimierung des gesamten Lebenszyklus und der Übernahme von Projektrisiken durch die öffentliche Hand resultieren.

Dieser Mangel verringert sich, wenn bei größeren Bauvorhaben die Architekten und Fachingenieurleistungen an Generalplaner und die Bauleistungen an Generalunternehmer jeweils getrennt vergeben und durch ein qualifiziertes Projektmanagement gesteuert werden. Vor allem beim öffentlichen Eigenbau sind die nach Nutzungsbeginn anfallenden Betriebskosten bereits im Planungsprozess zu optimieren, weil sie bei einer 40-jährigen Nutzungsdauer im Schnitt etwa viermal so hoch sind wie die Erstellungskosten eines Gebäudes.

ÖPP als Beschaffungsvariante

Bei der Beschaffungsvariante ÖPP handelt es sich um eine langfristige, vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privat-

wirtschaft zur wirtschaftlichen Realisierung öffentlicher Aufgaben über den gesamten Lebenszyklus eines Projektes. Von besonderer Bedeutung ist, dass die für Aufgabenerfüllung erforderlichen Ressourcen von den Partnern in einem Organisationsmodell zusammengeführt und die Projektrisiken entsprechend der Managementkompetenz der Beteiligten verteilt werden².

ÖPP kann jedoch nach den Regeln des Haushaltsrechts nur dann als Beschaffungsvariante eingesetzt werden, wenn durch einen wirtschaftlichen Vergleich zum öffentlichen Eigenbau Effizienzvorteile entstehen.

In den Jahren 2002/2003–2012 wurden in 170 öffentliche ÖPP-Hochbauprojekte etwa 4923 Mio. Euro investiert, in den Verkehrswegebau sind im Zeitraum 2005–2012 etwa 2423 Mio. Euro in 15 ÖPP-Projekte geflossen.

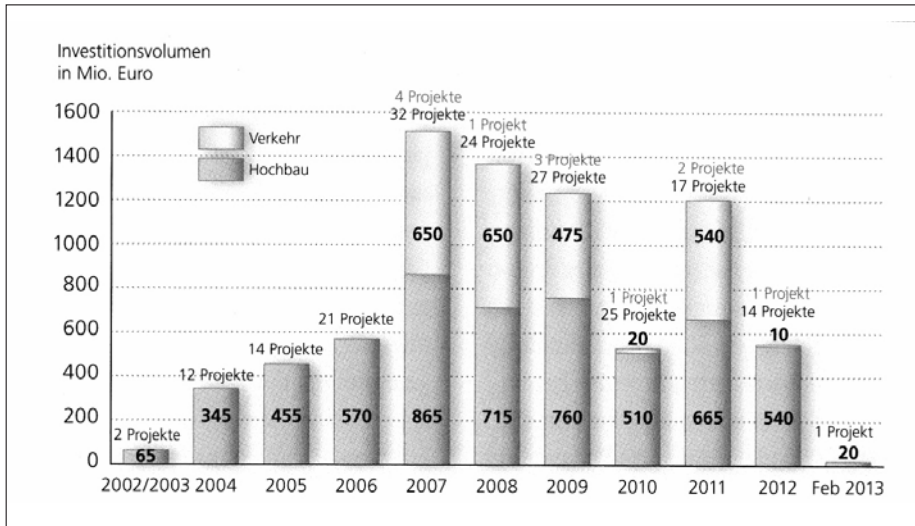
Die dabei erzielten Einsparungen von insgesamt 12 Prozent, entsprechen etwa 940 Mio. Euro³.

Überwiegend kam hier das sogenannte Vier-Phasen-Projekt zur Anwendung, bei dem Planen, Bauen, Finanzieren und Betreiben in einer funktionalen Leistungsbeschreibung (outputorientiert) ausgeschrieben und an private Partner vergeben wurden.

Das von der Bauindustrie favorisierte Vier-Phasen-Projekt führt vor allem zur Optimierung von Wirtschaftlichkeit und Risikoverteilung sowie zur Verringerung der Schnittstellen, aber nicht regelmäßig zu einer guten Gestaltungsqualität bei den Hoch- und Brückenbauprojekten.

Qualitätssicherung bei ÖPP

Mit dem Forschungsvorhaben „Sicherstellung architektonischer Qualität bei Projekten öffentlich-privater Partner-



ÖPP in Deutschland: Entwicklung 2002 bis 2012

schaft“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wurden über 90 ÖPP-Neubauten im Hochbau erfasst und 17 davon bewertet. Dabei wurde festgestellt, dass sich mit ÖPP öffentliche Hochbauten in herausragender Qualität realisieren lassen, ÖPP aber nicht zwangsläufig zur guten Qualität führt. Es sind daher Instrumente und Maßnahmen notwendig, die auch eine angemessene Qualität sichern. Demnach ist Architekturqualität überwiegend dann gewährleistet, wenn dem ÖPP-Beschaffungsprozess ein Planungswettbewerb vorgeschaltet und der Architekt bei allen weiteren HOAI-Leistungsphasen beteiligt bleibt. Das wird auch in der entsprechenden Rangfolge erkennbar. Die ersten Plätze belegen ÖPP-Projekte, wie die Neubauten der Heinrich Böll Stiftung in Berlin und die Duale Hochschule in Heidenheim an der Brenz, die auf der Grundlage eines vorgeschalteten Planungswettbewerbs und mehrstufigen Verhandlungsverfahrens realisiert wurden. Mit dem Kreishaus Unna wurde aber zudem bestätigt, dass mit einem Vier-Phasen-Projekt gute Architekturqualität erzielbar ist, wenn der Architekt mit allen HOAI-Leistungsphasen beauftragt wird, ein qualifiziertes Team das Projekt begleitet und die Vergabe auf der Grund-

lage eines mehrstufigen Verhandlungsverfahrens erfolgt⁴.

Rückläufige ÖPP-Investitionen

Inzwischen ist eine gewisse Ernüchterung bei den Investitionen in ÖPP-Projekte festzustellen. Mit nur 15 beauftragten ÖPP-Projekten und einem Investitionsvolumen von etwa 550 Mio. Euro wurden 2012 die Investitionen der vergangenen Jahre nicht erreicht⁵. Die Gründe sind vielfältig, in erster Linie ist der Investitionsrückgang auf das

Auslaufen des Konjunkturpaketes und die vereinbarte Schuldenbremse zurückzuführen.

Im Fokus der Kritik stehen aber auch die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur, mangelnde Transparenz bei der Vorbereitung, Auftragsvergabe und Gestaltung der Verträge und die ungenügende Einbindung regionaler Unternehmen. Nicht zuletzt fehlt es oft am politischen Willen, ÖPP-Projekte selbst bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit durchzuführen.

Flexible Anwendung von ÖPP

Um die Attraktivität von ÖPP zu verbessern, sollte mehr Überzeugungsarbeit geleistet und auf den Investitionsbedarf der öffentlichen Hand kreativ und flexibel reagiert werden.

Neben den favorisierten Vier-Phasen-Projekten lassen sich bei Bedarf auch Drei-Phasen-Projekte anwenden.

Zum Beispiel kann eine Kommune mit einem qualifizierten Immobilienmanagement nur die Projektphasen Planen, Bauen, Finanzieren gemeinsam aus-schreiben und an den privaten Partner vergeben. Der Betrieb und die weitere Verwertung des Objektes verbleiben dann beim kommunalen Immobilienmanagement.



Duale Hochschule in Heidenheim/Brenz
Planung: Spreen Architekten, München

Bewährt hat sich diese Vorgehensweise beim „Thüringer Modell“, mit dem nach der deutschen Vereinigung ein Teil der notwendigen Infrastruktur des Freistaates Thüringen in guter Qualität realisiert wurde. So wurden 1995–2008 insgesamt 29 Landesprojekten auf der Grundlage eines vorgeschalteten Architektenwettbewerbes durchgeführt und ein Bauvolumen von etwa 653,5 Mio. Euro umgesetzt.

Hervorzuheben ist, dass die Baukosten und Termine weitgehend eingehalten und dass mehrere Objekte, wegen ihrer guten Qualität mit dem „Thüringer Staatspreis für Architektur und Städtebau“ oder mit einer Anerkennung ausgezeichnet wurden⁶.

Können Kommunen ihre Projekte mit Haushaltsmitteln und Kommunalkrediten günstig finanzieren, dann besteht für sie die Möglichkeit, diese als Drei-Phasen-Projekte mit den Phasen Planen, Bauen und Betreiben auszuschreiben und an private Partner zu vergeben.

Insgesamt wurden bereits 21 solcher Drei-Phasen-Projekte mit einem Investitionsvolumen von 717 Mio. Euro realisiert⁷.

ÖPP und Nachhaltigkeit

Die vorrangigen Ziele des nachhaltigen Bauens, Projekte über den gesamten Lebenszyklus zu optimieren, um den Energie- und Ressourcenverbrauch zu minimieren, die Umweltbelastungen zu verringern und die Gesamtwirtschaftlichkeit zu verbessern, werden von ÖPP-Projekten zu etwa 60–70 Prozent automatisch beachtet. Die Qualität der Umsetzung der Kriterien, die auch im „Leitfaden Nachhaltiges Bauen“ und im „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen“ des BMVBS enthalten sind, ist vor allem von der Güte der Vorgaben durch die öffentliche Hand und der Festlegung in der funktionalen Leistungsbeschreibung abhängig⁸.

Wegen der langen Laufzeit der ÖPP-Verträge sollten in ihnen „Service level



Kreishaus in Unna

Architekt: agn Niederberghaus & Partner GmbH, Ibbenbüren

Agreements“ (SLA) verankert werden, mit denen vertragskonforme Leistungen des Auftragnehmers bei der Realisierung, Übernahme und während der Nutzung des Objektes durch den öffentlichen Auftraggeber kontrolliert und sichergestellt werden können. Dazu ist es aber notwendig, dass die vertraglichen Leistungen genau formuliert und messbar gestaltet werden.

Fazit

Mit der Beschaffungsvariante ÖPP hat die öffentliche Hand im Zeitraum 2002/2003–2012 etwa 180 ÖPP-Projekte mit einem Bauvolumen von 7346 Mio. Euro durchgeführt. Damit wurde ein Teil der notwendigen Infrastrukturprojekte im Hochbau und Verkehrswegebau nachhaltig und effizient realisiert und ein wichtiger Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus geleistet.

Inzwischen ist eine gewisse Ernüchterung bei den Investitionen in ÖPP-Projekte festzustellen.

Die Beweggründe die zum Rückgang der Investitionen in ÖPP-Projekte geführt haben wurden genannt und sollten weiter gründlich analysiert und öffentlich diskutiert werden.

Neben der Sicherung der Qualität durch die beschriebenen Instrumente und

Maßnahmen sollte ÖPP auch in geänderter Konstellation kreativ und flexibel auf die Wünsche der öffentlichen Hand bei der Realisierung ihrer Projekte reagieren.

Die Beschaffungsvariante ÖPP führt bei richtiger Anwendung zur nachhaltigen Vernetzung von Wirtschaftlichkeit mit städtebaulicher sowie architektonischen Qualität, die mittelfristig auch zur gewünschten Entlastung der öffentlichen Haushalte beitragen kann.

¹ Weber, B./Alfen, H.W.: Infrastrukturinvestitionen-Projektfinanzierung und PPP. Köln 2009

² BMVBS: Gutachten „PPP im öffentlichen Hochbau“. August 2003

³ Knop, D. (Hrsg.): Public Private Partnership. Frankfurt am Main, 2013

⁴ BMVBS (Hrsg.): Architekturqualität für ÖPP. Berlin 2011

⁵ wie 3

⁶ Baron, R.: Das „Thüringer Modell“; in Deutsches Architektenblatt; 2006, Heft 2.

⁷ Internetseite der ÖPP Deutschland AG, 2013.

⁸ Weller, R.: Ist ÖPP per se nachhaltig?; in Facility Management, 2012, Heft 5.

Dipl.-Ing. Renigard Baron ist beim IÖB Institut für Öffentliches Bauen in Stuttgart tätig

Richard Ziegler: Die Berliner Jahre

Faszinierende Ausstellung in Schloss Bonndorf – und ein Filmklassiker im Rahmenprogramm

Von Dr. Jürgen Glocker, Waldshut-Tiengen

„Nach dem Krieg schloß ich mit der Doktorpromotion meine akademische Laufbahn ab. Mit dem Ende der ‚alten Welt‘ war auch meine Jugend abgeschlossen, die neue Zeit habe ich als Erwachsener angetreten, der Weg für die Kunst war frei. Im Frieden und in der Sicherheit der ‚guten alten Zeit‘ hat sich meine geistige Welt gebildet. Aus dem Sturm und Drang der zwanziger Jahre empfang ich den für das Neue nötigen Antrieb. Eine Kunstschule habe ich nie besucht. Es war keine Zeit zu verlieren, ich stand im 29. Jahr.“

Richard Ziegler schrieb diese Zeilen 1981 für seinen kurzen autobiografischen Abriss *Mein Herkommen*. Er war eine Jahrhundertgestalt: 1891 in Pforzheim geboren und 1992 in seiner Vaterstadt gestorben, wurde er zum Zeugen der schmerzhaften Verwerfungen des 20. Jahrhunderts. Er war einer der großen südwestdeutschen Künstler und er hätte es auch international nach ganz oben bringen können, hätten ihn die Nazis nicht im Jahr 1933 dazu gezwungen, ins Exil zu gehen – zunächst auf die Insel Korčula im ehemaligen Jugoslawien, dann nach Paris und schließlich nach London, wo er bis in die sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts lebte. In einem Tagebucheintrag vom 24. März 1933 notierte Ziegler: *Meine Arbeit ist staatsfeindlich und kulturwidrig, sie bringt mir eher Gefängnis als Geld ein ... Nacht, Schweigen, meine Arbeit verbergen, untertauchen. Nüchtern rechnen, fordern, handeln. Allen mißtrauen, auf keinen warten, arbeiten und wachen.* Ab Mitte der sechziger Jahre pendelte Ziegler zwischen Selva auf Mallorca,

Pforzheim und Calw, wo im Jahr 1982 die Richard-Ziegler-Stiftung gegründet wurde. Etwa zur selben Zeit, zu Beginn der achtziger Jahre, begann in London und New York die Wiederentdeckung des Werks aus den zwanziger Jahren.

Mitglied der „Novembergruppe“

Bis zum 7. Juli 2013 zeigte Schloss Bonndorf, das Kulturzentrum des Landkreises Waldshut, zentrale Werke Zieglers aus seinen Berliner Jahren (1925–1932). Präsentiert wurden weit mehr als sechzig Arbeiten, Ölbilder, Pastelle, Kantstiftzeichnungen, Opaldrucke und Mischtechniken. Insbesondere die Pastelle, Zeichnungen und Opaldrucke jener Zeit zählen zum Besten, was der Künstler geschaffen hat. In Berlin freundete sich Ziegler nicht nur mit Robert Musil, dem Autor des Romans „Der Mann ohne Eigenschaften“ an, mit dem er weitläufig verwandt war und für den er eine Erzählung illustrierte, sondern trat vor allem in Kontakt zur „Novembergruppe“, einer radikal-demokratischen Künstlervereinigung. Zu ihr gehörten u.a. Otto Dix, George Grosz, Wassily Kandinsky, Ludwig Mies van der Rohe und Rudolf Schlichter. Ziegler war ab 1926 Mitglied der Gruppe und beteiligte sich bis 1932 an ihren Ausstellungen.

Die sogenannten „goldenen Zwanziger“ brachten einen scheinhaften wirtschaftlichen Aufschwung, brachten tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen und eine neue sexuelle Freizügigkeit. Die Rollenbilder von Mann und Frau änderten sich rasant, und die Kunst erfuhr eine Phase der beinahe völligen Entgrenzung. Der Glanz der Großstadt überdeckte die Traumata, die Verluste und Erschütterungen, die der Erste Weltkrieg

mit sich gebracht hatte. Die Menschen suchten sich zu betäuben, sie feierten, wann immer es ging. Bis zur Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre stürzten sie sich ins Nachtleben, besuchten Kneipen, Bars und Nachtclubs: Voller Lebensgier und Vergnügungssucht bemühten sie sich, die Schatten der Vergangenheit zu verdrängen. Die Kunst jener Jahre, die Kunst der Neuen Sachlichkeit, die nach einer Mannheimer Ausstellung des Jahres 1925 benannt ist, macht diese Kultur der Verdrängung sichtbar.

Richard Ziegler und die Frauen

Auch Richard Zieglers fulminante Arbeiten aus seiner Berliner Zeit dürfen als „neusachlich“ angesprochen werden. Ziegler interessierte sich für das Leben der Varietés, der Cafés und Bars. Sein Fokus liegt auf Tänzerinnen und mondänen Damen ebenso wie auf Freuden-



Kartenlegerin: Richard-Ziegler-Stiftung der Stadt Calw



Frauen: Richard-Ziegler-Stiftung
der Stadt Calw

mädchen und Straßenszenen, auf den Accessoires der Mode und den berühmten roten Lippen, die alles andere überstrahlen. Die Berliner Jahre sind im Œuvre Richard Zieglers eine Zeit des faszinierten Beobachtens, dessen künstle-

rische Ergebnisse uns auch heute noch fesseln.

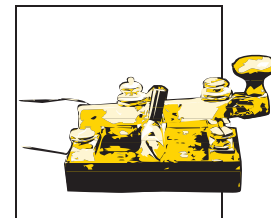
Ziegler war ein „Frauentyp“, immer wieder ging er neue Beziehungen ein, und es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Ziegler die Frauen, die er zeichnete und malte, verehrte oder sogar liebte. Er war von ihrer erotischen Ausstrahlung, von ihrem Sexappeal in Bann geschlagen. Zugleich jedoch macht er die Verdrängungsmechanismen, die hinter ihrem Verhalten durchscheinen, und ihre Maskenhaftigkeit sichtbar. Dennoch hat Susanne Völker, die ehemalige Leiterin der Calwer Ziegler-Stiftung, recht, wenn sie sagt: „Richard Ziegler war kein dezidiert politischer Künstler – im Gegenteil.“ Er war in erster Linie Flaneur und Beobachter, er urteilte und verurteilte kaum.

Die Sinfonie der Großstadt

Im Rahmen der Bonndorfer Ausstellung, die zahlreiche Besucherinnen und Besucher auch aus Pforzheim und aus dem Nordschwarzwald anzog, war gleichfalls

Walther Ruttmanns Filmklassiker „Berlin, die Sinfonie der Großstadt“ aus dem Jahr 1927 zu sehen. Fünfundsechzig Minuten lang zeigt Ruttmann just das Berlin, in dem Richard Ziegler gelebt und gearbeitet hat. Es ist ein Berlin, das, im Stil der Neuen Sachlichkeit präsentiert, von der Mechanisierung des Lebens, vom Zerfallen der Gesellschaft in arm und reich, von Metropolencharakter und Vorstadtstraßen gleichermaßen geprägt ist. Besonders interessant erscheint, dass der Film in seinem sogenannten „5. Akt“ gerade jenes soziale Biotop thematisiert, das im Zentrum der Ziegler-Ausstellung stand: das der Cafés, der Bars, der Kneipen und der Nachtclubs. Walther Ruttmanns bewegte Bilder lieferten in ihrer Brillanz die Grundierung zu Richard Zieglers Bildwelt.

Dr. Jürgen Glocker leitet das Amt für Kultur, Archivwesen und Öffentlichkeitsarbeit beim Landratsamt Waldshut



NACHRICHTEN

40 Jahre Landkreise nach der Kreisreform

Die Landkreise in Baden-Württemberg haben anlässlich ihres 40. Geburtstags vielfältige größere und kleinere Veranstaltungen, Aktionen und Feierlichkeiten durchgeführt. Diese exemplarische Zusammenstellung gibt einen kleinen Überblick hierzu.

Hohenlohekreis feiert 40. Geburtstag

Zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie amtierende und ehemalige Kreistagsmitglieder waren am 6. Mai 2013 ins Hoftheater nach Öhringen gekommen, um zusammen mit Landrat Helmut M. Jahn den 40. Geburtstag des Hohenlohekreises zu feiern. „40 Jahre Hohenlohekreis – 40 Jahre erfolgreiche Geschichte, ich denke das ist ein guter Grund zu feiern“, so Jahn bei seiner Begrüßung. Besonders freute er sich, dass sein Amtsvorgänger Landrat a. D. Dr. Franz Susset und die Träger der Ehrenmedaille des Hohenlohekreises, darunter auch Träger der Großen Ehrenmedaille des Hohenlohekreises in Gold, der höchsten Auszeichnung, die der Landkreis zu vergeben hat, zum Festakt gekommen waren.

In seiner Rede führte Landrat Jahn die Gäste durch die Geschichte des Landkreises, der 1973 im Rahmen der Gebietsreform gebildet und zu Anfang als Verleghenheitslösung oder gar als „Sündenfall der Kreisreform“ bezeichnet wurde. Im Laufe der Zeit habe sich dieser jedoch zu einem dynamischen, modernen, lebens- und überaus leistungsfähigen Landkreis mit enormer Wirtschaftskraft entwickelt,

der in allen Bereichen hervorragend aufgestellt sei. Er dankte allen Wegbegleitern, die sich für die Entwicklung des Kreises eingesetzt und dazu beigetragen haben, dass der Hohenlohekreis doch nicht zu dem befürchteten „Sündenfall“ geworden ist.

Als Lesetipp empfahl er den Gästen die anlässlich des Jubiläums erstellte Landkreischronik, welche Handlungsschwerpunkte aus der 40-jährigen Arbeit der Kreistage und der Kreisverwaltung, Veränderungen in den Aufgabenbereichen und Erinnerungen ehemaliger Kollegen beinhaltet.

Eine Überraschung hatte der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Hohenlohekreis Werner Gassert zur Geburtstagsfeier mitgebracht. Er überreichte Landrat Jahn eine Spende in Höhe von 250.000 Euro für die Stiftung des Hohenlohekreises.

Interessiert lauschten die Gäste im Anschluss dem Vortrag von Professor Dr. Dr. h. c. Joachim Jens Hesse, Leiter des Internationalen Instituts für Staats- und Europawissenschaften in Berlin, zum Thema „Die Landkreise im deutschen Regierungssystem: Leistungen und Erwartungen“. Professor Hesse gratulierte Landrat Jahn in seiner Rede zu der hervorragenden Entwicklung des Hohenlohekreises. „Sie haben einen hervorragenden Kreis aufgebaut, fast modellhaft“, so Hesse. Für die Verwaltungsstruktur in Baden-Württemberg sehe er keinen Reformbedarf, schon gar nicht für den Hohenlohekreis.

Musikalisch umrahmt wurde das Programm von der Jugendmusikschule Öhringen mit Stücken von Georg Philipp Telemann.

40 Jahre Main-Tauber-Kreis – eine Erfolgsstory

Das 40-jährige Bestehen des Main-Tauber-Kreises war der Anlass, um bei einem Jubiläumsgottesdienst und einem Festakt die Vergangenheit Revue passieren zu lassen, die Gegenwart zu analysieren und einen Ausblick in die Zukunft zu wagen. Die Veranstaltung mit rund 250 Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft fand am Mittwoch, 26. Juni, in der kreiseigenen Liegenschaft Kloster Bronnbach bei Wertheim statt.

Den Auftakt der Veranstaltung machte der Jubiläumsgottesdienst in der Klosterkirche Bronnbach. Unter der Leitung von Ehrengast und Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, der evangelischen Dekanin Renate Meixner aus Weikersheim und des katholischen Dekans Gerhard Hauk aus Tauberbischofsheim stand der Gottesdienst vor allem im Zeichen der Dankbarkeit. Musikalisch gestaltet wurde er durch das Bläserquartett des Posaunenchores der Stiftskirche Wertheim unter der Leitung von Manfred Lutz, von der Organistin Regina Oetzel sowie der Chorschola Kilsheim unter der Leitung von Achim Klein.

„Vielvölkerstaat“ wurde eine Einheit

Anschließend hieß Landrat Reinhard Frank die Gäste zum Festakt im 1724 gebauten barocken Josephaal des Klosters willkommen. In seiner Rede blickte Frank zurück auf die Geschichte der Landkreise und auf die Geburtsstunde des Tauberkreises, der 1973 aus den Landkreisen Bad Mergentheim und Tauberbischofsheim sowie der neu gebildeten Ge-

meinde Ahorn entstand. „Der ‚Tauber-Kreis‘, seit der Namensänderung am 1. Januar 1974 ‚Main-Tauber-Kreis‘, war zu dieser Zeit ein mutig geschaffenes, politisches Gebilde. Es wurde ein Vielvölkerstaat aus lebenslustigen Badenern, sparsamen Schwaben, kernigen Hohenlohern und leutseligen Franken zu einer politischen Einheit geformt“, schilderte Frank die Entwicklung vor 40 Jahren.

Mittlerweile sei der Main-Tauber-Kreis ein „vielfältiger und liebenswerter Landkreis“, der auf eine wahre Erfolgsstory zurückblicken könne. Anstelle von ehemals 160 Müllkippen existiere heute nur noch eine zentrale Mülldeponie in Dörlesberg und eine moderne Abfallverwertung. Das Straßennetz wurde ausgebaut, und man könne heute einen Fünf-Sterne-Radweg sein eigen nennen. Die Wirtschaftsstruktur, damals stark ländlich geprägt, bestehe heute aus zahlreichen mittelständischen Firmen mit 49 000 Arbeitsplätzen. Der Main-Tauber-Kreis sei der einzige Kreis, der über ein aktives Kloster verfüge. Die Kreisverwaltung hat sich, nachdem 1995 und 2005 zahlreiche untere Sonderbehörden eingegliedert wurden, von 350 Mitarbeitern 1973 zu einem der wichtigsten Arbeitgeber im Kreis mit heute 900 Mitgliedern entwickelt. „Man muss einfach stolz auf die Entwicklung des Main-Tauber-Kreises sein, und mein Dank gilt allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf unterschiedlichste Weise in Vereinen oder politischen Institutionen für die Entwicklung des Kreises eingesetzt haben“, fasste Frank zusammen.

Im Anschluss hatte mit Bruno Rühl, erster Landrat im neu gegründeten Main-Tauber-Kreis, ein besonderer Gast das Wort. Er schilderte seine Erfahrungen aus der Anfangszeit des Landkreises und erklärte, dass der Name „Main-Tauber-Kreis“ nicht selbstverständlich gewesen sei: „Im Jahre 1971 bin ich in erste Gespräche für den neuen Namen mit dem Vertreter aus Bad Mergentheim getreten, leider haben diese nichts ergeben. Für mich war es jedoch immer ein großes

Anliegen, den Main mit in den neuen Namen zu integrieren, da dieser als Grenzfluss und Wirtschaftsfaktor eine wichtige Rolle im Landkreis gespielt hat und spielt. Umso glücklicher war ich, als sich meine Mühe mit der Umbenennung von ‚Tauber-Kreis‘ in ‚Main-Tauber-Kreis‘ am 1. Januar 1974 gelohnt hat.“

Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Wolfgang Reinhart sah im Strukturwandel der Landwirtschaft die größte Herausforderung, die es in 40 Jahren Main-Tauber-Kreis zu bewältigen galt. Außerdem sprach er eindeutige Worte in Bezug auf den im Grundgesetz verankerten Schutz der Selbstverwaltung. Für ihn seien etwaige geplante Regionalkreise keine Alternative zu den gegenwärtigen Landkreisen. „Der Main-Tauber-Kreis ist eine Perle in Baden-Württemberg. Eine niedrige Kriminalitätsrate, günstiges Wohnen, eine hohe Umweltqualität sowie ein starkes Ehrenamt sind alles Vorzüge des Landkreises, die uns stolz machen können“, schloss Reinhart seine Rede mit dem Hinweis, dass die Lebensqualität im Main-Tauber-Kreis bundesweit mit am höchsten sei. Reinhart war 1979 der jüngste Kreisrat in Baden-Württemberg und gehörte dem Gremium bis 2004 an.

Abschließend sprach Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz, in seiner Festrede „Werte in einer säkularen Gesellschaft“ über Merkmale, die in der heutigen Gesellschaft notwendig seien. So seien die Begriffe „Pluralisierung“, „Säkularisierung“ und „Globalisierung“, die im Zusammenhang mit der heutigen Gesellschaft häufig genannt werden, von vielen eng verknüpft mit dem Thema Freiheit. Jedoch sei Freiheit heute „nicht dadurch bedroht, zu wenige Alternativen zu haben, sondern zu viele Möglichkeiten zu besitzen“, spielte Zollitsch auf die Kehrseite der Moderne und das „Überangebot an Einkauf, Freizeit und Urlaub“ an. Durch den Einsatz eines „Wertewandels“ sei es unabdingbar, dass auch heute grundlegende Werte wie Soli-

darität, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit in der Gesellschaft Einzug erhalten. „Ohne verbindliche Werte driftet eine Gesellschaft früher oder später auseinander“, zeigte Zollitsch die Konsequenzen auf. Zudem hielt der Erzbischof ein Plädoyer für die Familie, nannte die Erziehung eine „Wert-Arbeit“ und beschrieb sie als „Zukunft der Gesellschaft“. „Der Einsatz für Familien ist eine gemeinsame Aufgabe. Der Einsatz für Familien ist aller Mühen wert“, appellierte er an die aufmerksamen Zuhörer.

Bürgerfest anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Ostalbkreises

Bürgerinnen und Bürger aus allen Teilen des Kreises waren am Sonntag, 16. Juni 2013 nach Aalen geströmt, um gemeinsam im und rund um das Kreishaus zu feiern.

Der Festtag startete mit einem ökumenischen Gottesdienst auf der Bühne am Kocher, der von den Dekanen Dr. Pius Angstenberger und Ralf Drescher gestaltet wurde. Für die musikalische Umrahmung sorgten der Posaunenchor des CVJM Schwäbisch Gmünd und die St. Michael Chorknaben. Christian Baron, der Vorsitzende des Freundeskreises der St. Michael Chorknaben, ließ es sich am Ende des Gottesdienstes nicht nehmen, Landrat Klaus Pavel als 300. Mitglied zu gewinnen.

Flankiert von Fahnenträgern, Fanfarenspielern und vielen weiteren Mitwirkenden der Staufersaga überbrachten Kinder von Landkreisbeschäftigten Gmünder Grüße als Boten der Landesgartenschau 2014 in Form von bunt gestalteten Blumen und Wolken. Einen besonderen Gruß überreichte der Gmünder Oberbürgermeister Richard Arnold zum Kreisjubiläum an den Landrat. Auf dem Gmünder Gruß in Form einer großen Wolke sind die Daten der Landesgartenschau sowie die Porträts des Landrats und des Gmünder Oberbürgermeisters, gemalt vom Lorcher Künstler Hans Kloss, festgehalten. Die Gmünder Grüße fan-

den sogleich ihren Platz vor dem Eingangsbereich des Landratsamtes. Eine eigens zum Bürgerfest angereiste Delegation aus dem italienischen Partnerlandkreis Ravenna überbrachte Grüße und Glückwünsche: Roberta Romboli von der Provinz Ravenna sowie Carla Benedetti und Ermanno Tani, beides Kreisräte, waren begeistert von der Jubiläumsveranstaltung.

Einen erstmals komplett aufgearbeiteten Überblick über die Geschichte des Ostalbkreises und seiner Rechtsvorgänger präsentierte Kreisarchivar Dr. Bernhard Hildebrand im Foyer des Landratsamtes. Die beim Bürgerfest eröffnete Ausstellung „Ämter-Kreise-Regionen – Die Geschichte des Ostalbkreises“ zeichnet die Entstehungsgeschichte des heutigen Ostalbkreises anhand vieler zeitgenössischer, aber auch neuer Karten nach und dokumentiert, dass die Wurzeln des heutigen Ostalbkreises bis ins Jahr 1803 zurückreichen, als der französische Kaiser Napoleon die politische Landkarte Europas völlig neu gestaltete. Aus der Kleinstaaterei des alten Reiches entstanden damals neue Strukturen und mit den ersten im Jahr 1803 gegründeten Oberämtern auch die ersten direkten Rechtsvorgänger des Ostalbkreises. Auf der Bühne am Kocher wurde den Gästen ein fetziges Showprogramm geboten.

Technikfans kamen bei den Straßenmeistereien des Landkreises und der GOA auf ihre Kosten: Präsentiert wurden Räum- und Streufahrzeuge, Unimogs mit Mähwerkzeugen und das Seitenladerfahrzeug der GOA für die blauen Tonnen. Die Bußgeldstelle „blitzte“ auf einem Kettcar-Parcours rasende Kinder, der Forst des Kreises hatte mit dem „Orkanalarm“ ein immerwährend von Kindern belagertes, spektakulär anzuschauendes Geschicklichkeitsspiel aufgeboden. Für die Kleinsten gab es neben einer Hüpfburg Mal- und Bastelangebote.

Auf allen Ebenen des Kreishauses präsentierten sich die Geschäftsbereiche der Landkreisverwaltung, die Kliniken,

die Beruflichen Schulzentren und die WiRO und boten neben allerlei Informationen über das riesige Aufgabenspektrum des Ostalbkreises auch gut besuchte Mitmachaktionen an.

Für das leibliche Wohl der Besucher sorgten der Schützenverein Buch und die Betriebssportgemeinschaft des Landratsamtes sowie mehrere Regionalvermarktungsbetriebe, die auf einem Markt ihre regionalen Produkte anboten. Den ganzen Tag über herrschte im und um das Landratsamt herum reges Treiben. Für Landrat Klaus Pavel ein Zeichen dafür, dass der Ostalbkreis in den vergangenen 40 Jahren in seiner Vielfalt bestehen blieb und dennoch zusammengewachsen ist – ganz so, wie es sich Gründungslandrat und Ehrengast Dr. Gustav Wabro 1973 gewünscht hatte.

Rund 4000 Besucher feierten den 40. Kreisgeburtstag im Landratsamt des Rems-Murr-Kreises

Im Landratsamt kann man an einem Tag sehr viel lernen: über die vielfältigen Aufgaben seiner 17 Geschäftsbereiche, die Tochtergesellschaften und den Kreistag mit seinen Fraktionen. Auch der neue Imagefilm zum Rems-Murr-Kreis hatte Premiere. Die rund 4000 Besucher beim Tag der offenen Tür am Sonntag im Kreishaus Waiblingen konnten zum Jubiläum „40 Jahre Rems-Murr-Kreis“ aber auch sehr viel über sich selbst lernen – und wie das Landratsamt ihnen dabei hilft. Alle Sinne waren gefordert: In einem Dunkelcafé konnten sie bei Kaffee und Kuchen erkennen, dass ohne Licht Blinde sich besser zurechtfinden als Sehende. Ob sie gut hören, konnten sie beim Gesundheitsamt testen. Dort gewährte auch eine intra-orale Kamera einen seltenen Blick in den eigenen Mund. Vieles, was man sich tagein, tagaus in den Mund steckt, ist zweifelhaft. Die Lebensmittelkontrolleure vom Landkreis boten Geschmacksproben an, aus denen die Gäste mit ihrem Gaumen echten Schinken und Schafskäse von Lebensmittelimitaten

unterscheiden sollten – was nur teilweise ein Vergnügen war. Durchweg leckere Kostproben gab es dagegen beim Geschäftsbereich Forst, der zur Vorstellung seiner Arbeitsfelder auch Produkte aus Wild anbot. Richtig satt wurde man dann bei den vielfältigen Leckereien aus der regionalen Herstellung von Direktvermarktern aus dem Rems-Murr-Kreis. Für sie war das Parkdeck zwischen Kreishaus und Polizeidirektion reserviert.

Zusätzlich zu den 38 Infoständen, Präsentationen und Mitmachstationen im Kreishaus war auch die halbe Straße am Alten Postplatz gesperrt für große Technik. Stellte die Abfallwirtschaftsgesellschaft zum Beispiel drinnen mit Videos anschaulich dar, wie die Inhalte der dort ausgestellten diversen Mülltonnen, ob grau, braun, blau oder gelb, weiterverarbeitet werden – zeigte die AWG vor der Tür ein Biomüllfahrzeug, das selbstständig erkennen kann, ob in einer Tonne Störstoffe enthalten sind, etwa in Alufolie verpackte Essensreste. Daneben zeigte der Katastrophenschutz seine Sandsack-Füllmaschine, die in einer Stunde 3000 Säcke füllen kann, falls Rems und Murr einmal wieder über die Ufer treten sollten. Zum 40. Kreisgeburtstag des Rems-Murr-Kreises waren die namensgebenden Flüsse jedoch ein reiner Quell der Freude. Wer den Landrat in seinem Büro besuchen wollte, wurde mit „Remssonne“ und „Murrwasser“ als Fruchtcocktails in den Kreisfarben gelb und blau verwöhnt. Landrat Johannes Fuchs war begeistert von dem Zuspruch: „Ich bin beeindruckt von der großen Resonanz, die unser Tag der offenen Tür gefunden hat. Sie hat uns die Möglichkeit gegeben, das breite Spektrum an Aufgaben und Dienstleistungen eines Landkreises, das vielen Bürgern so nicht bekannt ist, einmal persönlich und anschaulich vorzustellen.“

85 Vermessungs- techniker/innen der „neuen Generation“ starten in den Beruf

Ein neuer Beruf mit bekanntem Namen: Die Berufsbezeichnung Vermessungstechniker/Vermessungstechnikerin hat Tradition und ist die gleiche geblieben, die Ausbildungsinhalte dagegen haben sich wesentlich verändert.

Nach knapp drei Jahren Ausbildungszeit auf Basis der modernisierten Ausbildungsordnung haben am 31. Juli 2013 insgesamt 85 Auszubildende ihre Abschlussprüfung vor dem Prüfungsausschuss beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (LGL) erfolgreich abgelegt. Im Rahmen einer Feier konnten die erfolgreichen Absolventen an diesem Tag ihre Abschlusszeugnisse mit zum Teil hervorragenden Ergebnissen in Empfang nehmen. Allein zehn Auszubildende haben ihre Berufsausbildung mit einem „sehr gut“ abgeschlossen. Dafür wurden sie besonders ausgezeichnet.

Vertreter des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung und der Berufsverbände gratulierten den neuen Berufseinsteigern sehr herzlich zu ihrem Ausbildungsabschluss und wünschten, dass die Absolventen mit ihrem erlernten modernen Rüstzeug die Basis für ein erfolgreiches Berufsleben gelegt haben.

Die Vermessungstechniker/die Vermessungstechnikerinnen der „neuen Generation“ beherrschen die Grundlagen des Geodatenmanagements. Sie zeichnen sich durch ihre vertiefte Kompetenz aus, die gesamte Prozesskette im Bereich grundstückbezogener Daten, Bauvermessung oder Industrievermessung zu bearbeiten. Diese beginnt zum Beispiel mit der Erfassung der Grundlagendaten wie Koordinaten und Strecken im Feld, der Bearbeitung der Berechnungsprozesse und schließt mit der Fertigung von kundenspezifischen Produkten wie Plandarstellungen, Flächenberechnungen oder Katasternachweisen ab.



Seit dem 1. September 2010 haben Auszubildende in öffentlichen und privaten Ausbildungsbetrieben in Baden-Württemberg den Beruf des Vermessungstechnikers auf neuer Ausbildungsgrundlage erlernt.

Nicht nur die neuen Ausbildungsinhalte, die die Vermessungstechniker dazu befähigen, Geodaten mit modernsten digitalen Techniken zu erfassen und weiter zu verarbeiten, haben sich verändert. Auch die Berufsabschlussprüfung hat sich stark gewandelt. Heute steht nicht mehr das theoretische Faktenwissen für Details im Vordergrund, sondern das Verständnis für den Gesamtprozess der Aufgabenerledigung. Dies kommt insbesondere durch der Bearbeitung eines betrieblichen Auftrags und eines begleitenden Fachgesprächs im Rahmen der Abschlussprüfung zum Ausdruck.

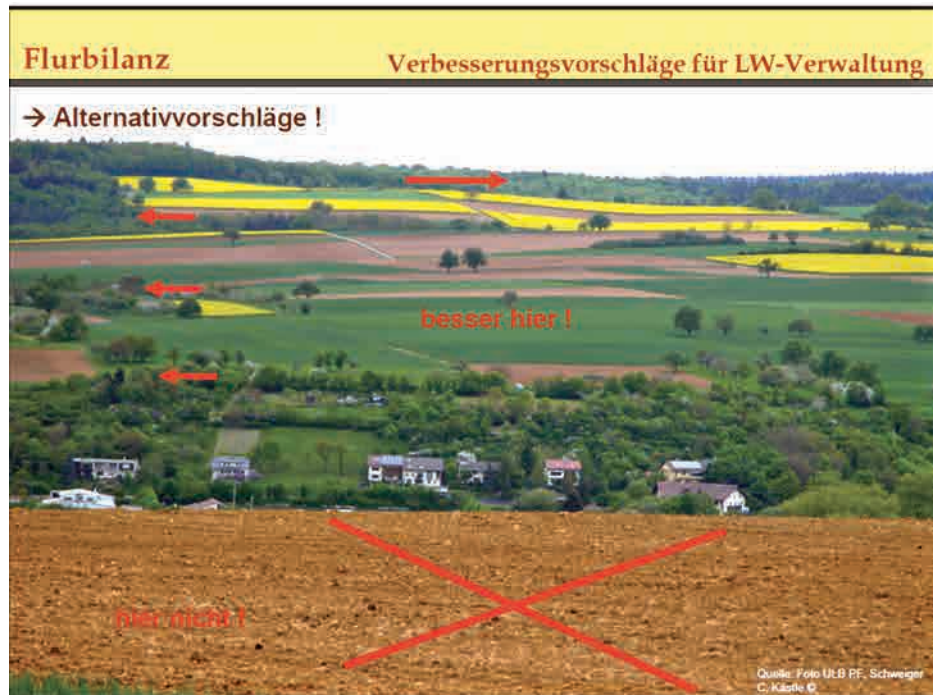
Die Ausbildungsstellen der 85 Absolventen verteilen sich insgesamt wie folgt: 44 Absolventen wurden bei Landratsämtern eingestellt und ausgebildet. 13 Auszubildende wurden vom LGL eingestellt und zur Ausbildung an Landratsämtern abgeordnet, 11 Absolventen haben Ihre Ausbildung bei Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren und 9 bei sonstigen Vermessungsbüros durchlaufen.

Bauliche Eingriffe in der Landschaft: Neue Wege zum verträglichen Naturschutz auf landwirtschaftlich genutzten Flächen

Fachtagung von Landratsamt Böblingen und Umweltakademie

Der Landschaftsverbrauch engt die Landwirtschaft im dicht besiedelten Land Baden-Württemberg immer mehr ein. Der Flächenverbrauch von täglich 6,3 Hektar für Baumaßnahmen hat in den letzten Jahren Grund und Boden zu einem knappen Gut werden lassen. Erschwerend kommt hinzu, dass die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen für bauliche Eingriffe weitere Flächen von der ohnehin reduzierten landwirtschaftlichen Nutzfläche benötigen. Ausgehend von diesen Herausforderungen hat das Landratsamt Böblingen im Juli zusammen mit der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg (Umweltakademie) bei einer Expertentagung im Landratsamt nach Auswegen gesucht. Fachleute zeigten auf, wie dabei das Spannungsfeld einerseits für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen und andererseits für Ausgleichsmaßnahmen zu baulichen Eingriffen gelöst werden kann.

„Die Auswirkungen infolge der hohen Versiegelung und die knapper gewordenen Wasser-Rückhalteräume in der Landschaft sind bei den jüngsten Hochwasserereignissen deutlich geworden“, so Fritz-Gerhard Link von der Umweltakademie. Mit den zumeist irreversiblen Nutzungsänderungen von zuvor fast ausschließlich landwirtschaftlich genutzten Flächen gingen erhebliche Beeinträchtigungen der Natur einher. „Der Druck auf die Fläche ist in den letzten Jahren gerade in Ballungsräumen wie dem Landkreis Böblingen gewachsen“, so der Erste Landesbeamte des Landratsamtes Böblingen, Wolf Eisenmann. „Inzwischen sind wir vielerorts an Grenzen gestoßen. Es gibt kaum noch Flächen, auf denen Ausgleichsmaßnahmen für den Bau von Straßen, Siedlungen und andere Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden können“, so Eisenmann. Deshalb wird im Landkreis Böblingen versucht, qualitativ hochwertigere Maßnahmen durchzuführen, um so den Flächenverbrauch zu verringern. Es geht auch um den Erhalt der guten Böden, die weiterhin für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen sollen. Hierzu werden Instrumente wie die digitale Flurbilanz von Cornelia Kästle vom Regierungspräsidium Stuttgart vorgestellt. Die Flurbilanz stellt landwirtschaftliche Potentiale im Raum dar (Kartografische Dokumentation der agrarstrukturell wertvollsten Flächen) und ermöglicht Planungsträgern, landwirtschaftliche Belange besser zu berücksichtigen. Außerdem ermöglicht die Flurbilanz eine optimierte Auswahl von Gebieten für Siedlung und Verkehr und leistet damit einen Beitrag zur Zukunftssicherung der Landwirtschaft. Ziel müssen Eingriffs-Ausgleichsmaßnahmen sein, die „agrarstrukturell geeignet“ sind und damit ein „landwirtschaftsschonendes“ Management von Ausgleichsflächen ermöglicht. Frau Kästle appelliert an die Verantwortlichen (Planer, Kommunen, Verfahrensträger), die Flurbilanz als landwirtschaftliche Fachplanung zu



akzeptieren und in die Gesamtabwägung mit einzubeziehen. Christof Helbig vom Planungsbüro Prof. Schmid, Treiber und Partner, Leonberg betont, dass der Flächenbedarf aus der Eingriffsregelung auf landwirtschaftlicher Fläche nicht mehr befriedigt werden kann. Daher müssten Kompensationen verstärkt außerhalb landwirtschaftlicher Flächen stattfinden, z.B. an Fließgewässern, in der Streuobst-Erstpflanzung, Trockenmauernsanierung, etc. Dennoch sei die Kompensationsproblematik nur unzureichend gelöst. Ein Ausweg können produktionsintegrierte Maßnahmen (PIK) sein. Durch sie werde vermieden, dass landwirtschaftliche Flächen dauerhaft entzogen werden, vielmehr finden zeitlich befristete Naturschutzmaßnahmen auf wechselnden Flächen statt. Helbig wirft zahlreiche Fragen auf, die noch der Klärung bedürfen, z.B. wie lange muss PIK wirken, sind 25 Jahre ausreichend? Wie werden die Maßnahmen rechtlich gesichert, durch Grunddienstbarkeit, Flächenkauf oder Bewirtschaftungsvertrag? Und wie wird der Maßnahmen Erfolg gesichert? Weitere Fachleute aus der Landschaftsplanung und der Landwirtschaft stellten

erste Erfahrungen aus Kooperationsvorhaben vor. So wurden bei zwei Projekten auf dem Gebiet der Stadt Sindelfingen und aus der Pfalz deutlich, dass auch extensive Bewirtschaftungen und die Pflege von Flächen sehr gut als Ausgleichsmaßnahmen machbar seien. Diese Möglichkeit hatte der Gesetzgeber durch eine Novelle im Bundesnaturschutzgesetz geschaffen. Joachim Gommel vom Amt für Stadtplanung und Umwelt der Stadt Sindelfingen konnte bei der Akademietagung aufzeigen, dass Rotationsbrachen eine praktikable Alternative sind, um den bedrohten Feldbewohnern wie Feldlerche oder Feldhase Lebensräume zu schaffen. Hierbei wird den Landwirten die entgangene Wertschöpfung aus finanziellen Ausgleichsmitteln seitens des Eingriff-Verursachers ersetzt.

Dieter Feldner von der Stiftung Kulturlandschaft Rheinland-Pfalz berichtete von der Realisierung einer flächenschonenden Kompensationsmaßnahme durch einen vor Ort wirtschaftenden Betrieb. Ziel der Maßnahme ist die Erhaltung und Förderung der „Dicken Trespe“, einem Ackerwildgras, das vom Aussterben bedroht ist. Die erfolgreich um-

gesetzte Maßnahme stellt einen ökologischen Gewinn dar und hat gleichzeitig die Wirtschaftlichkeitsinteressen beachtet.

Andreas Kindler, Renninger Landwirt und Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Böblingen, konnte diesen Ansatz aufgrund erster positiver Erfahrungen durchaus gutheißen. Blühsäume und Wildtierinseln, also biologische Vielfalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, ließen sich je nach Standort und Betrieb bei Ersatz der entgangenen Erträge der Landnutzung sehr wohl umsetzen, so Kindler. Wichtig sei, dass der Landwirt als Unternehmer auch ausreichend entlohnt werde. Am Anfang steht aber die sehr frühe Beteiligung der Landwirte vor Ort, um die Kindler alle Beteiligten bat.

Auch Katrin Büttner, Projektleiterin bei der Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH in Ostfildern, zeigte anhand aktueller Erfahrungen aus Projekten wie der Sanierung von Weinbergsmauern im Heckengäu und Enztal auf, dass produktionsintegrierte Ausgleichsmaßnahmen in der genutzten Feldflur erfolgreich realisiert werden können. Die Flächenagentur ist eine landesweite Handelsplattform als „Marktplatz“ für Anbieter und Abnehmer von Ökopunkten. Bei den Maßnahmen achte man darauf, ökologischen Ausgleich und landwirtschaftliche Produktion zusammenzuführen, so Büttner.

Vor allem die Streuobstgebiete im Südwesten sind nach Darstellung von Prof. Dr. Christian Küpfer von der Nürtinger Hochschule für Wirtschaft und Umwelt ein passender Lebensraum, um hier finanzielle Mittel aus Ausgleichsmaßnahmen zur Aufwertung und Erhaltung dieser pflegeaufwändigen Flächen einzusetzen. Ziel ist die Aufwertung der Streuobstbestände als Lebensstätte der Zielarten der Vogelschutzrichtlinie. Als Aufwertungsmaßnahmen kommen Bestandsergänzungen in Frage, ebenso der Bestandsumbau dichter Bestände, die Stabilisierung abgängiger Habitat-

bäume und der Revitalisierungsschnitt. Weiterhin die Entbuschung und die Extensivierung des Unterwuchses. Prof. Küpfer erläutert, wie die Maßnahmen in Ökopunkten bewertet werden können.

Um die finanziellen Ausgleichsmittel erfolgreich einsetzen zu können, kommt es daher vor allem auf den Dialog zwischen Fachplanern, Fachbehörden und den Landwirten an. Nur durch Kooperation können die Konflikte der knapp gewordenen Fläche und der Zwang zur Wertschöpfung aus landwirtschaftlichen Böden gelöst werden, so das zentrale Fazit der Böblinger Akademie-Fachtagung. Die Präsentationen der Veranstaltung können auf der Internetseite der Umweltakademie abgerufen werden unter: [www.um.baden-wuerttemberg.de/Service und Angebote / Downloads / Tagungsdokumentationen](http://www.um.baden-wuerttemberg.de/Service%20und%20Angebote/Downloads/Tagungsdokumentationen).

Bei Rückfragen:

Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg, Fritz-Gerhard Link, Telefon: 0711/126-2817, fritz-gerhard.link@um.bwl.de, www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de, www.umweltakademie-blog.de

Landratsamt Böblingen, Pressestelle, Sarah Brillhaus, Telefon: 0 70 31/6 63-14 82, s.brillhaus@lrabb.de, www.landkreis-boeblingen.de

Landwirtschaftliches Zirkeltraining im Landkreis Böblingen

**Eine erfolgreiche Kooperation
zwischen Hilde-Domin-Berufsschule
und der Fachschule
für Landwirtschaft Herrenberg**

Die Vermittlung von landwirtschaftlichem Fachwissen muss nicht immer nur trocken und langweilig sein. Mit diesem Gedanken setzten sich die Mitarbeiter der Hilde-Domin-Berufsschule und der Fachschule für Landwirtschaft sowie Herr Rott, Landwirt aus Aidlingen, bereits im Herbst 2012 an einen gemeinsamen

Tisch. Ziel war es mit Hilfe eines landwirtschaftlichen Zirkeltrainings Fachwissen mit Praxisbezug zum Thema Grünlandnutzung und -bewirtschaftung den Schülerinnen und Schülern der Berufsschule und Fachschule zu vermitteln.

Nach aufwendiger Vorbereitung durch die Organisatoren fand der zweite Grünlandtag am Mittwoch, den 8. Mai 2013, auf dem Venusberg bei Aidlingen statt. Die Familie Thomas Rott stellte für diesen Tag die Flächen des Kirchtalhofes zur Verfügung und bewirtete über 100 landwirtschaftliche Schüler aus den Landkreisen Böblingen, Calw, Esslingen, Backnang, Freudenstadt, Tübingen, Zollern-Alb, Rottweil und Sigmaringen.

Nach der Eröffnung durch Herrn Wolf Eisenmann, den Ersten Landesbeamten des Landkreises Böblingen, ging es für alle Schülerinnen und Schüler im Klassenverband an die Stationen des landwirtschaftlichen Zirkeltrainings. Dort warteten bereits Landwirte aus der Region, Vertreter von Firmen, Fachleute aus der Landwirtschaftsverwaltung und Lehrer beider Schulen. Durch die Kombination von theoretischen Informationen und praktischen Übungen bestand die Gelegenheit Fachwissen aufzubauen und zu vertiefen.

An der ersten Station beschäftigten sich die Schülerinnen und Schüler mit der Ertragsermittlung und der Silagebeurteilung. Die motivierten Junglandwirte mussten nach der Schätzung der Ertrags-erwartung selbst Hand anlegen und den Ertrag des Grases durch Abschneiden sowie Wiegen des Aufwuchses bestimmen. Somit konnten die Schüler und Schülerinnen ihre selbst geschätzten Ertragserwartungen bestätigen oder gegebenenfalls korrigieren. Da der überwiegende Grünlandaufwuchs als Silage verfüttert wird, mussten sich die Schüler und Schülerinnen zur Silagebeurteilung mit den unterschiedlichsten Proben von Silagearten (Mais-, Sorghum-, Gras- und Ganzpflanzensilage) auseinandersetzen und deren Qualität mit Hilfe der Sinnenprüfung beurteilen. Herange-



Pflanzenbestimmung durch die Schüler auf intensivem Grünland

zogen wurde hierzu neben der Farbe und der Struktur vor allem der Geruch, welcher auf Grund von Fehlgärungen in manchen Silagen eher eine Qual für die Schüler und wohl auch für die Kühe darstellte.

Darauffolgend wurden bei der Station „Grünlandpflege und Erntemaschinen“ Maschinen wie Wiesenegge, Mulchgerät, Mähwerk, Schüttler und Schwader gezeigt, die optimale Einstellungen der Geräte besprochen und auch durchgeführt. Gerade das Thema, Einstellung der Erntemaschinen mit einem Techniker zu diskutieren, fesselte die Schüler und führte zu angeregten Diskussionen.

Pflanzenbestimmungsübungen mit Gräsern, Kräutern und Leguminosen wurden an zwei Stationen durchgeführt. Die Schülerinnen und Schüler hatten optimale Vergleichsbedingungen, um die Unterschiede zwischen extensiver und intensiver Grünlandbewirtschaftung zu erarbeiten, da der Standort auf dem Venusberg beide Bewirtschaftungsformen nebeneinander ermöglichte. Außer der Zusammensetzung der Vegetation wurde hierbei das Hauptaugenmerk auf die Düngung der extensiv und intensiv bewirtschafteten Flächen gelegt.

An der letzten Station stand das Thema Grünlandverbesserung an. Neben dem

Pflanzenschutz wurden vor allem die Nachsaatmaschinen von Praktikern erläutert und von den Schülern bestaunt. Der reibungslose Ablauf der Veranstaltung konnte nur durch die enge Zusammenarbeit der beiden Schulen und dem Betrieb Rott ermöglicht werden. Auch das unbeeinflussbare, aber wider Erwarten sehr gute Wetter trug seinen Teil zum Gelingen bei. Das realitätsnah und praxisorientiert angelegte Zirkeltraining auf dem Venusberg leistet einen landkreisübergreifenden Beitrag zur Förderung des Nachwuchses in landwirtschaftlichen Berufen.

Ziel der schulübergreifenden Zusammenarbeit ist es, im jährlichen Wechsel Zirkeltraining auf dem Acker und Grünland zu etablieren. Aus diesem Grund sind die Mitarbeiter der Hilde-Domin-Berufsschule und der Fachschule für Landwirtschaft in Herrenberg bereits mit der Planung des Ackerbautags 2014 beschäftigt.

Sozialpraktika in Pflegeeinrichtungen als „Türöffner“ zum Pflegeberuf

Der demografische Wandel stellt eine große Herausforderung dar, was die zu-

künftige Sicherstellung der Pflege und Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen angeht. Es wird insbesondere immer schwieriger, Fachpersonal in der Pflege zu gewinnen.

Bereits im Jahr 2001 hatte der Enzkreis zusammen mit der Stadt Pforzheim die Offensive „Pflege in Bewegung“ gestartet. In verschiedenen Arbeitskreisen wurden Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Personalsituation in Pflegeberufen diskutiert. Dabei ging es etwa um die Arbeitsbedingungen in der Pflege, um Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, politische Rahmenbedingungen und eine Imagekampagne.

Ein konkretes Projekt, das dieser Diskussionsrunde entsprang, war zum Beispiel das „take care mobil“ – ein Infomobil, das für Ausbildungsbörsen oder zu sonstigen Infoveranstaltungen ausgeliehen werden kann und mit einem großen Spektrum an Informationsmaterial rund um den Pflegeberuf ausgestattet ist.

2008 initiierte der Enzkreis einen runden Tisch zum Thema „Personalgewinnung in der Pflege“. Unter Leitung der Sozialplanung des Enzkreises suchten hier Vertreter der Kranken- und Altenpflegesschulen, der Pflegeheime, der Heimaufsicht sowie der Arbeitsagentur nach neuen Möglichkeiten zur Gewinnung von Pflegekräften. Zunächst kristallisierte sich dabei ein Schwerpunkt heraus: Sozialpraktika, die von Schülerinnen und Schülern teilweise in Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten absolviert werden. Diese Praktika stellen häufig die ersten Berührungspunkte junger Menschen mit dem Thema Pflege dar.

Wenig später, im Juli 2009, holte die Sozialplanung des Enzkreises Schulleitungen und Fachlehrer der Haupt- und Realschulen sowie Vertreter der Altenpflegeeinrichtungen und -schulen im Enzkreis und der Stadt Pforzheim an einen Tisch, um mit ihnen die nähere Ausgestaltung der Sozialpraktika zu erörtern. Dabei wurde deutlich, dass die Praktika für Schulen und Einrichtungen oft sehr aufwändig sind und viel Zeit und



Kraft in Anspruch nehmen – was angesichts der Tatsache, dass Zeit in Schulen und Pflegeeinrichtungen sowieso schon ein sehr knappes Gut ist, umso schwerer ins Gewicht fällt.

Erfahrungsgemäß ist Zeitmangel eine häufige Ursache, wenn Praktika nicht zufriedenstellend verlaufen. Schülerinnen und Schüler sind dann nicht gut vorbereitet, werden in den Einrichtungen unter- beziehungsweise überfordert, erfahren keine oder zu wenig Begleitung durch kompetente Mentoren. Zudem werden Erfahrungen oft nicht richtig aufgearbeitet, weil die Lehrkräfte in den Regelschulen ebenfalls ein enges Zeitkorsett haben, das ihnen nur wenig Spielraum lässt.

Dabei sind Absolventen von Sozialpraktika in Pflegeheimen eine wichtige Zielgruppe, deren Potenzial mit Blick auf den steigenden Pflegebedarf nicht unterschätzt werden sollte. Ein gelungenes Praktikum kann der Funke sein, der das Interesse für einen Pflegeberuf entzündet.

Außerdem darf auch die Außenwirkung nicht aus den Augen verloren werden: Praktikantinnen und Praktikanten tragen ihre Erfahrungen nach außen – was sich sowohl positiv als auch negativ auf das Image der jeweiligen Pflegeeinrichtung bzw. des Berufsbildes auswirken kann.

Angesichts der Vielzahl der Aspekte, die für das Gelingen eines Sozialpraktikums in einer Pflegeeinrichtung berücksichtigt werden sollten, hat die Sozialplanung

des Enzkreises zusammen mit Pflegeeinrichtungen und Schulen einen Leitfaden erarbeitet, der eine wertvolle Orientierungshilfe für beide Seiten darstellt. Dieser Leitfaden wurde der Fachwelt am 21. Oktober 2010 im Rahmen eines Fachtages im Landratsamt Enzkreis in Pforzheim vorgestellt (siehe Foto).

Fachkräftemangel in Deutschland – nicht nur in sozialen Berufen – ist eine große Herausforderung. Um ihm entgegenzuwirken, müssen Schulen, Pflegeeinrichtungen und Dienste eng zusammenarbeiten und gemeinsam nach Lösungswegen suchen. Das heißt für die Schulen, junge Menschen auf das Berufsleben vorzubereiten und ihnen zukunftsichere Berufe aufzuzeigen – der Pflegeberuf ist einer davon!

Wenn Pflegeeinrichtungen und Schulen sich gemeinsam dafür einsetzen, dass Sozialpraktika gut gelingen, so ist dies ein kleiner, aber sicher lohnenswerter Beitrag zur Verbesserung der Versorgungssituation älterer, pflegebedürftiger Menschen.

Für die Verantwortlichen in Pflegeeinrichtungen heißt das, dass sie aktiv für ihre Sparte werben. Pflegefachkräfte sollten ihr Berufsbild selbstbewusst präsentieren. Lange genug haben sie ein Schattendasein geführt, hin und wieder „beleuchtet“ durch Negativschlagzeilen in den Medien. Dass Pflegekräfte wertvolle und wichtige Arbeit leisten, wird in der Öffentlichkeit leider nur selten betont.

Wenn Praktikantinnen und Praktikanten für den Pflegeberuf gewonnen werden sollen, dann liegt es an den Verantwortlichen, sie so zu begleiten, dass sie einerseits einen realistischen Einblick ins Berufsleben erhalten, andererseits jedoch auch Freude und Interesse am Pflegeberuf bekommen.

Ausblick

Der runde Tisch Personalgewinnung hat weitere interessante Projekte auf seiner Agenda, wie etwa die Situation der Auszubildenden in der Pflege, das Thema Quer- und Wiedereinsteiger sowie Sprachkurse für ausländische Pflegekräfte.

Im Enzkreis wird das Thema Pflege also auch in Zukunft gepflegt.

Die Broschüre „Rahmenempfehlungen für Sozialpraktika in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und -diensten“ ist als PDF erhältlich bei:

Margit Jäger

Sozialplanung

Landratsamt Enzkreis

Zähringerallee 3

75177 Pforzheim

Tel.: 0 72 31/3 08-9517

Mail: margit.jaeger@enzkreis.de

Enzkreis-Delegation bei der zweiten Konferenz des EU-Projekts „EmploYouth“ in Lettland: Firmengründungen und Jugendförderung auf der Agenda

„Es ist beeindruckend, was in Lettland getan wird, damit junge Menschen eine Perspektive haben und nicht massenhaft aus den ländlichen Regionen abwandern“, fasst Enzkreis-Sozialdezernent Roland Hübner seine Eindrücke zusammen. Gemeinsam mit sechs weiteren Fachleuten aus dem Enzkreis nahm er an der zweiten Konferenz des EU-Projekts „EmploYouth“ teil, das die Jugendar-

beitslosigkeit in Europa zum Thema hat. Nach dem Auftakt im Enzkreis im März lag der thematische Schwerpunkt im lettischen Daugavpils auf der Unterstützung für junge Unternehmensgründer und auf der Jugendförderung insgesamt. Auf dem Programm standen dafür Besuche in einem Gründerzentrum und einem neu erbauten Jugendkulturhaus sowie der internationale Austausch, um von den Erfahrungen der anderen Beteiligten zu profitieren: den Regionen Östsam (Schweden), Reggio Emilia (Italien), Albacete und La Coruña (beide Spanien) sowie der Stadt Linz in Österreich.

„Unser Problem ist, dass wir einfach zu wenige Unternehmen haben; und damit nicht genügend Arbeitsplätze gerade für junge Menschen“ – so beschrieben die spanischen Teilnehmer die Situation in ihrem Land. Deshalb setzt man dort darauf, Firmengründungen in breitem Stil zu fördern. Auch in Schweden will man das „unternehmerische Denken“ fördern, beispielsweise durch entsprechende Projekte in der Schule. „Eine sehr interessante Herangehensweise“, findet Christian Sattel von den Wirtschaftsjunioren. Der Clou für ihn: „Die Schüler entwickeln eine Idee, gründen einen Betrieb, betreiben ihn ein Jahr und liquidieren ihn dann wieder. So lernen sie den gesamten Lebenszyklus einer Firma im Detail kennen.“

„Es ist natürlich eine Illusion zu glauben, dass wir die Probleme lösen, wenn sich plötzlich alle selbstständig machen“, sagt dagegen Hartmut Schölch, Leiter des Enzkreis-Jobcenters. Schließlich müsse sich ein Betrieb ja auch tragen – und das hänge von der Qualität einer Idee ab. Anne Polinsky vom Verein miteinanderleben ergänzt: „Bei den jungen Menschen, mit denen wir arbeiten, ist eine eigene Firma nur in wenigen Einzelfällen vorstellbar.“

Andererseits müsse man sich vielleicht auch ein wenig von den eigenen Scheuklappen verabschieden, räumen die Fachleute aus dem Enzkreis ein – schließlich herrsche in Deutschland überwie-



Interessierte Zuhörer im Plenum (v. r. n. l.): Hartmut Schölch (Jobcenter), Christian Sattel (Wirtschaftsjunioren), Alexander Keck (Georg-Kerschensteiner-Schule) und Jürgen Hörstmann (Landratsamt)

gend eine „Angestelltenmentalität“, wie Andreas Felchle, Kreisrat und Bürgermeister von Maulbronn, analysiert: Er habe mehrfach mit Unternehmern gesprochen, die nicht einmal im Familienkreis einen Nachfolger finden. „Sohn oder Tochter arbeiten lieber im Angestelltenverhältnis.“

Deshalb waren die deutschen Teilnehmer beeindruckt von der Unterstützung in Lettland: Das Gründerzentrum bietet nicht nur intensive Beratung und Hilfe aus einer Hand sowie Büros und Werkstätten, in denen Modelle, Prototypen oder Kleinserien hergestellt werden können. Es übernimmt, finanziert aus EU-Mitteln, auch einen erheblichen Teil der Kosten der jungen Unternehmen – von 85 Prozent im ersten Jahr über 60 und 40 im zweiten und dritten Jahr; im vierten gibt es noch 15 Prozent, ehe die Unterstützung ausläuft.

Auch der Bau des Jugend- und Kulturhauses wurde aus Europa-Geldern kofinanziert – um jungen Menschen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben und sie so langfristig in der Region zu halten. Denn Daugavpils im Osten Lettlands leidet besonders unter einem „brain drain“, also der Abwanderung gut ausgebildeter junger Leute. Deren Ziel: Die Hauptstadt

Riga oder die westlichen und nördlichen europäischen Nachbarländer. „Die EU-Fördergelder werden in Lettland gut investiert“ – zu diesem Schluss kamen die Delegationen am Ende der Konferenz.

„Uns war von vornherein klar, dass die Situation der beteiligten Länder sehr unterschiedlich ist und es schwierig wird, sie zu vergleichen“, erklärt Roland Hübner: Während hierzulande Lehrstellen mangels Bewerbern verwaisten, sei die Zahl der trotz guter Ausbildung arbeitslosen jungen Menschen in Spanien besorgniserregend hoch. Deshalb freut er sich, dass sich am Rande der Konferenz bereits neue Projekte ergeben haben: Zwei Berufliche Schulen aus Spanien wollen mit den Berufsschulen in Mühlacker eng zusammenarbeiten; und die schwedischen Partner planen, mit einer Delegation von Wirtschaftsexperten den Enzkreis zu besuchen und sich über das duale Ausbildungssystem zu informieren.

Die nächste Konferenz wird im Oktober in Reggio Emilia stattfinden, der Partnerprovinz des Enzkreises; dort soll es unter anderem um die Frage gehen, wie Wirtschaft, Schulen sowie die freien und öffentlichen Träger besser und effektiver zusammenarbeiten können.

Energiepolitik im Fokus: Kreisräte des Bodenseekreises auf Informationsfahrt in Vorarlberg

Die Zukunft der Energieversorgung aus Sicht der österreichischen Nachbarn und ganz praktische Fragen der Energiewende in Deutschland waren die Themen einer Informationsfahrt des Kreistages des Bodenseekreises am 27. September 2013 nach Vorarlberg. Die 25 Räte und Vertreter der Verwaltung besichtigten am Vormittag das Pumpspeicherwerk der Vorarlberger Illwerke AG im Montafon. „Energiepolitische Themen betreffen und interessieren uns im Bodenseekreis immer gleich in zweifacher Hinsicht“, erklärte dazu Landrat Lothar Wölfle. „Die Energiewende und die Diskussionen um erneuerbare Energiequellen betreffen auch unmittelbar die Kommunalpolitik, wie man an der Debatte um Windkraftanlagen in der Region deutlich gesehen hat. Darüber hinaus sind wir als OEW-Landkreis an der Gestaltung der Energiezukunft in Deutschland auch mittelbar selbst beteiligt“, so der Landrat. Der Bodenseekreis ist mit rund 15,8 Prozent Anteilseigner des Zweckverbandes Oberschwäbische Elektrizitätswerke, kurz OEW, die wiederum rund 46,6 Prozent der Anteile am Energieversorger EnBW halten.

Somit sei auch das Ziel dieser eintägigen Informationsfahrt nicht zufällig ausgewählt worden, heißt aus dem Landratsamt. Denn das Lünenseewerk in Tschagguns-Latschau ist Teil eines Verbundes an so genannten Spitzen- und Regelenergieanlagen, die die Schwankungen in den nationalen und europäischen Stromnetzen ausgleichen. „Stromverbrauch und Stromerzeugung müssen sich zu jedem Zeitpunkt die Waage halten. Da sich beide Größen im Tagesverlauf ständig ändern, werden Ausgleichskapazitäten benötigt, die kurzfristig viel Strom verbrauchen oder zuliefern können“, erklärte Helmut Mennel, Direktor der Vorarlberger Illwerke AG. Mit dem



Kreisräte und Verwaltungsvertreter besichtigen das Pumpspeicherkraftwerk der landeseigenen Vorarlberger Illwerke AG in Tschagguns-Latschau.

zunehmenden Einsatz von Wind- und Sonnenenergie hätten sich diese Schwankungen deutlich verstärkt, so dass die Betriebszeiten der Anlagen in den letzten Jahren um das Vierfache angestiegen seien. „Wir erleben die Auswirkungen der deutschen Energiepolitik hautnah, denn wir haben Leistungsverträge mit der EnBW und stellen somit unsere Kapazitäten auch der deutschen Energiewirtschaft zur Verfügung“, erklärte Mennel. Wird kurzfristig Energie benötigt treibt das Wasser aus dem 1000 Meter höher gelegenen Lünensee die Turbinen an. Ist zu viel Energie in den Stromnetzen, wird das Wasser wieder hochgepumpt. „Da man Strom nicht in großem Umfang speichern kann und Wind und Sonne nicht immer gerade zu der Zeit Energie liefern, wann man sie braucht, wird künftig ein noch größerer Bedarf an solchen Spitzen- und Regelenergiekapazitäten bestehen“, führte der Manager aus. Die Illwerke AG befinden sich im Besitz des Landes Vorarlberg.

Rund 1350 Mitarbeiter sind in dem Unternehmen beschäftigt.

„Enkeltauglich“ müsse eine zukunftsorientierte Energiepolitik sein, brachte Landesrat Erich Schwärzler das Vorarlberger Credo beim anschließenden Zusammentreffen mit den Kommunalpolitikern aus dem Bodenseekreis auf den Punkt. Das Österreichische Bundesland habe sich das Fernziel gesteckt energieautonom zu werden, also seinen Energiebedarf irgendwann mit eigenen, erneuerbaren Energiequellen decken zu können. „Die Wasserkraft spielt dabei eine entscheidende Rolle, denn sie ist eine der wenigen natürlichen Ressourcen, die das Land in großem Umfang hat“, sagte Schwarzer, der einem deutschen Landesminister vergleichbar unter anderem für die Bereiche Energie und Klimaschutz zuständig ist. Gemeinsam mit der Bevölkerung, der Wirtschaft und den regionalen Verbänden habe man einen konkreten Ideen- und Maßnahmenkatalog entwickelt, um bis zum Jahr 2020 dem gesteckten Ziel der Energieautonomie einen großen Schritt näher zu kommen. Hier sind beispielsweise eine angestrebte Sanierungsrate von jährlich etwa drei Prozent und die aktive Bauförderung für energiesparende Häuser fixiert. Auch für die Bereiche Industrie und Gewerbe sowie Mobilität und Raumplanung enthält der Katalog konkrete Maßnahmen. „Diese Vorgaben müssen umsetzbar und für die Menschen akzeptierbar sein“, machte Schwärzler deutlich. Auch das gehöre zur Enkeltauglichkeit dazu. Denn eine zukunftsorientierte Energiepolitik müsse die Bedürfnisse künftiger Generationen und zugleich das Machbare und pragmatisch Sinnvolle im Blick haben, so der Vorarlberger Politiker. Den Abschluss der Kreistags-Informationsfahrt bildete eine Führung durch das neu gestaltete Vorarlberger Landesmuseum in Bregenz.

Landkreis Sigmaringen zeigt großes Engagement auf der Gartenschau

Das Fünffache der Einwohnerzahl des Landkreises Sigmaringen als Besucher, lange Warteschlangen an den Kassenhäuschen, oft ein Bilderbuchwetter und Menschen von überall her, die vom Gebotenen begeistert waren: Es dürfte keine Frage sein: Die Gartenschau in Sigmaringen war ein riesengroßer Erfolg und eine hervorragende Werbung für die Stadt Sigmaringen. „Ich bin sicher, dass auch der ganze Landkreis davon profitieren konnte, nicht nur weil in seiner Kreisstadt ein solch herausragendes Ereignis stattfand, sondern auch, weil er die Möglichkeit hatte, die Vielfalt der Raumschaft zu präsentieren“, betont Landrat Dirk Gaerte und dankte den beteiligten Städten und Gemeinden, den vielen Vereinen und den Fachbereichen des Landratsamtes für das große Engagement und die gezeigte Kreativität. Sowohl der Pavillon des Landkreises als auch der des Forstes hatten mit den dort gebotenen Aktivitäten bis zum letzten Tag große Besucherzahlen zu verzeichnen. „Unsere Fachbereiche haben viele

Stunden an Arbeitszeit investiert und der Kreistag hat dankenswerterweise die notwendigen Sachmittel bewilligt“, sagt der Landrat. Er zeigte sich sehr zufrieden, dass sich der Landkreis auf dieser beispiellos erfolgreichen Gartenschau als verlässlicher und durchaus auch kreativer Premiumpartner dargestellt hat. Der Landkreis war gleich mehrfach auf der Gartenschau vertreten. Direkt an der Donau wartete der Pavillon des Fachbereichs Forst mit einem interessanten und auch lehrreichen Programm auf. Kleine und große Besucher konnten den Wald und die Natur auf besondere Weise erleben. Dazu gab es täglich neue Aktionen und Angebote.

Der Landkreispavillon in der Nähe des Haupteingangs war Plattform für ein vielfältiges Informationsangebot. Kommunen, Tourismusverbände, Innungen der Kreishandwerkerschaft, Gruppen, Initiativen und selbstverständlich mehrere Fachbereiche der Kreisverwaltung zeigen, das was den Landkreis Sigmaringen ausmacht: eine sympathische Vielfalt. Auf dem Freigelände neben dem Pavillon präsentierte sich der Fachbereich Landwirtschaft und auch der Landfrauenverband war mit dabei. Die Fachbereiche



Erinnerung an eine phänomenale Gartenschau: Minister Alexander Bonde (links) und Landrat Dirk Gaerte bei der Abschlussveranstaltung

der Kreisverwaltung nutzten die Gelegenheit und stellten ihre Arbeit auf vielfältige Weise vor.

Auch der Landkreis Sigmaringen kann in diesem Jahr seinen 40. Geburtstag feiern. Einen großen Festakt wollte Landrat Dirk Gaerte nicht. „Aber machen sollten wir schon was“, war sein Wunsch. Und der ging gleich mehrfach in Erfüllung. Mit vier großen Veranstaltungen auf der Gartenschau in Sigmaringen präsentierte sich der Landkreis dynamisch, kreativ – und unheimlich sympathisch – so das Echo der Besucher. Den Auftakt bildete der „Tag des Landkreises“ am 27. Juli. Da gab es eine bunte Programmfolge mit Musik, netten Gästen aus dem ganzen Landkreis und der Vorstellung des Bildbandes „Unser Landkreis Sigmaringen“, dessen erste Exemplare der Landrat persönlich signierte. Auch wurden die ersten drei Preisträger des gleichnamigen Fotowettbewerbs von Dirk Gaerte ausgezeichnet. Preisträger und viele andere Hobbyfotografen hatten dazu beigetragen, dass der Bildband entstehen konnte, der auch im Buchhandel erhältlich ist. Alle Fotos des Wettbewerbs sind auf der Internetseite www.dreilaenderkreis.de zu sehen. Diese konnte bereits zu Beginn der Webpräsenz pro Tag bis zu 1500 Besucher verzeichnen.



Schon von weitem konnte man den Landkreispavillon an seinen Fahnen erkennen.

So vielfältig wie die Motive im Buch war auch die Darstellung der Regionen des Landkreises auf der Aktionsbühne. Da wurde gesungen und musiziert, es gibt nette Gespräche mit Gästen und natürlich viel zu sehen und zu erfahren. So auch über die vergangenen 40 Jahre in der Kommunalpolitik. Dazu gibt es eine Gesprächsrunde mit Männern, die Jahrzehnte die Kreispolitik beobachtet und mitgestaltet haben. Für ihr Engagement wurden Siegfried Abt (Herbertingen), Pius Widmer (Inzigkofen) und Winfried Köpfer (Inzigkofen) mit der Verdienstmedaille des Landkreises in Silber ausgezeichnet.

Ein weiterer Samstagnachmittag war dem „Landkreis in seinen Facetten“ gewidmet. Was als „längste Talkshow Deutschlands“ angekündigt war, bot im mehrfachen Wechsel immer wieder neue Gäste und neue Themen. Sport, Kultur und Integration – da war wirklich etwas geboten. Doch das war längst nicht alles: „Der Landkreis singt und swingt“ und „Der Landkreis tanzt“ sorgten jeweils für Hunderte von Zuschauern. Und die einheimischen Akteure mussten auf den Applaus nicht warten,.

Zeitreise zur Eiszeitkunst der Mammutjäger – der neue Archäopark Vogelherd im Lonetal bei Niederstotzingen

Am originalen Schauplatz, der Vogelherdhöhle bei Stetten ob Lontal im Landkreis Heidenheim, einem der Fundorte der ältesten figürlichen Kunstobjekte der Menschheit, wurde am 1. Mai 2013 der Archäopark Vogelherd eröffnet, ein Besucher- und Informationszentrum mit Ausstellungsteil.

Innerhalb dessen wird der originale Sensationsfund aus der archäologischen Grabung von 2006 präsentiert – eine über dreißigtausend Jahre alte und vollständig erhaltene Mammutfigur aus Mammutelfenbein.

Was den Archäopark Vogelherd für jedermann aber so eindrucksvoll, spannend und lehrreich macht, ist sein Erlebnis-konzept. Das Freigelände bietet alle Möglichkeiten hierfür mit der aktiven Erkundung unterschiedlicher Themen- und Erlebnisbereiche. Die Besucher begeben sich auf eine abenteuerliche Spurensuche und schärfen ihre Sinne. Sie folgen spannenden Erzählungen und steinzeitlichen Mitmachstationen. Hier können die Besucher ihr Wissen mit einem vielseitigen Programmangebot bereichern: Sie vernehmen Geräusche, erleben die gewaltigen Dimensionen des Mammut, erfahren vieles über die damalige Vegetation und lernen von Experten die elementaren Techniken, die für das Überleben während der Eiszeit unerlässlich waren. Mitreißend und wie in einer Zeitreise dreißigtausend Jahre zurück erfahren so Erwachsene und Kinder, wie es sich in der Steinzeit lebte und überlebte.

Unter strengster Beachtung der Belange von Landschafts- und Naturschutz ist es den beteiligten Planungsbüros bei der Realisierung des Besucherzentrums gelungen eine zeitgemäße und eindrucksvolle Architektur zu realisieren, die die Originalität des Höhlenfundortes mit seiner besonderen Aura bewahrt und dennoch erlebbar macht. Die Ausstellungs- und Funktionsräume „ducken“

sich gleichsam „ehrfurchtsvoll“ unter einem grünen Hügel in die Lonetal-landschaft und bilden dabei räumlich wie didaktisch das Eintrittstor in die Urzeitwelt der Mammutjäger.

Für die Stadt Niederstotzingen mit ihren ca. 4600 Einwohnern war schon die Planung und die Realisierung des Archäoparks Vogelherd von Anfang an im wahrsten Sinne eine Mammutaufgabe. Es galt der weltweiten wissenschaftlichen Bedeutung der archäologischen Artefakte genauso gerecht zu werden, wie dem Informations- und Erlebnisbedürfnis von Besuchern und eigener Bevölkerung.

Eine Arbeitsgruppe unter Führung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft bereitet den Antrag des Landes zur Eintragung der Höhlenfundstellen im Lone- und Achtal in die UNESCO-Welterbeliste vor. Auch diesem hohen Anspruch musste die Konzeption des Archäoparks entsprechen.

Gelingen konnte das Projekt nur mit einer gemeinsamen Gesamtkonzeption zur Erforschung und Präsentation der Eiszeitkunst in Baden-Württemberg in Kooperation von Landesregierung, Universität Tübingen, Archäologischem Landesmuseum, Landesamt für Denkmalpflege, Urgeschichtlichem Museum Blaubeuren und Archäopark Vogelherd. Schon die Planungen erforderten einen





engen Schulterschluss der Stadt Niederstotzingen mit den Nachbargemeinden im Lonetal, aber auch der Landkreise Heidenheim und Alb-Donau sowie der LEADER-Aktionsgruppe Brenzregion. Auch wenn sich seit längerem Mandatsträger und Kommunalpolitiker für die Idee des Archäoparks Vogelherd begeistern, so war bei der Größe des Vorhabens unabdingbar, vor allem die Bürgerschaft in Stadt und Region mitzunehmen.

Den eigentlichen Bau des Archäoparks Vogelherd konnte die Stadt Niederstotzingen nur mit Hilfe maßgeblicher Mittel der EU und des Landes aus dem LEADER-Programm „stemmen“. Auch die inhaltliche Weiterentwicklung und der laufende Betrieb als regionales Erlebniszentrum können nun kaum allein aus den Eintrittserlösen finanziert werden.

In einer bis jetzt beispiellosen Gemeinschaftsaktion konnten landkreisübergreifend, vor allem über den vor sechs Jahren gegründeten Förderverein Eiszeitkunst im Lonetal e.V., mit seiner nebenamtlichen Geschäftsstelle beim Landratsamt Heidenheim, umfangreiche Finanzmittel und dauerhafte Förderzusagen gesammelt werden, die den Betrieb und die dauerhafte Attraktivität des Archäoparks Vogelherd mindestens für das nächste Jahrzehnt sicherstellen. Mit im Boot sind dabei neben Landkreis und Kommunen sowohl regionale Großindustrie, Sparkassen und Banken, mit-

telständige Betriebe, aber auch zahlreiche private Freunde und Förderer der Eiszeitkunst. So haben etwa die zum Angebot des Archäoparks gehörenden Themenplätze zur Jagd, zum Feuer, zu Leben und Kunst der Eiszeitjäger prominente „Förderpaten“ aus der regionalen Wirtschaft. Auch die wissenschaftliche Leitung der Einrichtung wird über den Förderverein, etwa in Form eines Doktorandenstipendiums bei der Universität Tübingen, mitfinanziert. Der Förderverein Eiszeitkunst im Lonetal e.V. kann sich dabei auf inzwischen über zweihundert namhafte Mitglieder stützen und der Archäopark Vogelherd selbst erfreute sich schon in der Bauphase über ein großartiges ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement.

In den ersten drei Monaten (Mai bis Juli) haben sich bereits rund 18000 Besucher von dem Experiment, kulturhistorisches Erbe mit archäologisch-wissenschaftlichem Hintergrund erlebnis- und freizeitorientiert zu erleben, faszinieren lassen.

Schon jetzt und zukünftig ist der Archäopark Vogelherd maßgeblicher Baustein in der Tourismuskonzeption der Stadt Niederstotzingen, des Landkreises Heidenheim und gemeinschaftlicher Initiativen im Bereich Donau-Lone-Achtal und im Verband Schwäbische Alb.

Lebendig bleibt auch in Zukunft das Angebot des Archäoparks nicht nur durch

die Aktionen der Einrichtung, sondern auch durch die spannenden Ergebnisse der weiterhin laufenden archäologischen Forschung an Höhlen- und Freilandfundplätzen im Lonetal. Auch dieses Engagement, vor allem der Universität Tübingen, wird maßgeblich durch Mittel örtlicher Sponsoren getragen.

Archäopark Vogelherd

Am Vogelherd 1

89168 Niederstotzingen

Tel.: 07325/102-0

info@archaeopark-vogelherd.de

www.archaeopark-vogelherd.de

Deutscher Landkreistag fordert neuen Anlauf zur Reform der Kommunal Finanzen – Ursachen bekämpfen statt Symptome behandeln

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages hat sich auf seiner Sitzung am 2. Oktober 2013 im Landkreis Südwestpfalz für eine strukturelle Verbesserung der Kommunal Finanzen ausgesprochen. Der kommunale Spitzenverband der 295 Landkreise erachtet eine Reform der finanziellen Ausstattung der Städte, Landkreise und Gemeinden als eines der wichtigsten Projekte der neuen Legislaturperiode. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „Auch in diesem Jahr wird knapp die Hälfte der Landkreise einen unausgeglichenen Haushalt haben. Bisher ist die Politik einen Gesamtansatz zur Verbesserung der Kommunal Finanzen schuldig geblieben. Eine neue Föderalismuskommission zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen unter Einbezug der Kommunen ist genau der richtige Ort, um diese Fragen strukturiert und gesamthaft anzugehen. Es muss jetzt endlich darum gehen, die Ursachen für die strukturelle Unterfinanzierung der Städte, Landkreise und Gemeinden zu bekämpfen und nicht lediglich Jahr für Jahr an den Symptomen herumzudoktern. Die Kom-

munen müssen endlich weg vom Tropf und dauerhaft aus eigener Kraft wieder auf die Beine kommen!“

Die vorhandenen Konsolidierungspotenziale seien in vielen Landkreisen bereits weitgehend ausgeschöpft und gestalterische und finanzielle Spielräume nicht mehr vorhanden. „Die Kassenkredite steigen weiter an – auf bis zu 713 Euro pro Kopf. Hinzu kommen die Schulden von Gemeinden, Land und Bund. Besonders prekär ist die Lage in Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt“, so Duppré. Er erläuterte, dass es sich aufgrund der Aufgaben- und Kostenstruktur – vor allem im Sozialbereich – um ein strukturelles Defizit handle. „Dies liegt an einer Reihe von Faktoren und lässt sich nicht mit monokausalen Ansätzen oder vereinzelt Finanzspritzen des Bundes und der Länder beheben“, so Duppré.

Vielmehr ginge es darum, ein Gesamtpaket zu schnüren, bestehend aus

- einem Mehr an Eigengestaltbarkeit bei den kommunalen Steuereinnahmen,
- aufgabenangemessenen Finanzzuweisungen der Länder und
- Kostenentlastungen im Sozialbereich.

Das Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes erwartet, dass Bund und Länder die Kommunen insgesamt dauerhaft zu einer „schwarzen Null“ ertüchtigen und u.a. den Landkreisen durch die Beteiligung etwa an der Umsatzsteuer eine ihrem gewachsenen Aufgabenbestand angemessene und selbstverwaltungsgerechte Einnahmebasis verschaffen. Die Zuweisung eines Umsatzsteuerpunktes macht knapp 2 Mrd. Euro aus. „Gleichzeitig muss die Finanzkraft der Städte und Gemeinden verbessert werden, etwa durch die Möglichkeit, das Einkommensteueraufkommen in seiner Höhe im Rahmen eines kommunalen Hebesatzrechtes zu beeinflussen. Damit wäre ein nicht zu unterschätzender Gewinn an finanzieller Eigengestaltbarkeit vor Ort verbunden.“

Duppré begrüßte in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass Bund und Länder weitere Entlastungen auf der Ausgaben-seite in Aussicht gestellt haben. „Von besonderer Relevanz für die Kommunen ist insoweit die angekündigte Erarbeitung eines neuen Bundesleistungsgesetzes für behinderte Menschen. Allerdings liegt die Tücke im Detail, weil es verfassungsrechtliche Hürden zu überwinden gilt, eine Reform nicht zu Leistungs- und damit Kostensteigerungen führen darf und kommunale Entscheidungsspielräume erhalten werden müssen.“ Darüber hinaus dürften die Kostenentlastungen nicht in den Länderhaushalten „hängenbleiben“, sondern auch tatsächlich den Landkreisen und Gemeinden zugutekommen.

Vor dem Hintergrund der von potenziellen Koalitionspartnern in Berlin derzeit erörterten „schnellen Hilfen“ für die Kommunen unterbreitete Duppré neben der Zuweisung von Umsatzsteuerpunkten einen weiteren Vorschlag, der gesetzestechnisch einfach umzusetzen wäre, schnell Wirkung entfalten und zielgenau die Kommunen entlasten würde, ohne sonstige strukturelle Fragen aufzuwerfen: „Wir schlagen eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an den kommunalen Ausgaben für Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose und ihre Familien i. H. v. 49 % vor. Bisher beteiligt sich der Bund an den Gesamtausgaben der Landkreise und kreisfreien Städte von knapp 14 Mrd. Euro mit 4,38 Mrd. Euro. Würde er 49 % der Kosten übernehmen, würden die Kommunen – und nur sie – dauerhaft um etwa 2,4 Mrd. Euro jährlich zusätzlich entlastet.“ Dies sei ein eleganter Weg, zügig eine kommunale Entlastung im Rahmen der bestehenden Regelungen herbeizuführen, sagte Duppré.

Einzelheiten, Zusammenhänge, Daten und Grafiken zur aktuellen Lage der Kreisfinanzen enthält der jüngst erschienene Kreisfinanzbericht des Deutschen Landkreistages, der über presse@landkreistag.de bezogen werden kann.

Ausschuss der Regionen verabschiedet Stellungnahme zur kommunalen Selbstverwaltung in der Europäischen Union

Auf seiner 100. Plenartagung diesen April hat der Ausschuss der Regionen (AdR), sozusagen die kommunale und regionale Kammer im politischen System der Europäischen Union, eine Initiativstellungnahme mit dem Titel „Dezentralisierung in der Europäischen Union und der Platz der lokalen und regionalen Selbstverwaltung in der Politikgestaltung und -umsetzung der EU“ verabschiedet. Erarbeitet wurde das politische Dokument in der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX), der bis zu seinem jüngst erfolgten Eintritt in den Ruhestand auch der ehemalige baden-württembergische Landkreistagspräsident und Landrat im Hohenlohekreis, Helmut M. Jahn (EVP), angehört hatte. Einzuordnen ist dieser erneute Vorstoß, dieses Mal unter Federführung des konservativen Berichterstatters Franz Schausberger, ehemaliger Landeshauptmann Salzburgs, in die langjährigen Bemühungen des AdR, dem politischen Konzept des sog. Mehrebenen-Regierens schrittweise zur gelebten Verfassungswirklichkeit in Brüssel zu verhelfen. Die Initiativstellungnahme stellt eine kompakte Übersicht über den Dezentralisierungstand in der EU sowie ein Plädoyer für ein Mehr an regionaler und kommunaler Selbstverwaltung dar.

Gleich zu Beginn der Stellungnahme erkennt der AdR an, dass es keine Verpflichtung für die EU-Mitgliedstaaten gebe, sich in ihrem institutionellen Aufbau für ein bestimmtes Muster für Dezentralisierung, Übertragung oder Teilung der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen zu entscheiden. Gleichzeitig verweist er jedoch darauf, dass die EU auch die regionale und/oder lokale Selbstverwaltung achte, wie dies insbesondere in

Art.4 Abs.2 EUV im Zuge des Lissabon-Vertrags nunmehr auch EU-primärrechtlich verankert ist. So sei eine dezentrale Ausführungsebene wesentlich effizienter – sowohl in kostenrechnerischer Hinsicht als auch in Bezug auf die Qualität und Bürgernähe der Dienstleistung. Ferner wird betont, dass Dezentralisierung entscheidend dazu beitragen könne, die bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Disparitäten unter den Regionen Europas abzubauen und somit die negativen Folgen einer konstatierten Landflucht und den Arbeitsmarkt lähmenden Abwanderung aus einem Mitgliedstaat in einen anderen zu reduzieren.

Entwicklungsstand der Dezentralisierung in der EU

Sein neuerliches Initiativwerden begründet der AdR mit dem Umstand, dass die letzte Stellungnahme zu diesem Thema noch aus dem Jahr 2005 stamme und in der Zwischenzeit bedeutende institutionelle, politische und rechtliche Veränderungen eingetreten seien. Die wohl bedeutsamste Entwicklung sei der Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009, der zu einer Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, zur Verankerung der Identität der Regionen und Kommunen im Vertrag und zu einer Stärkung des AdR geführt habe, wodurch in weiterer Folge mehrere Mitgliedstaaten ermuntert wurden, institutionelle Reformen zur verstärkten Dezentralisierung durchzuführen. Dennoch, so die AdR-Mitglieder, wurde der Verstärkungsprozess der Dezentralisierung durch die 2009 aufgetretene Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die ab 2010 eintretende Staatsschuldenkrise negativ beeinflusst, da sich das Verhältnis zwischen den Nationalstaaten verändert habe, wovon auch die subnationalen Ebenen betroffen gewesen seien. Vor diesem Hintergrund stellt der AdR in seiner Stellungnahme fest, dass nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen Initiative das Konzept des Mehrebenen-Regierens Ein-

gang in die europäische politische Diskussion gefunden habe, was möglichen negativen Tendenzen hinsichtlich der Dezentralisierung entgegenwirken könne.

Einfluss der Finanzkrise auf die Dezentralisierung und Entwicklungsstand der finanziellen Dezentralisierung

Dabei sei zu beobachten, dass im Zusammenhang mit den Folgen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Verteilung der Zuständigkeiten und insbesondere die Frage der fiskalischen Dezentralisierung auf nationaler und europäischer Ebene stärker in das öffentliche Interesse gerückt seien – allerdings vielfach unter der besorgnisvollen Annahme, dass das Verhalten der subnationalen Ebene einer der Faktoren sei, die der Erreichung der gesamtwirtschaftlichen Haushaltsziele im Wege stünden und öffentliche Dienstleistungen durch eine Verlagerung auf die zentralstaatliche Ebene kostengünstiger würden. Die Stellungnahme wendet sich daher entschieden gegen beispielsweise die zwangsweise Zusammenlegung von Gemeinden aus rein ökonomischen Erwägungen. Vielmehr müsse die freiwillige Kooperation, wie z.B. im Sinne von Städtepartnerschaften oder europäischen Kommunal-Netzwerken im Vordergrund stehen, in Grenzregionen gerade auch über das EU-Instrument des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), der die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen transnational wesentlich erleichtern soll.

Daher kritisiert die Fachkommission auch die jüngsten Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten, wo Zuständigkeit und Finanzmittel entgegen dem Prinzip der Konnexität entkoppelt würden und lokale und regionale Selbstverwaltungseinheiten nicht schlagkräftig handeln könnten, was dann wiederum als Argument für Zentralisierungsnotwendigkeit

missbraucht werde. Ein Transfer von Zuständigkeiten an die subnationalen Gebietskörperschaften sollte der Meinung der AdR-Mitglieder zufolge immer mit einer entsprechenden Zuteilung von Finanzmitteln verbunden sein. So führe nicht die Dezentralisierung zu einem ausufernden Ausgabenverhalten der Gebietskörperschaften, sondern vielmehr die schlechte Umsetzung von jenen Dezentralisierungsmaßnahmen, welche keine fiskalische Dezentralisierung umfassen würden. Diesbezüglich wird betont, dass die lokalen Gebietskörperschaften als die Ebene mit der größten Bürgernähe die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger kennen und am besten in der Lage sind, diese Bedürfnisse in Krisenzeiten einzuschätzen und ihnen Rechnung zu tragen. Mit Sorge erkennt aber der AdR auch, dass zahlreiche Regionen und Kommunen durch riskante Finanz-Spekulationen in gravierende finanzielle Schwierigkeiten gelangt seien. Folglich regt er an, dass die EU-Kommission geeignete Instrumente und Strategien ausarbeiten sollte, um dieser Situation zu begegnen.

Anhaltendes Bestreben nach EU-Charta für europäisches Mehrebenen-Regieren

In Hinblick auf zukünftige Entwicklungen gibt der AdR in seiner Stellungnahme zu bedenken, dass es im schlimmsten Fall der langfristigen Verweigerung des Dialogs und des konsequenten Ignorierens regionaler Wünsche und Anliegen zur Abspaltung einer Region von einem Gesamtstaat kommen könnte. Der AdR regt daher auch an, bewährten Best-Practice-Beispielen erfolgreicher Regionen und Kommunen mehr Raum zu geben, um vor allem in zentralistisch geprägten Ländern die öffentliche Diskussion um Dezentralisierung voranzubringen. Weiter ersucht der AdR die EU-Kommission, gezielte Programme zur Stärkung des regionalen und kommunalen EU-Projektmanagements noch intensiver als bisher zu unterstützen und vermehrt darauf zu

achten, dass die Verteilung der EU-Fördermittel nach objektiven Kriterien und nicht nach politischer Willkür erfolgt.

Eingliederung der Lebensmittelüberwachung in die unteren Verwaltungsbehörden im Rahmen der Verwaltungsreform ist ein Erfolg – Nach wie vor fehlt aber Personal – Land in der Pflicht

Der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen) hat am 26.9.2013 im Rahmen der Landespressekonferenz eine Erfolgsbilanz zur Lebensmittelüberwachung bei den Landratsämtern in Baden-Württemberg präsentiert. „Seit der Eingliederung des ehemaligen Wirtschaftskontrolldienstes in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsstrukturreform 2005 waren immer wieder einzelne Stimmen zu hören, die Lebensmittelüberwachung hätte im Vergleich zur Zeit vor 2005 an Schlagkraft verloren. Dies können wir klar widerlegen. Die Arbeitsgemeinschaft „Lebensmittelhygiene“ des Landkreistags hat aktuell eine Erhebung der Kontroll- und Probenzahlen im Vergleich der Jahre 2003 und 2012 – mithin vor und nach der Verwaltungsreform – durchgeführt, dessen Ergebnisse belegen, dass die Lebensmittelüberwachung bei den Landratsämtern ein Erfolgsmodell ist!“, sagte Landkreistagspräsident Walter.

Walter hob hervor, dass im direkten Vergleich der Zahlenwerte der Jahre 2003 und 2012 ein leichter Anstieg der Gesamtzahl der zu kontrollierenden Lebensmittelbetriebe in Baden-Württemberg erkennbar (von 193 649 auf 232 696, + 20 %) festzustellen ist. Gleichzeitig sei aber sowohl die Zahl der kontrollierten Betriebe als auch die der einzelnen Kontrollbesuche von 2003 bis 2012 deutlich angestiegen, und zwar von 48 000 auf 68 000 (+ 42 %) bzw. 78 000 auf 98 000

(+ 25 %). Der Schwerpunkt der Kontrollen liege dabei immer bei den Betrieben des Einzelhandels inkl. Gastronomie (+ 40 %), jedoch stieg mit 52 % auch der Anteil der kontrollierten Erzeuger- und Herstellerbetriebe besonders deutlich an. „Hierin zeigt sich eine Tendenz zur Verlagerung von Kontrolltätigkeit auf die Ebene des Herstellers (Flaschenhalsprinzip). Damit wird eine wesentliche Vorgabe des neuen EU-Lebensmittelrechts erfüllt, sowohl Kontrollen als auch die damit verbundenen Probenahmen risikoorientiert zu planen und durchzuführen“, betonte Walter.

Diese Tendenz werde noch deutlicher, wenn man die Zahlen der von Lebensmittelkontrolleuren erhobenen Proben betrachtet, die in den beiden Vergleichsjahren landesweit zur Untersuchung kamen. Während – bei einer deutlichen Steigerung der Gesamtzahl von 2003 auf 2012 (40 259 zu 51 228, + 31 %) – die Zahl der bei Erzeugern/Herstellern erhobenen Proben von 10 237 auf 15 671 um 53 % anstieg, fiel die Steigerung bei den übrigen Betriebsarten (30 022 zu 35 557) mit 18 % eher moderat aus.

Auch die Zahl der Proben-Bearbeitungen ist deutlich angestiegen. Wurden 2003 mit 2460 noch 6,1 % aller Proben beanstandet, so waren es 2012 mit 7451 Beanstandungen 14,5 %. Walter hob hervor, dass diese „Trefferquote“ als Erfolg der „Risikoorientierung“ in der Kontroll- und Probenplanung zu werten sei. Diese basiere auf den Erkenntnissen der bei den unteren Verwaltungsbehörden entstandenen integrierten Veterinär- und Lebensmittelüberwachung.

Der Präsident des Landesverbands der 35 baden-württembergischen Landkreise wies auch besonders darauf hin, dass ein Paradigmenwechsel in der Art der behördlichen Maßnahmen bei Lebensmittelverstößen erkennbar sei. Zu Zeiten des WKD seien Verstöße häufig nur mit Buß- und Verwarngeldern geahndet worden, heute arbeite die Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg

zunehmend im Bereich der Gefahrenabwehr, also präventiv im Sinne eines verbesserten Verbraucherschutzes. Instrumente seien dabei Anhörungen, Ordnungsverfügungen und Zwangsgeldandrohnungen. So hat sich im Vergleich zu 2003 im Jahr 2012 die Anzahl der verwaltungsrechtlichen Maßnahmen mehr als verdoppelt (+ 102 %), die Zahl behördlicher Sanktionen (Bußgelder etc.) ging dagegen um 43 % zurück. Walter erläuterte, dass sich hier die vom Gesetzgeber angestrebte Entkriminalisierung des Lebensmittelrechts widerspiegeln, die zu einer Reduktion der Straftatbestände unter den zu ahndenden Verstößen führte: „Der von 2003 bis 2012 zu verzeichnende deutliche Rückgang an Strafanzeigen (457 zu 142, – 69 %) kann deshalb nicht überraschen“.

Zusammenfassend stellte Walter fest, dass die vorliegende Untersuchung belege, dass die Eingliederung der Lebensmittelüberwachung in die unteren Verwaltungsbehörden im Rahmen der Verwaltungsreform als Erfolg zu werten ist. „So nahm, trotz des Rückgangs des Überwachungspersonals im Zuge dieser Reform, der auch durch die Personalvermehrung bei der Anzahl der Lebensmittelkontrolleure bis heute noch nicht vollständig ausgeglichen ist, sowohl die Anzahl der kontrollierten Betriebe als auch die Anzahl an durchgeführten Kontrollen deutlich zu. Schließlich lässt sich an einigen Zahlen ablesen, dass es dabei insgesamt zu einer Veränderung der Kontrollen im Sinne einer qualitativen Verbesserung gekommen ist“, so Präsident Walter.

Schließlich wies der Präsident des Landkreistags aber auch noch mal eindringlich darauf hin, dass die positiven Entwicklungen keinesfalls darüber hinwegtäuschen dürfen, dass die Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg insgesamt nach wie vor ein erhebliches Kontroll- und Vollzugsdefizit aufweist. So wären nach den Risikoklassifizierungen aller zu überwachenden Lebensmittelbetriebe im Jahr

2012 eigentlich insgesamt rund 176 000 Kontrollbesuche erforderlich gewesen. Tatsächlich durchgeführt wurden jedoch lediglich rund 72 000, also mit knapp 42 % noch nicht einmal die Hälfte. „Diese Tatsache ist schlichtweg dem Umstand geschuldet, dass in der Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg nach wie vor ein erhebliches Personaldefizit herrscht“, merkte Walter an. Für die staatliche Aufgabe der Lebensmittelüberwachung ist hier das Land in der Pflicht. Deshalb müsste die mit dem Land angegangene Verbesserung der Personalausstattung konsequent fortgeführt werden.

Hintergrundinformationen: Personalausstattung

Mit der Verwaltungsreform 2005 gingen 222 Stellen in der Lebensmittelüberwachung auf die Stadt- und Landkreise über. Seither hat der Landkreistag das Personaldefizit in der Lebensmittelüberwachung gegenüber der Landesregierung wiederholt angemahnt und eine entsprechende Aufstockung der FAG-Zuweisungen an die Landkreise eingefordert. Zunächst wurde Ende 2009 noch von der alten Landesregierung eine Erhöhung der FAG-Zuweisungen für weitere 66 Stellen für die Jahre 2010 bis 2012 (verteilt auf 3 Tranchen) und die Folgejahre beschlossen. Zuletzt konnte im Jahr 2011 ein weiterer Erfolg insoweit erzielt werden, als für die Jahre 2012 bis 2014 und ff. eine Aufstockung der FAG-Zuweisungen für jeweils 22 zusätzliche Stellen beschlossen wurde. Derzeit sind in den Stadt- und Landkreisen 310 Lebensmittelkontrolleure im Einsatz, die Übrigen in Ausbildung. Zum Jahr 2015 sollten dann 354 Lebensmittelkontrolleure in Baden-Württemberg tätig sein.

Noch offene Forderungen des Landkreistags:

Anhand konkreter Berechnungen (Formel in Abstimmung mit dem MLR erarbeitet) ergibt sich landesweit ein Gesamtbedarf an Lebensmittelkontrol-

leuren von 564. Mit Rücksicht auf die Haushaltssituation des Landes und unter Anerkennung der politischen Realitäten hat der Landkreistag – bis zur Deckung des Gesamtbedarfs – eine „tranchenmäßige“ Aufstockung der FAG-Zuweisungen in den Folgejahren eingefordert.

Inklusion – Land muss sich zur Finanzierungsverantwortung bekennen! Präsident Joachim Walter fordert angemessene Ausstattung der Schulen ohne Mehrbelastung der Kommunen – Wohl der Betroffenen steht im Mittelpunkt!

Im Rahmen einer Pressekonferenz hat der Präsident des Landkreistags am 26. September 2013 darauf hingewiesen, dass sich die Landkreise derzeit intensiv mit den Rahmenbedingungen der Inklusion – die gemeinsame Bildung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung, eines der Schwerpunktthemen des Landes im Bildungsbereich – beschäftigen. Seit dem Schuljahr 2010/2011 läuft in 5 Schwerpunktregionen in Baden-Württemberg eine modellhafte Umsetzung der Empfehlungen des Expertenrates zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im schulischen Bereich. Die Ausdehnung der gemeinsamen Bildung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung auf ganz Baden-Württemberg setzt eine Schulgesetzänderung voraus, die von der Landesregierung zum Schuljahr 2014/2015 geplant ist.

„Die Landkreise sind in vielfältiger Hinsicht – als Schulträger, Träger der Schülerbeförderungskostenerstattung, Eingliederungshilfeträger und Jugendhilfeträger – von dieser Entwicklung berührt. Schon zu Beginn des Modellversuchs in 2010 wurde zwischen dem Kultusministerium und den kommunalen Landesverbänden eine einzelfall-

bezogene Kostenerfassung der inklusiven Beschulung vereinbart. In diese fließen vor allem die kommunal finanzierten Leistungen ein. Bis Ende des Jahres 2012 lagen entsprechende Rückmeldungen der Schulämter für 545 inklusive Beschulungen vor. Die Ergebnisse der Modellversuchs, insbesondere die Kosten für die kommunale Seite wurden uns allerdings vom Kultusministerium nicht übermittelt, obwohl diese eine wichtige Grundlage für die konkrete Ausgestaltung der Inklusion in Baden-Württemberg für die kommunalen Schulträger sind“, sagte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter, Tübingen.

Walter wies darauf hin, dass das Kultusministerium vor wenigen Tagen sogar erklärt habe, dass das im Modellversuch diesen Fällen zuzuordnende Kostenvolumen nicht ermittelt werden konnte auch weil teilweise die Eltern die Datenweitergabe verweigern, obwohl diese in anonymisierter Form erfolgt. Vor dem Hintergrund der eingeschränkten Repräsentativität der bisher vorliegenden Daten solle die Kostenerfassung nicht mehr fortgesetzt werden. „Dies ist sehr bedauerlich! Besonders schwer wiegt aber für uns, dass sich das Land auch nicht zur Konnexitätsrelevanz der erbrachten kommunalen Leistungen bekennt, die Rechtspflicht zur Kostenübernahme also ablehnt“, kritisierte Walter. Walter wies darauf hin, dass die Schulen bisher nicht so ausgestattet sind, dass eine inklusive Beschulung auch von in Gruppen zusammengefassten Schülerinnen und Schülern mit Behinderung möglich wäre. Insbesondere die in vielen Fällen erforderliche Schulbegleitung der Kinder muss über die Eingliederungshilfe durch die Landkreise finanziert werden, denn die Gerichte ordnen die Verantwortung für die Schulbegleitung im Hinblick auf die faktisch nicht ausreichenden Ressourcen der Schulen den Sozialhilfeträgern zu und sehen die Möglichkeit der Überleitung der Individualansprüche der Eltern gegenüber dem

Land auf die Landkreise. Das Land ist allerdings derzeit bisher nicht bereit, entsprechende Ansprüche anzuerkennen.

Zur Klärung der Kostentragungspflicht trägt der Landkreis Tübingen deshalb einen Rechtsstreit mit dem Land anhand eines Musterverfahrens – im Einvernehmen mit den betroffenen Eltern – auch für die anderen Landkreise aus. „Uns ist es dabei besonders wichtig, dass der Streit um die Kosten nicht auf dem Rücken der Eltern ausgetragen wird – das Wohl der Betroffenen muss im Vordergrund stehen!“ betonte Präsident Walter. Die Kosten der Schulbegleitung würden daher – auch nach einer Absprache mit den anderen Landkreisen – vorläufig und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht von den Landratsämtern übernommen und gleichzeitig die Kostenerstattungsansprüche gegenüber dem Land geltend gemacht.

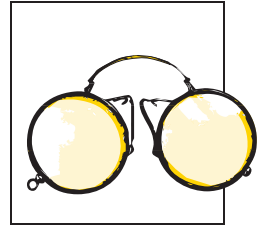
Der Landkreistag fordert vom Land im Einzelnen,

- die adäquate Ausstattung der Schulen, damit die schulische Inklusion auch ohne zusätzliche kommunale Leistungen ermöglicht wird,
- die Anerkennung der Konnexitätsrelevanz für die kommunal erbrachten Leistungen und
- zur Ermittlung des landesweiten Kostenrahmens die Fortsetzung der einzelfallbezogenen Kostenerfassung.

Präsident Walter kündigte an, das Thema auch beim Spitzengespräch mit Ministerpräsident Kretschmann am 9. Oktober 2013 anzusprechen. Im Vorfeld hat der Landkreistag seine Forderungen in seiner Stellungnahme zum Bericht des Kultusministeriums zum Schulversuch an das Land herangetragen. „Wir wollen eine Vereinbarung für eine faire Kostenauftei-

lung erreichen – es geht uns also nicht um den Streit, sondern um tragfähige Lösungen im Rahmen der Aufgabenerledigung. Abschließend erläuterte Walter auch die finanzielle Dimension, die im Raum steht: „Das Landessozialgericht hat in erster Instanz 43 Euro für die Schulbegleitung pro Stunde zugewiesen. Die Hochrechnung ergibt, dass in Einzelfällen Kosten in Höhe von bis zu 35 000 Euro pro Jahr anfallen können. Hinzu kommen aber noch weitere Aufwände beispielsweise die Fahrtkosten.“

„Inklusion ist eine gute Sache, aber sie kostet auch Geld. Wir legen Wert auf eine faire Kostenaufteilung, nach sachlichen Kriterien. Es darf nicht sein, dass das Land die Kosten einfach auf die kommunale Seite abschiebt!“, stellte der Präsident des Landesverbandes der 35 baden-württembergischen Landkreise klar.



PERSONALIEN

Landrat Dr. Achim Brötel mit überzeugender Mehrheit wiedergewählt

Im Rahmen einer festlichen Kreistags-sitzung wurde Landrat Dr. Achim Brötel am 17. September 2013 in der Mosbacher Alten Mälzerei im Beisein vieler Gäste von Regierungspräsidentin Nicolette Kressl auf sein Amt vereidigt und verpflichtet. Roland Burger, Kreisrat und Bürgermeister Buchen, leitete die Sitzung in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Kreistags.

Im Juli war Dr. Brötel vom Kreistag des Neckar-Odenwald-Kreises mit großer Mehrheit gewählt worden. Mit der Vereidigung und Verpflichtung hat der Jurist, der zuvor Bürgermeister in seiner Heimatstadt Buchen war, seine zweite Amtsperiode angetreten.



Regierungspräsidentin Nicolette Kressl vereidigte und verpflichtete Dr. Achim Brötel auf dessen zweite Amtsperiode als Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises.

Landrat a. D. Alois Rübsamen

geboren am 15. Februar 1939
verstorben am 20. August 2013

Alois Rübsamen war Landrat des Landkreises Lörrach von 1989–2004. Er war aufgrund seiner hervorragenden Kompetenz in allen Verwaltungsbereichen eine geschätzte und anerkannte Größe im Landkreistag Baden-Württemberg. So gehörte er dem Finanzausschuss und dem Kulturausschuss an.

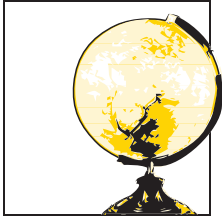
Der Landkreistag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Landrat Eininger (Esslingen) zum Vorsitzenden des Kulturausschusses des Deutschen Landkreistags gewählt

Der Kulturausschuss des Deutschen Landkreistags wählte Herrn Landrat Heinz Eininger am 20. September 2013 in Bernburg, Saale (Salzlandkreis) zu seinem neuen Vorsitzenden.

Die Entscheidung erfolgte einstimmig.
Wir gratulieren herzlich!

Herr Landrat Eininger ist bereits seit 2005 Vorsitzender des Kulturausschusses des Landkreistags Baden-Württemberg.



SPEKTRUM

Soziales

Aktionsbündnis im Landkreis Böblingen „Kein Raum für Missbrauch“

Am 17. September startete anlässlich der bundesweiten Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ ein gemeinsames Aktionsbündnis im Landkreis Böblingen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Neben dem Landkreis Böblingen sind die Kreiskommunen, die Polizei und Kirchen, das Staatliche Schulamt sowie die Beratungsstelle Thamar, der Sportkreis Böblingen, die Liga der Freien Wohlfahrtspflege, der Weiße Ring und das Netzwerk Engagierter Rechtsanwälte im Opferschutz (NERO), bei der Kampagne beteiligt. Eltern und Fachkräfte in Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen, Kirchengemeinden, Kliniken und alle Bürgerinnen und Bürger sollen für den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor sexueller Gewalt sensibilisiert werden.

„Wir haben im Landkreis ein breites Bündnis aus vielen Institutionen, die deutlich machen, dass wir bei diesem Tabuthema nicht wegschauen. Wir geben im Landkreis Böblingen keinen Raum für Missbrauch! Wir wollen alle gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren, um sexuellen Missbrauch vorzubeugen und junge Menschen so gut wie möglich zu schützen“, sagte Landrat Roland Bernhard.

Kaum etwas könne das Leben und die Entwicklung eines Menschen so schwer belasten wie sexueller Missbrauch in der Kindheit. Oft seien es nahestehende Personen, die diese zutiefst verletzenden Taten begehen, Personen, zu denen das



Kind Vertrauen habe. Kinder und Jugendliche seien daher an allen Orten vor sexueller Gewalt zu schützen. Dies gelte für alle Institutionen wie für das familiäre Umfeld.

„Missbrauch findet nicht zufällig oder aus Versehen statt, Täter und Täterinnen handeln mit hoher krimineller Energie, ausgefeilter Strategie und oftmals im Schatten weit verbreiteter Ahnungslosigkeit“, sagt Wolfgang Trede, Amtsleiter für Jugend und Bildung im Landratsamt Böblingen. „Eltern und alle, die beruflich und in ihrer Freizeit mit Kindern arbeiten, sollen ermutigt werden, das Thema in Einrichtungen und Institutionen offen anzusprechen. Schutzkonzepte sollen flächendeckend eingeführt und konsequent angewendet werden“, so Trede weiter.

Der Landkreis Böblingen setzt auf Prävention. In Zusammenarbeit mit den Beteiligten wird die Fortbildung „Hinsehen würde helfen“ für Erzieherinnen und Erzieher angeboten. Durch das Angebot

seien alle Kindertageseinrichtungen im Landkreis erreicht. Das Grundschulpräventionsprojekt „Hau ab du Angst“, richtet sich an Schülerinnen und Schüler der dritten und vierten Klasse und ihre Eltern und Lehrkräfte.

„Hinschauen, handeln und Zivilcourage zum Schutz der Kleinsten und Jugendlichen zeigen – das ist es, worauf es ankommt in einer Gesellschaft, in der man aufeinander achtet. Mädchen und Jungen, die Missbrauch in der Familie oder im sozialen Umfeld erfahren, wollen wir Hilfe und kompetente Vertrauenspersonen zur Seite stellen.“

Das Symbol der Kampagne ist das weiße „X“. Das Zeichen steht einerseits für Sicherheit und Schutz, andererseits auch als Warnsignal für das Ausschließen von Tätern und Täterinnen aus dem Umfeld von Kindern und Jugendlichen. Wer die Plakate aufhängt oder die weißen Pins trägt, unterstützt sichtbar das Anliegen „Kein Raum für Missbrauch“. Das weiße „X“ soll langfristig zu einem selbstver-

ständlichen Symbol mit hoher gesellschaftlicher Relevanz werden.

Landkreis Lörrach geht neue Wege in der Pflegesteuerung

Um Senioren und ihre Angehörigen an den Schnittstellen zur ambulanten oder stationären Pflege zu beraten und mögliche Alternative zur Unterbringung in einem Pflegeheim aufzuzeigen, wurde für den Landkreis Lörrach die zusätzliche Stelle einer Pflegesteuerungsfachkraft geschaffen. Ab sofort ist die diplomierte Sozialpädagogin Christine Back neue Ansprechpartnerin für Pflegebedürftige und Angehörige.

Die Mehrheit der Betroffenen wünscht sich, möglichst lange ein eigenständiges Leben in vertrauter Umgebung führen zu können. Häufig kann die stationäre Pflegeunterbringung tatsächlich hinausgezögert oder möglicherweise ganz vermieden werden, wenn bereits im Vorfeld einer Pflegebedürftigkeit rechtzeitig ein Helfernetzwerk aufgebaut und damit die Lebenssituation der Betroffenen verbessert wird.

Gerade für Personen, die noch nicht in eine der drei Pflegestufen eingestuft werden konnten – Pflegefälle der sogenannten Pflegestufe „Null“ – oder als erheblich Pflegebedürftige in der ersten Pflegestufe erfasst wurden, können mit Unterstützung der Sozialpädagogin künftig verstärkt Alternativen zur stationären Unterbringung aufgezeigt werden. Auch bei der Umsetzung der Versorgung will Back gezielt unterstützen.

Die neue Pflegesteuerungsfachkraft verfügt über Beratungserfahrungen aus der Arbeit in Seniorenbegegnungsstätten und einem Pflegeheim. „Mein Ziel ist es, die individuelle Situation der Betroffenen genau zu betrachten, um dann Empfehlungen für eine bedarfsgerechte Versorgung zu geben, die genau auf die persönlichen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen zugeschnitten sind“, sagt Back. Außerdem könne man mit einer individuellen Fallsteuerung einen we-

sentlichen Beitrag für eine möglichst wirtschaftliche Versorgung leisten.

Die Sozialpädagogin beginnt derzeit auch mit dem Aufbau eines präventiven Besuchsdienstes für über 75-jährige Leistungsempfänger der sogenannten „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Damit kann deren persönliche Lebenssituation künftig frühzeitig erfasst und erste Hilfestellung angeboten oder vermittelt werden.

„Demenz – den Weg gemeinsam gehen“ Aktionswochen für Demenz erstmalig im Landkreis Sigmaringen

Mit einer dreiwöchigen Veranstaltungsreihe wurde im Kreis Sigmaringen ein Thema aufgegriffen, das Angst und Unverständnis hervorgerufen kann, dass aber auch viele Menschen betroffen machen wird: „Demenz“. Das Pflegenetzwerk des Landkreises Sigmaringen, der Landkreis Sigmaringen und der Pflegestützpunkt haben erstmalig das Thema aufgegriffen und im Zeitraum vom 21. September 2013 bis zum 19. Oktober 2013 Vorträge, Aktionen, Informationsveranstaltungen, Filmvorführungen und Diskussionsrunden angeboten.

Insgesamt 26 Veranstaltungen wurden sowohl für Betroffene, Angehörige und für alle Interessierten im ganzen Landkreis organisiert. Parallel dazu wurde die Ausstellung „Blaue und Graue Tage“ der Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg e.V. vom 30.9.2013 bis zum 17.10.2013 in der Landesbank Kreissparkasse in Sigmaringen gezeigt. Diese Fotoausstellung zeigt den Alltag dreier Ehepaare, bei denen jeweils ein Partner an einer Demenz erkrankt ist. Die Pflege des Partners stellt die Betroffenen jeden Tag vor neue Herausforderungen. Die Bilder der Fotografin Claudia Thoelen dokumentieren dies eindrücklich. Diese Ausstellung eignet sich auch hervorragend dafür, Demenzerkrankungen im Schulunterricht einfließen zu lassen und mit Schulklassen zu besuchen.

„Die Thematik ‚Demenz‘ so umfassend aufzugreifen, das dürfte wohl in der ganzen Region einmalig sein“, sagt Hans-Peter Oßwald, Fachbereichsleiter Soziales im Landratsamt Sigmaringen. Und wie umfassend das tatsächlich geschah, das konnte man auf dem Flyer sehen, der bei vielen Einrichtungen und Diensten auslag. „Eigentlich müsste da für jeden etwas dabei gewesen sein“, ist Oßwald überzeugt. Immerhin waren die Veranstaltungsorte über den ganzen Landkreis verteilt. Zur Orientierung gibt es auf der Homepage www.demenzwochen-sig.de Anfahrtsskizzen. Dort konnte man auch weitere Infos zu den Veranstaltungen bekommen und die Trailer zu den angebotenen Filmen ansehen.

Rund 2200 Menschen über 65 Jahre leben innerhalb des Landkreises mit der Diagnose „Demenz“. Tatsächlich liegt damit die Zahl der Erkrankten wesentlich höher, da auch unter 65 Jahren immer mehr Menschen an einer Demenz erkranken. Die Diagnose einer Demenz ändert für die Betroffenen alles. Trauer und Frustration, Machtlosigkeit und Hilflosigkeit sind für die Erkrankten und deren Angehörigen vor allem im Anfangsstadium zu bewältigen und auszuhalten. Im Blick sind die vielen Einzelfälle aus dem eigenen Bekanntenkreis, dabei ist das Thema „Demenz“ zwischenzeitlich bereits zu einer Volkskrankheit geworden. Das größte Risiko für Alzheimer-Krankheit und weitere Demenzformen ist das eigene Alter. Im Alter von 90 Jahren und älter sind 40–70 % der Bevölkerung bereits dement.

Die Organisatoren hatten sich dem Motto der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V. zum diesjährigen Weltalzheimer-Tages am 21. September angeschlossen: „Demenz – den Weg gemeinsam gehen“ um den Angehörigen und Betroffenen zu signalisieren, dass Demenz ein Thema ist, das uns alle betrifft und das den „Schrecken“ verliert, wenn Betroffene nicht ausgeschlossen werden, sondern einen Platz in der Gesellschaft finden.

Schulen

Delegation aus Schwarzwald-Baar-Kreis übergibt Resolution zur Lehrerversorgung an den Beruflichen Schulen an Kultusminister Andreas Stoch MdL

Im Rahmen der öffentlichen Kreistagssitzung am 22. Juli hat Herr Landrat Hinterseh über die Übergabe der Resolution an Herrn Kultusminister Stoch berichtet.

Am 17. Juli 2013 hatte eine Delegation aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis mit Landrat Sven Hinterseh die Resolution der Eltern-, Schüler- und Ausbildungsvertreter der Beruflichen Schulen im Schwarzwald-Baar-Kreis sowie des Kreistages an Herrn Kultusminister Andreas Stoch übergeben. Die Übergabe fand im Landtag von Baden-Württemberg in Stuttgart statt. Mit dabei waren auch die Landtagsabgeordneten Guido Wolf, Hans-Peter Storz und Leopold Grimm.

Der Kreistag hatte in seiner letzten Sitzung am 13. Mai 2013 einstimmig diese Resolution beschlossen. Grund hierfür waren besorgniserregende Signale aus den Beruflichen Schulen des Landkreises. An manchen Kreisschulen drohte ein dauerhafter Pflichtunterrichtsausfall von bis zu zehn Prozent. Mit der Resolution werden in den verbleibenden Einstellungsverfahren ausreichende Stellenzuweisungen für die Beruflichen Schulen im Schwarzwald-Baar-Kreis gefordert, um auch weiterhin eine gute Ausbildung in den Kreisschulen zu ermöglichen.

Das Kultusministerium hat inzwischen angesichts der Entwicklung bei den Schülerzahlen mit hohen Einstellungszahlen bei Lehrern gegengesteuert. Dadurch konnte die Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen deutlich verbessert werden. Kultusminister Stoch erklärte, er wolle auch weiterhin alles dafür tun, um die Versorgung der beruflichen Schulen gerade im ländlichen Raum zu gewährleisten.



V. l. n. r.: Thomas Hecht (Abteilungsleiter RP Freiburg), Rainer Eberlei (Geschäftsführender Schulleiter), Meike Fenski (Vertreterin der Schülerinnen und Schüler), Guido Wolf MdL (Landtagspräsident), Kultusminister Andreas Stoch MdL, Clemens Boog (Continental, Vertreter der Betriebe), Landrat Sven Hinterseh, Hans-Peter Storz MdL, Marianne Schiller (Vertreterin der Eltern)

Landrat Hinterseh bedankte sich im Namen der Delegation ausdrücklich bei Minister Stoch für diese positive Entwicklung. Minister Stoch sicherte auch zu, über die Zuteilungen der Stellen künftig soweit möglich früher zu entscheiden, damit den Schulen ein ausreichender zeitlicher Vorlauf bleibt, um geeignetes Personal zu finden.

Guido Wolf MdL, gleichzeitig auch Landtagspräsident, schilderte die besondere Situation für berufliche Schulen im ländlichen Raum. Bei Berufsausbildungen, die weniger stark verbreitet sind, macht sich der demografische Wandel vor allem im ländlichen Raum spürbar bemerkbar und führt teilweise zu Kleinklassen mit weniger als 16 Schülern. Eine Schließung dieser Kleinklassen zugunsten einer Beschulung an zentralen Schulorten würde zu erheblichen Standortnachteilen sowohl für die jungen Menschen als auch für die Unternehmen in der Region führen. Herr Minister Stoch sicherte auch hier zu, bei der Kleinklassen-Frage für den ländlichen Raum nicht schematisch vorzugehen und im Rahmen der regionalen Schulentwicklungsplanung nur im Dialog mit den betroffenen Regionen und der Wirtschaft zu entscheiden.

Ehrenamtspreis in Wiesbaden an Jobpatenprojekt im Landkreis Sigmaringen überreicht

Das Lern- und Jobpatenprojekt „Engagement für berufliche Zukunft e.V.“ hat den bei dem Bundeswettbewerb Ehrenamtspreis 2013 der GVV-Kommunalversicherung den 2. Platz errungen. Der Preis wurde im Rahmen der GVV-Bundesmitgliederversammlung im Kurhaus Wiesbaden an die Repräsentanten des Vereins überreicht. Für EfbZ e.V., seit fünf Jahren als Projekt und seit über zwei Jahren als gemeinnütziger Verein im gesamten Landkreis Sigmaringen präsent, nahm das Leitungsteam den Preis in Empfang. Erster Gratulant nach der Preisverleihung war Landrat Dirk Gaerte, der auch die Bedeutung des Projekts für den Landkreis Sigmaringen und die wertvolle ehrenamtliche Arbeit der Lern- und Jobpaten betonte.

Der GVV-Ehrenamtspreis würdigt alljährlich Leistungen, die für die Weiterentwicklung des Gemeinwesens erbracht werden. Mit dem Preis soll vorbildliches bürgerschaftliches Engagement in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Ebenso soll das



Das EfbZ-Leitungsteam mit Landrat Gaerte

Interesse an bürgerschaftlichem Einsatz durch öffentliche Anerkennung dieses wichtigen Beitrages für unsere Zivilgesellschaft gestärkt werden. Mit dem 2. Platz des GVV-Ehrenamtspreises 2013, der mit einem Preisgeld in Höhe von 2000 Euro dotiert ist, wurde erstmals ein Projekt aus Baden-Württemberg ausgezeichnet.

Der gemeinnützige Verein EfbZ e.V. organisiert Lern- und Jobpatenschaften für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 13 und 20 Jahren im gesamten Landkreis Sigmaringen. Viele junge Menschen benötigen Unterstützung, Beratung und Begleitung beim Übergang Schule – Beruf beim Erreichen des Hauptschulabschlusses, bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und bei der Lebensweggestaltung. Ehrenamtlich tätige Lern- und Jobpaten benötigen keine besonderen pädagogischen Qualifikationen. Sie sollen junge Menschen über einen längeren Zeitraum unterstützen, um schulische Leistungen zu verbessern, beraten, wo Entschei-

dungen anstehen, begleiten, wo Hilfe gebraucht wird und motivieren, um Stärken zu fördern.

Der Verein EfbZ e.V. ist mit fast 60 Patinnen und Paten an allen Schulstandorten im Landkreis Sigmaringen präsent. Aktuell werden 50 Jugendliche in Patenschaften begleitet. Fast die Hälfte der Schützlinge besitzt einen Migrationshintergrund. In den vergangenen vier Jahren wurden 45 Patenschaften erfolgreich beendet. Der Verein sucht auch weiterhin ehrenamtlich tätige Patinnen und Paten. Einzelheiten zum Projekt/Verein finden Sie im Internet: www.efbz-sig.de

Sozialwissenschaftliches Gymnasium im Main-Tauber-Kreis startet wie geplant

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat dem Landratsamt Main-Tauber-Kreis als Schulträger den Feststellungsbescheid zur Einrichtung des Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums an der Beruflichen Schule für Ernährung, Pflege, Erziehung

(EPE) in Bad Mergentheim übermittelt. Hierfür war eine Mindestschülerzahl von 24 Schülerinnen und Schülern, die sich für das neue Gymnasium anmelden mussten, erforderlich. Da sich insgesamt 79 Schülerinnen und Schüler angemeldet hatten, war diese Vorgabe bei weitem erfüllt. Die neue Schulform kann wie geplant im September 2013 starten. Leider können dennoch pro Jahrgang jeweils nur 30 Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden.

Um das Sozialwissenschaftliche Gymnasium einrichten zu können, musste auf eine Klasse des Ernährungswissenschaftlichen Gymnasiums an der gleichen Schule verzichtet werden. Diese sogenannte Ressourcenneutralität war Bedingung für die Zustimmung des Kultusministeriums. Diejenigen Schülerinnen und Schüler, die nicht aufgenommen werden können, sollen an die anderen beruflichen Gymnasien vermittelt werden.

Landrat Reinhard Frank, der Kreistag des Main-Tauber-Kreises und die Schulleitung der EPE hatten sich beim Regierungspräsidium Stuttgart sowie beim Kultusministerium über Monate hinweg für die Einrichtung des Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums eingesetzt. „Wir freuen uns, dass wir dieses Ziel erreicht haben und dass sich die Schülerinnen und Schüler so zahlreich für dieses neue Bildungsangebot interessieren“, erklärt Landrat Reinhard Frank. „Nun ist auch die schulrechtliche Voraussetzung erfüllt, damit das neue Gymnasium ab September an den Start gehen kann.“

Ein Beispiel funktionierender Inklusion behinderter Schüler – Gewerbliche Schule in Waiblingen praktiziert erfolgreiches Modell mit geistigbehinderten Schülern der Fröbelschule Schorndorf

Die Inklusion von behinderten Schülern und deren uneingeschränkter Zugang zu allgemeinen Schulen ist dem Rems-

Murr-Kreis seit Jahren ein Anliegen. Die Gewerbliche Schule in Waiblingen praktiziert aufgrund ihrer Kooperation mit der Sonderschule „Fröbelschule Schorn-dorf“ neben anderen Beispielen im Kreis tagtäglich die Inklusion von Schülern mit geistiger Behinderung und Förderschülern. Landrat Johannes Fuchs besuchte am 26. September die berufsvorbereitende Einrichtung der Gewerblichen Schule in Waiblingen, die den Schwerpunkt in ihrer Inklusionsklasse auf die Holzbearbeitung legt. Er lässt sich dabei die Werkstätten und die Arbeiten der Schüler zeigen. Exemplarisch stehen dabei von den sechs behinderten Schülern angefertigte „Holzkumpfe“, die sie dem Landrat bei seinem Besuch übergeben, im Blickpunkt. Dies sind Nachbildungen der historischen Behältnisse zum Mitführen von Wetzsteinen, die im Schwäbischen Wald in Steinbrüchen abgebaut wurden.

Die berufsvorbereitende Einrichtung der Gewerblichen Schule in Waiblingen wurde als neue Schulart im September 2012 eingerichtet, in der geeignete Schüler aus Sonder- und Förderschulen auf den ersten Einstieg in den Arbeitsmarkt vorbereitet und vermittelt werden sollen, anstatt später in einer Werkstatt für Behinderte zu arbeiten. Im Rahmen der Bemühungen des Rems-Murr-Kreises um eine verstärkte Inklusion wurde diese Klasse bewusst an einer Beruflichen Schule und nicht, wie anderenorts üblich, an einer Sonderschule eingerichtet. Die Schüler erhalten notwendige Schlüsselqualifikationen für das Berufsleben und bauen ein generelles Verständnis für Arbeit auf. Schon das erste Schuljahr hat gezeigt, dass die behinderten Schülerinnen und Schüler in ihrem Sozialverhalten sehr von dieser Integration profitieren und ihr Selbstbewusstsein deutlich gestiegen ist. In der Klasse arbeiten Lehrer der Beruflichen Schulen gemeinsam mit Sonderschullehrern und externen Experten wie dem Integrationsfachdienst.

Jugend

Jugendliche auf Behördenrallye im Landratsamt Bodenseekreis

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wissen was geht“ haben 30 Schüler am 26. August 2013 das Landratsamt Bodenseekreis in Augenschein genommen. Sie wollten sich über die Aufgaben und Ausbildungsangebote der Kreisverwaltung informieren. Um das herausfinden zu können, hat Ausbildungsleiterin Isabelle Karbe die jungen Besucher auf eine Rallye durch die Ämter geschickt.

So haben die Jugendlichen anhand eines Fragenkataloges Interviews mit ausgewählten Ämtern geführt. Sie sollten erkunden, mit welchen Anliegen die Bürger in das jeweilige Amt kommen und wie das Landratsamt sich um die Anliegen kümmert. „Die Ergebnisse der Erkundungstour wurden anschließend im großen Sitzungssaal präsentiert. Anhand dieser Beispiele konnten sich die Jugendlichen ein Bild von der Vielseitigkeit der staatlichen und kommunalen Behörde Landratsamt machen“, so Isabelle Karbe. Eine Gruppe hat zum Beispiel beim Jugendamt reingeschaut: Hier stehe das Wohl der Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt. Familien würden bei Problemen frühzeitig unterstützt werden und wenn die Familie nicht mehr richtig funktioniert, springe das Jugend-

amt helfend ein. Im Ordnungs- sowie im Verkehrs- und Schifffahrtsamt wurde den jungen Besuchern erklärt, dass ohne Ordnung das öffentliche Leben nicht funktionieren könnte. Auch das Bewerbungsverfahren und der Ablauf der Vorstellungsgespräche wurde von Isabelle Karbe erklärt.

„Wissen was geht“ ist eine Veranstaltungsreihe der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis. Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren können hier regionale Unternehmen von innen kennenlernen und sich über Ausbildungsmöglichkeiten informieren. Über 40 Unternehmen nehmen daran teil. Die Aktion läuft noch bis zum 8. September.

Landrat Dr. Schmid übergibt 1280 Euro an die Dr.-Wilfried-Steuer-Stiftung

Auf den Cent genau 1280 Euro spendeten die Gäste des Benefizkonzerts der Kreisjugendmusikkapelle zugunsten der Dr.-Wilfried-Steuer-Stiftung, zu dem Landrat Dr. Heiko Schmid anlässlich des 80. Geburtstages seines Vor-Vor-Gängers in die Turn- und Festhalle Langenenslingen am 22. Juni 2013 einlud. Am 8. Juli übergab Landrat Dr. Schmid, auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kreisjugendmusikkapelle, an Dr. Wilfried Steuer den dazugehörigen Scheck.

„Die Gründung der Kreisjugendmusikkapelle 1977 zählt zu meinen besten Entscheidungen, die ich als Landrat traf.



Rund 30 Jugendliche lernten bei „Wissen was geht“ das Landratsamt und seine Ausbildungsmöglichkeiten kennen. Ausbildungsleiterin Isabelle Karbe (rechts) schickte die Schüler auf eine Rallye durch die Ämter.



Kathrin Maucher, Mitglied Kreisjugendmusikkapelle, Landrat a.D. Dr. Wilfried Steuer, Landrat Dr. Heiko Schmid und Franziskus Erb, Mitglied Kreisjugendmusikkapelle bei der Übergabe des Spendenschecks

Ich habe mich deshalb gefreut, dass mir der Landkreis und Landrat Dr. Schmid mit dem Benefizkonzert der Kreisjugendmusikkapelle ein besonderes Geschenk zum 80. Geburtstag machte. Der Spendenbetrag kommt regionalen Kunst- und Kulturprojekten zugute“, sagte Dr. Wilfried Steuer bei der Scheckübergabe und dankte allen, die zu diesem hohen Spendenbetrag beitrugen. „Ja, es war wirklich ein beeindruckendes Konzert und es waren auch bewegende Feierlichkeiten, die zum 80. Geburtstag von Dr. Steuer stattfanden. Es war der Kreisjugendmusikkapelle eine Herzensangelegenheit, ihrem Gründervater zum runden Geburtstag aufzuspielen und diese Herzlichkeit war beim Konzert regelrecht zu spüren“, so Landrat Dr. Heiko Schmid abschließend.

Landschaftspflege statt Chillen: Internationales Jugendworkcamp beim Forst-Stützpunkt Mochental (Alb-Donau-Kreis)

12 Jugendliche aus sieben Ländern waren vom 17. bis 31. August in einem Internationalen Workcamp beim Forstlichen Hauptstützpunkt Mochental tätig. An-

statt, wie viele ihrer Altersgenossen, den Urlaub zum Chillen zu nutzen, arbeiteten sie mehrere Stunden täglich in Landschaftspflegeprojekten. Organisiert wurde dieses Workcamp vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis und dem Landesbetrieb Forst BW sowie den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten (ijgd). Die jungen Leute aus Estland, Japan, Korea, Serbien, Spanien, Tschechien und Deutschland arbeiteten täglich fünf Stunden in der Landschaftspflege. Dabei



ging es zum einen um Entbuschungsarbeiten im „Weihertal“ oberhalb von Schloss Mochental. Zum anderen waren sie in der Heidepflege in der näheren Umgebung tätig. Dort ging es um das Freihalten einer traditionellen Kulturlandschaft mit Magerrasenflächen – typisch für die Schwäbische Alb.

Untergebracht waren die jungen Frauen und Männer im Alter von 16 bis 27 Jahren im Forstlichen Hauptstützpunkt Mochental, der zum Fachdienst Forst, Naturschutz im Landratsamt Alb-Donau-Kreis gehört. Das Landratsamt stellte auch das Material und Fahrzeuge. Der Landesbetrieb Forst BW finanzierte den Aufenthalt zum großen Teil.

Unterstützung von Forst-Azubis

Viel Unterstützung und Begleitung erfuhren die Jugendlichen während ihres Aufenthaltes auch durch die Forst-Azubis des Landratsamts. So hatten die Azubis die Jugendlichen auch in ihrer Freizeit begleitet, etwa auf einer Fahrt zur Tiefenhöhle in Laichingen, ins Biosphärengebiet Schwäbische Alb oder nach Ulm.

Die Resonanz der Jugendlichen war jedenfalls ausgesprochen positiv. „Die Arbeit ist hart, aber es ist lustig hier“, meinte Tomohiro (19) aus Japan und spielte damit auch auf die gemeinsamen Abende am Lagerfeuer und den guten Teamgeist in der Gruppe an. Serafina (16)

aus Estland hatte am Ende gar keine Lust, schon wieder in ihr Heimatland zurückzufahren.

Krankenhaus – Gesundheit

Einweihung des Panorama-Gesundheitszentrums Marbach

Mit einem Tag der offenen Tür hat das Panorama-Gesundheitszentrum Marbach nach rund 16 Monaten Bauzeit am 6. Juli seine offizielle Einweihung gefeiert. „Der Neubau, der direkt neben dem Marbacher Krankenhaus steht und mit diesem durch Übergänge verbunden ist, ermöglicht die Verzahnung ambulanter und stationärer Versorgung – davon profitieren Patienten, Ärzte und Krankenhaus“, sagte Landrat Dr. Rainer Haas in seiner Ansprache. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH und der Regionalen Kliniken Holding (RKH) fuhr fort: „Das Panorama-Gesundheitszentrum ist auch deshalb eine gute Sache, weil mit der darin untergebrachten neuen gerontopsychiatrischen Tagesklinik die Entwicklung des Krankenhauses zu einem Zentrum für Altersmedizin vorangetrieben wird. Dies trägt dazu bei, die Zukunft des Hauses zu sichern.“

Die Investition von 7,25 Millionen Euro sei „sehr sinnvoll und durchdacht“, so Haas weiter. Die Kliniken tragen die Gesamtkosten des Neubaus und vermieten – mit Ausnahme der in eigener Regie betriebenen Tagesklinik – die Räume. Für die von Ludwigsburg nach Marbach umgezogene Tagesklinik haben die Kliniken ein Förderantrag über 2,1 Millionen Euro beim Land gestellt. Die Tagesklinik behandelt Menschen ab 50 Jahre mit psychiatrischen Erkrankungen, wie Depressionen, Schlafstörungen, Gedächtnisproblemen, Schmerzsyndromen oder Wahrnehmungsstörungen – vorausgesetzt, dass die Patienten nicht so schwer erkrankt sind, dass ein stationärer Aufenthalt nötig ist.

Der Neubau bietet insgesamt 4000 Quadratmeter Fläche auf fünf Ebenen. Neben der neuen gerontopsychiatrischen Tagesklinik mit 18 Plätzen sind die Belegärzte Dr. Franz-Peter Schnee und Andreas Westhauser mit einer Praxis für Chirurgie sowie die Belegärzte Dr. Martin Laufer und Dr. Heinrich-Geert Tünnerhoff mit einer Praxis für Hand- und Fußchirurgie eingezogen. „Reha Aktiv“, eine Einrichtung von Dr. Albrecht Hendrich für ganztägige neurologische und neuropsychologische Rehabilitation, komplettiert das medizinische Angebot des Panorama-Gesundheitszentrums. Ein weiterer Mieter in dem Gebäude ist das Taxiunternehmen Dahlke.

„Das weithin sichtbare Panorama-Gesundheitszentrum bietet helle, ansprechende Räume und eine sehr schöne Aussicht auf die Marbacher Altstadt sowie die Umgebung. Die von den Mietern mit geplante Anordnung und Struktur der Räume ist optimal zugeschnitten auf die jeweiligen Bedürfnisse“, lobte Haas das neue Gebäude. Beim Tag der offenen Tür hatten die Besucher Gelegenheit, die neuen Räume und das Leistungsspektrum des Panorama-Gesundheitszentrums kennen zu lernen: Ärzte und Teams gaben mit Informationsständen Einblicke in ihr jeweiliges Fachgebiet sowie in die Möglichkeiten von Diagnostik und Therapie.

Kein Notlagentarifvertrag am Kreisklinikum Calw-Nagold

Für die Beschäftigten der Kliniken Calw und Nagold wird es keinen Notlagentarifvertrag geben. Darauf verständigten sich der Aufsichtsratsvorsitzende der Klinikverbund Südwest GmbH und der Kreiskliniken Calw gGmbH, Landrat Helmut Riegger und die Geschäftsführerin des Verbundes, Dr. Elke Frank. „Unsere Entscheidung ist das klare Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Krankenhäusern, dass der Landkreis Calw die zwingend notwendige Verringerung des Defizits des Kreisklini-

kums Calw-Nagold nicht über temporäre Lohnkürzungen erreichen will“, erklärte Helmut Riegger. „Daher ist es jetzt umso dringlicher, die strukturellen Veränderungen innerhalb des Sanierungs- und Sparkonzeptes voranzutreiben.“ Hierzu zählen beispielsweise interdisziplinäre Stationsbelegungen, Optimierung von OP-Auslastungen, Konsolidierung der Sterilgutversorgung oder auch die Zentralisierung der Lagerwirtschaft, aber auch eine Stärkung der lokalen Entscheidungskompetenzen in Verbindung mit wirtschaftlicher Verantwortung.

Seit Monaten arbeitet eine Lenkungsgruppe unter dem Vorsitz des Aufsichtsratsvorsitzenden Helmut Riegger intensiv an der Verringerung des Defizits der Kreiskliniken. Gemeinsam mit der Geschäftsführerin des Klinikverbundes Dr. Elke Frank, je einem Vertreter der Kreistagsfraktionen und dem externen Berater Wolfgang Grefe ist es der Gruppe bereits gelungen, durch die sukzessive Umsetzung der von Grefe und der Geschäftsführung empfohlenen Maßnahmen eine deutliche Verringerung des Defizits herbeizuführen. „Die für die Kreiskliniken prognostizierten 8 Millionen Euro Defizit konnten wir durch die Arbeit der Lenkungsgruppe und das Engagement der Mitarbeiter in den Krankenhäusern deutlich senken“, lobt Riegger die Effektivität der Gruppe. Jetzt gelte es dran zu bleiben und weitere Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die Kosten zu senken. Die Streichung der Subventionen für die Essensversorgung sowie eine zeitlich befristete Stundung der Auszahlung von Altüberstunden sind Maßnahmen die momentan geprüft werden. „Wir möchten mit dem Betriebsrat eine entsprechende Betriebsvereinbarung abschließen“, fordert Riegger. Unabhängig davon werden durch ein Gutachten und den Bürgerbeteiligungsprozess die Strukturen der Krankenhäuser in Calw und Nagold analysiert und Ende des Jahres mögliche Strukturveränderungen vorgestellt.

Neue Integrierte Leitstelle für den Landkreis Tübingen (ILS) hat ihren Betrieb aufgenommen: Verbessertes Dienstleistungsangebot bietet hohe Zuverlässigkeit bei Notfällen

Die neue Integrierte Leitstelle für den Rettungsdienst und die Feuerwehr im Landkreis und Rettungsdienstbezirk Tübingen (ILS) ist seit dem 1. Juli 2013 in Betrieb. Ob es brennt, eine medizinische Notlage besteht oder ein sonstiger Notfall gemeldet wird: Alle über die Nummer 112 eingehenden Notrufe werden nun von der neuen Leitstelle einheitlich bearbeitet. Unterschiedliche Rufnummern und die Weiterleitung von Notrufen zwischen Rettungs- und Feuerwehrleitstellen gehören damit der Vergangenheit an.

In der Feierstunde zur Übergabe der Integrierten Leitstelle Tübingen am 10. Juli 2013 zeigten sich die Verantwortlichen der beiden Leitstellenträger – Landkreis Tübingen und Kreisverband des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) – sowie der Universitätsstadt Tübingen als Mitbetreiberin sehr zufrieden über den erfolgreichen Abschluss des Vereinigungsprozesses, dem ein langer und steiniger Weg vorangegangen war. Landrat Joachim Walter lobte die „sehr konstruktiven gemeinschaftlichen Anstrengungen, denen stets das Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu Grunde gelegen hat. Wir haben fast die Quadratur des Kreises geschafft, in dem wir gemeinsam ein Modell finden konnten, das hohe Qualität bietet, die bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rettungsdienstes und der Feuerwehr einbindet, Synergien bündelt, Kosten spart und keinen der bisherigen Standorte zur Aufgabe zwingt. Die langen Verhandlungen und vielen Gespräche haben sich ausgezahlt, wir haben das bestehende Dienstleistungsangebot noch verbessern können. Unsere Bürgerinnen und Bürger können bei Notfällen weiterhin vertrauensvoll auf rasche Hilfe bauen“, so Walter.

Vertragsunterzeichnung zur Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung im Landkreis Böblingen

Am 9. Juli fand im Landratsamt Böblingen die Vertragsunterzeichnung zur Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) statt. Die Vertragspartner INSEL e.V. und die Kassenvertreter der AOK, der Vertragsarbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen Baden-Württemberg, des Verbandes der Ersatzkassen e.V., der Landesvertretung Baden-Württemberg und der IKK, unterzeichneten den Vertrag für eine kreisweite Versorgung von schwerstkranken Menschen. Die Regelfinanzierung liegt in den Händen der gesetzlichen Krankenkassen. Der Verein INSEL e.V. sichert in Zusammenarbeit mit den Diakonie- und Sozialstationen des Kreises die Umsetzung der Versorgung als Träger des „Palliative Care Teams“ bereits seit Anfang April ab.

Im Kreis Böblingen wurde ein Konzept zur SAPV erstellt. Sie ergänzt die vorhandene Palliativversorgung bei Patienten mit komplexen und schwierig zu behandelnden Symptomen. Es ist für Menschen gedacht, die sich in einem weit fortgeschrittenen Stadium einer unheilbaren Krankheit befinden und die ihren letzten Weg in der vertrauten Umgebung gehen wollen. Sie werden dabei unterstützt, um dies schmerz- und angstfrei zu gestalten. „Den Betroffenen soll alles geboten werden, das in dieser Situation helfen kann, die Lebensqualität zu sichern um jeden Tag bestmöglich zu leben“, so der Landrat. Betroffen sind nach einer Bedarfschätzung zehn Prozent der sterbenden Menschen. Dies würde im Landkreis Böblingen jährlich rund 250 Personen betreffen.

Wenn die Möglichkeiten der allgemeinen Palliativversorgung nicht ausreichen, wird die SAPV hinzugezogen. Speziell geschulte Ärzte und entsprechend ausgebildetes Pflegepersonal sorgen für die Linderung von Symptomen wie

Schmerzen, Atemnot, Übelkeit und Erbrechen, Darmlähmung oder Darmverschluss, Unruhe und Angst und koordinieren die Sicherstellung der notwendigen Arznei- und Hilfsmittel. Sie unterstützen durch Beratung der Angehörigen und arbeiten eng mit dem weiterhin betreuenden Hausarzt und Pflegedienst zusammen.

Das „Palliative Care Team“ mit ihrer Koordinierungsstelle in Leonberg besteht aus fünf Medizinerinnen und neun Pflegekräften die 24 Stunden, sieben Tage die Woche erreichbar sind. „Auf übersichtliche Weise werden praktische Informationen zur Palliativmedizin und Hospizversorgung gebündelt. Es wird ein immens wichtiger Beitrag geleistet, um betroffene Patienten und deren Angehörige in ihrer schwierigen Situation zu entlasten und zu unterstützen“, sagt Reinhard Ernst, Vorstand der INSEL e.V.

Der Landkreis Böblingen unterstützt den Start des Vereins mit einer einmaligen Finanzierung von bis zu 25.000 Euro. Anfangs sei nicht mit einer vollständigen Kostendeckung durch Einnahmen aus Kassenleistungen zu rechnen. „Wir nehmen das Geld in die Hand um die wichtige Palliativversorgung schwerstkranker Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis zu sichern“, sagt Bernhard. 12.500 Euro werden sofort nach Vertragsunterzeichnung ausbezahlt, weitere 12.500 Euro auf Nachweis eines Defizits nach einem sechsmonatigen Betrieb.

Der Begriff „Palliativ“ kommt aus dem Lateinischen und stammt von Pallium ab. Dies bedeutet „Mantelartiger Überwurf“. So soll auch die Palliativpflege den Patienten umhüllen und schützen, wenn eine Heilung aus medizinischer Sicht nicht mehr möglich ist.

Vollversammlung der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Kreishaus Ludwigsburg

Die zweite Vollversammlung der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) des Landkreises Ludwigsburg hat kürz-

lich im Ludwigsburger Kreishaus stattgefunden. Die Lebensqualität im Alter stand dabei im Mittelpunkt. Vertreter der öffentlichen Einrichtungen, der Krankenkassen, der politischen Parteien und der verschiedenen Gremien sowie der Kliniken nahmen daran teil. Geleitet und koordiniert wird die Gesundheitskonferenz vom Gesundheitsdezernat des Landratsamts. Ziel der Kommunalen Gesundheitskonferenz ist es, die landkreisweiten Strukturen im Hinblick auf Prävention und Gesundheitsförderung weiterzuentwickeln und Modelle zu erarbeiten.

Gesundheitsdezernent Dr. Thomas Schönauer erläuterte den aktuellen Arbeitsschwerpunkt „Gesund älter werden“. Er sagte: „Um eine gute Lebensqualität im Alter möglichst lange zu erhalten, ist es notwendig, die geistige, körperliche und soziale Beweglichkeit der älteren Menschen zu fördern.“ Zu diesem Thema wurden im Herbst 2012 alle Städte und Gemeinden im Landkreis über ihre Angebote befragt. Die Ergebnisse der Umfrage wurden bei der Tagung vorgestellt: Jede Kommune im Landkreis hat bereits Angebote in der Beweglichkeitsförderung für ältere Menschen, ihr Umfang ist allerdings abhängig von der Größe der Kommune. An der Veröffentlichung und Vernetzung der Angebote sowie an der Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes wird in den kommenden Jahren weiter gearbeitet. Das Thema „Gesund älter werden“ müsse auch weiter ein Schwerpunkt in der Arbeit der Kommunalen Gesundheitskonferenz bleiben, so Schönauer.

Der Bereich Familienforschung des Statistischen Landesamtes stellte bei der Tagung das Projekt „Bürgerforum Gesundheit“ vor. Solche Bürgerforen werden im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz in den Städten Oberriexingen und Remseck durchgeführt. Dabei prüfen Bürger, welche Angebote für ältere Menschen in ihren Kommunen existieren, und machen Verbesserungsvorschläge. Außerdem gab

Barbara Leykamm vom Landesgesundheitsamt in Stuttgart den Teilnehmern der Konferenz einen Überblick über den landespolitischen Rahmen und die Entwicklung der Konferenzen in den Landkreisen.

Tourismus

Touristikgemeinschaft Hohenlohe vergibt 80 Sterne für Ferienwohnungen, Ferienhäuser und Privatzimmer im Hohenlohekreis – Landrat Dr. Matthias Neth überreicht Urkunden des Deutschen Tourismusverbandes (DTV)

Die Stimmung war gelöst, als Landrat Dr. Matthias Neth die anwesenden Vermieterinnen und Vermieter von Ferienwohnungen, Ferienhäusern und Privatzimmern im Sitzungssaal des Landratsamtes in Künzelsau begrüßte. Im Rahmen einer Feierstunde hatte die Touristikgemeinschaft (TG) Hohenlohe alle Betriebe eingeladen, die zwischen 10. Juni und 22. Juli 2013 erfolgreich an der aktuellen Klassifizierungsmaßnahme nach den bundesweit einheitlichen Richtlinien des Deutschen Tourismusverbandes (DTV) teilgenommen

hatten. In der Festrede zeigte sich Landrat Dr. Matthias Neth dann auch als fundierter Kenner der Tourismuswirtschaft. So bescheinigte er den Sternbetrieben durch ihre Unterschrift zur Anmeldung der Klassifizierungsbeteiligung, sich einen wichtigen Marktvorteil im nicht immer ganz einfachen Übernachtungsgewerbe verschafft zu haben. „Dies zeigt mir, dass Sie sich der Qualität in ihrer Arbeit verschrieben haben“, so der erst wenige Tage im Amt befindliche Landrat des Hohenlohekreises. In seinen weiteren Ausführungen zeigte Dr. Matthias Neth auf, dass sich die Betriebe des Hohenlohekreises nicht nur im direkten Wettbewerb innerhalb Baden-Württembergs befinden, sondern sie sich auch mit Vermietungsobjekten an der Nordsee, im Allgäu und sogar aus Österreich messen müssen. Deshalb betonte er den hohen Stellenwert der DTV-Klassifizierung, die einerseits für Transparenz bei den Gästen Sorge, aber zeitgleich auch ein wichtiges Merkmal von betrieblicher Professionalität, Kontinuität und Vertrauensmaßnahme zwischen Gast und Gastgeber darstelle. Er sei überzeugt davon, dass das einheitliche DTV-Siegel seine Wirkung im Hohenlohekreis nicht verfehlen werde. Gemeinsam mit den zahlreichen Marketingmaßnahmen der Touristikgemein-



Gruppenbild der DTV-Klassifizierungsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit Landrat Dr. Matthias Neth (1. von rechts), den Bewertungskommissionsmitgliedern Marion Schlund (Leitung, 1. von links) und Reiner Groß (2. von rechts)

schaft Hohenlohe werde es dafür sorgen, dass sich die Ferien- und Freizeitregion auch weiterhin touristisch positiv entwickeln könne.

Neuer Kinder- und Familienflyer mit Angeboten in der Ortenau

Die Tourismusabteilung des Landratsamts Ortenaukreis hat erstmals einen kindgerechten Familien- und Kinderflyer herausgebracht, der sämtliche Familien- und Kinderangebote in der Ortenau enthält.

„Die steigende Nachfrage nach Kinder- und Familienangeboten im Ortenaukreis hat uns dazu veranlasst“, erklärt die stellvertretende Tourismusbeauftragte des Landratsamts Ortenaukreis, Lisa Spitzmüller. Gerade noch passend zu den Sommerferien sei der neue Kinder- und Familienflyer nun druckfrisch und kostenfrei zu haben. Er liegt im Landratsamt Ortenaukreis in Offenburg sowie bei allen Tourist-Informationen und Gemeinden im Ortenaukreis aus. Ebenso kann er unter www.ortenau-tourismus.de heruntergeladen werden.

Die Angebote im Flyer „Entdecke die Ortenau – Kinder- und Familienfreizeitangebote in der Ortenau“ sind nach verschiedenen Kategorien aufgelistet – von Kindermuseen und -ausstellungen, Frei- und Hallenbädern über Naturlehrpfade, Abenteuerspielplätze, Freizeitparks und

Minigolfplätze bis hin zu Tiergehegen und interessanten Winterangeboten. „Der Flyer bietet für jeden etwas Spannendes. Abwechslung ist dabei garantiert!“, so Spitzmüller. Damit sofort ersichtlich ist, wo sich welches Angebot im Ortenaukreis befindet, sind alle Angebote in einer Karte des Ortenaukreises mit einem zur jeweiligen Kategorie passenden Icon hinterlegt.

Stärkung der Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e. V. durch den Landkreis Göppingen – Unterzeichnung des Kooperationsvertrags zwischen Kreis und Verband

Der Göppinger Kreistag hat am 12. Juli die Umsetzung der Tourismuskonzeption und die Initial- und Anschubfinanzierung bei der Professionalisierung der Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e.V. einstimmig beschlossen. In der Mitgliederversammlung der Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e.V. wurden am 23. Juli die notwendigen Beschlüsse von Seiten des Verbands ebenfalls einstimmig getroffen.

Finanziell unterstützt durch die Kreissparkasse Göppingen hatte der Landkreis Göppingen im Jahr 2012 einen moderierten Prozess mit den Partnern aus den Tourismusorganisationen und unter Moderation von FUTOUR Umwelt-, Tourismus- und Regionalberatung, München

aufgesetzt. Mit der Präsentation der Ergebnisse der Tourismuskonzeption durch die Geschäftsführerin von FUTOUR, Dr. Heike Glatzel, sind die in der Kreisentwicklung definierten Aufgabenpakete für die Tourismusedwicklung ausgearbeitet.

Mit der Entscheidung im Kreistag am 12. Juli wurde eine klare Empfehlung von FUTOUR umgesetzt, die Professionalisierung und Stärkung der Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e.V. zu unterstützen, um einen operativen Partner in der Umsetzung der Tourismuskonzeption und zur Realisierung der ausgewiesenen Potenziale zu haben. Hierfür stellt der Landkreis Göppingen dem Verband als Initial- und Anschubfinanzierung befristet für drei Jahre 50 000 Euro p. a. aus dem Budget der Tourismusförderung zur Verfügung.

Zentrale Aufgabe der dadurch gestärkten Organisationsstruktur im Tourismus ist es, vermarktungsfähige Produkte zu entwickeln, um mehr Gäste zu gewinnen, aber auch, um den Angeboten am Albtrauf im Landkreis innerhalb der Schwäbischen Alb entsprechendes Gewicht zu verleihen.

„Für die Produktentwicklung sind eine Vielzahl von Themen, Leitlinien und konkreten Ideen im Bericht von FUTOUR aufgelistet, die eine hervorragende Grundlage sind. Gleiches gilt für den Masterplan Landschaftspark Albtrauf, den die Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e.V. im Fokus hat“, freut sich Landrat Edgar Wolff. Der Tourismusmanager des Landkreises, Holger Bäuerle, wird die Umsetzung des Tourismuskonzepts steuern und koordinieren.

„Unser Verband wird eine Stelle aus-schreiben, so professionalisieren wir uns. Wir wünschen uns eine starke Kooperation mit dem Landkreis, mit unseren Mitgliedern, den Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben und den lokalen Leistungsanbietern. Gemeinsam können die wirtschaftlichen Potenziale erschlossen werden, um noch mehr Tages- und Übernachtungsgäste zu ge-



Erlebnisspielplatz im Vogtsbauernhof



winnen“, betont der Vereinsvorsitzende, Bürgermeister Gerhard Ueding.

„So weit wie jetzt waren wir noch nie“, war das gemeinsame Credo aller an der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung Beteiligten.

Am 6. August 2013 haben Landrat Edgar Wolff und der Vorsitzende der Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e.V., Bürgermeister Gerhard Ueding, die Kooperationsvereinbarung zwischen Kreis und Verband im Rathaus Bad Ditzgenbach unterzeichnet. Zugegen waren außerdem die weiteren Vorstandsmitglieder Oberbürgermeister Amann aus Geislingen und Bürgermeister Tritschler aus Wiesensteig sowie aus dem Büro für Kreisentwicklung und Kommunikation im Landratsamt die Leiterin und Persönliche Referentin des Landrats, Susanne Leinberger, und der Tourismusmanager Holger Bäuerle.

Umwelt

Landrat des Rems-Murr-Kreises begrüßt Vergabe von Forschungsauftrag – Umweltministerium lässt Langzeit-Dichtigkeit des Einbaus von Erdwärmesonden untersuchen

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft hat mit Schreiben vom 12. Juli angekündigt, ein Forschungsprojekt auf den Weg zu bringen, das die

Langzeitstabilität und Abdichtungswirkung von Baustoffen und Mischtechnik erforschen soll, die bei dem Einbau von Erdwärmesonden zum Einsatz kommen. Damit kommt das Ministerium einer gemeinsamen Forderung der Abgeordneten Petra Häffner, Claus Paal und Jochen Hausmann, des Rudersberger Bürgermeisters Martin Kaufmann und des Landrats des Rems-Murr-Kreises, Johannes Fuchs, nach. Fuchs, der sich mit diesem Anliegen bereits mit Schreiben vom 7. Januar 2013 an das Ministerium gewandt und erst diesen Monat nochmals daran erinnert hatte, sieht sich in seiner Einschätzung der Notwendigkeit dieses Forschungsauftrags bestätigt. Die Dauerhaftigkeit von Baustoffen, die beim Abdichten von Erdwärmesonden-Bohrungen eingesetzt werden, zu erforschen, sieht das Landratsamt vor allem deshalb als notwendig an, weil es im Rudersberger Ortsteil Zumhof zu Geländehebungen gekommen ist, wo von 2007 bis 2009 sieben Geothermieanlagen erstellt wurden, für die 20 Erdwärmesonden in Tiefen zwischen 40 und 70 Metern niedergebracht wurden. Mitarbeiter des Landratsamts haben bei der Ursachenermittlung für die Geländehebungen festgestellt, dass bei allen Sonden für die Ringraumverfüllung (das heißt zur Abdichtung der Sondenschläuche gegenüber dem umgebenden Boden) ein nicht-sulfatbeständiges Material eingesetzt wurde. Dies geschah, obwohl beim Bohren der Sonden Gips angetroffen wurde, was als ein Hinweis auf die ört-

liche Gefahr eines Aufquellens von Gipskeuper bei Zufuhr von Wasser gedeutet werden kann. Dieses Vorgehen erfolgte entgegen den Vorgaben des Leitfadens zur Nutzung von Erdwärme mit Erdwärmesonden des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr, dessen Einhaltung seinerzeit in den Erlaubnisentscheidungen des Landratsamts Rems-Murr-Kreis vorgegeben worden war.

Inwieweit die nachweislich nicht mit sulfatbeständigem Material ausgeführten Abdichtungen der übrigen Sonden unter diesen Bedingungen tatsächlich dauerhaft standhalten werden, lässt sich derzeit mangels entsprechender fachlicher Erkenntnisse nicht exakt feststellen. „Diese Sachlage ist für mich nicht zufriedenstellend“, schrieb Landrat Fuchs bereits im Januar dieses Jahres an das Ministerium. „Bekanntlich ist das Verpressen der Erdwärmesonden eine der wichtigsten Maßnahmen bei der Erstellung einer geothermischen Anlage. So können schadhaft gewordene Verpressungen unter anderem ihre Abdichtungswirkung gegenüber verschiedenen Grundwasserhorizonten verlieren, was wiederum bei den entsprechenden geologischen Gegebenheiten zu Schadensfällen führen kann.

Umso wichtiger ist es, gesicherte Erkenntnisse über die dauerhafte Beständigkeit verschiedener Verfüllmaterialien zu haben.“

Eine der Erdwärmesonden in Rudersberg-Zumhof weist bereits eine „Längsläufigkeit“ auf, das heißt Wasser läuft aus einer grundwasserführenden Bodenschicht entlang der Sonde in die Tiefe. Diese Sonde wird in den kommenden Wochen saniert, denn das Auftreffen von Wasser auf Anhydrit ist geeignet, das gefürchtete Anhydritquellen auszulösen, das für die Geländehebungen im Zumhof verantwortlich gemacht wird. Fraglich ist, inwieweit auch für weitere Erdwärmesonden, die mit nicht sulfatbeständigem Material abgedichtet wurden, die Gefahr besteht, dass diese längsläufig werden oder bereits geworden

sind. Unabhängig vom Forschungsvorhaben des Ministeriums wurden deshalb auch Messungen in allen Erdwärmesonden durchgeführt. Ihre Auswertung ergab aktuell, dass über die eine „längsläufige“ Sonde hinaus derzeit kein weiterer konkreter Sanierungsbedarf feststellbar ist.

Jedoch stehen alle Erdwärmesonden im Zumhof weiter unter Beobachtung, das heißt, es werden auch bis auf weiteres regelmäßig Messungen daran erfolgen. „Ich sehe in dem nun beauftragten Forschungsvorhaben nicht nur eine technische Notwendigkeit, sondern auch ein wichtiges Signal der Solidarität gegenüber Anliegern in Rudersberg-Zumhof von Landesseite, dass man an einer transparenten und fachlich fundierten Aufarbeitung von deren Problemen mit den installierten Erdwärmesonden interessiert ist“, erklärt Fuchs. „Anders als vielleicht die Fernsehberichterstattung vergangene Woche den Eindruck erweckt hat, lassen wir als Behörden und Dienstleister die Bürger im Zumhof nicht im Stich, sondern tun unser Möglichstes, die Situation zu verbessern“, so der Landrat weiter, der Petra Häffner stellvertretend für die anderen beteiligten Abgeordneten bereits für ihren Einsatz gedankt hat. Das Landratsamt setze sein Engagement vor Ort unvermindert fort: Nach der Beweissicherung, der Installation eines Hochpräzisionsmessnetzes, der Untersuchung aller Sonden, einer Erkundungsbohrung sowie der Bergung eines havarierten Bohrkopfes und der Sanierung des betroffenen Bohrlochs sei es dabei eine wichtige Ergänzung, dass das Land die Ursachenforschung mit dem Forschungsauftrag vorantreibe.

Klimaschutz-Vorreiter Landkreis Göppingen

Am 17.7.2013 hat der Kreistag das Integrierte Klimaschutzkonzept für den Landkreis Göppingen einstimmig verabschiedet. Damit erhalten der Landkreis und die 37 beteiligten Städte und Ge-

meinden einen Leitfaden zur Erreichung des Klimaschutzziels „Energieautarker Landkreis 2050“.

Mit einem leidenschaftlichen Vortrag und fundierten Daten haben die beiden Energieagenturen am 12.7.2013 im Kreistag die Zukunft des Klimaschutzes im Landkreis Göppingen präsentiert. Der erfolgreiche Abschluss der Erstellung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes gipfelte in der einstimmigen Verabschiedung durch den Kreistag, der das Konzept durchgehend mit lobenden Worten würdigte.

Das über 200 Seiten starke Klimaschutzkonzept bietet dem Landkreis, der Stadt Göppingen sowie 36 weiteren Städten und Gemeinden eine strategische Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe zur stetigen Reduktion der Treibhausgasemissionen. Es zeigt neben den Energiebedarfen in den Sektoren öffentliche Liegenschaften, private Haushalte, Industrie, Gewerbe/Handel/Dienstleistung und Verkehr auch Erneuerbare-Energien-Potenziale und Energieeinsparpotenziale auf. Wie diese durch die einzelnen Akteure genutzt werden können, zeigt der Maßnahmenkatalog mit etwa 160 Klimaschutzaktivitäten auf. Die in 52 standardisierten Maßnahmenblättern zusammengefassten Klimaschutzmaßnahmen dienen letztlich der Realisierung des Klimaschutzziels „Energieautarker Landkreis“. Das ehrgeizige Klimaschutzziel kann der Landkreis bis zum Jahr 2050 durch Ausnutzung der Potenziale zur Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung und die rein rechnerische Deckung des restlichen Energiebedarfs durch regionale regenerative Energieressourcen erreichen. Hierzu bedarf es der Aktivierung möglichst vieler klimarelevanter Akteure im Landkreis Göppingen, denn Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Gerade der Landkreis, die Städte und Gemeinden sind aufgerufen, in ihrer Vorbildfunktion und entsprechend ihren Handlungsmöglichkeiten den Klimaschutz voranzutreiben.

Nach der erfolgreichen Erstellung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes gilt es, die positive Stimmung aller Akteure beizubehalten und zügig in die Umsetzung zu starten. Hierfür ist eine intensive Abstimmung mit den Gemeinden geplant, wobei neben den Bürgermeistern auch die Gemeinderäte der 37 beteiligten Gemeinden über die gemeindespezifischen Ergebnisse des Klimaschutzkonzeptes informiert und Vorschläge für zukünftige Klimaschutzaktivitäten erläutert werden sollen.

Zudem wählt der Landkreis derzeit gemeinsam mit seiner Energieagentur die Maßnahmen aus, denen die höchste Priorität beigemessen wird, und setzt sie in einen detaillierten Finanz-, Organisations- und Zeitrahmen. Mithilfe dieser Maßnahmen soll nach der Erstellung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes nahtlos dessen Umsetzung im Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich des Landkreises in Angriff genommen werden.

Neben den Kommunen soll vor allem die Bevölkerung zu klimabewusstem Verhalten animiert werden. Viele Bürgerinnen und Bürger haben bereits bei der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes mitgewirkt. Auch die Wirtschaft, allen voran das Albwerk, die EnBW Regional AG, die EVF und die Kreissparkasse Göppingen haben das Konzept tatkräftig unterstützt. Ihnen und allen weiteren Engagierten möchte der Landkreis Göppingen seinen Dank aussprechen und hofft, dass der Klimaschutz auch zukünftig eine nachhaltige Unterstützung erfährt.

Landrat Bernhard unterstützt Forderung nach Lebensmitteln ohne Gentechnik

Am 10. Juli empfingen Landrat Roland Bernhard und sein Stellvertreter Wolf Eisenmann den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) zum Thema Gentechnik im Landratsamt Böblingen. Der BUND übergab eine Unterschriftensammlung aus dem Kreis zur Aktion „da-

geGen“. Die Aktion fordert keine Gentechnik auf Acker und Teller im Landkreis. Der Landrat unterstützt die Forderung nach gentechnisch freien Lebensmitteln. „Wir setzen uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für ein gentechnisch freien Landkreis ein“, sagt Landrat Roland Bernhard. Bereits seit 2009 findet kein Anbau mehr von gentechnisch veränderten Organismen im Land Baden-Württemberg statt. Allerdings gibt der Landrat zu bedenken, dass Baden-Württemberg allein um den Eiweißbedarf der Milchkühe mit heimischem Soja zu decken, auf der sechsfachen landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises Böblingen Soja anbauen müsste. Derzeit werde nur auf rund 1400 Hektar Soja erzeugt, benötigt würden 140 000. „Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Verbraucher haben beim Einkauf im Laden die Möglichkeit, sich auf Packungen über die Produkte zu informieren. Eine Pflicht zur Kennzeichnung gibt es in der EU für die Herstellung aus gentechnisch veränderten Organismen. Die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ ist seit dem Jahr 2009 freiwillig möglich. „Wir empfehlen unseren Bürgerinnen und Bürgern frische und saisonale Produkte direkt beim Erzeuger aus der Region zu kaufen. Auch der Konsum von Bio-Produkten gewährleistet eine Ernährung ohne gentechnisch veränderte Organismen. Verbraucher haben eine Wahl“, betont der Landrat.

„Mit den Heckengäuprodukten ‚HEIMAT – Nichts schmeckt näher‘ leisten wir zudem einen aktiven Beitrag im Naturschutz. Das Markenzeichen gibt den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine Qualitäts- und Erzeugergarantie. Die Partner bieten höchste Produktqualität und verpflichten sich zu einem gentechnisch freien Anbau“, sagt Wolf Eisenmann.

Weltweit spiele vor allem der Anbau von gentechnisch manipulierten Kulturpflanzen wie Soja, Mais und Baumwolle eine Rolle. Zur Förderung der Produktion von Eiweiß in der Region wurde im April

2012 eine Initiative des Landes Baden-Württemberg ins Leben gerufen. Ein Ziel des Projektes ist die Förderung des Anbaus von Soja ohne Gentechnik zur Verwertung als Lebens- und Futtermittel. Im Rahmen dieser Initiative wurden vom Amt für Landwirtschaft und Naturschutz des Landratsamtes Böblingen Veranstaltungen für Landwirte angeboten. Die Landkreise Böblingen und Tübingen testen zudem den Anbau von gentechnisch freien Soja- und Maissorten auf dem amtlichen Versuchsfeld in Gäufelden-Tailfingen.

Im Standortregister des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sind alle Flächen verzeichnet, auf denen Gentechnik-Pflanzen angebaut werden. Weltweit liegt der Anbau von gentechnisch veränderten Organismen bei rund 160 Millionen Hektar.

Landschaftserhaltungsverband im Landkreis Karlsruhe gegründet

Um z.B. Biotope und ökologisch wertvolle Flächen noch besser zu pflegen und die Kulturlandschaft in ihrer standorttypischen Ausprägung und Vielfalt zu erhalten, hat sich am 18. Juli in den Räumen des Landwirtschaftsamtes in Bruchsal der Landschaftserhaltungsverband (LEV) für den Landkreis Karlsruhe gegründet. Er besteht neben dem Landkreis Karlsruhe aus 30 Kommunen, dem Kreisbauernverband, den Naturschutzverbänden, dem Landesfischereiverband und örtlichen Vereinen des Naturschutzes und der Landwirtschaft. Der Verein soll die Aktivitäten aller Beteiligten ergänzen, beratend tätig werden und Fördermöglichkeiten von Pflegemaßnahmen durch das Landschaftspflegeprogramm des Landes aufzeigen. Zusammen mit den Akteuren vor Ort stellt er Konzepte zur Landschaftspflege auf, ermittelt z.B. pflegebedürftige Grundstücke und stellt Kontakte zu Landwirten, Verbänden und Vereinen her, die in der Landschaftspflege aktiv sind. „Durch die Einbindung aller Gruppen wird eine

breite Akzeptanz und eine Multiplikationswirkung erreicht“, sagte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel bei der Gründungsversammlung.

„Der neu gegründete Landschaftserhaltungsverband baut Brücken zwischen Mensch und Natur und spielt künftig eine wichtige Rolle in unserem gemeinsamen Bemühen, die Kulturlandschaften und die biologische Vielfalt zu erhalten“, führte Regierungspräsidentin Nicolette Kressl aus. Der Kreisbauernverband sieht darin eine gute Plattform, um zusammen mit Naturschützern und Kommunen sinnvolle Projekte gemeinsam angehen zu können und dabei in der Landwirtschaft vorhandene Arbeitskapazität und Maschinen einzubringen, so der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes Werner Kunz. Für den Arbeitskreis Karlsruhe des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg begrüßte Dr. Klaus-Helmar Rahn die neue Einrichtung und wies darauf hin, dass man sich gemeinsam mit BUND, NABU, NaturFreunden und anderen lokalen Naturschutzgruppen schon seit geraumer Zeit für diese Ziele eingesetzt habe. Er erhofft sich vom LEV eine bessere Koordinierung und damit auch inhaltliche Abstimmung, Aufwertung und Akzeptanz der Landschaftspflegemaßnahmen.

Vorsitzender des LEV ist Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, als 2. Vorsitzender wurde Bürgermeister Tony Löffler gewählt. Um einen Geschäftsführer zu finden, bestimmte die Mitgliederversammlung eine Personalfindungskommission.

Landschaftserhaltungsverband (LEV) für den Schwarzwald-Baar-Kreis aus der Taufe gehoben – Einrichtung stützt sich auf breiten Konsens

Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden aus dem Landkreis sowie Vertretern der Landwirtschaft und des Naturschutzes hat der Schwarzwald-Baar-Kreis am 12. Juli im Landratsamt

einen Landschaftserhaltungsverband gegründet. Der Verein führt den Namen „Landschaftserhaltungsverband Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.“ (LEV). Er kümmert sich künftig um Landschaftspflege und Naturschutz im Kreis, beides im Konsens mit Kommunen, privatem Naturschutz und der Landwirtschaft.

Landrat Sven Hinterseh zeigte sich sehr erfreut, dass sich so gut wie alle Gemeinden des Landkreises sowie die wichtigen Landwirtschafts- und Naturschutzverbände für eine Gründungsmitgliedschaft entschieden haben. Dies zeigt, dass der Naturschutz und die Landschaftspflege im gesamten Landkreis als wichtige gesellschaftliche Aufgaben gelten und auch in diesem Sinne bei allen Akteuren anerkannt sind.

Zu den 22 Gründungsmitgliedern des Vereins zählen neben dem Schwarzwald-Baar-Kreis 14 Gemeinden, der Badische Landwirtschaftliche Hauptverband (BLHV), der Maschinenring Schwarzwald-Baar e.V. die Naturschutzverbände LNV, BUND und NABU sowie der Trägerverein Umweltzentrum Schwarzwald-Baar-Neckar e.V. Sie verabschiedeten die Vereinssatzung und bestimmten den Vorstand.

Als Vorstandsvorsitzender wurde Landrat Sven Hinterseh gewählt. Weitere Mitglieder sind für die Gemeinden Bürgermeister Michael Schmitt (Brigachtal) und Bürgermeister Christian Wörpel (Schönwald). Beide sind zugleich stellvertretende Vorsitzende. Aus dem Bereich des privaten und amtlichen Naturschutzes wurden Anita Sperle-Fleig (BUND), Thomas Schalk (NABU), Dr. Friedrich Kretzschmar (RP Freiburg) gewählt. Die Landwirtschaft wird im Vorstand des LEV durch Bernhard Bolkart und Reinhold Moßbrugger (BLHV Villingen und Donaueschingen) sowie Jörg Krüger (RP Freiburg) vertreten sein. Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Die wesentlichen Aufgaben des Landschaftserhaltungsverbandes (LEV) stellen die Pflege und Offenhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft, der



Landrat Hinterseh, Bürgermeister und Stellvertreter aus den Kreisgemeinden, Naturschützer und Vertreter der Landwirtschaft bei der Unterzeichnung der Gründungssatzung für den Landschaftserhaltungsverband am 12. Juli 2013

Erhalt reizvoller Landschaftsbilder sowie die Förderung der Artenvielfalt und des Biotopverbundes dar.

Weitere Schwerpunkte sind neben der Öffentlichkeitsarbeit die Konzipierung und Umsetzung naturschutzfachlicher Projekte wie beispielsweise das Naturschutzgroßprojekt Baar und die für die Entwicklung der Natura 2000-Gebiete vorgesehenen Managementpläne.

Dazu berät, informiert und unterstützt der LEV Gemeinden, Grundstückseigentümer, Landwirte, Flächennutzer, Naturschutzvereine und im Naturschutz engagierte Personen, sowie land- und forstwirtschaftliche Unternehmen und Tourismuseinrichtungen.

Der große Vorteil des Landschaftserhaltungsverbandes besteht in der engen Zusammenarbeit aller an der Landschaftspflege Beteiligten. Der Vorstand des Vereins setzt sich paritätisch aus Interessenvertretern des Naturschutzes, der Landwirtschaft und der Kommunen zusammen. Dadurch können Maßnahmen im Konsens mit allen Beteiligten umgesetzt werden. Das erhöht die Effektivität und die Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen.

Die operative Arbeit des LEV wird zukünftig durch eine Geschäftsführung und eine Stellvertretung wahrgenom-

men. Beide Stellen sollen in den nächsten Wochen ausgeschrieben werden.

Finanziert wird die Arbeit des LEV durch das Land Baden-Württemberg (62 Prozent), durch Zuschüsse des Landkreises (33 %) und durch Beiträge der Vereinsmitglieder. Die vom LEV initiierten oder durchgeführten Pflegemaßnahmen werden vorwiegend über die Landschaftspflegeleitlinie des Landes – mit entsprechender Kofinanzierung seitens der EU – gefördert.

Letztlich profitieren durch eine engagierte Arbeit des LEV vor Ort alle Beteiligten: Die Landwirte durch eine finanzielle Entlohnung für ihre Pflegearbeit, der Naturschutz durch Erhalt und Pflege unserer artenreichen Kulturlandschaft und die Gemeinden sowie der Landkreis durch eine lebens- und liebenswerte Natur für unsere Bürgerinnen und Bürger und für unsere Gäste.

„Eigentlich“, so Landrat Hinterseh, „gibt es mit dem Landschaftserhaltungsverband und seiner Tätigkeit nur Gewinner. Ich bin froh, dass das mittlerweile so viele erkannt haben und der Startschuss für diese kreisweite Einrichtung in so einem breiten Konsens erfolgen konnte. Da müssen wir auch etwas daraus machen. Alle sind jetzt zur Mitarbeit herzlich eingeladen“, so Hinterseh abschließend.

Naturschutzgroßprojekt „Baar“ sichert wichtigen Biotopverbund aus Mooren und Wäldern

Ein neues Naturschutzgroßprojekt soll die Region „Baar“ als überregional und international wichtigen Standort im Biotopverbund stärken. Die Hochebene im Südwesten Deutschlands vernetzt Schwarzwald, Schwäbische Alb und Schweizer Jura. Das Bundesumweltministerium fördert das Naturschutzgroßprojekt mit rund 4,3 Millionen Euro. Die Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz, Beate Jessel, übergab am 27. August den Förderbescheid in Villingen-Schwenningen.

„Die Moore und Wälder der Baar bilden wichtige Verbundachsen für zahlreiche Arten. Wenn wir es schaffen, die Baar als Drehkreuz der Biotope zu erhalten, dann leisten wir einen wichtigen Beitrag für den Naturschutz weit über die Region hinaus“, sagte Bundesumweltminister Peter Altmaier. „Ich wünsche dem Schwarzwald-Baar-Kreis viel Erfolg bei dieser anspruchsvollen Aufgabe.“

Der Schwarzwald-Baar-Kreis wird als Träger des Vorhabens zunächst die Potenziale des Gebiets genau erfassen und sich mit allen beteiligten Personen, Verbänden und Institutionen auf anspruchsvolle Naturschutzmaßnahmen verständigen. Diese werden dann im weiteren Verlauf des Großprojekts umgesetzt.

Die Baar zeichnet sich durch große geologische und klimatische Vielfalt aus und beherbergt deshalb viele unterschiedliche Biotope auf engem Raum, unter anderem die größten Schluchtwälder Südwestdeutschlands, bis zu 400 Jahre alte Eichen-Hainbuchenwälder, und einen unverbauten Wildfluss, die Wutach. Mit dem Naturschutzgroßprojekt sollen auch die zahlreichen unterschiedlichen Moore wiederbelebt werden.

„Die Wiederherstellung und die dauerhafte Sicherung von Mooren sowie der Erhalt der Wälder in diesem Naturschutzgroßvorhaben haben eine außerordent-

liche Bedeutung für die Sicherung unseres Naturerbes. Sie sind wichtige Trittsteine für den überregionalen Biotopverbund wie auch als Rückzugsraum für Tier- und Pflanzenarten vor dem Hintergrund anstehender Veränderungen durch den Klimawandel. Damit ist das Projekt ein sehr gutes Beispiel für die Synergien zwischen Natur- und Klimaschutz“, sagte BfN-Präsidentin Beate Jessel.

Ziel der Maßnahmen ist der Schutz der zahlreichen speziellen Tier- und Pflanzenarten der Moore, die in ihren Beständen gesichert werden sollen. Ein weiteres Projektziel ist der Schutz der Wälder, die zum Teil wertvolle Altbaumstrukturen aufweisen. Das Waldverbundsystem der Baar bietet einen bedeutsamen Lebensraum, zum Beispiel für den Luchs, der hier noch großflächig wandern kann. Moore und Wälder binden zudem Kohlenstoff und leisten daher wichtige Beiträge zum Klimaschutz.

Das Naturschutzgroßprojekt wird aus Mitteln der „chance.natur-Bundesförderung Naturschutz“ gefördert. Mit dem Programm leistet der Bund seit 1979 einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des nationalen Naturerbes in Deutschland, indem er ausgewählte Regionen bei ihren Bemühungen unterstützt, national besonders schützenswerte Naturräume und historisch gewachsene Kulturlandschaften großräumig zu sichern. Die „Baar“ ist eines von derzeit 22 laufenden Naturschutzgroßprojekten; 55 Vorhaben

konnten bislang erfolgreich abgeschlossen werden. Mit dieser Förderung konnte auf einer Fläche von mehr als 3500 Quadratkilometern zum Erhalt der Landschafts- und Artenvielfalt Deutschlands beigetragen werden.

Neuer Landschaftserhaltungsverband im Bodenseekreis gegründet

16 Gründungsmitglieder kamen am 23. Juli 2013 im Landratsamt zusammen, um die als eingetragener Verein strukturierte Organisation ins Leben zu rufen. Im Landschaftserhaltungsverband, abgekürzt LEV, haben sich Städte und Gemeinden aus dem Landkreis sowie Landwirtschafts- und Naturschutzverbände zusammengeschlossen, um gemeinsam die Themen Naturschutz und Landschaftspflege voranzubringen und zu gestalten. Weitere Akteure haben ihren Beitritt bereits angekündigt. Der Vorstand des neuen Vereins setzt sich paritätisch aus Interessenvertretern des Naturschutzes, der Landwirtschaft und der Kommunen zusammen. Vorsitzender ist Landrat Lothar Wölflé. „Mit der paritätischen Besetzung wird gewährleistet, dass Maßnahmen im Konsens mit allen Beteiligten umgesetzt werden. Dies erhöht die Effektivität und die Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen“, so der Landrat.

Hauptaufgabe des insbesondere von der Landesregierung befürworteten Konzepts der Landschaftserhaltungs-



Vertreter der 16 Gründungsmitglieder des neuen Landschaftserhaltungsverbands Bodenseekreis

verbände ist die Abstimmung und Organisation von Landschaftspflegemaßnahmen in Schutzgebieten und anderen ökologisch wertvollen Flächen. Ein Schwerpunkt der Arbeit des LEV Bodenseekreis wird dabei die Umsetzung der Managementpläne für Gebiete der europäischen Schutzgebietskategorie Natura 2000 sein, zum Beispiel dem Eriskircher Ried. Die Mitarbeiter des LEV sollen künftig in diesen Gebieten die notwendigen Landschaftspflegemaßnahmen durch geeignete Akteure wie Landwirte, Schäfer, Maschinenringe oder Naturschutzverbände organisieren. Der Landschaftserhaltungsverband erarbeitet das konkrete Pflegeprogramm für die jeweiligen Flächen gemeinsam mit diesen Akteuren und kümmert sich auch darum, Fördergelder zu beantragen.

Die Geschäftsstelle des Vereins wird sich in den Räumen des Landratsamts in Friedrichshafen befinden. Unmittelbar nach den Sommerferien werden die Stellen für die zwei hauptamtlichen Mitarbeiter ausgeschrieben und baldmöglichst besetzt. Finanziert wird der LEV durch Mitgliedsbeiträge sowie durch Zuschüsse des Landkreises und des Landes.

Positive Energiebilanz bei kreiseigenen Gebäuden für 2012 des Landkreises Lörrach

Bei der Bewirtschaftung seiner 40 eigenen Gebäude konnte der Landkreis im vergangenen Jahr einige energetische Einsparungen erzielen. Von allen Fraktionen einhellig gelobt wurde daher der in der Kreistagssitzung vom 24. Juli vorgestellte Energiebericht des Landratsamts für 2012. So wurde für Strom merklich weniger Geld ausgegeben. Auch bei Wasser und Heizung hat man beim Verbrauch deutlich eingespart, was sich aufgrund allgemeiner Teuerungen allerdings finanziell nicht bemerkbar macht. Mehr als die Hälfte der benötigten Energie wird inzwischen aus regenerativen Energiequellen wie Holzpellets

und Hackschnitzeln gewonnen. Somit verringert sich auch weiterhin der Kohlenstoffdioxidausstoß, der sich mit 612 Tonnen im Vergleich zu 2008 halbierte. Hier kommt vor allem die Holzhackschnitzelanlage der Gewerbeschule in Rheinfeldern zum Tragen.

Die Stromkosten konnten um mehr als 5000 Euro im Vergleich zum Vorjahr auf 267000 Euro gesenkt werden. Hier machen sich die Investitionen in effiziente Beleuchtungstechniken wie etwa LED-Lichter oder Bewegungsmelder, die Elektrosanierung sowie die Aufschaltung von Lüftungsanlagen auf die Gebäudeleittechnik bemerkbar. Positiv zu verzeichnen sind außerdem die gesunkenen Heizkosten an den Schulen, was auf die energetischen Sanierungen der Gebäudehüllen sowie der Heizungen in den letzten Jahren zurückzuführen ist. In den Verwaltungsgebäuden des Landkreises hingegen wird noch mit Anlagen aus den 80er-Jahren und alter Regeltechnik geheizt. Somit sind die Kosten für Wärme mit rund 251000 Euro im Vergleich zu 2011 (rund 216000 Euro) und aufgrund der Öl- und Gaspreiserhöhung sowie des kalten Winters insgesamt etwas gestiegen.

Positiv ist auch die Bilanz beim Wasserverbrauch, was insbesondere auf die Sanierung der Toilettenanlagen in den

Schulen zurückzuführen ist. Wegen der zunehmend gesplitteten Abwassergebühr bei vielen Gemeinden sind die Kosten für den Wasser- und Abwasserverbrauch dennoch etwas gestiegen, was sich gerade bei den großen Liegenschaften des Landkreises bemerkbar macht.

Kreisverwaltung Sigmaringen fährt mit Strom

„Der geht ja richtig ab“, staunte Landrat Dirk Gaerte bei der ersten Probefahrt mit dem neuen Elektro-Smart der Kreisverwaltung. Auch Finanzdezernent Franz-Josef Schnell und Fuhrpark-Chef Gerhard Schönbacher setzten sich hinter den Steuer des „smarten“ Kleinwagens, der neben dem umweltfreundlichen Antrieb noch einen ganz besonderen Vorteil hat: Das Auto ist ein Geschenk der OEW (Oberschwäbischen Elektrizitätswerke). Mit dem Erwerb eines Elektro-Smarts für jeden OEW-Landkreis will man anschaulich zeigen, dass die OEW die Energieverwendung unterstützt und sich auch dem Thema E-Mobilität annimmt. Außerdem kann so jeder Landkreis selbst testen, ob ein Elektrofahrzeug als Dienstfahrzeug in Frage kommt. Der von der OEW an den Landkreis übertragene Smart hat einen Wert von 20128 Euro. Die Reichweite beträgt ca. 130–150 Kilometer pro Lade-



Fuhrparkleiter Gerhard Schönbacher, Landrat Dirk Gaerte und Finanzdezernent Franz-Josef Schnell (von links) freuen sich über den neuen Elektro-Smart.

vorgang. Dieser soll etwa sechs bis sieben Stunden dauern. Die Höchstgeschwindigkeit liegt bei ca. 125 km/h. Das Fahrzeug wird voraussichtlich in der Anfangsphase bestimmten Mitarbeitern zugeteilt, um erste Erfahrungen auch im Umgang mit der Reichweite zu erlangen. Der Elektro-Smart ergänzt im Landratsamt die schon vorhandenen beiden E-Bikes, die im Stadtverkehr (Nahbereich) Sigmaringen schon von den Mitarbeitern des Landratsamtes genutzt werden.

Landschaftserhaltungsverband Alb-Donau-Kreis gegründet

In Ulm wurde am 19. September 2013 der Landschaftserhaltungsverband Alb-Donau-Kreis gegründet. Mit diesem Verein werden der Landschaftspflege neue, weitere Impulse gegeben. Im Verein sind gleichberechtigt die Landwirtschaft, der Naturschutz und die kommunale Seite vertreten. Es besteht Drittelparität.

Im neuen Landschaftserhaltungsverband sind 49 von 55 Gemeinden des Alb-Donau-Kreises vertreten. Sie repräsentieren 95 Prozent der Kreisbevölkerung.

Der Vorstand des Landschaftserhaltungsverbandes setzt sich aus jeweils drei Vertretern der Kommunen, des Naturschutzes und der Landwirtschaft zusammen. Dabei sind sowohl Vertreter von Naturschutzverbänden und Bauernverbänden wie auch Vertreter des amtlichen Naturschutzes und der Landwirt-

schaftsförderung vertreten. Vorsitzender des Landschaftserhaltungsverbandes ist Landrat Heinz Seiffert. Seine Stellvertreter sind die Bürgermeister Wolfgang Mangold, Langenau, und Karl Hauler, Rottenacker.

Der Landschaftserhaltungsverband hat außerdem einen Fachbeirat mit Vertretern aus Kommunen, Fachbehörden, Naturschutz und Landwirtschaft.

Der neue Landschaftserhaltungsverband wird sich vor allem um Landschaftspflegeprojekte im Alb-Donau-Kreis kümmern. Dabei spielt der sogenannte Vertragsnaturschutz eine besondere Rolle. Für Landwirte im Alb-Donau-Kreis ist dies eine Chance, als Dienstleister in der Landschaftspflege noch stärker als bisher aktiv zu werden. Vereine und ehrenamtlich tätige Personen im Naturschutz wirken ebenfalls in den Landschaftspflegemaßnahmen mit.

Außerdem wirkt der Landschaftserhaltungsverband bei der Umsetzung von sogenannten Managementplänen im Rahmen der Natura2000-Gebiete der Europäischen Union mit.

Für die Geschäftsstelle (Sitz: Landratsamt Alb-Donau-Kreis) werden die Stelle eines Geschäftsführers sowie eines stellvertretenden Geschäftsführers ausgeschrieben. Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen sowie, für die Geschäftsstelle, aus Zuwendungen des Landes Baden-Württemberg und des Landkreises.

Rems-Murr-Kreis bezuschusst Naturschutzprojekte

Auch in diesem Jahr bezuschusst der Rems-Murr-Kreis Naturschutzaktivitäten, die einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz in der Limes-Region leisten. Insgesamt 7160 Euro stellte der Landkreis für private Naturschutzprojekte zur Verfügung. Unter anderem hatte die NABU- Ortsgruppe rund 1600 Euro, ehrenamtlich arbeitende Hornissenberater 500 Euro sowie zwei Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr 160 Euro Zuschüsse erhalten. Dadurch konnten Ersatz für einen Balkenmäher zur Pflege naturschutzwichtiger Biotopflächen sowie Schutzanzüge zur Umsiedlung von Hornissen beschafft und die ehrenamtliche Arbeit finanziell honoriert werden. Mit den Zuwendungen konnten insgesamt zehn Projekte privater Naturschutzverbände, aber auch einzelner Personen gefördert werden. Landrat Johannes Fuchs würdigte die Naturschützer in einem persönlichen Brief: „An dieser Stelle möchte ich Ihnen ganz herzlich für Ihren Einsatz und Ihr ehrenamtliches Engagement danken. Seit vielen Jahren engagieren Sie sich in Ihrer Freizeit für den Erhalt der heimischen Tier- und Pflanzenwelt und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz im Rems-Murr-Kreis“, schreibt Fuchs.

„Landschaftspflege und Artenschutz sind ein Thema der Kreispolitik“, betont der Landrat. „Es ist eine Daueraufgabe, die wir auch in Zukunft weiter unterstützen wollen“. Trotz knapper Kassen und daraus resultierenden Sparmaßnahmen konnten für das Jahr 2013 Zuschüsse in Höhe von 10 000 Euro für Naturschutzmaßnahmen im Haushalt eingestellt werden. Weitere 24 000 Euro stellt der Kreis im kommenden Jahr für sogenannte Extensivierungsmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zur Verfügung. Auch aufgrund des Engagements des Landschaftserhaltungsverbandes, der Fördergelder des Landes in sechsstelliger Höhe für die Landschaftspflege in den



Rems-Murr-Kreis holt, können Natur-
schutzprojekte weiterhin gefördert wer-
den.

Verkehr

Autofreier Sonntag im Main-Tauber-Kreis bot beste Unterhaltung

In der Ferienlandschaft „Liebliches Taubertal“ fand am 1. September zwischen Tauberbischofsheim – Werbach – Wertheim und Freudenberg der 14. Autofreie Sonntag statt. Wiederum zog es tausende von Radfahrern und Inlineskatern an Tauber und Main, um auf der motorfreien Strecke ungestört ihrem Freizeitspaß nachzugehen. Hierbei bewiesen die Städte, Gemeinden und Dörfer einmal mehr ihre Gastfreundschaft. Zudem konnten Radler und Inlineskater auf Grund der für den motorisierten Verkehr verordneten Pause ein wunderbares Naturerlebnis genießen.

Der 14. Autofreie Sonntag in der Ferienlandschaft „Liebliches Taubertal“ war wiederum ein voller Erfolg. Tausende von Radlern und Inlinern nutzten die Gelegenheit, das „Liebliche Taubertal“ von Tauberbischofsheim bis Wertheim und das Maintal bis Freudenberg beim Fahrradfahren und beim Inlineskaten kennenzulernen. Den Startschuss für diese Großveranstaltung hatte Landrat Reinhard Frank kurz nach 10 Uhr auf dem Wertheimer Marktplatz gegeben. Dort hatte sich politische Prominenz, unter anderem mit dem Bundestagsabgeordneten Alois Gehrig und dem Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, Oberbürgermeister Stefan Mikulicz, Bürgermeister Heinz Hofmann sowie zahlreichen Kreis- und Stadträten eingefunden. Zuvor wurde in der Stiftskirche Wertheim mit Dekan Hajo Büssing ein Radlergottesdienst gefeiert. Der Prominententross machte sich sodann auf den Weg nach Freudenberg. Unterwegs



Landrat Reinhard Frank (rechts im grünen T-Shirt) gab den offiziellen Startschuss zum Autofreien Sonntag. In der Prominentengruppe radelten unter anderem (von links) der Geschäftsführer des Tourismusverbandes, Jochen Müssig, Bundestagsabgeordneter Alois Gerig, Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Wolfgang Reinhart und Oberbürgermeister Stefan Mikulicz mit.

wurden Pausen in Grünewört, Boxtal und am Tremhof eingelegt. „Der 14. Autofreie Sonntag war wieder eine gelungene Veranstaltung“, zeigte sich Geschäftsführer Jochen Müssig vom Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ bei seiner Nachbetrachtung erfreut. In den Städten, Gemeinden und Dörfern, kurzum auf allen Festplätzen, herrschte gute Stimmung und wurde eine sehr umfangreiche Auswahl an kulinarischen Köstlichkeiten geboten. Hierbei setzt sich auch zusehends das kulinarische Profil der Landschaft an Tauber und Main durch. Insgesamt waren es zwischen 15 000 und 20 000 Teilnehmern, die sich auf den rund 50 Kilometern motorfreier Strecke tummelten, auf Grund der Hitze etwas weniger als im vergangenen Jahr. Dennoch zeigten sich die Festorte mit dem Verlauf sehr zufrieden. Zu dem ungestörten Freizeitspaß trug auch die exzellente Organisation der verantwortlichen Städte und Gemeinden und der eingesetzten Hilfskräfte bei. So sagen das Landratsamt Main-Tauber-Kreis und der Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ mit Landrat Reinhard Frank an der Spitze ein herzliches Dankeschön an alle eingesetzten Hilfskräfte. Dies betrifft das Technische Hilfswerk, das Deutsche

Rote Kreuz, die örtlichen Feuerwehren, Vereinsmitglieder und die Polizeieinsatzkräfte, ebenso die Beschäftigten in den öffentlichen Bauhöfen. Nicht zu vergessen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Katastrophenschutzdienstes, die wiederum die Lenkungszentrale im Landratsamt Main-Tauber-Kreis besetzten. „Alle haben sich eingebracht und zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen“, sagte Geschäftsführer Jochen Müssig weiter.

Gute Noten für den 14. Autofreien Sonntag vergab beispielsweise auch Bürgermeister Ottmar Dürr aus Werbach sowie Kreisrat und Ortsvorsteher Udo Schlachter, der in Bronnbach bei der Bewirtung der Gäste aktiv war. „Das Angebot wurde sehr gut angenommen, und die Vereine und Gastronomie hatten alle Hände voll zu tun“, erklärte Bürgermeister Ottmar Dürr. Auch er freute sich, dass in Werbach, Niklashausen und Gamburg Radler und Inliner, aber auch Ausflügler die Gastfreundschaft in Anspruch nahmen. Auch in Mondfeld, Grünewört oder Freudenberg bestand eine gute Nachfrage. Diese Beispiele belegen die Beliebtheit des Autofreien Sonntags.

Gut genutzt wurde auch das begleitende Bahnangebot. Auf der Strecke

zwischen Lauda und Wertheim wurden die Sonder- und Pendelzüge gerne in Anspruch genommen. Sehr vorteilhaft wirkte sich auch die preisgünstige Tarifgestaltung des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar aus. Auch Gerhard Schnaitmann, Vertreter der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, lobte das Konzept des Autofreien Sonntags und das erweiterte Bahnangebot. Er sprach deshalb auch der ausführenden WestfrankenBahn seinen Dank aus. Trotz des großen Ansturms und des zeitintensiven Ein- und Ausladens von Fahrrädern wurde der Fahrplan nahezu eingehalten.

„Der 14. Autofreie Sonntag war wiederum ein toller Botschafter, für das ‚Liebliche Taubertal‘. Gerade durch diese Großveranstaltung zeigen wir nun bereits seit 13 Jahren in ununterbrochener Reihenfolge, dass Fahrradfahren und In-linen an Tauber und Main ein erlebenswertes Angebot ist“, erklärt Jochen Müssig abschließend. Durch den Autofreien Sonntag wird das Profil der Fahrraddestination „Liebliches Taubertal“ gestärkt. Der 15. Autofreie Sonntag wird am 3. August 2014 zwischen Bad Mergentheim und Rothenburg ob der Tauber stattfinden.

Informationen hierzu und zum Fahrradfahren an Tauber und Main gibt es beim Tourismusverband „Liebliches Taubertal“, Gartenstraße 1, 97941 Taubertalbischofsheim, Telefon: 09341/82-5806, Fax: 09341/82-5700, E-Mail touristik@liebliches-taubertal.de, Internet: www.liebliches-taubertal.de.

Kreisverwaltung Ludwigsburg erweitert Fuhrpark um zwei Hybrid-Fahrzeuge

Einen weiteren Schritt hin zu mehr nachhaltiger Mobilität hat die Kreisverwaltung getan: Ihr zentraler Fuhrpark wurde kürzlich um zwei Hybrid-Fahrzeuge erweitert. Diese stehen den Mitarbeitern des Landratsamtes künftig für Dienstfahrten zur Verfügung. Landrat Dr. Rainer

Haas: „Wir reden nicht nur bei Veranstaltungen wie dem jüngsten Bürgerforum Europa von Klimaschutz und nachhaltiger Mobilität, wir setzen diese Ziele auch aktiv um.“

Der Landkreis Ludwigsburg arbeitet kontinuierlich an einem Nachhaltigen Mobilitätskonzept. Darin sollen auch die Mitarbeiter der Kreisverwaltung integriert werden. Die Anschaffung zweier Hybrid-Fahrzeuge ist dabei ein weiterer Schritt hin zu einer klimafreundlicheren Mobilität. Außerdem steht seit kurzem auch ein erstes Pedelec dauerhaft für Dienstfahrten zur Verfügung, nachdem im Juli bereits testweise eine Pedelec-Flotte bereitgestellt worden war, die für viel positive Resonanz sorgte. Haas freut sich, dass die Pedelecs in der Testphase gut angenommen wurden: „Das ist ein klares Signal, auch künftig in die umweltschonende Erweiterung unseres Fuhrparks zu investieren.“

Landräte appellieren an den Verband Region Stuttgart

Einen gemeinsamen Appell haben die Landräte der vier Verbundlandkreise am 18. Juli im Ludwigsburger Kreishaus an die Verantwortlichen des Verbands Region Stuttgart (VRS) gerichtet. Sie fordern den VRS auf, seinen untauglichen Versuch eines Alleingangs bei der Regelung des Busverkehrs zu beenden und gemeinsam mit den Landkreisen des Verkehrsverbunds Stuttgart (VVS) eine Allgemeine Vorschrift zur wettbewerbskonformen Beauftragung von regionalen Busunternehmen zu erlassen. Da der VRS für den Erlass der Allgemeinen Vorschrift nicht zuständig sei, bestehe die Gefahr, dass diese für nichtig erklärt werde und eine regelungslose Zeit entstehe. Auch die Landesregierung sei jetzt gefordert, um für ein gemeinsames Vorgehen die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Gleichzeitig kritisierten die Landräte den VRS für seine ständigen Vorstöße, weitere Zuständigkeiten von den Verbundlandkreisen an sich zu ziehen, und

machten den Vorschlag, die künftige ÖPNV-Finanzierung am Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ auszurichten.

Die Landräte Roland Bernhard (Landkreis Böblingen), Heinz Eininger (Landkreis Esslingen), Johannes Fuchs (Rems-Murr-Kreis) und Dr. Rainer Haas (Landkreis Ludwigsburg) stellten nochmals klar, dass nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) die Allgemeine Vorschrift nur von den Aufgabenträgern erlassen werden kann. Das seien unzweifelhaft die vier Verbundlandkreise Böblingen, Esslingen, Rems-Murr und Ludwigsburg. Ihre Zuständigkeit sei verfassungsrechtlich verankert.

„An unserem wirtschaftsstarken Standort hat der ÖPNV für die kommunale Daseinsvorsorge einen zentralen Stellenwert“, so der Böblinger Landrat Roland Bernhard. An einem funktionierenden Nahverkehr haben die öffentliche Hand und die Wirtschaft ein gemeinsames Interesse. Die Aufgabenteilung habe sich dafür bewährt. „Das System ist mit Bedacht ausbalanciert wie ein Maßanzug“, sagt Bernhard. Für den Busverkehr und die Nebenbahnen lieferten die Landkreise einen Nahverkehr aus einem Guss – und das unter Einbeziehung der kommunalen Politik. Bernhard weiter: „Auch den Übergang zur S-Bahn gestalten die Landkreise reibungslos, so etwa beim Buskonzept für die S60 und beim Nachtverkehr.“ Es fehle nicht an der richtigen Aufgabenteilung, alle Seiten müssten unter dem Dach der VVS kooperieren und die Zukunft gestalten.

„Um Rechts- und Planungssicherheit für die überwiegend mittelständischen Busunternehmen zu schaffen, bieten wir dem VRS die Hand, mit ihm gemeinsam die Allgemeine Vorschrift zu erarbeiten und zu verabschieden, die künftig die Finanzierung des Busverkehrs regeln soll“, erklärte Landrat Eininger. Die Allgemeine Vorschrift hat große Bedeutung für die Busverkehre der Verbundstufe II im gesamten Gebiet des Verkehrsverbunds Stuttgart (VVS), weil sich die Förderpraxis nach EU-Recht ändert, die

meisten Kooperationsverträge Ende 2014 auslaufen und Linien gebündelt werden müssen. Sie ist wichtiger Bestandteil der durch die Novellierung des PBefG notwendigen Neuordnung der derzeitigen Finanzierung und hat unmittelbare Auswirkungen auf die regionalen Verkehrsunternehmen. Diese erhalten über die Allgemeine Vorschrift einen Ausgleich für jene Nachteile, die ihnen aus dem Verbundtarif entstehen.

Für die Neuregelung der ÖPNV-Finanzierung im VVS-Gebiet machten die Landräte eigene Vorschläge. Sie bemängelten, dass sie nach dem heute geltenden Recht ihre Zahlungen aus den Verträgen mit den Busunternehmen nicht an diese direkt, sondern zunächst an den VRS leisten müssen, der sie dann weiterleitet. Landrat Haas: „Dies ist unnötige Bürokratie, widerspricht dem Gebot der Kostentransparenz und wird weder dem Grundsatz ‚Wer bestellt, bezahlt‘ noch ‚Wer zahlt, schafft an‘ gerecht.“ Deshalb schlagen die Chefs der Kreisverwaltungen vor, dass die politische Entscheidungs- und Finanzverantwortung für die Busse und die Stadtbahn bei den Landkreisen und der Landeshauptstadt gebündelt wird. Die Zahlungsströme müssten transparent, unternehmerische Anreize gesetzt und Bürokratie abgebaut werden. Die Landräte der Verbundlandkreise sehen das Konzept auch als Teil eines Dialogs mit VRS und VVS. „Wir wollen mit dem Vorschlag dazu beitragen, bestehende Finanzierungsstrukturen erheblich zu verbessern“, betont Landrat Bernhard. Gemeinsam bitten die Kreischefs Landesverkehrsminister Winfried Hermann dringend, alle Beteiligten schon bald zu einem von ihm moderierten Dialog einzuladen.

Kritik übten die Landräte an den wiederholten Versuchen des VRS, ÖPNV-Kompetenzen der Landkreise an sich zu ziehen. Jüngste Beispiele dafür seien neben der Allgemeinen Vorschrift die Schnellbusse und das Metropoliticket. „Schon jetzt haben wir über den VVS einen öffentlichen Nahverkehr aus einem Guss,

der leistungsfähig und wirtschaftlich tragfähig ist“, so Landrat Fuchs. Ein übergestülptes einheitliches regionales Grundangebot über alle Kreise hinweg, wie vom VRS angedacht, greife nicht nur in die Zuständigkeiten der Landkreise als Aufgabenträger ein, sondern gehe auch am Bedarf vorbei und verursache unnötige Kosten. „Viel wichtiger ist es, auf die individuellen Bedürfnisse der Fahrgäste sowie der Städte und Gemeinden vor Ort einzugehen und einen an den örtlichen Verhältnissen orientierten ÖPNV sicherzustellen“, sind sich die Landräte der Verbundlandkreise einig. Die Nähe zu den Städten und Gemeinden gehe verloren, wenn von Stuttgart aus gesteuert alles über einen Kamm geschoren werde.

Spatenstich für ein Jahrhundertprojekt Rastatter Tunnel – 40 Jahre von der Idee zur Umsetzung

Vertreter aus Politik, der Deutschen Bahn, Prominenz aus Wirtschaft und Gesellschaft und regionale Medien waren gekommen, um den ersten Spatenstich für den Rastatter Tunnel mitzufeiern. Im Rastatter Uchtwald südlich von Niederbühl, dort wo eine Grundwasserwanne unter der A 5 gebaut werden wird, starteten am 30. Juli die Bauarbeiten zum

viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn im Streckenabschnitt zwischen Bashaide (Rheinstetten-Forchheim) und Rastatt-Süd. Seit rund 40 Jahren wird in der Region über die Notwendigkeit des Rastatter Tunnels diskutiert. Schon 1998 lag der Planfeststellungsbeschluss vor. 2010 schließlich, als sich der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann im Bundesverkehrsministerium vor Ort von der Notwendigkeit dieses Projekts überzeugte, glimmte neue Hoffnung auf, die dann im November 2011 mit einem Handschlag zwischen Bahn-Chef Grube und Landrat Jürgen Bäuerle genährt wurde. Als schließlich MdB Peter Götz im Sommer 2012 auch noch die Nachricht der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln aus Berlin nach Rastatt brachte, jubelte die Region. Mit dem ersten Spatenstich ist das rund 700-Millionen-Euro-Projekt nun nicht länger eine Vision. 2022 soll die 17 Kilometer lange Strecke mit dem 4270 Meter langen Tunnel fertiggestellt sein. Dann wird es das Nadelöhr im Nord-Süd- und Ost-West-Fernverkehr nicht mehr geben. Die Rastatter Bürger werden, was die Lärmbelastigung betrifft, eine weitaus bessere Situation haben und auch der Regionalverkehr wird aufgrund höherer Kapazitäten profitieren.



V. l. n. r.: Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch, MdB Peter Götz, Staatssekretär Enak Ferlemann, Konzernbevollmächtigter Eckart Fricke, Staatssekretärin Dr. Gisela Splett, Projektleiter Matthias Hudaff, Landrat Jürgen Bäuerle und Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Seit September setzt der gesamte Rems-Murr-Kreis auf das Mitfahrnetzwerk flinc

Seit September sind alle 31 Städte und Gemeinden aus dem Rems-Murr-Kreis Teil eines Vorzeigeprojekts, das eine nachhaltige und langfristige Verbesserung des Mobilitätsangebots in der Region zum Ziel hat. Bereits Anfang vergangenen Jahres startete das Mitfahrnetzwerk flinc (www.flinc.org) gemeinsam mit 14 Gemeinden aus der LEADER-Region Limes kreisübergreifend eine groß angelegte Mobilitätsoffensive. Seitdem ergänzt flinc dort das Angebot des ÖPNV, Bürgern steht damit eine weitere kostengünstige und umweltbewusste Alternative für spontane und geplante Fahrten zur Verfügung. Aufgrund des großen Erfolges setzt nun der gesamte Rems-Murr-Kreis auf das Mitfahrnetzwerk flinc, um seinen Bürgern eine neue Art der Mobilität zu ermöglichen.

Vor allem Berufspendler profitieren

Gerade für Pendler ist der Service von flinc von großem Nutzen: Viele Arbeitnehmer legen lange Wege zum Arbeitsplatz allein zurück, nicht wissend, dass vielleicht der Nachbar aus der angrenzenden Gemeinde täglich auf der gleichen Strecke unterwegs ist. Dank flinc finden beide zusammen und können eine Fahrgemeinschaft für den täglichen Arbeitsweg bilden. „Das Projekt ist Teil unserer ambitionierten Klimaschutzinitiative 2013–2015“, erläutert Bernd Friedrich, Erster Landesbeamter des Rems-Murr-Kreises. „Wir steigern die Mobilität der Menschen besonders in den ländlichen Regionen des attraktiven Schwäbischen Waldes und reduzieren gleichzeitig die CO₂-Belastung. Für uns ist flinc deshalb ein Vorzeigeprojekt, von dem wir auch für die Umwelt einiges erwarten“, so Vizelandrat Bernd Friedrich.

Fahrgemeinschaften leicht gemacht

Der Rems-Murr-Kreis liegt im Regierungsbezirk Stuttgart, fast 410 000 Menschen

haben hier ihre Heimat. In den 31 Städten und Gemeinden haben Bürger ab sofort die Möglichkeit, ihre Fahrten oder Mitfahrtsuche auf flinc einzustellen. Ist ein passender Fahrer oder Mitfahrer gefunden, informiert die Internet-Plattform beide Seiten via E-Mail oder SMS. Die Suche läuft automatisch und funktioniert vom heimischen PC wie auch unterwegs vom Smartphone aus. Die Vermittlung ist kostenlos, lediglich für die gemeinsam zurückgelegte Strecke zahlt der Mitfahrer einen vorher festgelegten Unkostenbeitrag an den Fahrer.

Reinhold Sczuka, Bürgermeister von Althütte und gemeinsam mit flinc treibende Kraft des Vorzeigeprojekts, zeigt sich begeistert über den bisherigen Erfolg: „Seit dem Start im März 2012 haben knapp 6000 Menschen Fahrten angeboten oder eine Mitfahrt über flinc gesucht. Das zeigt ganz deutlich den Bedarf, der hinsichtlich flexibler Zusatzangebote zum ÖPNV besteht.“ Benjamin Kirschner, Gründer von flinc, ergänzt: „Jeden Werktag sind etwa 450 Fahrtangebote und Gesuche in der LEADER-Region Limes verfügbar, immerhin also rund 9000 Fahrten und Mitfahrten im Monat. Dank unserer Teilstreckenvermittlung können wir täglich mehr als 100 passende Fahrer- und Mitfahrerkombinationen mit geringen Umwegen anbieten.“

Ritterschlag durch die Politik

Auch Verbraucherminister Alexander Bonde ist von flinc überzeugt: „Im ländlichen Raum sind die Menschen weitaus mehr als in städtischen Regionen auf das Auto als Verkehrsmittel angewiesen. Wie die Mobilität im ländlichen Raum zukünftig gestaltet werden kann, ist eine zentrale Herausforderung, die gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung von hoher Bedeutung ist. Die positive Resonanz in der Limesregion zeigt, dass die Mitfahrzentrale flinc für die Bürgerinnen und Bürger ein attraktives Angebot ist. Es kann auch für andere ländlich geprägten Gemeinden in Baden-Württemberg eine gute Ergänzung des Mobilitätsangebotes sein.“

Landrat Dr. Matthias Neth übergibt neuen Unimog für Ganzjahreseinsatz an Straßenmeisterei Künzelsau

Zur offiziellen Übergabe des neuen Unimogs war Landrat Dr. Matthias Neth am 31. Juli zur Straßenmeisterei Künzelsau gekommen. Der Landrat freute sich, das Einsatzfahrzeug zu übergeben und nahm nach einer kleinen Einweisung durch den Fahrer an einer Probefahrt teil. Darüber hinaus nutzte er den Besuch, um die Straßenmeisterei zu besichtigen. Der Unimog wird für den Ganzjahreseinsatz benötigt. Mit 238 PS, Klimaanlage,



Landrat Dr. Matthias Neth (4. v. l.) übergibt Fahrer Martin Stier den Schlüssel für den neuen Unimog.

Allradantrieb, hydrostatischem Fahrtrieb und Wechsellenkung ist er für seine zukünftigen Aufgaben gut ausgerüstet. Die Einsatzgebiete des Fahrzeugs sind zum Beispiel die Schneeräumung, Mäharbeiten am Straßenrand oder Reinigungsarbeiten für die Straßenunterhaltung. In den Anschaffungskosten von rund 179 000 Euro sind auch die Kosten für ein Kanalspülgerät enthalten. Zusätzlich werden für den kommenden Winterdienst noch ein Streuautomat und ein Schneepflug neu beschafft.

„Der Winterdienst ist eine zentrale Aufgabe des Betriebsdienstes. Dabei müssen oft die Straßen auch nachts geräumt werden, damit morgens die Pendler zur Arbeit kommen“, so der Landrat. „Ich wünsche den Mitarbeitern mit dem neuen Fahrzeug und insbesondere im Winterdienst eine sichere Fahrt.“

Wie fahrradfreundlich ist der Kreis Tübingen?

In Tübingen tut sich etliches in Sachen Radverkehr. Dies stellte der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club Baden-Württemberg e.V. (ADFC) fest, der in einer neu veröffentlichten Broschüre die Plus- und Minuspunkte der Fahrrad-Infrastruktur im Landkreis unter die Lupe nahm.

Bei einem Treffen am 12. August 2013 mit Landrat Joachim Walter übergaben Jörg Wulle vom ADFC Tübingen und Frank Zühlke vom ADFC Baden-Württemberg die Broschüre „Radverkehr vor Ort – Landkreis Tübingen“ mit vielen Beispielen von Radverkehrsanlagen aus dem Kreis. Da es für die Stadt Tübingen bereits ein ähnliches Heft gibt, wurde dieser Teil des Landkreises weitgehend ausgelassen.

In der Broschüre wurde die Situation dargestellt, wie sie sich zum Zeitpunkt der Bestandsaufnahme im Sommer 2012 für die Radfahrer darstellte. In einigen Gemeinden im Kreis Tübingen gibt es wie in vielen anderen Orten noch Radverkehrsanlagen auf Bordsteinniveau, bei denen Radler sich die Fläche mit Fuß-

gängern teilen müssen. Oftmals gefährlich und wenig komfortabel seien diese Radwege, erklärte Zühlke: „Auf Bordstein-Radwegen sind Radfahrer nicht im Sichtfeld der Autofahrer. Wenn ein Autofahrer über einen solchen Radweg abbiegt, passieren immer wieder Unfälle, obwohl der Radfahrer ordnungsgemäß fährt“. Der Fahrradclub setzt deswegen auf Fahrrad- oder Schutzstreifen. „Die Schutzstreifen in Rottenburg sind deutliche Schritte in die richtige Richtung“, so Frank Zühlke.

Mehr könnte sich aus Sicht des ADFC beim Thema Tempo 30 tun. „Bei Tempo 30 ist der Unterschied der Geschwindigkeiten zwischen den Verkehrsteilnehmern nicht mehr so groß, damit werden die Probleme weniger. Daher ist Tempo 30 nicht nur auf den kleinen Wohnstraßen, sondern auch auf mittelgroßen Straßen wichtig“, betonte Jörg Wulle.

Auch eine gleichberechtigte Berücksichtigung der Radfahrer an Knotenpunkten sei eine zentrale Maßnahme, um das Radfahren sicherer und attraktiver zu machen.

Landrat Joachim Walter bedankte sich beim ADFC für die intensive Auseinandersetzung mit den Radverkehrsbedingungen im Kreis Tübingen und stellte fest, dass sich der Kreis in Bezug auf Fahrradfreundlichkeit auf einem guten Weg befinde: „In den vergangenen acht Jahren wurden im Kreis Tübingen insgesamt nahezu 8200 Meter Radwege entlang von Kreisstraßen gebaut. Dafür hat der Landkreis über eine Million Euro aufgewendet.“ Weitere Ergänzungen seien für das kommende Jahr vorgesehen, so zum Beispiel die Radverkehrsführung in Kirchentellinsfurt im Zuge des Neckartalradwegs, so Walter. Die Verbesserungsvorschläge des ADFC greife man dankbar auf, soweit sie nicht bereits umgesetzt worden seien. „Konkrete Pläne gibt es beispielsweise für die Radverkehrsführung in Kirchentellinsfurt im Zuge des Neckartalradwegs.“

Ein besonderes Anliegen sei ihm der Lückenschluss zwischen Börstingen und

Sulzau sowie der Radweg zwischen Dettingen und Offerdingen. „Hier werden wir auch weiterhin nicht müde, unsere Forderungen gegenüber dem Land zu betonen. Der Landkreis ist hier ebenso an einer Lösung interessiert wie der ADFC“, so Landrat Walter.

Weiter setze der Landkreis derzeit eine moderne konzeptionelle Radwegweisung flächendeckend im Kreisgebiet um und nehme dafür 235 000 Euro in die Hand. Ein Großteil davon fließe dabei in Planung und Konzeption. „Damit tun wir sowohl etwas für die Berufs-Radler, als auch für Freizeitradler im Landkreis und Gäste von außerhalb“, betont Landrat Walter. Hans-Erich Messner, Erster Landesbeamter des Landkreises Tübingen, weist in diesem Zusammenhang auf die neuen Themenradtouren hin, die das Fahrradfahren im Kreis Tübingen noch attraktiver machen sollen. Unter dem Dach der „tübinger um:welten“ habe man nach der Literatur-Tour vor kurzem die Prima-Klima- und die Energie-Radtouren eröffnen können. Hierzu finde man im Rahmen der Radwegebeschilderung extra Einschübe bei der Beschilderung vor, so Messner.

„Wenn dieses Projekt abgeschlossen ist, dürfte der Landkreis Tübingen über die vorbildlichste Radwegweisung in ganz Baden-Württemberg verfügen“, lobte Jörg Wulle vom ADFC.

Verschiedenes

29 neue geprüfte Obst- und Gartenfachwarte im Landkreis Göppingen

29 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschiedener Berufssparten im Alter von 24 bis 72 Jahren haben erfolgreich die Ausbildung zum LOGL – Geprüften Obst- und Gartenfachwart im Landkreis Göppingen absolviert. Unter der Leitung des Kreisobstbauberaters Rainer Klingler



Obst- und Gartenfachwart Johannes Kühle veredelt einen Apfelbaum

fand der Lehrgang von November 2012 bis Juni 2013 statt.

Der Lehrgang umfasst rund 100 Stunden Theorie und Praxis. Im theoretischen Teil werden wesentliche Inhalte des Obstbaus vermittelt wie Standortfragen, Sortenwahl, Pflanzung und Baumerziehung, Sachkunde im Pflanzenschutz sowie Düngung und Veredelung. Im praktischen Teil, der 60 Stunden umfasst, lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den fachgerechten Schnitt von Streuobst-Hochstämmen, Spalierobst und Ziergehölzen.

Nach erfolgreicher mündlicher und schriftlicher Prüfung konnten nun alle 29 Obst- und Gartenfachwarte im Rahmen einer Feier in der Scheuer des Obst- und Gartenbauvereins Bünzwangen ihre Urkunden in Empfang nehmen.

Kreiskämmerer und ehrenamtlicher Vizepräsident des LOGL, Günter Stolz, überbrachte die besonderen Grüße und Glückwünsche des Landkreises Göppingen in Vertretung von Landrat Edgar Wolff. Er fand lobende Worte für die naturbegeisterten Absolventinnen und Absolventen und appellierte an diese, nicht nur bei der Pflege der Streuobst-

wiesen fleißig mitzuwirken, sondern auch als aktive Multiplikatoren in den Kommunen und den Vereinen bei der Wissensvermittlung. Er betonte die Wichtigkeit der umfangreichen und mühevollen Ausbildung zum Erhalt der heimatlichen Kulturlandschaft. Gleichzeitig überbrachte er die Glückwünsche des Landesverbandes für Obstbau, Garten und Landschaft Baden-Württemberg

e.V. (LOGL), der landesweit Träger und Initiator der Ausbildung ist.

Auch der Vorsitzende des Kreisverbands der Obst- und Gartenbauvereine Göppingen e.V. (KOV), Rüdiger Leib, hegt den Wunsch, dass sich möglichst viele in den Obst- und Gartenbauvereinen als wichtige Wissensträger und Akteure engagieren.

Hintergrundinformationen:

Der Landesverband für Obstbau, Garten und Landschaft Baden-Württemberg e.V. (LOGL) hat seit 1998 diese landeseinheitliche Fachwartausbildung und ist zugleich offizieller Träger dieser Ausbildung. Die Fachwarte engagieren sich in der Pflege der Streuobstbestände und leisten damit einen wertvollen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft, ebenso fördern sie wirksam die Gartenkultur und den Naturschutz. Sie geben ihr Fachwissen an interessierte Streuobstbesitzer weiter und wirken als Multiplikatoren in den Obst- und Gartenbauvereinen (OGV) und für die Gemeinden.

Schüler aus China zu Gast im Bodenseekreis

15 Austauschschüler aus China waren im Juli zu Gast im Bodenseekreis. Die Jugendlichen kamen aus der Stadt



15 Berufsschülerinnen und -schüler aus dem chinesischen Hangzhou besuchten den Bodenseekreis. Auch ein Besuch im Landratsamt stand auf dem Programm.

Hangzhou im Osten von China. Mit der dortigen Schule unterhält die Hugo-Eckener-Schule des Berufsschulenzentrums Friedrichshafen eine Partnerschaft.

Da der Landkreis Träger der beruflichen Schulen im Bodenseekreis ist, besuchte die Gruppe unter anderem auch das Landratsamt. Thomas Hilbert, Amtsleiter für Schule und Bildung, gab den Schülern einen Überblick über den Landkreis und die Aufgaben des Landratsamts. Aber auch kulturelle Unterschiede und die Lebensgewohnheiten in Deutschland und China waren Thema des Gesprächs: „Der Verkehr ist in Deutschland sehr geregelt und es gibt wenig Stau. Außerdem ist das deutsche Essen ungewöhnlich, aber lecker“, so die Beobachtungen der jungen Chinesen in ihren Gastfamilien, bei denen sie vom 15. bis 20. Juli untergebracht waren.

Weitere Programmpunkte der Schülergruppe waren beispielsweise ein Besuch bei der MTU Friedrichshafen, im Dorniermuseum sowie die Teilnahme am Unterricht an der Berufsschule. Schulleiterin Susanne Fastnacht und Projektkoordinatorin Christina Mulder begleiteten die Gruppe während des Besuchs am See. Die Partnerschaft der Hugo-Eckener-Schule mit der chinesischen Schule besteht seit 2011. Sie kam durch Vermittlung der Constantin-Vanotti-Schule Überlingen zustande, die bereits seit mehreren Jahren ein ähnliches Austauschkonzept hat. Im vergangenen Jahr waren bereits Schüler aus Friedrichshafen zu Gast in Hangzhou.

Bad Kissinger Kreisräte besuchen Bodenseekreis

Der Kreistag des bayerischen Landkreises Bad Kissingen war vom 26. bis 28. September 2013 auf einer Informationsreise durch den Bodenseekreis. Geführt durch Landrat Thomas Bold haben sich die 65 Räte, Bürgermeister, Verwaltungsvertreter und Begleiter vor allem über die Themen Tourismuspolitik, Weinwirtschaft und Wirtschaftsförderung infor-



66 Kreisräte, Bürgermeister und Mitglieder der Verwaltung des Landkreises Bad Kissingen befinden sich, teilweise in Begleitung der Partner, auf einer Informationsreise durch den Bodenseekreis. In der Bildmitte die Landräte Thomas Bold und Lothar Wölfle.

miert. So stand am 26. September 2013 auch ein Besuch im Landratsamt Bodenseekreis auf dem Programm. Landrat Lothar Wölfle empfing die Gäste im Plenarsaal des hiesigen Kreistages und berichtete unter anderem über die Gründung der Deutschen Bodensee Tourismus GmbH im März dieses Jahres sowie die Zusammenarbeit in der Vierländerregion Bodensee. Weitere Stationen der Bad Kissinger Kommunalpolitiker sind unter anderem das Meersburger Staatsweingut, das Schloss Montfort in Tettngang und weitere touristische Schwerpunkte. Der Landkreis im Nordwesten des Freistaates ist 1137 Quadratkilometer groß und zählt zur Region Main/Rhön. In seinen 26 Städten, Märkten und Gemeinden leben rund 109 000 Einwohner. Er ist damit der viertgrößte Kreis im Bezirk Unterfranken. Dem Kreistag gehören 60 Räte an.

Fortbildungsprogramm mit Ehrenamts-Zuschuss für bürgerschaftlich Engagierte im Bodenseekreis

Für freiwillig Engagierte gibt es jetzt im Bodenseekreis ein spezielles Fortbildungsprogramm. Es vereint Kursangebote verschiedener Bildungsanbieter aus der Region, die für die Arbeit freiwillig tätiger Menschen nützlich und hilfreich sein können. Themen sind beispielsweise Vereinsrecht, Selbstmanagement und

Sozialkompetenz. Einige Angebote wurden sogar eigens für das neue Ehrenamtsprogramm entwickelt. Das Landratsamt gewährt nach erfolgreicher Teilnahme sogar einen Zuschuss von 50 Prozent der Kursgebühr.

Präsentation des Hohenlohekreises auf der Hohenloher Wirtschaftsmesse – Viele Besucher interessierten sich für die Arbeit der Landkreisverwaltung

Zahlreiche Gäste besuchten bei der Hohenloher Wirtschaftsmesse in Künzelsau den Stand des Landratsamts Hohenlohekreis in Halle 1. Das Standangebot umfasste zahlreiche Informationen zum Landkreisjubiläum „40 Jahre Hohenlohekreis“ sowie zu den Angeboten der Touristengemeinschaft, der Kulturstiftung Hohenlohe und der W.I.H. Wirtschaftsinitiative Hohenlohe GmbH. Daneben konnten sich die Besucher über die Förderprogramme des Jobcenters informieren. Das Vermessungsamt präsentierte sich mit verschiedenen Vermessungsgeräten und dem Hohenlohekreisinformationssystem (HOKis). Ebenso stellte das Vermessungsamt einen Genauigkeitstest von GPS-Empfängern und Smartphones vor.

Während am Freitag die Azubis des Landratsamts für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst warben, stand bei der Bildungsregion bei Vorleseaktionen am



Landrat Dr. Matthias Neth (rechts) zusammen mit Alt-Landrat Helmut M. Jahn (links) sowie Albert Berner am Stand des Landratsamts Hohenlohekreis

Samstag die Lust am Lesen im Mittelpunkt. Außerdem gab es Informationen zu MINTec und zur ökonomischen Bildung. Am Sonntag konnten sich die Messebesucher bei der Servicestelle für aktive Bürger, der Altenhilfefachberatung, den Ehrenamtlichen Familienpaten und dem Pflegestützpunkt rund um das Ehrenamt und die Pflege beraten lassen. Ebenfalls auf der Messe vertreten waren die Abfallwirtschaft Hohenlohekreis, die Arbeitsinitiative Hohenlohekreis, die MH Mobil Hohenlohe GmbH, der Nahverkehr Hohenlohekreis sowie die Beruflichen Schulen des Landkreises.

Großes Interesse hatten die Besucher am Gewinnspiel des Landratsamts, bei dem es tolle Preise zu gewinnen gab.

Schon am Freitagvormittag hatten in Begleitung von Landrat Dr. Matthias Neth die Bundestagsabgeordneten Annette Sawade und Harald Ebner am Stand des Landratsamts Hohenlohekreis vorbeigeschaut. Alt-Landrat Helmut M. Jahn, zahlreiche Mitglieder des Kreistags sowie Vertreter der Gemeinden und der ausstellenden Firmen waren weitere prominente Gäste.

Landrat Fuchs plädiert für Ausweitung der Hagelabwehr – Rems-Murr-Kreis bietet in Schreiben an Minister Untersteller Erfahrungswerte aus 33 Jahren an

Nach den jüngsten Unwettern in Baden-Württemberg mit Hagelschäden in Millionenhöhe sind beim Landratsamt Rems-Murr-Kreis zahlreiche Anfragen zur Hagelabwehr eingegangen, die hier bereits seit Jahrzehnten dazu beiträgt, die Schutzregion vor größeren Schäden zu bewahren. Gerade bei dem Ereignis am 28. Juli war aus meteorologischer Sicht jüngst gut zu beobachten, wie von zwei anfangs gleichstarken Gewitterzellen eine südlich des Schutzgebietes große Verwüstungen durch Hagelschlag anrichtete, während die andere – nach „Impfung“ durch Hagelabwehrpiloten – über den Rems-Murr-Kreis abzog, ohne größere Schäden zu hinterlassen. Daher hat sich Landrat Johannes Fuchs heute an Franz Untersteller als Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft mit einem Brief gewandt.

Er schreibt ihm: „Sehr geehrter Herr Minister, die Hagelabwehr und die damit verbundene Minimierung von Schadensereignissen erscheint mir eine inzwischen bewährte Methode zur erfolgreichen Verhinderung existenzbedrohender Ernteauffälle und verheerender Elementar- und Fahrzeugschäden zu sein“, so Fuchs. „Sie wird im Rems-Murr-Kreis schon seit 33 Jahren praktiziert. Das Unwetterereignis vom 28. Juli 2013 hat starke Hinweise dafür geliefert, dass die im Raum Rems-Murr-Kreis praktizierte Hagelabwehr, die Obst- und Weinbauern, Haus- und Autobesitzer vor Schlimmerem zu bewahren, in der Lage ist. Meine Mitarbeiter der Geschäftsstelle Hagelabwehr haben mir mitgeteilt, dass aus den zuletzt vom Hagelschlag betroffenen Gebieten eine Vielzahl von Anfragen bei uns eingegangen ist. Auffallend war der Wunsch, die bestehende Hagelabwehr auf die jeweils betroffenen Gebiete auszudehnen.“

Der Landrat verweist darauf, dass das Land bereits einmal ein Starkhagel-Ereignis in Fellbach im Jahr 2000 zum Anlass genommen hatte, über das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für die darauffolgende Projektperiode der Hagelabwehr von 2007 bis 2011 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 50 000 Euro zu gewähren.

Weiter schreibt Landrat Fuchs an Minister Untersteller: „Ich bitte Sie daher, initiativ zu werden und den Aufbau einer Hagelabwehr in besonders hagelträchtigen Regionen unseres Landes zu unterstützen und zu fördern. Sehr gerne sind wir im Landratsamt Rems-Murr-Kreis bereit, unsere Erfahrungen mit einzubringen und unseren Beitrag dazu zu leisten, die dramatischen Folgen solcher Hagelereignisse von unseren Bürgern fernzuhalten.“

Landratsamt Biberach erhält Zertifikat

Es ist amtlich: voller Stolz präsentieren Landrat Dr. Heiko Schmid und Manfred



Manfred Storrer, Leiter des Haupt- und Personalamtes, und Landrat Dr. Heiko Schmid präsentieren die Urkunde zur Rezertifizierung „berufundfamilie“.

Storrer, Leiter des Haupt- und Personalamtes im Landratsamt, das Zertifikat zum „audit berufundfamilie“. Nach dem Jahr 2010 erhielt der Landkreis erneut diese Auszeichnung für seine strategisch angelegte familienbewusste Personalpolitik im Landratsamt. Der Landkreis Biberach zählt damit bundesweit zu den 119 Arbeitgebern, die das Verfahren „audit berufundfamilie“ bereits zum zweiten Mal erfolgreich durchliefen. Das Audit steht unter der Schirmherrschaft von Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder und Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler und wird von den führenden deutschen Wirtschaftsverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH empfohlen.

„Wir haben uns für die nächsten drei Jahre viel vorgenommen, investieren aber gerne zum Wohle unserer Beschäftigten, denn auch im öffentlichen Dienst spielt das Thema Fachkräftemangel mittlerweile eine Rolle. Diesem wollen wir unter anderem mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf begegnen“, so Landrat Dr. Schmid. So solle beispielsweise die Mitarbeiterkinderbetreuung –

nicht nur in den Ferien – weiter ausgebaut werden. Das Landratsamt plane ferner, Teilzeitmodelle und Teilzeittätigkeiten zu optimieren. „Wir denken dabei nicht nur an den Elternteil, der sich tagsüber um die Kinder kümmert. Vielmehr haben wir auch die Beschäftigten im Blick, die die Pflege ihrer Angehörigen übernehmen“, sagt Landrat Dr. Heiko Schmid. „Gerade in diesen Bereichen

wollen wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Modelle anbieten, die Beruf und Familie möglich machen.“ Es gehe aber auch um eine verlässliche Urlaubsplanung für alle Beschäftigten oder die Themen zum Wiedereinstieg in den Beruf nach der Familienphase oder längeren Krankheitsphase.

Die rund 1250 Mitarbeiter des Landratsamts können von den familienbewussten Maßnahmen profitieren. Landrat Dr. Heiko Schmid verdeutlicht: „Mit der erneuten Auditierung wird bestätigt, dass wir im Landratsamt gezielt in den letzten drei Jahren Vorbildliches geleistet haben. Das Angebot umfasst aktuell zum Beispiel flexible Arbeitszeiten in allen Bereichen, Dienstvereinbarungen zur Chancengleichheit, zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement und zur Telearbeit, Konzepte zur Elternzeit, Kinderferienbetreuung und eine hohe Teilzeitquote.“

**Behördenrufnummer 115
ist seit 1. September 2013
auch beim Landkreis Rastatt
freigeschaltet**

Am 1. September 2013 wurde die neue Nummer für alle Behörden-Fälle im Landkreis Rastatt freigeschaltet. Landrat Jürgen Bäuerle, Dr. Georg Thiel, Vertreter



des Bundesinnenministeriums, und die Vertreterinnen und Vertreter der 20 teilnehmenden Städte und Gemeinden des Landkreises Rastatt unterzeichneten die Charta.

Wer die 115 wählt, landet direkt beim Kunden-Service-Center im Landratsamt Rastatt. Die Bürgerinnen und Bürger können hier von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr behördenübergreifende Auskunft erhalten. Hierzu können die Mitarbeiterinnen des Kunden-Service-Centers alle wichtige Informationen in einer Datenbank abrufen.

Entwicklungsprogramm Konversion im Landkreis Sigmaringen kann starten

Zehn Kommunen gehören zum Konversionsraum im Landkreis Sigmaringen. Sie hoffen auf wertvolle Impulse, wenn es um die Abmilderung der Folgen der Bundeswehrstrukturreform geht. Hauptinstrument soll das „Kommunale Entwicklungsprogramm Konversion“ (KEK)

sein, das auch stark auf Bürgerbeteiligung setzt. Jetzt tagte wieder der Lenkungsausschuss unter Vorsitz von Landrat Dirk Gaerte und legte die weitere Vorgehensweise fest. Beim Termin im Landratsamt wurde auch der Vertrag zwischen den beteiligten Kommunen, dem Landkreis und der FIRU mbH (Kaiserslautern) unterzeichnet. FIRU konnte bei der Ausschreibung für die Entwicklung und Durchführung des KEK das Vertrauen der Lenkungsausschussmitglieder gewinnen und hat nun die Aufgabe, möglichst schnell Ergebnisse zu liefern. Bei der Sitzung waren Vertreter des Büros ISW Consult dabei, das von der Landesregierung mit der Qualitätssicherung des KEK beauftragt ist. Die Ausschussmitglieder waren sehr erfreut über die Information, dass man im Landkreis Sigmaringen was KEK betrifft keineswegs „hinten dran“ sei. Im Gegenteil: Im KEK-Verfahren ist man in Sigmaringen weiter, als in allen anderen Konversionsgebieten in Baden-Württemberg.



Vertragsunterzeichnung im Landratsamt: stehend von links Bernd Gombold (Inzigkofen), Alois Henne (Sigmaringendorf), Jochen Fetzer (Bingen), Peter Rainer (Hohentengen) und sitzend von links FIRU-Geschäftsführer Andreas Jacob, Landrat Dirk Gaerte, Thomas Schärer (Sigmaringen) und Stefan Bubeck (Mengen)

Sozialrecht, LL.B. – ein neuer Studiengang mit großem Potential – Angebote zu Ausbildungskooperationen mit Stadt- und Landkreisen

Zum Oktober 2012 startete an der Fakultät für Sozial- und Rechtswissenschaften der SRH Hochschule Heidelberg mit einer ersten Studierendengruppe ein neuer rechtswissenschaftlicher Bachelorstudiengang. Im Juli 2012 akkreditiert verknüpft er Elemente der klassischen Juristenausbildung mit besonderer Fachkompetenz im Schwerpunkt Sozialrecht sowie sozialwissenschaftlichen Grundlagen werden parallel zum etablierten Studiengang Wirtschaftsrecht vermittelt und erarbeitet.

Obwohl das Sozialrecht im gesamten Sozial- und Gesundheitssektor eine zunehmende Bedeutung erlangt, spielt es in den Ausbildungsgängen der Hochschulen bisher fast keine oder allenfalls eine untergeordnete Rolle. In der Sozialen Arbeit besitzt das Recht lediglich die Rolle einer Bezugswissenschaft, in der Rechtswissenschaft kann das Sozialrecht an den Universitäten allenfalls als ein Orchideenfach bezeichnet werden. In dieser Situation will die SRH Hochschule Heidelberg, die älteste private Hochschule in Deutschland mit einer langen Erfahrung in der Ausbildung von Sozialarbeitern und Wirtschaftsjuristen, ein Zeichen setzen und eine innovative Ausbildung anbieten. Dies geschieht in der Überzeugung, dass der Sozial- und Gesundheitssektor in Deutschland und Europa in Zukunft einen zunehmenden Bedarf an gut ausgebildeten Experten des Sozialrechts besitzen wird, der bisher auf dem Arbeitsmarkt nicht oder nur ganz vereinzelt vorhanden ist. Parallel zum neuen Studienangebot wird auch die personale Expertise schrittweise ausgebaut. Aktuell verfügt die Fakultät über drei Professuren für Sozialrecht (Dr. Baumeister, Dr. Vigener und Dr. Wienand); eine vierte wird im Herbst dazukommen, eine fünfte folgt im nächsten Jahr.

Neben dem im vergangenen Jahr gestarteten Bachelorstudiengang plant die Fakultät auch einen Masterstudiengang Sozialrecht (LL.M.), der in zwei Schwerpunkten angeboten werden soll: Schwerpunkt 1 „Sozialdienstleistungen“ und Schwerpunkt 2 „Gesundheitsdienstleistungen“. Die Module des Masterstudiengangs sind vor allem auf die Perspektive der Leistungserbringer und der Leistungsträger ausgerichtet.

Der Zugang zum Masterstudium soll nicht nur Juristen, sondern auch Sozialarbeitern, Pädagogen oder Betriebswirten eröffnet werden, die in diesen Bereichen bereits praktische Erfahrungen gesammelt haben. Gleichfalls offen steht der Masterstudiengang Absolventen von Studiengängen der öffentlichen Verwaltung oder der Sozialversicherungsträger. Die SRH Hochschule Heidelberg kann sich im Rahmen dieser sozialrechtlichen Studienangebote auch eine konkrete Zusammenarbeit mit dem kommunalen Bereich vorstellen. Für den hier auch in den kommenden Jahren weiter steigenden Personalbedarf wie auch für die Aus- und Weiterbildung von Führungskräften ermöglicht die Hochschule individuelle Kooperationen mit den Anstellungskörperschaften. Ansprechpartner: Prof. Dr. Peter Baumeister, SRH Hochschule Heidelberg, Ludwig-Guttman-Str. 6, Tel.: 0 62 21/88 22 60, E-Mail: peter.baumeister@fh-heidelberg.de

Verein zur Förderung neuer Medien und Technologien im ländlichen Raum gegründet

Am Start waren es 69 Mitglieder: Städte und Gemeinden aus zehn Landkreisen Baden-Württembergs, Landkreise und acht persönliche Gründungsmitglieder. Am 16. September 2013 wurde im Haus des Landkreises in Ulm der „Verein zur Förderung neuer Medien und Technologien im ländlichen Raum“ auf einer Gründungsversammlung aus der Taufe gehoben. Mit diesem interkommunalen Verein soll ein erster Schritt gemacht



Vereinsvorsitzender Heiner Scheffold, LRA Alb-Donau-Kreis = 2. Reihe v. vorn Mitte, links von ihm sein Stellvertreter, Bürgermeister a. D. Eugen Engler, Schemmerhofen/Landkreis Biberach.

werden, um den flächendeckenden Ausbau einer leistungsfähigen Breitbandversorgung im ländlichen Raum voranzutreiben.

Zentrales Ziel des Vereins ist die Förderung der Volksbildung und des fachlichen Wissens in den Bereichen Technologie und neue Medien sowie die Durchführung von Entwicklungs- und Infrastrukturmaßnahmen für infrastrukturell benachteiligte Regionen in Baden-Württemberg. Dies soll durch die Bündelung der kommunalen Interessen erfolgen.

Zum Vereinsvorsitzenden wurde Heiner Scheffold, stellvertretender Landrat des Alb-Donau-Kreises, gewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist Bürgermeister a. D. Eugen Engler (Schemmerhofen/Lkr. Biberach).

Heiner Scheffold erläuterte die Bedeutung einer gut ausgebauten Infrastruktur für schnelles Internet im ländlichen Raum: „Breitbandinfrastruktur ist zu einem harten Standortfaktor geworden, wie die Verkehrs- und Energieinfrastruktur. Er ist mitentscheidend für die künftige Entwicklung eines Wirtschaftsstandorts, gerade auch im ländlichen

Raum. Dafür müssen wir unsere Kräfte bündeln.“

Bei den Arbeits- und Aufgabenschwerpunkten des neuen Vereins geht es vor allem um

- Informationen und Wissensvermittlung über den Zugang zu modernen Kommunikationseinrichtungen, insbesondere in ländlichen Gebieten,
- die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in den Themenfeldern Neue Medien und ihre Technologien,
- die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und Fortbildungen,
- neutrale Analysen für die Möglichkeiten des Breitband-Infrastrukturausbaus im ländlichen Raum,
- die Förderung des Rechtsverständnisses im Umgang mit neuen Medien und Informationstechnologien.

Vereinsorgane und Mitgliedschaft

Der Vorstand des Vereins „Förderung neuer Medien und Technologien im ländlichen Raum“ sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Der Vorstand ist auf zwei Jahre gewählt. Neben dem Vorsitzenden Heiner Scheffold und seinem Stellvertreter, Eugen Engler, gehören weitere 12 Personen dem Vorstand an.

Jede volljährige natürliche Person und jede juristische Person kann Mitglied im Verein werden und damit die Ziele des Vereins unterstützen.

Interkommunaler Verbund als Ziel für 2014

Der Verein bildet die Basis für die Gründung eines interkommunalen Verbundes und arbeitet darauf hin, teilnehmende Kommunen für diesen Verbund erstmals zu akkumulieren. Der Verein beabsichtigt die Errichtung eines rechtsfähigen interkommunalen Verbundes, der zu Beginn des Jahres 2014 seine Arbeit aufnehmen soll.

Dessen Ziel ist die Beseitigung der weißen Flecken bei der Breitbandversorgung

und der Nutzbarkeit des schnellen Internets in Baden-Württemberg. Die Suche nach einer geeigneten Rechtsform für den interkommunalen Verbund wird deshalb eine wichtige Aufgabe des neu gegründeten Vereins sein.

Ländlicher Raum

Im heimischen „Urwald“ lebt sogar der Drachenkäfer – Fachbereich Forst lässt Artenvielfalt im Landkreis Sigmaringen untersuchen

Ein Urwald zeichnet sich dadurch aus, dass die Natur sich hier völlig ungestört entwickeln kann. Das Pfrunger-Burgweiler Ried, Baden-Württembergs größter Bannwald, soll sich zu einem solchen Urwald entwickeln. Doch was machen mit Handschuhen, Gummistiefeln und Netzen ausgerüstete Menschen im Ried? Sie sind auf der Suche nach seltenen Käfern, die absterbende Bäume und verrottende Stämme zum Überleben brauchen. Nach ersten Auswertungen kommen die Forscher jetzt zu erstaunlichen Ergebnissen.

Käfer, deren Lebensraum und Lebensweise eng an Holz gebunden ist, nennt man xylobiont. Viele dieser Arten bevorzugen aufrecht stehendes, stark dimensioniertes Totholz oder im Absterbeprozess befindliche Bäume. Im Pfrunger-Burgweiler Ried gibt es viele solcher absterbender Bäume. Um herauszufinden, ob diese aber tatsächlich von den Käfern besiedelt sind und wie groß die Artenvielfalt ist, machten sich Forstdirektor Stefan Kopp sowie Revierleiter Wolfgang Richter gemeinsam mit dem Biologen und Käferexperten Ulrich Bense auf die Jagd nach den holzbewohnenden Krabblern. Neben der Suche mit den bloßen Händen kamen Netze, Flugfallen, sowie Leimringe zum Einsatz. Außerdem wurden drei Kunststofffässer je 200 Liter Inhalt eingesetzt, die mit auszubrutendem Totholz bestückt wurden. Und die Forscher hatten Erfolg: über 150 xylobionte Käferarten konnten im Pfrunger-Burgweiler Ried nachgewiesen werden. Erstaunlich: Die Existenz von mehr als 30 Käferarten war bisher in ganz Oberschwaben unbekannt. Unter den entdeckten Käferarten finden sich mehrere als gefährdet eingestufte Arten, wie zum Beispiel der Moorkiefernpracht-

käfer oder der Bäckerbock. Beide besiedeln vor allem absterbende Moor-Spirken. Die Wiedervernässungsflächen weisen einen hohen Totholzanteil auf und viele der kürzlich abgestorbenen Fichten sind mit Fruchtkörpern von Holzpilzen, insbesondere vom Rotrandigen Porling besetzt. Neben vielen weit verbreiteten Nadelholzbesiedlern, wurde auch eine wahre Rarität entdeckt: ein Exemplar des Hornissenkäfers, der auf hohle Bäume mit Hornissenestern angewiesen ist. Ganz besonders erfreut waren die Forscher aber über das Vorkommen des Drachenkäfers: Sein Körper ist dunkel gefärbt und glitzert metallisch. Dies verleiht ihm zusammen mit seinem herzförmigen Halsschild einen mystischen Glanz. Nach derzeitigen Ergebnissen konnten sieben Holzkäferarten bisher in keinem anderen untersuchten Bannwald nachgewiesen werden. „Da waren wir alle sehr erstaunt“, meint der Leiter des Fachbereichs Forst, Stefan Kopp.

Die kurze Ergebnissübersicht zeigt bereits, dass sich in den Moorwaldgesellschaften und angrenzenden Waldgesellschaften des Gebietes eine typische Fauna erhalten hat, die schon seit tausenden Jahren besteht. Für den Naturschutz hat solch ein Gebiet natürlich einen besonders großen Wert.

Beim Fachbereich Forst des Landratsamtes Sigmaringen ist man gespannt auf die weiteren Auswertungen der bisherigen Fänge und die zusätzlichen Erfassungen im Jahr 2013. „Vermutlich können die sehr positiven Einschätzungen weiter untermauert werden“, so Kopp.

„Waldfenster“ im Landkreis Lörrach bieten Einblicke in nachhaltige Forstwirtschaft

Für viele Menschen sind Wälder beliebte und geschätzte Freizeitorte. Die Arbeit von Forstwirten und Waldbesitzern bleibt den Wanderern und Joggern jedoch meist verborgen. Das soll eine bundesweite Aktion des Deutschen



Von links: Forstdirektor Stefan Kopp, Revierleiter Wolfgang Richter, Käferexperte Ulrich Bense



Die Forstwirtschaftszubildenden Michael Schleith (l.) und Dominik Hilpert (z. v. r.) mit ihren Ausbildern Simon Hugenschmidt (z. v. l.) und Christoph Göring (r.) beim Erstellen eines „Waldfensters“

Forstwirtschaftsrats (DFWR) nun ändern. Anlässlich des vom DFWR ausgerufenen Jubiläumsjahres „300 Jahre Nachhaltigkeit“ hat der Landkreis Lörrach für Besucher des Röttlerwalds sogenannte „Waldfenster“ an den Wanderwegen aufgestellt. Zwischen den Waldparkplätzen auf der Wittlinger Höhe und Lucke sollen die aus Holz gefertigten Rahmen die Aufmerksamkeit des Spaziergängers auf besondere Details nachhaltiger Forstwirtschaft lenken, die ansonsten vermutlich nur Experten auffallen. Hinweistafeln bieten weitere Informationen. Ziel der Aktion ist es, den Waldbesuchern die vielfältige Arbeit der Forstwirte näherzubringen.

„Unsere Aufgaben beschränken sich nicht auf das Fällen von Bäumen“, sagt Thomas Unke, Fachbereichsleiter Waldwirtschaft beim Landratsamt Lörrach. „Wir Forstleute sorgen generationenübergreifend für die Vitalität, die Artenvielfalt und damit für den Erhalt unserer Wälder“, so Unke weiter. Auf einer Strecke von knapp zwei Kilometern zeigen die Fenster unter anderem Wiederaufforstungen mit standortgerechten und unterschiedlichen Baumarten, sogenannte „Zukunftsbäume“, deren Wachstum noch jahrzehntelang gefördert werden wird.

Aber auch abgestorbene Bäume, die nun unzähligen Organismen als Lebensraum dienen, können entdeckt werden.

Genau vor 300 Jahren wurde der Begriff „Nachhaltigkeit“ geprägt. Der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz führte den Ausdruck im Jahre 1713 als Prinzip einer geregelten Forstwirtschaft ein, lange bevor er zum allgemein bekannten Schlagwort wurde. Mit dem Slogan „Sie finden Nachhaltigkeit modern? Wir auch – seit 300 Jahren“ möchte die Forstwirtschaft in Deutschland auf diesen wegweisenden Ursprung des Konzepts hinweisen. Unterstützt wird der DFWR durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Bilderrahmen-Aktion ist ein zentraler Bestandteil der Kampagne.

Technische Verwaltung

Geplante Flurneuordnung Rottenburg-Baisingen (Süd) geht in die Anordnungsphase

Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat das Ar-

beitsprogramm für Flurneuordnung und Landentwicklung Baden-Württemberg freigegeben. Somit kann das Flurbereinigungsverfahren Rottenburg-Baisingen (Süd) durch das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung in diesem Jahr angeordnet werden. Ziel des Flurbereinigungsverfahrens ist die Verbesserung der Landbewirtschaftung durch Sicherung der Erschließung und Beseitigung zersplitterter Besitzstände. Hierzu wird in den kommenden Jahren das landwirtschaftliche Wegenetz an die heutigen Verhältnisse angepasst. Des Weiteren wird die vorhandene Ökologie gesichert und nachhaltig bereichert.

So soll beispielsweise der Sandegraben durch Pufferstreifen ökologisch aufgewertet werden. Das geplante Flurbereinigungsverfahren hat eine Größe von ca. 180 Hektar.

Das Flurbereinigungsverfahren wird unter Mitwirkung aller Grundstückseigentümer und zahlreicher Behörden und Verbänden durchgeführt. Im kommenden Jahr sollen die Eigentümer der Grundstücke ihre Vorstandschaft wählen. Darüber hinaus ist die Bewertung der Grundstücke geplant.

Unternehmensverfahren Sinzheim (DB) – ein Beispiel für die Ökologisierung in der Flurneuordnung

Die Landesregierung hat in der Flurbereinigung eine Ökologisierung von Flurneuordnungsverfahren sowie eine intensive Bürgerbeteiligung eingeführt. So sind ökologische Gutachten, die sicherstellen, dass keine Lebensräume von bedrohten Tieren und Pflanzen zerstört werden, bereits vorab durchzuführen. Zudem muss ein sogenannter ökologischer Mehrwert nachgewiesen werden, der vorsieht, mehr ökologische Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen als normalerweise durch die geplanten Baumaßnahmen erforderlich sind.

Im derzeit laufenden Unternehmensverfahren Sinzheim (DB) sind die neuen Vorgaben der Landesregierung nach Ein-



Im Flurbereinungsverfahren Sinzheim wurden Steinhaufen angelegt, die der Zauneidechse als Rückzugsgebiet und Brutstätte dienen sollen.

schätzung von Mario Würtz, dem Leiter des Amtes für Vermessung und Flurneueordnung im Landratsamt Rastatt, bestens erfüllt worden. „Die Ökologisierung der Flurneueordnung hat dort bereits vor einiger Zeit begonnen. Alle Ausgleichsmaßnahmen wurden in einer gesamtheitlichen Betrachtung ideal kombiniert und miteinander verbunden, sodass ein vielfältiges ökologisches Netz entstehen konnte und im Ergebnis ein beispielhafter ökologischer Mehrwert erreicht wurde.“

Bereits 2006 wurden beim Flurbereinungsverfahren Sinzheim der Wege- und Gewässerplan und der Landschaftspflegerische Begleitplan aufgestellt, in dem alle vorgesehenen Baumaßnahmen sowie die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen enthalten sind. Zahlreiche Abstimmungsgespräche mit der Naturschutzverwaltung und der Gemeinde erfolgten, da Sinzheim sein Biotopvernetzungs-konzept sowie die Bildung von Gewässerrandstreifen im laufenden Verfahren umsetzen wollte. Außerdem war die Gemeinde an der Ausweisung von Flächen für das Ökopunktekonto interessiert. „Bei der Planung konnten letztendlich alle ökologischen Wünsche der Gemeinde berücksichtigt werden“, stellt Mario Würtz, der Leiter der Flurbereinigungsbehörde, rückblickend fest. Hinzu kamen noch die ökologischen

Ausgleichsmaßnahmen der Kreisstraße K 3738, der Landesstraße L 80 und die Verlegung einiger Ausgleichsflächen der Bundesbahn.

In zwei Bauabschnitten wurde zunächst das neue Feldwegenetz ausgebaut und die neuen Bewirtschaftungsblöcke gebildet. Anschließend wurde der sogenannte Wunschtermin, bei dem jeder Eigentümer seine Ideen und Wünsche für die Neuzuteilung unverbindlich nennen konnte, durchgeführt. Aufgrund der großen Anzahl von Landwirten war es laut Würtz nicht gerade einfach, jedem Landwirt geeignete neue Blöcke zuzuteilen, da auch die Wünsche der Grundstückseigentümer (Verpächter) Berücksichtigung finden mussten. Ende des vergangenen Jahres wurde für die neuen Grundstücke die vorläufige Besitzweisung erlassen und es gingen Besitz und Nutzung an die zukünftigen Eigentümer über. So können die neuen Besitzer frühzeitig ihre neuen Flächen bewirtschaften und müssen nicht bis zum Flurbereinigungsplan und dem Vollzug des Eigentumswechsels warten.

Im Zuge dieser Neuzuteilung konnten die unterschiedlichen Flächen für die geplanten ökologischen Maßnahmen ausgewiesen werden. So war es beispielsweise möglich, die gemeindeeigenen Flächen entlang der Bäche und Gräben zu legen und den bisherigen Privateigen-

tümern andere Flächen anzubieten. Das geplante Ausweisen von Gewässerrandstreifen konnte so unproblematisch gelöst werden. Im südlichen Teil des Verfahrens in den Gewannen „Holzmatt“ und „Mäthi“ gingen Wiesenflächen in das öffentliche Eigentum über, um das dort liegende europäische FFH-Schutzgebiet dauerhaft zu sichern.

„Am Beispiel Sinzheim hat sich wieder einmal gezeigt, dass ein Flurbereinungsverfahren das geeignete Mittel ist, um eine Lösung von unterschiedlichen Interessenskonflikten herbeizuführen“, betont Würtz. Infrastruktur, Ökologie, Landwirtschaft und das Interesse der privaten Eigentümer würden im Detail betrachtet. Durch intensive Beteiligung aller Interessensgruppen kenne das Amt für Flurneueordnung die örtlichen Problem- punkte und löse diese bestmöglich auf.

Zum dritten Mal erhält das Flurneueordnungsverfahren Schopfheim-Gersbach im Landkreis Lörrach siebenstelligen Betrag vom Land

Zeitnah nach Abschluss des zweiten Bauabschnittes stellt das Land Baden-Württemberg nun eine weitere Tranche in Höhe von rund 1,1 Millionen Euro für den nächsten Ausführungsabschnitt der Flurneueordnung Schopfheim-Gersbach zur Verfügung. Der Erste Landesbeamte Walter Holderried übergab den Bewilligungsbescheid des Landes offiziell Mitte Juli im Landratsamt Lörrach an den Vorsitzenden der Teilnehmergeinschaft Ralf Ühlin. Damit kann die Flurneueordnung in Gersbach weitere wichtige ökologische bzw. landschaftspflegerische Begleit- und Wegebaumaßnahmen in Angriff nehmen.

Ralf Ühlin freute sich sehr, dass es mit der Umsetzung der landespflegerischen Begleitmaßnahmen und dem Wegebau fast nahtlos vorwärts gehen kann, denn die Sparbemühungen des Landes werden zukünftig auch an der Flurneueordnung nicht spurlos vorübergehen. Der

Fachbereich Flurneuordnung des Landratsamtes hatte sich mit großem Nachdruck dafür eingesetzt, dass die Mittel zügig bereitgestellt werden können – schließlich handelt es sich in Gersbach um eines der landesweit größten Verfahren.

Die Flurneuordnung in Schopfheim-Gersbach ist nicht nur flächen- und maßnahmenbezogen sehr umfangreich, sondern sie ist auch ein Modellprojekt für die Offenhaltung der Landschaft durch die heimische Landwirtschaft. Für die ortsansässigen Betriebe sollen in enger Zusammenarbeit mit den Naturschutzbehörden die Voraussetzungen für eine langfristig geförderte und zukunftsorientierte Arbeit im Sinne der Gesamtbevölkerung geschaffen werden. Die Mäh- und die Weidewirtschaft ist auch künftig überwiegend extensiv zu betreiben und wird langfristig kaum durch andere Bewirtschaftungsformen ersetzt werden können. „Um dieser Bewirtschaftung eine langfristige Perspektive zu geben, leisten die Maßnahmen der Flurneuordnung einen unverzichtbaren Beitrag“, sind sich Walter Holderried und Ralf Ühlin einig.

Die erste Tranche der Flurneuordnung waren die Wege im kompletten Verfahrensgebiet, die zweite Tranche die Waldwege im Schlechtbacher Bereich und nun kommt die Feldlage in den Genuss, bedarfsgerecht erschlossen zu werden. Die Stadt Schopfheim und ihr Ortsteil Gersbach zeigen sich darüber hoch erfreut. „Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auch auf der Tatsache, dass die Bereiche, die am Ende der aktuellen Baumaßnahmen stehen, wie etwa die Feldlage und der sogenannte ‚Alte Wald‘, nicht länger auf ihre Maßnahmen warten müssen“, betont Wolfram Müller-Rau, Leitender Fachbeamter Flurneuordnung.

In der dritten Tranche sind die Mittel maßgeblich für landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen und die Weiterführung des Wegebbaus reserviert. Rund neun Kilometer Schotterwege, sechs Ki-



V. l. n. r.: Leitender Fachbeamter Wolfram Müller-Rau, Fachbereich Flurneuordnung, Vorstandsvorsitzender Ralf Ühlin, Erster Landesbeamter Walter Holderried

lometer Grünwege können nun gebaut bzw. instand gesetzt werden. Es werden aber Wege rekultiviert, d.h. zurückgebaut, welche nicht mehr benötigt werden. Zudem beinhaltet die Bewilligung einen Wanderparkplatz bzw. Maßnahmen im Bereich Gewässerentwicklung am Gersbach und weitere Ausgleichsmaßnahmen.

Noch in diesem Herbst soll mit dem Bau der Wege in der Feldlage begonnen werden, damit das umfangreiche Maßnahmenvolumen der dritten Tranche im kommenden Jahr weitestgehend abgeschlossen werden kann.

Wirtschaftsförderung

Breitbandinitiative des Landkreises Göppingen gestartet

In der zweiten Juliwoche hatte der neue Wirtschaftsförderer des Landkreises Göppingen, Alexander Fromm, Gelegenheit, den Bürgermeistern des Landkreises seine mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) abgestimmte Vorgehensweise für die Etablierung einer leistungsfähigen und

flächendeckenden Breitbandversorgung im Kreisgebiet vorzustellen.

Trotz der innerhalb der Region Stuttgart noch vergleichsweise recht guten Versorgung vieler Teile des Landkreises mit Internet forciert Landrat Wolff diese Initiative: „Schnelles Internet beherrscht unseren Alltag und die Entscheidungen für einen attraktiven Wirtschafts- und Wohnstandort in zunehmendem Maße. Heutzutage ist eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigem, flächendeckendem Breitband schon fast genauso wichtig wie eine Straße oder die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser. Wir, insbesondere unserer ländlicher Raum, werden sonst zunehmend von der Entwicklung der Ballungszentren abgehängt.“

Die Initiative basiert auf einem Vier-Phasen-Plan, wobei die erste Phase, eine grundsätzliche Orientierung zum Thema Breitband im Vergleich mit anderen Landkreisen in der Region bereits abgeschlossen ist. Hierbei ging es auch darum, wie die vorhandenen Fördermöglichkeiten durch das Land, den Bund und die EU sinnvoll genutzt werden können. Die zweite Phase bildet die Erfassung des technischen Breitband-Status quo bei den Städten und Gemeinden des Land-

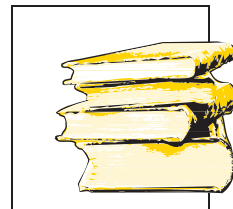
kreises. Aufbauend auf einer Befragung der WRS vom Frühjahr/Sommer 2013, in der hauptsächlich Daten wie Netzdichte, Netzleistung oder die Aktivitäten zum Netzauf- oder -ausbau der Landkreiskommunen abgefragt wurden, sollen noch in diesem Sommer in einer ergänzenden Umfrage der Landkreiswirtschaftsförderung weitere Daten abgefragt werden, die zum einen eine bessere Einteilung der Städte und Gemeinden in sogenannte „Handlungsfelder“ erlauben und zum anderen damit gleichzeitig räumliche und inhaltliche Synergien unter den Beteiligten sichtbar werden lassen.

Die Auswertung dieser Daten erfolgt in Phase 3 und soll dazu dienen, die Städte und Gemeinden in 3 Kategorien einzuordnen:

- Landkreiskommunen, die auf ihrem Gemeindegebiet oder großen Teilen davon über so gut wie keine Breitbandversorgung verfügen,
- Landkreiskommunen, die bereits ein Konzept zum Ausbau von Breitbandstrukturen erarbeitet oder ein solches in Auftrag gegeben haben und/oder in nächster Zeit realisieren wollen.
- Landkreiskommunen die bereits über ein leistungsfähiges Breitbandnetz verfügen und dieses auf mehr als 50 MBit/s (Glasfasernetze bis FTTB/FTTH) ausbauen wollen.

In der 4. Phase werden dann problemorientierte Kommunalcluster gebildet, die zur gemeinschaftlichen Verbesserung der Breitbandversorgungslage beitragen sollen.

Durch diese vom Landkreis initiierte interkommunale Zusammenarbeit können verbesserte Konditionen bei den Landesfördermitteln erreicht, die Verhandlungsposition gegenüber den Netz-anbietern gestärkt und schlussendlich die Entwicklung eines weitgehend aufeinander abgestimmten bzw. homogenen Breitbandnetzes im Landkreis Göppingen sichergestellt werden. Koordiniert werden alle Maßnahmen durch den Wirtschaftsförderer des Landkreises, der dabei fachlich von der WRS und dem Ministerium für den Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) unterstützt wird und darüber hinausgehendes fachspezifisches Know-how über versierte externe Breitbandberater abdecken möchte.



BÜCHERMARKT

Landrat Bernhard stellt neuen Bildband über den Landkreis vor

Am 8. Juli stellte der Böblinger Landrat einen neuen Bildband über den Landkreis Böblingen vor. Unter dem Titel „Mit Lust & Laune Landkreis Böblingen“ zeigt das Buch die Vielfalt des Landkreises Böblingen. Das Buch ist im Verlag Kommunikation & Wirtschaft erschienen, die Texte stammen von der Herrenberger Journalistin Sabine Haarer. Sie geben Einblick in Freizeit, Wirtschaft und soziales Leben im Landkreis Böblingen.

„Der Landkreis Böblingen zählt zu den innovativsten und wirtschaftsstärksten Kreisen in Deutschland“, so der Landrat bei der Buchvorstellung. „Das neue Landkreisbuch zeigt aber auch die Natur, Kultur und das soziale Leben im Kreis.“ Ein-

gebettet in die Naturräume Heckengäu, Schönbuch und die Ausläufer des Schwarzwaldes erfährt der Leser Informatives und Sehenswertes über die abwechslungsreiche Museumslandschaft, die vielfältige Kunst-, Theater- und Musikszene, die regionale Gastronomie und ihre Spezialitäten und lernt den Landkreis schließlich auch als Erholungsort und Wellness-Oase kennen. Illustriert werden die Texte durch zahlreiche Bilder, die den Landkreis aus vielen unterschiedlichen Perspektiven zeigen.

Abgerundet wird das Porträt mit einem Streifzug durch die Unternehmenslandschaft des Kreises, in dem neben vielen mittelständischen und familiengeführten Betrieben auch Weltkonzerne wie zum Beispiel Daimler, Porsche, IBM und Bosch eine Heimat gefunden haben. Das unterstreicht auch Landrat Roland

Bernhard in seinem Vorwort zum neuen Bildband: „Der Landkreis Böblingen ist nicht nur der wirtschaftsstärkste Landkreis in Baden-Württemberg, er zählt auch zu den attraktivsten Regionen in unserem Land. Seit Jahren nimmt die Zahl der hier lebenden Menschen fast kontinuierlich zu. Allein in den vergangenen 25 Jahren stieg die Bevölkerung um mehr als 50 000 Menschen an. Einen besseren Beweis für die Lebensqualität in diesem Kreis kann es wohl kaum geben.“

Der neue Bildband über den Landkreis Böblingen umfasst 156 Seiten, ist durchgehend vierfarbig illustriert und wird ergänzt durch aussagekräftige Unternehmensdarstellungen. Er ist im Buchhandel erhältlich und kostet 14,50 Euro.

MAIN-TAUBER-KREIS, TAUBERBISCHOFSSHEIM



Regierungsbezirk Stuttgart
Einwohnerzahl: 132 796 (Stand 31.9.2012)
Fläche in km²: 1304,41 (Stand 31.12.2011)
Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 18
davon Große Kreisstädte: 2

Hausanschrift:
Landratsamt Main-Tauber-Kreis
Gartenstraße 1
97941 Tauberbischofsheim

Postanschrift:
Landratsamt Main-Tauber-Kreis
Postfach 13 80
97933 Tauberbischofsheim

Zentrale:
Telefon: 09341/82-0
Telefax: 09341/82-5660
E-Mail: infos@main-tauber-kreis.de

Pressestelle:
Telefon: 09341/82-5612
Telefax: 09341/82-5690
E-Mail: pressestelle@main-tauber-kreis.de

Wirtschaftsförderung:
Telefon: 09341/82-5708
Telefax: 09341/82-85708
E-Mail: wirtschaftsfoerderung@main-tauber-kreis.de

Tourismus:
Telefon: 09341/82-5806
Telefax: 09341/82-5700
E-Mail: touristik@liebliches-taubertal.de



Landrat:
Reinhard Frank
seit 1.6.2005

Mandatsverteilung:

Gesamt 48 Sitze, davon	
CDU:	23
Freie Wählervereinigung:	10
SPD:	7
Bündnis 90/Grüne:	4
FDP:	3
Linke:	1

Geografische Lage:



Mehr Infos:
www.main-tauber-kreis.de

Wissenswertes

Der Main-Tauber-Kreis ist der nördlichste Landkreis Baden-Württembergs. Die Tauber durchfließt ihn von Creglingen bis Wertheim und mündet dort in den Main. Das 120 Kilometer lange Taubertal und seine Seitentäler sind in die umliegenden Höhenzüge eingebettet.

1973 wurden die damaligen Landkreise Tauberbischofsheim und Mergentheim sowie fünf Gemeinden aus dem ehemaligen Landkreis Buchen zum Main-Tauber-Kreis zusammengeführt. Er gehört zum Regierungsbezirk Stuttgart, der Kreissitz ist in Tauberbischofsheim.

Innovation und Tradition gehen hier Hand in Hand: Zu den Aushängeschildern gehören mittelalterlich geprägte Städte, die zumeist mittelständische Industrie mit zahlreichen Weltmarktführern, der Weinbau, der Rad- und Wandertourismus sowie das kreiseigene Kulturzentrum Kloster Bronnbach. Es steht auch als Tagungsstätte mit Gästehaus im besonderen Ambiente zur Verfügung. Der Main-Tauber-Kreis ist laut Bundesfamilienatlas eine Top-Region für Familien und Spitzenreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Land. Eine wichtige Rolle spielen Gesundheit und Sport, gerade mit dem Heilbad Bad Mergentheim und dem Fechtzentrum mit Olympiastützpunkt in Tauberbischofsheim.

Der Main-Tauber-Kreis ist mit einer Fläche von 1304 Quadratkilometern einer der größten Landkreise in Baden-Württemberg. Gleichzeitig weist er die geringste Einwohnerdichte auf.



Kloster Bronnbach